C 21734 D



Argentinien im inneren Kriegszustand S.30

Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.69 11.11.75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–



Invasion von mehr als 100.000 Marokkanern

Westsahara

Einigung auf Kosten des Volkes?

Nach der überraschenden Ankündigung Spaniens vom Mai dieses Jahres, sich aus Westsahara als Kolonialmacht zurückzuziehen (siehe auch AK 63), versuchte Marokko durch Einschalten des internationalen Gerichtshofes in Den Haag, eine juristische Absicherung zur Annexion von Westsahara zu erhalten. Der Gerichtshof bestätigte jedoch im wesentlichen die

Westsahara zu erhalten. Der Gerichtshof bestätigte jedoch im wesentlichen die

schon vor zwei Jahren ergangene UN-Resolution Nr. 1514 (XV), die sich für die Entkolonialisierung der Westsahara und eine Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes, der Saharauis, ausspricht.

Nach Bekanntgabe dieser Entscheidung mobilisierte Hassan II., König von Marokko, „seine Untertanen" zum Marsch nach Westsahara.

Auf die offenen Invasionsvorbereitungen Marokkos, wie auch auf die wieder lauter werdenden Ansprüche Mauretaniens auf den Süden der Westsahara, reagierte Spanien mit der Erklärung, das „Selbstbestimmungsrecht" der Saharauis zu schützen und jede Invasion militärisch zurückzuschlagen. Hinter den Kulissen zeichnet sich jedoch ab, daß Spanien, Marokko und auch Mauretanien zu einer „allseits befriedigenden Lösung" kommen wollen, d.h. zu einer neokolonialistischen Teilung des Landes im Interesse des Imperialismus.

Das legitime Bestreben des Volkes nach Unabhängigkeit und Selbstverfügung über die natürlichen Ressourcen des Landes (Phosphate) steht dabei nicht zur Debatte. Die imperialistische „Lösung", eine Teilung und Kolonialisierung durch Marokko und Mauretanien, deutete sich schon vor einiger Zeit an, wurde aber durch einige Faktoren „verzögert":

1. brauchte der US-Agent Hassan II. offensichtlich einen spektakulären, persönlichen Erfolg zur Absicherung seiner innenpolitisch angeknacksten Stellung.

2. konnte Spanien nicht seine Ansprüche auf die Phosphate ohne weiteres aufgeben. Die Vorkommen, die auf ca. 100 Mrd. Dollar geschätzt werden, gehören zu den größten der Welt.

Ebenso hätte ein vorschnelles Abrükken von der Forderung nach Selbstbestimmung für Westsahara, vor allem nach der Bestätigung dieser Forderung durch den Haager Gerichtshof, die für Spanien wichtigen ökonomischen Beziehungen zu Algerien aufs Spiel gesetzt.

Außerdem mußte Spanien in dem „Spiel um die Grenzen" sich „unnachgiebig" zeigen, um neben Schürfrechten an den Phosphaten auch weiterhin seine Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko behalten zu dürfen, gegen die sich die schärfsten Angriffe Marokkos in der Vergangenheit richteten.

Hier wird auch der Drahtzieher der Teilung Westsaharas sichtbar. Die USA hatten in Ceuta und Melilla Raketenfrühwarnstationen eingerichtet. Außerdem sollen zwei weitere Militärbasen für Spanien auf dem Gebiet der Westsahara durch Marokko angeboten worden sein, um von dort die nahegelegenen Kanarischen Inseln „schützen" zu können. Dort kämpft die MPAIAC (Bewegung für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln) seit 1964 gegen das spanische Regime. (lt. „Le Monde", 30.10.75).

Auch hier unterhalten die USA eine wichtige Militärbase. Die imperialistische Lösung des Problems Westsahara ist also schon lange Zeit vorbereitet. Einzige Unsicherheitsfaktoren stellen Algerien und die Frente Polisario, die Befreiungsbewegung Westsaharas, dar.

Frente Polisario, die Befreiungsbewegung Westsaharas, dar.

Algerien hat bisher konsequent an der Forderung nach Selbstbestimmung für die Saharauis festgehalten und durch materielle Hilfe für die Frente Polisario dazu einen nicht unbedeutenden Beitrag geleistet. Die Forderung nach Selbstbestimmung durch Spanien war von Anfang an nur taktischer Natur (als Tauschobjekt für marokkanische Garantien gegenüber den spanischen Stützpunkten in Marokko). Zu offensichtlich hätten die Saharauis für Unabhängigkeit gestimmt, was praktisch zu einer Machtübernahme durch die Frente Polisario geführt hätte, die dann mit Unterstützung durch Algerien (das eine der schlagkräftigsten Armeen Nordafrikas besitzt) auch tatsächlich in der Lage gewesen wäre, die Phosphatreichtümer zu schützen und selbst auszubeuten. Damit wäre ökonomisch und strategisch dem Imperialismus ein empfindlicher Schlag versetzt worden.

Besonders die sich in letzter Zeit verschärfenden Auseinandersetzungen innerhalb von Westsahara selbst, verdeutlichen die lauthals erhobene Forderung nach Selbstbestimmung für die Saharauis durch die spanischen Faschisten als bloßes Täuschungsmanöver.

So berichtete die „SZ" vom 5.11., daß das Verhältnis der spanischen Truppen zur Bevölkerung „ziemlich gespannt" sei, daß die Sperrstunde (abendliches und nächtliches Ausgehverbot) aufrechterhalten wird, die Wohnviertel der Saharauis weiterhin bewacht werden, daß die Leibesvisitationen weitergeführt werden (ein Punkt, der insbesondere bei der männlichen gläubigen Bevölkerung auf Ablehnung stößt, weil natürlich die spanischen Söldner auch die Frauen, die ihr Gesicht vor fremden Männern verbergen müssen, durchsuchen).

Der Frente Polisario gelang es Anfang November, einen Streik in den Phosphatminen zu organisieren. Die wichtigsten Forderungen waren lt. „SZ" vom 5.11.: Aufhebung der Sperrstunden, Beendigung der Leibesvisitationen, Abzug der spanischen Truppen aus den Wohnvierteln, Wiedereröffnung der Schulen und Sanitätsstationen, Garantie der Lebensmittel- und Wasserversorgung der Bevölkerung, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Soldaten.

Dieser Forderungskatalog macht allein schon deutlich, was die spanischen Faschisten unter Selbstbestimmung verstehen, nämlich brutale Unterdrückung der Bevölkerung. Mit der andauernden Unterdrükkung der Saharauis leisten die spanischen Faschisten ihren Teil zur möglichst reibungslosen Teilung Westsaharas und zur weiteren Unterjochung der Saharauis durch Mauretanien und Marokko.

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Portugal – Angola

Vor der Entscheidung!

In Portugal und in seiner Kolonie Angola verschärfen sich die Vorbereitungen auf die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften.

Die Entwicklung in beiden Ländern ist eng miteinander verbunden: Noch immer ist offen, welche Haltung die portugiesische Regierung am 11. November, dem vereinbarten Tag der Unabhängigkeit Angolas, einnehmen wird; ob sie also bereit sein wird, die Macht der einzigen Vertreterin des angolanischen Volkes, der MPLA, zu übertragen; oder ob sie zu einer neokolonialistischen Lösung (faktische Spaltung Angolas) beitragen will (siehe Artikel zu Angola in diesem AK). Außerdem wird voraussichtlich am 11. November der Rückzug der portugiesischen Truppen aus Angola abgeschlossen sein. Diese Truppen (insgesamt rund 20.000 Mann) stehen eher der Reaktion nahe und sind für die konterrevolutionären Pläne folglich ein wichtiger Faktor.

In Portugal hat die Regierung zuletzt mit der Sprengung des fortschrittlichen Senders „Radio Renascenca" ein deutliches Zeichen für ihren Rechtskurs gegeben. Außerdem versucht die Regierung, durch einen Erlaß, einen großen Teil der fortschrittlichen Soldaten nach Hause zu schicken; sie sollen insbesondere durch Truppen aus Angola ersetzt werden; zugleich geht der Aufbau der konterrevolutionären Stoßtruppe AMI weiter (siehe Kasten in diesem AK).

Dieses Vorgehen der Regierung stößt nach wie vor auf starken Widerstand der Soldaten und der fortschrittlichen Volkskräfte.

Kampf um „Radio Renascenca"

Am 7. November stürmten Fallschirmjäger den Sender von „Radio Rensascenca" in Buraca und sprengten die Sende-Anlage. Der Sender,

Fortsetzung Seite 2

§ 218: Reformpolitik endgültig gescheitert

„Die Frauen können auf uns zählen", „Wir lassen die Frauen nicht im Stich" – das waren die Sprüche der SPD-Politiker im Frühjahr dieses Jahres.

Bei ihrem Regierungsantritt 1969 zählte der § 218 mit zu ihren wichtigsten Reformversprechungen. Was ist daraus geworden?

Die Methode des Sich-an-die-Spitze-setzens

Im Laufe der 60er Jahre, auch im Zusammenhang mit der Studentenbewegung, bildete sich eine Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218. Frauen bezichtigten sich selbst, abgetrieben zu haben, eine öffentliche Diskussion über diese Frage begann.

Die Sozialdemokraten griffen diese Diskussion auf und stellten die Forderung nach der Fristenregelung. Auf diese Weise schafften sie es, die Bewegung gegen den § 218 zu spalten in den Teil, der für die ersatzlose Streichung eintritt und in die Befürworter der Fristenregelung.

Danach wurde die Sache verschleppt, um die Diskussion abflachen zu lassen. Im Juli 1974 billigte der Bundestag die Fristenregelung, die für die Frauen wenigstens eine kleine Verbesserung der Verhältnisse gebracht hätte, nämlich die Möglichkeit, in den ersten drei Monaten nach einer Zwangsberatung „frei" zu entscheiden, ob sie das Kind wollen oder nicht.

Die CDU

Jetzt beginnt der Part der CDU, die vom Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Fristenregelung erhob. Mit einer beispiellosen Kampagne zum „Schutz des ungeborenen Lebens" bereitete die CDU/CSU das Bundesverfassungsgerichtsurteil vor. Die Demagogie ist offensichtlich: die Zahl der Kindesmißhandlungen, sogar mit tödlichem Ausgang, ist in der BRD ungeheuer hoch.

Der Alkoholismus bei Jugendlichen steigt.

Die Säuglingssterblichkeit bei unehelich geborenen Kindern liegt um 70 % höher als bei ehelich geborenen Kindern; insgesamt liegt die Säuglingssterblichkeit in der BRD an der Spitze unter den Industriestaaten. Auf der einen Seite fruchtloses Gestreite, ab wann ein Embryo lebt, auf der anderen Seite Unterstützung der faschistischen Junta in Chile und des faschistischen Regimes in Südafrika, das täglich seine Todesopfer fordert.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 25.2. die Fristenregelung für „verfassungswidrig".

Und wieder die SPD

Im Munde Sprüche führen wie „Wir lassen die Frauen nicht im Stich" und in Taten Spalterkundgebungen der Gewerkschaften und SPD durchführen, das ist die Methode der Sozialdemokratie. In Hamburg zumindest hat das nicht geklappt: Während auf der Demonstration der Frauengruppen und des KB 4.000 Menschen waren, kamen zur DGB-Kundgebung am nächsten Tag nur ungefähr 500.

Das Versprechen „Wir holen aus dem BVG-Urteil raus, was rauszuholen ist", leitete wieder ein dreiviertel Jahr parlamentarische „Arbeit" zum § 218 ein.

Während dieser Zeit fand in der SPD-Stadt Frankfurt ein brutaler Polizei-Einsatz gegen Kinder und ihre Erzieher statt, die für bessere Spielmöglichkeiten demonstrierten. Giftgas wurde eingesetzt, Kinder verletzt. Der Schutz des geborenen Lebens spielt keine Rolle.

Nach dem Sommerschlaf des Bundestages liegt der neue Entwurf vor:

Die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch liegt allein in der Hand der Ärzte. Eine Abtreibung ist aus sozialen Gründen nur dann erlaubt, wenn die werdende Mutter beweisen kann, daß ihr Leben oder ihre Gesundheit dabei auf dem Spiel steht: „sozialmedizinische Indikation".

Das ist die einzige Änderung gegenüber dem alten § 218!

Der § 218 ist nur ein Teil der „Reformpolitik"

Jedes andere Reformversprechen der SPD/FDP-Regierung hat denselben Weg genommen wie der § 218: Das Berufsbildungsgesetz, das Rentengesetz, das Ehe- und Scheidungsrecht, die Neuregelung der Namensgesetzgebung, die Mitbestimmung usw.

Entweder sind diese „Reformvorhaben" an der CDU/CSU gescheitert, oder aber es ist sogar eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes gesetzmäßig verankert worden.

Es geht heute der herrschenden Klasse darum, jede Reform, jede noch so geringfügige Liberalisierung zu verhindern, wobei es ihr relativ egal ist, um welche Sachen es geht.

Für uns läßt das nur den Schluß zu:

Reformen werden nicht geschenkt, sondern wahre Reformen werden nur erkämpft! •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Vor der Entscheidung!

eine der wichtigsten Stimmen der Revolution, scheint damit auf längere Zeit ausgeschaltet. Die Zerstörung von „Radio Renascenca" war die erste Aktion der neugebildeten AMI. Zuvor hatten sich die der AMI unterstellten Soldaten der Marineinfanterie geweigert, diesen Befehl auszuführen. Auch die Einheit der Fallschirmjäger distanziderte sich nachträglich auf einer Pressekonferenz von dem Einsatz.

Schließlich erklärte auch Otelo de Carvalho, Chef des COPCON und Mitglied des Revolutionsrates, er habe von dem Überfall vorher nicht gewußt. Der Ablauf der konterrevolutionären Aktion läßt in der Tat darauf schließen, daß bei der gesamten Planung die linken bzw. zentristischen Mitglieder des Revolutionsrates ausgeschaltet waren.

„Radio Renascenca" gehörte ursprünglich der katholischen Kirche, die ihn total in den Dienst kapitalistischer, reaktionärer Propaganda gestellt hatte. Am 27. Mai wurde der Sender von den Arbeitern besetzt und unter Selbstverwaltung gestellt. In jeder Situation unterstützte „Radio Renascenca" den Kampf gegen die Anschläge der Reaktion, für die Fortführung der Revolution (siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 17).

Am 29. September ließ die Regierung „Radio Renascenca" vom Militär besetzen und schließen. In der Nacht vom 21./22. Oktober wurde „Radio Renascenca" von Tausenden von Arbeitern, unterstützt von revolutionären Soldaten, befreit; mit dem Klang der „Internationale" wurden die Sendungen wieder aufgenommen.

Die Sprengung der Anlagen ist der äußerste Versuch der Regierung, das Problem „Radio Renascenca" aus der Welt zu schaffen.

Angriff auf das demokratische Informationswesen

Der Angriff auf den Sender steht in Zusammenhang mit einer a l l g e m e i n e n Offensive von Reaktion und Sozialdemokratie auf das revolutionäre Informationswesen. Die Ausschaltung dieser oppositionellen Stimmen soll die Vorbereitung der offenen Konterrevolution erleichtern und die revolutionären Kräfte im Falle eines Zusammenstosses desorganisieren.

Der erste Schritt dazu war die Ausschaltung der 5. Division am 25./26. August. Diese Einheit, Propaganda-Verband des MFA, hatte bis dahin eine wesentliche fortschrittliche Rolle gespielt.

Das „Regierungsprogramm" von PS und PPD sah als unverzichtbare Forderung die Rückgabe von „Radio
PS und PPD sah als unverzichtbare Forderung die Rückgabe von „Radio
Renascenca" und der Zeitung „República" an die „rechtmäßigen Eigentümer" vor. Außerdem sollten die – zumeist eher links stehenden – staatlichen Tageszeitungen (diese Zeitungen gehörten früher Großbanken, die inzwischen verstaatlicht sind) nach einem gewissen Proporz an die Parteien verteilt werden, wobei der Löwenanteil an PS und PPD fallen sollte.

Ein neuerer Plan von PS/PPD sieht (lt. „O Seculo" vom 22.10.) vor:

- Rückgabe bzw. Liquidierung von „Radio Renascanca" und „República"; dies soll bei der „República" durch Verweigerung der dringend benötigten staatlichen Kredite erreicht werden.
- Der fortschrittliche Sender „Radio Club" soll eine neue Leitung aus Mitgliedern von PS und PPD bekommen.
- Die Lissaboner Tageszeitung „O Seculo" soll völlig eingestellt werden; sie wird von der PS/PPD als „pro-kommunistisch" (PCP) angegegriffen.
- Die anderen staatlichen Tageszeitungen sollen neue Direktionen erhalten, die nach dem Schema drei (PS) zu zwei (PPD) zu eins (PCP) besetzt werden sollen; hiervon nicht betroffen wären die meist rechts stehenden privaten Tageszeitungen, wie u.a. „A Luta" (PS), „Expresso" (PPD) und „Tempo" (CDS). Betroffen wären die folgenden Zeitungen: „A Capital", „Diario de Noticias", „Diario Popular", „Diario de Lisboa" und „Jornal do Comercio".

Bei „O Seculo", aktuell offenbar ein Hauptangriffspunkt von Reaktion und Sozialdemokratie auf dem Informations-Sektor, hat die PS, im gewohnten Bündnis mit der „links"-provokatorischen MRPP, den Versuch unternommen, durch eine manipulierte Entscheidung einer Angestellten-Versammlung den bisherigen, angeblich „pro-kommunistischen", Chef abzusetzen und die Zeitung auf deutlichen Rechtskurs zu bringen. Die Arbeiter der Zeitung haben daraufhin erklärt, daß sie „O Seculo" nicht zu einem antikommunistischen, konterrevolutionären Blatt machen lassen werden; sie haben einen eigenen Direktor gewählt (ausführlicherer Bericht zu den Vorgängen im nächsten AK).

Im Gegenzug zur reaktionären Offensive hat die Linke den Staatssekretär für Information im Ministerium für „soziale Kommunikation", Ferreira da Cunha, scharf angegriffen. Ihm werden Verbindungen zum „Centro de Documentaçao Internacional" vorgeworfen, einem Organ der Geheimpolizei PIDE zur Zeit des Faschismus.

Die Arbeiter des Ministeriums haben daraufhin beschlossen, dem Staatssekretär bis zur Klärung der Vorwürfe den Zutritt zu versperren. Da Cunha konnte das Gebäude nur unter starkem Polizeischutz betreten; später mußte sogar Militär eingesetzt werden, damit er das von einer großen Menge belagerte Ministerium auch wieder heil verlassen konnte.

Ablösung linker Zivilgouverneure

Reaktion und Sozialdemokratie sind, als weiteres Gebiet zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse und zur Vorbereitung der Konterrevolution, bestrebt, die Linken aus allen entscheidenden Stellen des Staatsapparats auszuschalten. Ihre bisher bedeutendsten Erfolge:

- der erzwungene „freiwillige Rücktritt" des Chefs der V. Regierung, Vasco Goncalves;
- die Ersetzung des fortschrittlichen Kommandanten der Militärregion Nord, Corvacho, durch den Faschisten Veloso.

Nach dem Willen der Bourgeoisie sollen alle nach dem 25. April von Antifaschisten besetzten Positionen in der Verwaltung „gesäubert" werden. Eine demagogische Forderung der PS ist es, die Verwaltung, die angeblich „undemokratisch" zustande gekommen sei, zu wählen.

- In Braga, Nordportugal, ein Zentrum klerikalfaschistischer Umtriebe, wurde im Oktober der Zivilgouverneur abgesetzt. Er gehörte der reformistischen MDP an, die Mitglied der linken Einheitsfront FUR ist. An seine Stelle trat ein PPD-Mann.
- In Faro, Distriktshauptstadt der Algarve (Südportugal) wurde gleichfalls ein MDP angehörender Zivilgouverneur abgesetzt. Er soll durch einen PSler ersetzt werden, und zwar o h n e Wahl, was die Demagogie der PS in der Frage von Wahlen unterstreicht.



In Faro gab es eine breite Kampffront gegen diesen Angriff. Tausende demonstrierten gegen die Absetzung. Der Gouverneurspalast wurde von Demonstranten besetzt, am folgenden Tag jedoch von Gegendemonstranten der PS/PPD, im Bunde mit der Polizei, gestürmt. Unter den Antifaschisten gab es zahlreiche Verletzte und Verhaftungen.

Führend bei der Massenmobilisierung war die Einheitsfront FUR. Die revisionistische PCP schloß sich an, distanzierte sich aber von der Besetzung, die sie höchstens als „symbolisch" verstehen wollte.

Faschisten sammeln sich

Im Gegensatz zu den Sommermonaten gibt es heute kaum eine M a s s e n -Mobilisierung im Sinne der Konterrevolution (damals Überfälle auf Büros und Mitglieder der PCP). Zugenommen haben dafür Bombenanschläge terroristischer faschistischer Gruppen.

Starken Zulauf erhalten die Faschisten durch die oft rassistisch-antikommunistisch verhetzten Rückkehrer aus Angola. Sie geben der Revolution die Schuld für die „Preisgabe" Angolas und für die elende Lage, in der sie nun in Portugal häufig leben müssen. Angola-Rückkehrer werden außer für die faschistische Terror-Bande ELP auch für die AMI systematisch rekrutiert.

Ende Oktober verwüstete ein Bombenanschlag die 'Casa de Angola', Haus der Angola-Solidarität, in Lissabon. Am folgenden Tag wurde das Gebäude von einer Bande Angola-Rückkehrer gestürmt und völlig zerstört.

Wiederholt sind in letzter Zeit auch Banden von Angola-Rückkehrern, mit Eisenstangen etc. bewaffnet, provozierend am Rand von Demonstrationen aufgetaucht.

Was die ELP angeht, die vor allem im Norden und an der spanischen Grenze ihr Unwesen treibt, so konnten inzwischen ihre Verbindungen zu Spinola – nach einem gescheiterten Putsch im März geflüchteter Reaktionär – sowie zum internationalen Imperialismus und Reaktion nachgewiesen werden. ELP-Faschisten stehen auch in Angola an der Spitze von Söldner-Banden, die die pro-imperialistischen Organisationen FNLA und UNITA im Kampf gegen die MPLA unterstützen (ausführlicher Artikel zur ELP im nächsten AK).

Kürzlich gelang ein hübscher Schlag gegen die ELP: Auf Hinweis von Genossen der MDP und des MES verhaftete das COPCON in Braga zwei ELP-Faschisten, die sich gerade aus einem Kloster schleichen wollten, in dem sie sich getroffen hatten. Einer von ihnen war der Hubschrauberpilot, der beim Putschversuch am 11.März die Kaserne des linken RAL 1 (Ralis) bombardiert hatte. Zusammen mit seinem Boß Spinola war er dann nach Spanien geflüchtet.

Der Kontaktpflege zur Konterrevolution galt eine mehrtägige Rundreise, die der US-Botschafter Carlucci Ende Oktober durch Nordportugal unternahm. Carlucci gilt als CIA-Mann und „Putsch-Experte". Auf seiner Rundreise kam er offiziell mit dem Faschisten Veloso, Kommandant der Militärregion Nord, sowie mit diversen 'kirchlichen (=klerikalfaschistischen) Würdenträgern' zusammen.

Die revolutionären Soldaten sollen nach Hause geschickt werden

Ein weiteres wesentliches Ziel von Reaktion und Sozialdemokratie ist es, soweit wie möglich eine Entwaffnung der revolutionären Kräfte zu erreichen.

Hierzu sollte am 17.Oktober der Befehl dienen, daß alle Kriegswaffen in zivilem Besitz abgeliefert werden müßten. Dieser Befehl wurde so gut wie überhaupt nicht befolgt. Inzwischen wurden militärische Sondergerichte zur Aburteilung von „illegalem Waffenbesitz" (Strafe bis zu acht Jahren) gebildet.

Ende Oktober wurde ein Dekret erlassen, wonach am 15.November rund 30% (etwa 30.000) der Soldaten nach Hause geschickt werden sollten – praktisch der Kern der Soldaten, die den 25. April und die Abwehr des Putschversuchs am 11.März getragen haben. Ersetzt werden diese Soldaten durch die aus Angola zurückkehrenden Truppen (rund 20.000 Mann), sowie durch die neu gebildete AMI.

In Porto und Entroncamento fanden daraufhin Demonstrationen des demokratischen Soldatenverbandes SUV mit mehreren Tausend Soldaten statt. In Lissabon verurteilte das Koordinationsgremium der ADU's (ADU = Versammlung der Delegierten der Einheiten) das Demobilisierungs-Dekret.

Am entschlossensten reagierte das Sicherheitspersonal der Kriegsmaterial-Lager, insgesamt 1.000 Mann, die auf einer Vollversammlung am 29. Oktober unter Hinweis auf das Dekret beschlossen, die Depots verschlossen zu halten – also keine Waffen und Munition auszuliefern und bis auf weiteres strengen Alarmzustand einzuhalten.

Manöver– Putschvorbereitungen

Anfang November wurde bekannt, daß zu einem noch nicht genau festgelegten Zeitpunkt Manöver aller drei Waffengattungen, unter Leitung des COPCON, durchgeführt werden sollen. Das Manöver soll von der Fiktion einer ausländischen Intervention ausgehen. Der (reaktionär ausgerichteten) Luftwaffe sollen „wesentliche Aufgaben der Luftüberwachung" übertragen werden; die (fortschrittliche) Marine soll lediglich „symbolische Aufgaben" übernehmen, während AMI und PSP/GNR (reaktionäre Polizei-Truppen) Lissabon kontrollieren sollen.

Von einer sogenannten „Kommission für Revolutionäre Wachsamkeit der Streitkräfte" (wahrscheinlich der PCP nahestehend) wurde diese Übung als reaktionäres Bürgerkriegs-Manöver angeklagt; das COPCON dementierte. Jedenfalls scheint es so, daß sich die Luftwaffe auf Bombardierungen vorbereitet, während sich auf der anderen Seite die Marine ganz besonders auf das Gebiet Luftabwehr konzentrieren will ...

Schon einige Tage vorher war aufgedeckt worden, daß sich die Luftwaffe massiv auf einen Putsch vorbereitet. Parallelen zum Putschversuch vom 11. März wurden sichtbar, in dessen Vorbereitung gleichfalls führende Kräfte der Luftwaffe verwikkelt waren (was jedoch bis heute nicht aufgeklärt wurde).

Absicht der Regierung ist es, auf der einen Seite fortschrittliche Soldaten nach Hause zu schicken, linke Einheiten zu liquidieren, auf der anderen Seite die wenigen „zuverlässigen" Einheiten an den entscheidenden Punkten zu konzentrieren.

Vollversammlung der Marine: Für die Revolution!

Große Bedeutung kommt der Nationalen Versammlung der Delegierten der Rekruten der Marine zu, die Ende Oktober tagte. Sie faßten eine Reihe wichtiger Beschlüsse:

- Mißtrauenserklärung gegen die Regierung Azevedo;
- Entfernung der konterrevolutionären Elemente aus dem Revolutionsrat;
- Auflösung der AMI;
- Unterstützung des SUV;
- gegen das reaktionäre Disziplinar-Recht;
- **„vollständige Unterstützung der MPLA, legitime Vertreterin des angolanischen Volkes, einzige Bewegung, der die Regierung am 11. November die Macht übertragen muß";**
- Vertrauenserklärung für Rosa Coutinho, Otelo de Carvalho (beide auf der Versammlung anwesend) sowie Ex-Regierungschef Goncalves.

Coutinho erklärte, die politische Linie dieser Versammlung sei keineswegs zufällig, denn *„immer in der Geschichte standen die Matrosen in der ersten Reihe der Revolution".*

Kein leichtes Spiel für Reaktion und Imperialismus!

Seit dem gescheiterten Putschversuch vom 11. März haben Imperialismus und Reaktion in ununterbrochener Folge einen Angriff nach dem anderen gegen die fortschrittlichen Kräfte in Volk und Armee geführt. Keiner dieser Angriffe hatte aber den erwarteten Erfolg:

- Zuerst das Manöver mit dem Austritt der PS aus der Regierung und der folgenden reaktionären Massenmobilisierung um Soares;
- dann auf dem von diesem eingeleiteten Weg die Terrorkampagne der faschistischen Kirchenführer und der schwärzesten Reaktion in Nordportugal.

Beide Massenmobilisierungen haben sich im Grunde totgelaufen.

Dann der erzwungene Rücktritt der V. Regierung Goncalves und die Bildung der reaktionären Regierung Azevedo – nur scheinbar ein Erfolg. Die Regierung Azevedo hat die ihr gesetzten Ziele durchweg nicht erreichen können. Maßnahmen wie das reaktionäre Pressegesetz oder der Befehl zur Ablieferung von Waffen blieben total unbeachtet; die Regierung war zu ihrer Durchsetzung überhaupt nicht in der Lage. Daß die Regierung das Problem „Radio Renascenca" nicht anders zu lösen vermochte als durch die Sprengung ist gleichfalls nicht eben ein Zeichen von Stärke.

Diese Regierung hat es, trotz einiger „revolutionärer" Demagogie, in kürzester Zeit geschafft, sich vor den breiten werktätigen Massen als eine Regierung der Reaktion und der Vorbereitung auf die Konterrevolution zu entlarven.

Unter den fortschrittlichen Kräften im Volk und in der Armee ist in den letzten Monaten die politische Orientierung viel klarer geworden – nicht mehr allgemein das „Povo–MFA" (Volk und Streitkräftebewegung), sondern weit mehr Klarheit über den revolutionären, proletarischen Weg zum Sozialismus sowie über die Funktion zahlreicher führender Militärs, die sich inzwischen offen gegen die Revolution stellen.

Die Verzögerung der Pläne der Konterrevolution hat die Widersprüche innerhalb der Armeeführung verschärft. So ist der früher als d e r linke Offizier geltende COPCON-Chef Otelo de Carvalho, der beim Sturz der Regierung Goncalves eine höchst üble Rolle spielte, jetzt wieder dabei, sich nach links zu „profilieren". Dasselbe versucht der Kommandant der Landstreitkräfte, Fabiao. Beide sind bestrebt, sich von der Gruppe der sogenannten „Gemäßigten" – in Wahrheit Konterrevolutionäre – abzusetzen, mit denen sie sich zum Sturz von Goncalves verbündet hatten.

Die Regierung verfügt über wenige „zuverlässige" Einheiten. Auf der anderen Seite hat die „Disziplinlosigkeit", d.h. die Verweigerung von reaktionären Befehlen ein enormes Ausmaß erreicht. Ein Putsch könnte sich nur auf eine Minderheit von besonders reaktionär und faschistisch ausgerichteten Einheiten verlassen, wie sie insbesondere in der AMI, unter den Angola-Truppen und in den „Comandos" von Amadora unter Befehl des Reaktionärs Neves zu finden sind. Aber selbst innerhalb des AMI fällt es bisher nicht leicht – wie die Vorfälle bei der Sprengung von „Radio Renascenca" zeigten – Soldaten gegen das Volk einzusetzen.

Schließlich ist ein wichtiger Faktor, daß die Arbeiterklasse und die linken Organisationen mit der Selbstbewaffnung begonnen haben.

Hier können Putschisten kein leichtes Spiel haben. Das ist der Grund, warum Reaktion und Sozialdemokratie trotz des Scheiterns fast aller ihrer Angriffe und obwohl die Zeit tatsächlich in erster Linie g e g e n sie arbeitet, die entscheidende Auseinandersetzung immer noch hinauszögern. Die fortschrittlichen Kräfte des Volkes und der Armee nutzen diese Zeit, um ihre Reihen zu festigen, i h r e Vorbereitungen zu vervollständigen und eine starke Front gegen jeden Putschversuch aufzubauen.



KBW

Erster „Beitrag" zur Portugal-Solidarität

In der „KVZ" vom 16. Oktober erschien zum ersten Mal ein Artikel zu der internationalen Portugalwoche, die in vielen Ländern Westeuropas Ende September stattgefunden hatte.

- Die „KVZ" hatte geschwiegen, als die Organisierung dieser Solidaritäts-Kampagne am 13. August in Lissabon auf einer öffentlichen Massenkundgebung beschlossen wurde.
- Die „KVZ" hatte geschwiegen, als es um die Bildung von Aktionseinheiten zur konkreten Durchführung der Kampagne ging.
- Die „KVZ" hatte geschwiegen über den gesamten Verlauf der Kampagne.

Womit aber befaßt sich nun der erste Artikel der „KVZ" zu diesem Thema, nebenbei gesagt nicht einmal 80 Zeilen lang? Der Artikel befaßt sich nicht mit den Gründen, die den KBW bewegt haben könnten, an der Solidaritäts-Kampagne nicht teilzunehmen. Der Artikel befaßt sich nicht mit den politischen Inhalten der Kampagne und der Haltung des KBW dazu. Der Artikel befaßt sich nicht mit den Ergebnissen der Kampagne, deren Höhepunkt eine Demonstration von 100 000 Menschen in Rom war. Nichts davon war bisher in der „KVZ" zu finden!

Stattdessen wird nunmehr in einer anscheinend auch noch witzig sein sollenden kleinen Glosse der Versuch unternommen, sich hämisch in einen Nebenaspekt der Kampagne, Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der italienischen kommunistischen Organisation Lotta Continua, hineinzuzwängen und die internationale Solidaritätswoche als „Leihgeschäft" anzupinkeln.

Wenn der „KBW" sich jemals dazu „herabgelassen" hätte, sich mit der internationalen Solidaritäts-Kampagne inhaltlich auseinanderzusetzen, wäre ihm diese hämische Glosse nicht einmal so sehr zu verübeln. So aber besteht sein ganzer Beitrag zu der internationalen Solidaritäts-Kampagne bisher ausschließlich aus diesem Pfurz, und das ist doch allzu erbärmlich.

In der „KVZ" werden die Organisationen, die sich an der internationalen Solidaritäts-Kampagne beteiligt haben, mit der beim KBW üblichen Mischung von Dummheit und Arroganz als „die verschiedenen trotzkistischen Grüppchen" abgetan. Die „KVZ" hält es nicht einmal der Mühe für wert, auch nur eine der beteiligten westdeutschen und westeuropäischen Organisationen beim Namen zu nennen – abgesehen vom KB und von Lotta Continua. Es könnte sonst nämlich herauskommen, daß in Italien und Frankreich die wichtigsten Organisationen der nicht-revisionistischen Linken daran teilgenommen haben, ebenso wie in der BRD – abgesehen vom KBW.

Was der KBW hier betreibt, ist wieder einmal echter bürgerlicher Lumpenjournalismus: Der Leser der „KVZ" erhält nicht die geringste Information über die an der Solidaritätswoche beteiligten Organisationen (nur KB und LC werden überhaupt namentlich genannt). Ebenso wenig erhält der „KVZ"-Leser irgendeine Information über den politischen Inhalt und den konkreten Verlauf der Solidaritätskampagne. Er „erfährt" nur von „verschiedenen trotzkistischen Grüppchen", die sich angeblich Konkurrenzkämpfe nach Art bürgerlicher Krämer liefern.

Der „KVZ" ist zu bescheinigen, daß sie mit einem solchen Mist sogar das Niveau des „Spiegel" noch unterschritten hat.

Der ganze Beitrag des KBW zur internationalen Portugal-Solidaritäts-Kampagne bestand bisher in hämischen Bekundungen von Schadenfreude über Mängel bei der bisherigen Mobilisierung und über zwischen den beteiligten Organisationen aufgetretene Widersprüche. Kein sehr großartiger „Beitrag"! Aber kennzeichnend für die nicht nur politische, sondern auch moralische Versumpfung der Typen, die die Politik des KBW bestimmen! ●

Portugal

„KPD" fordert „handfeste Repressalien" gegen die Arbeiterklasse

In ihrer Hetze gegen die portugiesische Revolution hat die „KPD" mittlerweile einen Punkt erreicht, wo sie sich von den erklärten Faschisten nur noch durch die besondere „Radikalität" unterscheidet, mit der sie Reaktion und Imperialismus unterstützt und zur Eile antreibt.

In der „Roten Fahne" vom 29.10. lamentieren die „KPD"-Faschisten darüber, **„wie sehr die Anarchie in den verschiedenen Bereichen zugenommen hat"**, daß nämlich *„linksradikale"* (!) Soldaten und „Zivilisten" (= Arbeiter!) den Radiosender „Renascenca" besetzt haben, daß die PRP/BR ihre Waffen nicht abgeben will und daß überhaupt bloß *„weniger als ein Dutzend Personen"* (bravo!) ihre Waffen befehlsgemäß abgeliefert haben, daß Waffen aus den Kasernen verschwinden und daß sich die Arbeiter auf die bewaffnete Abwehr der Konterrevolution vorbereiten.

Was jedem Kommunisten Grund zur Freude und Zuversicht ist, bereitet den „KPD"-Faschisten den größten Schrecken. Denn die ganze portugiesische Revolution ist für sie nur ein Machwerk der Revisionisten und des „russischen Sozialimperialismus". Alles – die Einheitsfront FUR, der Soldatenverband SUV, die Arbeiter- und Bewohnerkommissionen, selbst die meisten „ML"-Gruppen (!) – alles das dient nach Meinung der „KPD"-Faschisten nur dem „Sozialimperialismus":
Also, weg damit!

Dabei sieht die „KPD" in der reaktionären Regierung Azevedo einen wichtigen Verbündeten. An diesem Verbündeten haben die „KPD"-Faschisten nur eine Kritik: Es geht alles nicht rasch und brutal genug! **„Die Regierung nimmt gegenüber dem Angriff des Sozialimperialismus auf Portugal eine richtige, aber nicht genügend entschiedene Haltung ein"** („Rote Fahne"). Zwar hat die Regierung mit der Aufstellung der konterrevolutionären Truppe AMI aus alten Faschisten, verhetzten Angola-Rückkehrern usw. begonnen (das gefällt den „KPD"-Faschisten!), aber vor der Besetzung von Kasernen durch die Soldaten ist die Regierung *„zurückgewichen"*, und die Befreiung von Radio „Renascenca" hat sie *„hingenommen"* (das mögen die „KPD"-Faschisten gar nicht!).

Als Ausdruck, wie sie es gern hätten, zitiert die „Rote Fahne" abschließend ihre portugiesische „Bruder"-Bande, die „PCP/ML": **„Die Agenten der russischen Sozialimperialisten greifen die VI. Regierung an, weil sie sich eines schüchternen (!) Maßes an Repression bedient hat, um dem Klima der Anarchie und Unruhe (!), in dem wir leben, ein Ende zu setzen. Die PCP/ML verurteilt gerade die Schüchternheit dieser Mittel als Politik der Versöhnung gegenüber dem Sozialfaschismus und fordert zusammen mit der überwiegenden Mehrheit des portugiesischen Volkes (? !!) die Anwendung handfester Repressalien"!!**

Die „KPD" hat auf kommunistischen und demokratischen Veranstaltungen nichts mehr zu suchen! Die letzten „KPD"ler, die es mit dem Marxismus-Leninismus und dem revolutionären Kampf ernst meinen, müssen sich von dieser Gruppe trennen! Alle kommunistischen Organisationen müssen einen eindeutigen Trennungsstrich zur „KPD" ziehen! Keine Zusammenarbeit mit diesen Propagandisten des Faschismus und der Konterrevolution! ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Ach, Herr Azevedo, ich wußte gar nicht, daß mir BRAUN so gut steht!

Schlechtes Vorbild macht Schule

Die Methode der „KVZ", die an der Solidaritätswoche für Portugal beteiligten internationalen Organisationen pauschal als „trotzkistische Gruppen" zu diffamieren – ohne sie zu nennen oder sich gar mit ihnen auseinanderzusetzen! – hat Nachahmer gefunden:

In der Bremer Ortsbeilage der „KVZ" vom 1.10. wird eine von einer Aktionseinheit durchgeführten Chile-Solidaritätsveranstaltung als **„KB/Nord-Veranstaltung"** hingestellt. Im Text selbst ist dann zu lesen, daß der **„KB/Nord und andere (!) trotzkistische Organisationen"** die Veranstaltung durchgeführt hätten. Wer diese Organisationen waren, wird vom KBW natürlich wieder unterschlagen: Außer dem KB („Nord"? !) nämlich die tatsächlich trotzkistischen Organisationen „GIM" und „Spartacus", dann aber auch der „M I R" (!) und dessen Unterstützungsorganisation im Ausland (GARM) – sowie zu guter Letzt das Bremer Chile-Komitee! In diesem ist der KBW selbst vertreten, konnte sich aber mit seinen Torpedierungsversuchen gegen die Chile-Solidaritätsveranstaltung nicht durohsetzen.

Hier haben wir also ein weiteres, besonders übles Beispiel, wie der KBW und die „KVZ" die Irreführung ihrer Anhänger und Leser betreiben. Das sind keine gelegentlichen, sozusagen „versehentlichen" Lügen, sondern das sind die systematisch gepflegten Methoden einer Organisation, die die Wahrheit nicht verkraften kann. ●

Vaterlandsverteidiger auf „sozialimperialistische Erfindung" hereingefallen?

Wie seit Straußens erster China-Reise wohlbekannt, ist es eine „sozialimperialistische" Praxis, völlig harmlosen Menschen wie z.B. dem Herrn Strauß bösartige „Etiketten" umzuhängen – wie etwa: „aggressiv", „revanchistisch" etc. ... Alles bösartige Erfindungen, klar!...

Die „Rote Fahne" der vaterländischen „KPD" besorgte jüngst die Rehabilitierung eines weiteren „Ehrenmannes": **„Soares Tätigkeit für den USA-Imperialismus ist eine Erfindung der Sozialimperialisten"** („RF", 5.11.75).

Eine sehr geschickte Erfindung, wie man hinzufügen sollte, auf die sogar die „KPD" einmal voll reingefallen ist. Hieß es doch in der „Roten Fahne" vom 26.3.75: Soares sei der *„Hauptbefürworter der NATO-Linie im Regierungsbündnis"* und zudem (ätsch, reingefallen!) der Repräsentant des *„Einflusses des US-Imperialismus"* in Portugal.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein? ... Hier haben jedenfalls die Vaterlandsverteidiger damals eindeutig gepennt!....

AMI – Söldnertruppe der Konterrevolution

Durch die rasch zunehmende Politisierung der Soldaten, die in der S.U.V. (siehe AK 68) ihren organisatorischen Ausdruck findet, sah sich die portugiesische Bourgeoisie gezwungen, ein verläßliches Repressionsinstrument aus dem Boden zu stampfen. Der (Konter-) Revolutionsrat kündigte am 26. September die Bildung des AMI (Agrupamento Militar de Intervenção = Militärische Einsatzgruppe) an; diese zu schaffende Formation sollte vor allem Aufgaben wahrnehmen, mit denen bisher das COPCON – in einer für die Bourgeoisie unbefriedigenden Art und Weise – befaßt war (z.B. Einsätze bei Haus- und Landbesetzungen, Kämpfen im Produktionsbereich usw.), während sich das COPCON ausschließlich auf die „Bekämpfung der Konterrevolution" beschränken sollte.

Zum Kommandanten dieser Truppe wurde auch sofort ein Offizier ernannt, der die denkbar besten Garantien für eine rechte Ausrichtung dieser Einheit bot: Brigadegeneral Melo Egidio – der FRELIMO bestens bekannt, seit er von 1967 bis 1971 Gouverneur des Distriktes Niassa (Mocambique) gewesen war. Dort hatte er sich als verdienter Kämpfer gegen den „Terrorrismus" erwiesen und die von dem Kolonialfaschisten Daniel Roxo – seinem Leibwächter – geleiteten berüchtigten „Milizien" aufgebaut, die für die brutale Ermordung zahlreicher Mocambiquaner verantwortlich sind. Und wie es der „Zufall" so wollte, hielt sich Melo Egidio am 7. September 1974 gerade in Lourenco Marques auf, als dort sein Schützling Roxo und andere Faschisten den Rundfunksender besetzten, um damit in letzter Minute den Sieg der FRELIMO zu vereiteln und ein rassistisches Terrorregime aufzubauen! („Republica", 15.10.)

Was die AMI-Gründer jedoch nicht hinreichend berücksichtigt hatten, war die Schwierigkeit, eine solche Einsatztruppe auch effektiv aufzubauen: so sollten ursprünglich Soldaten aus verschiedenen Einheiten abgezogen werden und das AMI bilden – was aber daran scheiterte, daß sich die daraufhin angesprochenen Einheiten reihenweise weigerten, zum Aufbau dieser konterrevolutionären Formation in irgendeiner Weise beizutragen! Andere Einheiten weigerten sich sogar, dem AMI auch nur Teile ihrer Kasernenanlagen abzutreten, so daß das AMI-Hauptquartier zunächst im Palacio de Belem (dem Sitz des Präsidenten der Republik) aufgeschlagen werden mußte. Die offensichtlich einzige Einheit, die sich zur Teilnahme am AMI bereit zeigte, war das „Regimento de Comandos" von Amadora, das unter dem Befehl des reaktionären Obersten Jaime Neves jederzeit für offen arbeiter- und volksfeindliche Aktionen (wie etwa die Besetzung der Sendeanlagen von Radio Renascenca oder das brutale Vorgehen gegen die Versehrten der Kolonialkriege) bereitsteht, wofür ihm von der P.S. auch schon eine Dankeskundgebung dargebracht wurde . . .

Angesichts dieser Schwierigkeiten erließ der (Konter-) Revolutionsrat am 8. Oktober ein spezielles Gesetzesdekret, das es ermöglicht, inzwischen entlassene Mitglieder der „Comandos", die irgendwann einmal seit der Gründung dieser Einheit im Jahre 1963 dort Dienst getan haben, zu rekrutieren. Die Kontraktierung dieser Leute verläuft über die „Associacao dos Ex-Comandos" (Vereinigung der ehemaligen Kommandos), die im vergangenen Jahr u.a. von Almeida Bruno (einem der engsten Mitarbeiter Spinolas, der sich nach dem 11. März ebenfalls absetzte) gegründet worden war. Den künftigen AMI-Söldnern kann diese Vereinigung ein zugkräftiges Angebot unterbreiten: während die portugiesischen Soldaten einen Wehrsold von 295 Escudos (etwa 29.50 Mark) monatlich erhalten, sollen die AMI-Söldner immerhin 5.150 Escudos (ca. 515 Mark) beziehen! („Republica", 18.10.) Zunächst sollen rund 800 ehemalige „Comandos" rekrutiert werden und unter dem Befehl von Jaime Neves eine Sonderausbildung erhalten. Auf die Frage, warum nicht gegenwärtig dienende Soldaten eingesetzt würden, sagte ein Anwerber: *„Die taugen nichts! Ihnen fehlt der alte Geist von früher, den nur die Veteranen der Afrikakriege besitzen"* („Republica", 18.10). ●

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Podiumsdiskussion zu Portugal Juso - DKP - GIM - KBW - SAG - KB - SB

Am Dienstag, den 28. Oktober fand in der Technischen Universität in Hannover auf Einladung des AStA der TU eine Portugalveranstaltung statt, die in ihrem ersten Teil eine Podiumsdiskussion und in ihrem zweiten Teil eine offene Diskussion war.

Die Veranstaltung stellt insofern eine Besonderheit dar, als es dem AStA gelang, für die Podiumsdiskussion Vertreter der gesamten hannoverschen Linken an einen Tisch zu bringen.

Insbesondere die Tatsache, daß die DKP auf ihrem hausgemachten „Radikalenerlaß" verzichtete und neben Vertretern der Jusos, des SB, der GIM, der SAG, des KBW und des KB an der Podiumsdiskussion teilnahm, verdient Beachtung. Die Diskussion wurde von dem fortschrittlichen Prof. Seiffert aus Hannover geleitet.

Zu Beginn erhielt jede Organisation Gelegenheit, in einem kurzen Referat zu einem Themenbereich, der sie besonders interessierte und zuvor festgelegt wurde, Stellung zu nehmen, um zu erreichen, daß die anschließende Diskussion auf der Grundlage von inhaltlichen Standpunkten und nicht einfach auf der Ebene abstrakter „Prinzipien" geführt wurde.

Allerdings zeigte sich sehr schnell, daß die meisten Organisationen mit ihrem Thema sich gewaltig übernommen hatten, und keineswegs in der Lage waren, das gestellte Thema inhaltlich zu bewältigen, was sicher damit zu erklären ist, daß die meisten Organisationen der Versuchung unterlagen, eben nur die Informationen aus Portugal zur Kenntnis zu nehmen, die in ihre „Einschätzung" paßt und den Rest zu verschweigen.

So machte die Vertreterin der (im übrigen als weit „links" geltenden) Hannover Jusos den Versuch, über die Geschichte der PS zu sprechen, die „heutige Politik" der PS zu „kritisieren" und das Programm der PS zu „würdigen".

Daß sie dabei über ein paar Angaben zur geringen Verankerung der PS in der Arbeiterklasse nicht hinauskam, wäre nicht weiter schlimm, wenn sie nicht den Versuch unternommen hätte, die reaktionäre Rolle der PS fast völlig zu vertuschen, den sicherlich vorhandenen Widerspruch zwischen Führung und Basis der PS unzulässig überzubetonen und in einem geradezu gewaltsamen Schlenker zu erklären, zwar sei die PS nicht übermäßig fortschrittlich, aber schließlich habe sie ein äußerst fortschrittliches Programm (für die Wahlen vom April) und deshalb seien die Jusos halt doch solidarisch mit der PS.

Es liegt auf der Hand, daß sie sich damit unter den gut 200 Zuhörern keine Freunde schufen, ebensowenig wie der Vertreter der DKP, der sein Referat als „Auseinandersetzung mit der 6. Regierung" angekündigt hatte. Faktisch tat er aber nichts anderes, als diese Regierung zu verteidigen, mit dem Ziel, die Teilnahme der PCP an der 6. Regierung zu rechtfertigen. Dies ging so weit, daß er Positionen bezog, die weit rechts von denen der PCP stehen, wenn er etwa die Rolle der PS völlig verharmlosend als die eines „Hemmschuhs und Bremsers" darstellte und im übrigen meinte, er wolle nicht weiter auf die PS eingehen, weil das, wie er wörtlich sagte, „die Jusos besser können".

Heiterkeitsausbrüche unter den informierten Zuhörern erzielte der Vertreter der GIM, der sich das anspruchsvolle Thema „FUR" (die Einheitsfront sechs protugiesischer revolutionärer und linker Organisationen) vorgenommen hatte, da ja die portugiesische Sektion der trotzkistischen „Internationale", die LCI, Mitglied der FUR ist.

Er unternahm den Versuch, die FUR als „gescheitert" hinzustellen, wofür er als einen wichtigen Grund angab, daß sie „sektiererisch auf die PS einschlägt, anstatt die PS-Basis für eine revolutionäre Politik zu gewinnen", und stattdessen die SUV (demokratischer Soldatenverband) als „korrekte Form der Massenorganisation" darzustellen, wobei ihm offensichtlich entgangen war, daß die FUR eine der wesentlichen politischen Kräfte ist, die die SUV aufgebaut haben und politisch tragen.

Noch „begeisterter" wurde der Beitrag des KBW aufgenommen, der mit den kernigen Worten „die portugiesische Arbeiterklasse hat heute nichts zu verteidigen, weil sie bisher nichts erkämpfen konnte" begann, und im folgenden ausführte, daß bis heute in Portugal nicht eine einzige Enteignung, weder von Industriebetrieben, noch von Banken, noch von Großgrundbesitz stattgefunden habe.

Er bewies damit in gewisser Weise die Vermutung, daß ein großer Teil des KBW inzwischen bereits die Lektüre der eigenen „KVZ" verschmäht, geschweige denn sich aus anderen Zeitungen wenigstens mit Informationen versorgt.

In den weiteren Beiträgen von SAG, SB und KB wurde deutlich, daß bisher (zumindest in Hannover) nur diese drei Organisationen sich wirklich bemüht haben, die portugiesische Revolution zu analysieren und sich ernsthaft die Frage zu stellen, in welcher Weise die westdeutsche Linke Solidarität üben kann und muß.

Der Vertreter des SB behandelte in seinem Referat hauptsächlich die Entwicklung des MFA, sowie die imperialistische Politik des Wirtschaftsboykotts einerseits und des Winkens mit „Krediten" andererseits.

Der Vertreter der SAG legte das Schwergewicht seines Referats auf die Frage der Entwicklung der Volksmacht, der Räte und ihrer Entwicklung zu wirklichen Sowjets. Da die SAG die portugiesische PRP-BR als ihren Bündnispartner betrachtet, referierte er zu diesen Fragen, wie auch zu den Fragen des bewaffneten Kampfes wesentlich die Positionen dieser Organisation und rief auch zur Spendensammlung für die PRP-BR auf, um Waffen zu finanzieren.

Der Sprecher des Kommunistischen Bundes, der sich ursprünglich auf die Gefahr des schleichenden Rechtsputsches und Fragen des Aufbaus und derBewaffnung der Volksmacht beschränken wollte, sah sich aufgrund der teilweise sehr dürftigen Ausführungen der Vorredner gezwungen, in einem größeren Zusammenhang auf die politische Entwicklung der letzten Monate, die konterrevolutionäre Offensive, die zur Bildung der 6. Regierung führte und die Antwort der Arbeiterklasse einzugehen, um vor diesem Hintergrund zu entwickeln, daß heute in Portugal tatsächlich nur die Alternative Faschismus oder Sozialismus existiert. Auf dieser Grundlage forderte er die Teilnehmer der Veranstaltung zur Solidarität, auch zur materiellen, mit der portugiesischen Revolution auf.

Obwohl dieses Referat wegen des umfassenden Themas die Redezeit weit überschritt, wurde dem Redner von den Zuhörern diese Überschreitung ausdrücklich zugestanden, da sie durch die fundierten Aussagen gerechtfertigt war.

Auch in der folgenden Diskussion war festzustellen, daß bei den Teilnehmern der Veranstaltung ein ausgesprochenes Bedürfnis nach Information bestand. Gerade die Frage nach den Möglichkeiten der westdeutschen Linken, wie man Solidarität mit dem portugiesischen Volk üben kann und muß, stieß auf größtes Interesse. Die Ankündigung des AStA, weitere ähnliche Veranstaltungen durchführen zu wollen, trägt diesem Interesse Rechnung und kann sicher dazu beitragen, die Auseinandersetzung unter den Linken in Hannover zu vertiefen.

Vaterländische Provokateure

Es sollte noch erwähnt werden, daß kurz vor der Veranstaltung zwei Vertreter der „KPD" beim Diskussionsleiter erschienen und verlangten, ebenfalls auf dem Podium zu sitzen und Redezeit zu erhalten.

Sie mußten sich unter Hinweis darauf, daß sie bewußt nicht eingeladen worden seien, weil sie Positionen vertreten, die dem Kampf des portugiesischen Volkes feindlich sind, mit einer Wortmeldung für die offene Diskussion zufrieden geben.

Als schließlich ihr Diskussionsredner das Wort erhielt, ergoß sich über die Anwesenden eine üble Flut von Beschimpfungen der demokratischen und sozialistischen Bewegung in Portugal, die darin gipfelte, daß das portugiesische Volk seine Freiheit, die ihm das MFA geschenkt habe, nun an den „moskauhörigen Sozialfaschismus" zu verlieren drohe, und zu seiner Verteidigung nur Melo Antunes und seine Bande in der Lage wären.

Der Sprecher des KB stellte den Antrag, dem Redner sofort das Wort zu entziehen, da er inhaltlich vollständig in der Manier der Faschisten argumentiere, und dies nur als Provokation gegenüber dem portugiesischen Volk, wie auch gegenüber den Teilnehmern dieser Veranstaltung verstanden werden konnte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. •

Westberlin Gemischte vaterländisch-trotzkistische Provokation

In Westberlin führte am 6.11. die trotzkistische GIM eine Veranstaltung zum Thema „Maoismus und Vaterlandsverteidigung" durch, die den „Rechtskurs von KPD und KPD/ML" verurteilen sollte.

Die Vaterlandsverteidiger machten daraufhin mobil, um mit Schlägertrupps die Veranstaltung zu verhindern:

„Verhindert die Veranstaltung der Trotzkisten!" (Flugblatt der „KPD/ML"); *„Verhindern wir den Angriff der GIM-Trotzkisten auf die VR China, das Bollwerk der Weltrevolution!"* (Flugblatt des KSV der „KPD").

Schon lange vor Veranstaltungsbeginn waren rund 200 Vaterlandsverteidiger aufmarschiert, teilweise mit Knüppeln, Eisenstangen etc. ausgerüstet, um zur Abwechslung einmal nicht das Vaterland, sondern das Bollwerk der Weltrevolution zu verteidigen. Ihnen standen etwa 60 Trotzkisten gegenüber, die sich gegen die Angriffe der Vaterlandsverteidiger zur Wehr setzen mußten, wobei es die ersten Verletzten gab. Die ‚Schlacht' wurde schließlich von massenhaft anrückenden „Spontis" und anderen Linken entschieden, die den Vaterlandsverteidigern eine gehörige Abreibung verabreichten und sie auseinantrieben.

Nachdem die Vaterlandsverteidiger mit ihren Schlägertrupps schon während der Portugal-Woche auf einer Veranstaltung in Braunschweig aufgekreuzt waren, ist dies der zweite größere – ebenso wie beim ersten Mal gescheiterte – Versuch, sich gewaltsam auf linken Veranstaltungen durchzusetzen.

Daß dies ausgerechnet den Trotzkisten passiert ist, ist wohl mehr Zufall. Aus den Aufrufen der Vaterländischen zur Verhinderung der Veranstaltung stinkt jedenfalls der wilde Haß gegen a l l e Gegner der Vaterlandsverteidigung und des Imperialismus. Die ganze „Logik" dieser Aufrufe ist: Wer die Sowjetunion nicht als „Hauptfeind" bekämpft, gehört zur *„5. Kolonne des Sozialimperialismus"*, sabotiert die „proletarische Revolution", und: *„Sabotage an der proletarischen Revolution werden wir nicht dulden"* (Flugbl. der „KPD/ML").

Und: Wer die chinesische Außenpolitik kritisiert, der greift die VR China an; *„Wer die VR China angreift, greift a l l e Völker an! und das lassen wir nicht zu"* (Flugbl. des KSV).

Die konsequente Vaterlandsverteidigung ist nichts anderes als eine „links" aufgemachte Spielart des Faschismus. Am weitesten ist diese Entwicklung in Portugal fortgeschritten, wo die radikalsten Vaterlandsverteidiger schon lange Hand in Hand mit den faschistischen Banden und der PS des imperialistischen Agenten Soares zum Sturm auf die Büros linker Organisationen übergegangen sind, und wo sie aktiv an den Vorbereitungen der Konterrevolution mitwirken. In der BRD und Westberlin sind die Reste der „KPD" und ihrer Ableger die übelsten Vertreter dieser rechtsradikalen Politik. Folglich ist es für die Vaterlandsverteidiger auch nur eine Frage ihrer schwachen (und glücklicherweise immer schwächer werdenden) Kräfte, wenn sie heute nicht g e n e r e l l linke Veranstaltungen zu verhindern versuchen.

Zugleich haben die Trotzkisten der GIM an der westberliner Provokation ihren Anteil. Ihnen geht es in der Tat nicht in erster Linie um Kritik an der Vaterlandsverteidigung oder an der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik. Für sie ist die ganze Scheiße der Vaterlandsverteidigung nur der gegebene Vorwand, um demagogisch gegen „d e n Maoismus" zu Felde zu ziehen.

Im Aufrufflugblatt der GIM wird ausdrücklich *„der kompromißlose Bruch mit den Mao-Tse-Tung-Ideen, die mit dem Leninismus nichts mehr gemein haben"*, gefordert. Dies ist eindeutig eine Methode der Revisionisten, die gegenwärtige chinesische Außenpolitik auszunutzen, um ihre alte Rechnung mit dem ‚Maoismus' zu begleichen.

Ebenso haben die Trotzkisten gegen die VR China seit deren Bestehen eine üble antikommunistische Hetze betrieben, und ihre „Kritik" – jetzt als scheinbar gerechtfertigte „Kritik" der aktuellen chinesischen Außenpolitik verpackt – ist bloße Demagogie. An eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem realen Inhalt der ‚Mao-Tse-Tung-Ideen" denken sie natürlich heute so wenig wie gestern.

Die ganze Prinzipienlosigkeit der Trotzkisten wird überdies daran sichtbar, daß die GIM noch anläßlich des Auftretens der Vaterlandsverteidiger in Braunschweig in einem Flugblatt eine hämische „neutrale" Position zu beziehen versuchte und schadenfroh die Schuld an den Provokationen der Vaterlandsverteidiger u n s zuschieben wollte. In Westberlin waren sie dann frech genug, auch an unsere Organisation mit der Aufforderung um Schutz ihrer Veranstaltung heranzutreten.

Hier ist eindeutig festzustellen, daß bei der Westberliner Veranstaltung Provokateure Hand in Hand gearbeitet haben. Zugleich bedeutet der Überfall der Vaterlandsverteidiger aber auch eine Aufforderung an die Linke zur verschärften Wachsamkeit und zur Absage an jede Zusammenarbeit mit dieser rechtsradikalen Strömung. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Eine breite Bewegung für die Unterstützung der portugiesischen Revolution organisieren!

Seitdem Mitte September die Regierung Azevedo angetreten ist, um den Vormarsch der portugiesischen Revolution zu stoppen und der Zerstörung aller erkämpften Errungenschaften, Rechte und Positionen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen den Weg zu bereiten, hat sich der Klassenkampf in Portugal enorm verschärft.

Als erste Maßnahme wurde ein Presse-Gesetz erlassen, daß die Veröffentlichungen von Erklärungen, Resolutionen etc. von Soldaten sowie Berichte über Vorgänge in den Kasernen verbieten sollte. Nur einer kleinen Zahl höchster militärischer Führer sollte das Recht vorbehalten bleiben, öffentliche Erklärungen, Interviews u.ä. abzugeben. Dieses Gesetz sollte sowohl die Rechte der Soldaten als auch der demokratischen Presse treffen. Da die fortschrittliche Presse dieses Gesetz von Anfang an ablehnte und nicht beachtete, wurde es kurz darauf zurückgezogen.

Die Regierung Azevedo versucht mit ‚Versetzungen Entlassungen, Schikanen usw. der demokratischen Bewegung unter den Soldaten Herr zu werden. Die Folge: Es hat sich ein demokratisch-antifaschistischer Soldatenverband SUV gebildet, der innerhalb weniger Wochen einen großen Einfluß in den Kasernen gewonnen hat. In mehreren Fällen scheiterten beabsichtigte ‚Versetzungen', Entlassungen oder Auflösungen fortschrittlicher Einheiten am Widerstand der von Massenbewegungen der Werktätigen unterstützen Soldaten.

Die Regierung ließ vom Militär die Rundfunksender besetzen, um dort eine „Normalisierung" (sprich: Entlassung fortschrittlicher Journalisten, Zensur der Programme usw.) zu erzwingen. Die eingesetzten Soldaten verbrüderten sich jedoch mit den Rundfunk-Arbeitern und mit den Volksmassen, so daß die Besetzung ergebnislos abgebrochen werden mußte. Lediglich der Sender des von den Arbeitern selbstverwalteten ‚Radio Renascenca' wurde zunächst von reaktionären Truppen besetzt, später von der Polizei gesperrt. Inzwischen wurde der Sender jedoch von Arbeitern, mit Unterstützung fortschrittlicher Soldaten, besetzt; das Programm soll baldmöglichst wieder aufgenommen werden.

So läßt sich feststellen, daß die Regierung Azevedo mit ihren bisherigen Angriffen auf die revolutionären Errungenschaften und die revolutionäre Bewegung durchweg gescheitert ist. Damit haben aber Reaktion und Imperialismus ihre konterrevolutionären Pläne noch nicht aufgegeben - ihre Vorbereitungen und Verschwörungen zu einem faschistischen Militärputsch werden intensiviert.

Auf der anderen Seite weiß die Arbeiterklasse und die Linke, daß ein bewaffneter Zusammenstoß mit der Konterrevolution sich kaum noch vermeiden läßt und immer näher rückt. Die Organisierung der bewaffneten Verteidigung der Revolution und des Aufbaus der Volksmacht rückt immer klarer in den Mittelpunkt aller Aufgaben. Der revolutionäre Prozeß in Portugal, der mit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes am 25. April 1974 eingeleitet wurde, hat heute einen Punkt erreicht, wo nur die Alternative steht: Vorangehen zum Sozialismus oder Terrorherrschaft der Reaktion und des Imperialismus!

In Portugal wird heute eine Schlacht geschlagen, deren Bedeutung für die Zukunft Europas und überhaupt der internationalen Arbeiterbewegung noch gar nicht voll abzusehen ist. Niemals in den letzten Jahrzehnten hat es in Westeuropa eine revolutionäre Bewegung gegeben, die mit der portugiesischen auch nur annähernd vergleichbar ist. Hier einen Sieg über Reaktion und Imperialismus zu erringen, würde bedeuten, daß der Sozialismus in Westeuropa einen Brückenkopf gewonnen hat, es würde eine enorme Ausstrahlung insbesondere auf Länder wie Italien und auch Frankreich haben, mit Rückwirkungen in allen kapitalistischen Ländern und sicher auch in den revisionistischen Ländern. Es würde darüber hinaus bedeuten, den Kriegsvorbereiteungen des Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, vor allem angesichts der „strategischen" Bedeutung Portugals. Gerade deshalb unternimmt der Imperialismus a l l e Anstrengungen, um die portugiesische Revolution zu zerstören, und sei es durch ein faschistisches Blutbad wie in Chile. Die westdeutsche Linke muß diese Situation begreifen. Solidarität zu organisieren, wenn ein faschistischer Putsch bereits Erfolg gehabt hat, nützt den portugiesischen Werktätigen relativ wenig! H e u t e müssen alle Anstrengungen gemacht werden, a l l e Kräfte eingesetzt werden, um auch in der BRD die größtmögliche Solidarität mit der portugiesischen Revolution zu erreichen.

Denken wir auch daran, daß die SPD i h r e r s e i t s die Kampagne zur Unterstützung i h r e r Verbündeten, der Sozialdemokratie und der Reaktion ankurbelt. Unter der zynischen Parole „Die Nelken brauchen W a s s e r" wollen die Jusos 100.000 Mark für die Sozialdemokratische Partei von Soares sammeln, die in Wahrheit mithelfen sollen, die portugiesische Revolution im B l u t zu ertränken. Nicht umsonst ist Soares das ‚Pferd', auf das die internationale Reaktion und der Imperialismus setzen, nicht umsonst gehört zu den Geldgebern des Soares außer der SPD auch der CIA. Mit Gerüchten über einen angeblich drohenden „Linksputsch" organisiert Soares Generalproben für den R e c h t sputsch und versucht, diesem den Vorwand zu liefern.

Über die politische und moralische Unterstützung hinaus müssen w i r, schon h e u t e, auch größte Anstrengungen zur m a t e r i e l l e n Hilfe für die revolutionären Kräfte in Portugal machen.

Um das uns Mögliche dazu beizutragen, daß eine der Hauptlosungen der revolutionären portugiesischen Arbeiter, Soldaten und Bauern „Reforcar e armar o poder popular" (V o r a n s c h r e i t e n u n d d i e V o l k s m a c h t b e w a f f n e n!) verwirklicht werden kann, rufen wir zu einer großen Spendenkampagne auf - und fordern alle Organisationen der westdeutschen Linken auf, das Gleiche zu tun.

P o r t u g a l d a r f n i c h t d a s C h i l e E u r o p a s w e r d e n!

Hamburg, den 26.10.75

Leitendes Gremium
des Kommunistischen Bundes

Spenden auf das Konto: Postscheckkonto: Hamburg 240 595 J. Reents
Kennwort: „Portugal-Solidarität"

Unabhängigkeit Angolas am 11. November

Materialschlacht gegen das angolanische Volk

Wenige Tage vor dem 11.November (formale Unabhängigkeit Angolas) stehen die Kräfte des Imperialismus in einer allseitigen Offensive gegen das angolanische Volk, gegen die revolutionäre Befreiungsbewegung MPLA.

Die in den letzten Monaten gigantisch aufgerüsteten Söldnerhorden von FNLA/UNITA (u.a. mit eigener Luftwaffe) werden hierbei massiv unterstützt von der gesamten südafrikanischen Reaktion, d.h. von der zairischen Armee, regulären Einheiten der „Südafrikanischen Republik", weißen Söldnern und logistisch auch von Sambia. Neben portugiesischen Faschisten im Sold von FNLA/UNITA, wüten nunmehr auch eigenständige Einheiten der faschistischen portugiesischen ELP (!) gegen die angolanische Revolution.

Trotz der „Generalmobilmachung des gesamten Volkes" durch die MPLA hiergegen, haben die *„unbegrenzten Waffenmengen"* (so UNITA-Chef Savimbi) der Konterrevolution Erfolge gebracht.

Obwohl FNLA-Führer Roberto für diesen Fall angekündigt hat, „Luanda dem Erdboden gleichzumachen", hat MPLA die einseitige Unabhängigkeitserklärung für den 11.11. angekündigt.

Es scheint festzustehen, daß die dann gegründete junge angolanische Volksdemokratie von der ersten Stunde ihres Bestehens einer allgemeinen imperialistischen Invasion gegenübersteht.

Die Lage des angolanischen Volks ist umso schwieriger, als sowohl Portugal, als auch die Mehrheit der OAU-Staaten nach wie vor der MPLA den legitimen Anspruch auf Alleinvertretung des angolanischen Volkes verweigern und mit der „Internationalisierung des Konflikts" drohen.

Im einzelnen
Militärischer Großangriff der Konterrevolution

Die imperialistischen Söldnerarmeen konnten offensichtlich ihre Terrorherrschaft auf einige weitere angolanische Gebiete ausdehnen.

So sollen FNLA-Truppen zwischenzeitlich bis auf 20 km an die befreite Hauptstadt Luanda herangekommen sein („Le Monde", 23.10.) und teilweise die Wasserversorgung Luandas unterbrochen haben.

Am 21.10. stellte MPLA fest, daß 10.000 FNLA-Söldner (verbunden mit Teilen der zairischen Armee) sich zum Angriff auf Luanda formiert haben. (MPLA-Kommunique nach „O Seculo", 22.10.).

In Südangola konnten die pro-Imperialisten die befreiten Städte Sa de Bandeira (Provinzhauptstadt von Huila) und die wichtige Hafenstadt Mocamedes erneut okkupieren. An diesen Aktionen waren starke Einheiten der regulären südafrikanischen Armee beteiligt (siehe z.B. „Le Monde", 30.10.). Ebenfalls beteiligt sind eigenständige Einheiten der faschistischen portugiesischen Bewegung ELP. Diese Spinolisten kämpfen in acht Einheiten vorwiegend in Südangola und stehen unter dem Kommando des berüchtigten Menschenschlächters Rosa Oliveira, ehemals Kommandant faschistischer Spezialeinheiten (bestehend aus schwarzen Kollaborateuren) in Mosambique.

Neueste Nachrichten („SZ", 7.11.) sprechen davon, daß die beiden großen Hafenstädte Lobito und Benguela (Ausgangspunkt der wichtigsten Eisenbahnlinie Angolas) ebenfalls von der Konterrevolution eingenommen wurden. Diese Angaben sind allerdings bisher nicht von der MPLA bestätigt und könnten Zweckpropaganda der FNLA/UNITA sein. Jüngste Nachrichten sprechen auch von einem unmittelbar bevorstehenden Angriff auf die ökonomisch wichtigste Provinz Cabinda. Zaire hat erhebliche Truppen an der Grenze zu Cabinda zusammengezogen und in Alarmbereitschaft versetzt. Zur ideologischen Vorbereitung eines offenen Einmarsches, hat Zaire das angebliche „Eindringen von Truppen aus dem Kongo-Brazzaville" (der MPLA unterstützt) erfunden.

Die militärischen Rückschläge der MPLA sind Ergebnis einer nahezu unvorstellbaren imperialistischen Ausrüstung seiner Marionetten nach den vernichtenden Niederlagen der letzten Monate (siehe hierzu besonders AK 67 und 68).

Jüngste Beispiele dieser Aufrüstung sind der US-Sonderkredit an Zaire über 60 Mio. Dollar, der jetzt um weitere 19 Mio. erhöht werden soll („Guardian", 27.10.), sowie der weitere Aufbau einer FNLA-Luftwaffe durch die Lieferung von 45 französischen Mirage-Jagdbombern an Zaire („SZ", 5.11.).

Dies sind allerdings nur die offiziell bekannt gewordenen Lieferungen. Das wirkliche Ausmaß der imperialistischen Aggression läßt sich erahnen, wenn UNITA-Chef Savimbi nach einer Reise durch verschiedene afrikanische und europäische Staaten (Frankreich, England) zynisch offenlegt: *„Heute bekommen wir Waffenlieferungen von überall her... wir können über eine unbeschränkte Zahl (!!) von Waffen verfügen, die seit dem 5.August* (offizielles Bündnis UNITA/FNLA gegen MPLA) *geliefert wurden."* („Le Monde", 30.10.).

Es liegt auf der Hand, daß trotz sowjetischer Hilfe an MPLA ein gewaltiges waffenmäßiges Übergewicht der Konterrevolution besteht. Diese Überlegenheit kann nur ausgeglichen (und letztlich besiegt) werden durch die Mobilisierung des gesamten angolanischen Volkes. So forderte MPLA über Rundfunk alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren auf, sich im Rahmen der stattfindenden „allgemeinen Mobilmachung" am *„Kampf gegen die allgemeine ausländische Invasion im Sold des Imperialismus"* zu beteiligen („FR", 25.10.). Die MPLA-Jugendorganisation veranstaltet eine *„Woche der Mobilisierung der Jugend für den Krieg"* („SZ", 28.10.).

Die Verankerung der MPLA im Volk (wie sie in der Parole „MPLA ist das Volk" zum Ausdruck kommt) als den Garanten für den Sieg über die Konterrevolution mußte selbst der reaktionäre portugiesische Hochkommissar Cardosa eingestehen. Er schätzt ein, daß FNLA militärisch die Möglichkeit hätte, Luanda einzunehmen, *„allerdings sie ist dann in einer schwierigen Lage, wenn sie die Hauptstadt besetzt. Mehr als 90% der Luandesen unterstützen die MPLA und so wäre jeder von ihnen ein Feind"* („O Seculo", 21.10.). Vor diesem Hintergrund muß die Drohung Robertos, mit seiner Luftwaffe „Luanda dem Erdboden gleichzumachen" als reale Gefahr gesehen werden.



11.November: Geburtsstunde des freien Angola

Alles deutet darauf hin, daß es am 11.November sowohl von MPLA als auch von der vereinigten Konterrevolution einseitige Unabhängigkeitserklärungen geben wird. Nicht auszuschließen ist ein erneuter kurzfristiger „Kompromiß" zwischen MPLA und FNLA/UNITA („gemeinsame Übergangsregierung" etc.), auf die der Imperialismus direkt und über seine zahlreichen Marionetten hinzuwirken sucht, als eine Art Vorstufe zur endgültigen Okkupation Angolas.

Prinzipiell hat MPLA in den letzten Wochen mehrfach erklärt, daß sie am 11.11. das unabhängige Angola proklamieren wird und daß ein Bündnis mit den Söldnern des Imperialismus ausgeschlossen ist. Dennoch ist es möglich, daß MPLA – angesichts der reaktionären Offensive und des insgesamt für sie wieder schlechter gewordenen Kräfteverhältnisses - auf eine solche „Einheit" vorübergehend eingehen m u ß . In einer solchen Situation wird es im „linken Lager" sicherlich nicht an Zynikern fehlen, die dies erneut zum Anlaß nehmen, die „endlich erreichte Einheit der drei Befreiungsbewegungen" zu bejubeln.

FNLA/UNITA haben ebenfalls eine einseitige Unabhängigkeitserklärung und eine „Koalitionsregierung" angekündigt („Le Monde", 30.10.). Eine MPLA-Delegation ist bereits nach New York entsandt, u.a. um der UNO-Vollversammlung diesen berechtigten Schritt darzulegen. („O Seculo", 16.10.). Für die Unabhängigkeitsfeiern („sie werden stattfinden, selbst wenn Luanda bombardiert wird") sind die Verbündeten und Helfer der MPLA im Befreiungskampf eingeladen worden („SZ", 6.11.).

Es wird ein Maßstab für alle fortschrittlichen und revolutionären Staaten der Welt sein, das souveräne Angola unter Führung der MPLA diplomatisch anzuerkennen und materiell zu unterstützen!

Über die erste Aufgabe des unabhängigen Angola sagte MPLA-Präsident, Genosse Neto:

„Problem Nummer 1 wird die Verteidigung unseres Landes sein. Wir werden vom Ausland überfallen werden. Wir werden uns also gegen diese Invasion verteidigen. Wir werden gezwungen sein, die Vorbereitungen zu verstärken, um unsere Bevölkerung durch die allgemeine Mobilmachung zu verteidigen, und unsere Streitkräfte zu entwickeln, um die Aggression zu zerschlagen." („Afrique-Asie", 94/75).

OAU-Mehrheit, Portugal und VR China gegen MPLA

Die derzeitige reaktionäre Regierung Portugals beharrt nach wie vor auf ihrem Standpunkt, „die Macht nur an alle drei Bewegungen zu übergeben" und andernfalls die UNO einzuschalten. Dieses Verhalten – möglicherweise der erste Schritt zu einem legalisierten Einmarsch fremder Truppen in Angola über den Umweg der „Internationalisierung des Konflikts" (ausführlich hierzu AK 67) – entspricht nicht nur dem Interesse der portugiesischen Reaktion, sondern wird gleichzeitig vom internationalen Kapital diktiert: *„Laut Aussage eines portugiesischen Repräsentanten in Luanda ist Portugal ‚sehr starken ausländischen Pressionen ausgesetzt' was Angola betrifft"* („Le Monde", 23.10.).

Ebenfalls auf „Internationalisierung" setzt wahrscheinlich eine reaktionäre, vom Imperialismus gesteuerte, OAU-Mehrheit. Die von Ugandas Faschisten Amin eingesetzte Kommission, die in den letzten Wochen Angola bereist hatte, hat sich zwischenzeitlich gegen die Machtübergabe an MPLA ausgesprochen. In diesen Tagen findet eine OAU-Sondertagung mit Vertretern aus 15 afrikanischen Staaten statt; *„die Entsendung einer ‚Friedenstruppe' nach Luanda erscheint möglich"* („SZ", 7.11.).

Damit ist ein weiterer militärischer Gegner der MPLA eine latente Gefahr.

Angesichts der umfassenden militärischen Aggression gegen das angolanische Volk, ist es an sich schon unverantwortlich, daß die VR China nicht entschieden der MPLA zur Seite springt, sondern (wenn auch mit zunehmenden indirekten Angriffen gegen die MPLA) die „Gleichberechtigung der drei Bewegungen" propagiert. Tatsächlich verhält sich die VR China allerdings nicht einmal „neutral", sondern setzt die Unterstützung der Imperialisten-Söldner von FNLA fort, entgegen allen – anläßlich eines MPLA-Besuchs in Peking im Sommer 1975 – gemachten Beteuerungen der „absoluten Neutralität" und „Einstellung der Unterstützung für FNLA"!

Auf die chinesiche Haltung angesprochen, antwortet das Mitglied des Zentralkomitee der MPLA, Pascal Luvualu:

„Die MPLA hat dazu keine öffentliche Erklärung abgegeben, aber das hindert uns nicht daran, unsere Meinung zu sagen. Die MPLA hatte eine Delegation in die VR China geschickt, um mit den chinesischen Verantwortlichen darüber zu sprechen, welche Gefahren mit dieser Hilfe verbunden sind, die sie Gruppen leistet, die die Interessen der Monopole in Angola unterstützen. Und die VR China hatte uns versprochen, daß sie Neutralität bewahren würde bezüglich des angolesischen Problems. Aber zu unserer Überraschung hat die VR China nicht Wort gehalten. Sie fährt fort, diesen Gruppen Hilfe zu leisten. Da für uns die VR China ein sozialistisches und revolutionäres Land ist, kann unser Volk eine solche Haltung nur bedauern." („Antiimperialistisches Informationsbulletin", 10/75).

So trägt auch die VR China ein Teil Schuld an der blutigen Verlängerung des Bürgerkriegs in Angola, der mit Sicherheit weit über das Datum der formalen Unabhängigkeit hinaus währen wird:

„Es wird ein langer und harter Krieg sein, der Höhepunkt der Leiden von fünf Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung, um vom Territorium der Nation alle diejenigen zu vertreiben, die seine Reichtümer und die Arbeit seines Volkes ausplündern." (Aus einem Kommunique der MPLA-Vertretung in Portugal, 21.10.75) ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

KBW — Bisherige „Spitze" zu Angola

Während der 11. November, Datum der angolanischen Unabhängigkeitserklärung, immer näher rückt, steigert der KBW seine unverschämte Lügenkampagne von den „drei Befreiungsbewegungen" in Angola und von der „Einmischung des Sozialimperialismus" zu neuen Höhepunkten. Ein wahres Schweinestück, bisherige „Spitzen"leistung auf diesem Gebiet, findet sich in der „KVZ" vom 6.11.75 unter der – unfreiwillig zutreffenden! – Überschrift „Unter falscher Flagge". Da wird gelogen was das Zeug hält!

Die MPLA, die Befreiungsbewegung des angolanischen Volkes, hat eindeutig erklärt, daß sie a l l e i n am 11. November die Unabhängigkeit erklären wird. Die „KVZ" hat allerdings noch n i e auch nur eine Erklärung der MPLA zitiert. Stattdessen wird auch in der „KVZ" vom 6. 11. wieder gelogen, daß sich die MPLA mit den „beiden anderen Befreiungsbewegungen", also mit den konterrevolutionären, proimperialistischen Banden der FNLA und UNITA „versöhnen" wolle, möglicherweise sogar mit diesen eine gemeinsame Regierung bilden wolle! Das ist totaler Quatsch!

Die „KVZ" hetzt dagegen, daß die Sowjetunion nur eine Regierung der MPLA als rechtmäßige Regierung Angolas anerkennen will. Die „KVZ" verschweigt jedoch ständig, daß ausser der Sowjetunion u.a. auch die wichtigsten afrikanischen Befreiungsbewegungen (PAIGC Guinea-Bissao's, FRELIMO Mosambiks, ZANU Simbabwes), ferner auch die VR Kongo auch Rumänien und Jugoslawien, die MPLA als e i n z i g e Vertreterin des angolanischen Volkes anerkennen und entsprechend unterstützen. Die ganze Lügenkampagne des KBW stützt sich gerade auf das Verschweigen dieser Tatsache.

Aus der sowjetischen Erklärung macht die „KVZ" kurzerhand eine Interventionsdrohung. Was dies bedeutet, wird bereits im ersten Satz des Artikels deutlich: ***„Im August 1968 hat die Sowjetunion die CSSR besetzt".*** So also – möge der uninformierte Leser der „KVZ" glauben – will's die Sowjetunion nun wohl auch mit Angola machen. Warnung der „KVZ": *„Das angolanische Volk und die übrigen Völker Afrikas müssen sich auf was gefaßt machen: Die Sowjetunion beruft sich wieder auf die Interessen des Kommunismus und Sozialismus. Da besteht aller Grund, vorsichtig zu sein."*

Was sich die „KVZ" mit diesem Artikel geleistet hat, das ist – noch weit deutlicher als alles frühere Geschreibsel des KBW zu Angola – reinste Propaganda für den Imperialismus.

In Angola will der Imperialismus durch eine Generaloffensive von FNLA und UNITA die Ausrufung der Unabhängigkeit durch die Vertreterin des angolanischen Volkes, die MPLA, verhindern. Der Imperialismus versucht so, eine faktische Teilung Angolas zu erreichen. Als weiteres Manöver droht eine „Internationalisierung" der Kämpfe, insbesondere durch die UNO. Die Folgen wären voraussehbar, nach den Erfahrungen der UN-Intervention im Kongo Anfang der 60er Jahre.

Die „KVZ" vollführt demgegenüber ein dreistes Ablenkungsmanöver: Während sie über die w i r k l i c h e n Gefahren für das angolanische Volk s c h w e i g t , und die Truppen des Imperialismus sogar als „Befreiungsbewegungen" durchzuschmuggeln versucht, beschwört sie den lächerlichen Popanz einer sowjetischen Intervention nach Art der CSSR als angebliche Hauptgefahr für das Volk Angolas. In das heuchlerische Gezeter des Imperialismus „Haltet den Dieb" (nämlich die Sowjetunion!) stimmt die „KVZ" lauthals ein. Dabei ist unmittelbar einsichtig, daß die Sowjetunion zu einer direkten Einmischung in Angola überhaupt nicht in der Lage wäre, selbst wenn sie es wollte – während ganz reale Gefahren einer Intervention insbesondere von Seiten der südafrikanischen Rassisten drohen, worüber die „KVZ" gleichfalls schweigt.

Die Lage, in die sich die KBW-Demagogen in Sachen Angola hineinmanövriert haben, ist wahrlich nicht beneidenswert! Und nach dem 11. November, wenn es auch formal ein unabhängiges Angola unter Führung der MPLA geben wird, das von zahlreichen fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen anerkannt sein wird, werden die Demagogen sich noch mehr in der Enge finden. Ob und wie der KBW sich je aus dieser Sackgasse befreien will, bleibt abzuwarten. Einige Eiertänze sind noch sicher! ●

PAIGC (Guinea-Bissao) und FRELIMO (Mosambik):

An der Seite der MPLA!

Das Politbüro der MPLA hat einen Aufruf an die Brudervölker von Cabo Verde, Guinea (-Bissao), Mosambik und Sao Tomé und Principe gerichtet, ihre Solidarität mit dem angolanischen Volk und der MPLA zu verstärken. Das Executivkomitee der PAIGC antwortete mit einem Telegramm, in dem es heißt:

„In dem Moment, da die entscheidende Schlacht für die Unabhängigkeit Angolas beginnt, stellen sich alle Kämpfer und Mitglieder der PAIGC vorbehaltlos an die Seite der MPLA.

...Wir verurteilen aufs entschiedenste die allgemeine Aggression, deren Opfer euer Bruderland ist, dessen Heimatboden in diesem Moment von ausländischen Söldnern angegriffen wird, die von Marionettenorganisationen unterstützt werden, die von außen, von Kräften der internationalen Reaktion in einer ungeheuerlichen Verschwörung gegen euer Volk und Afrika geführt werden...

Wir meinen, daß es die Pflicht aller wahrhaften Freunde des angolanischen Volkes ist, insbesondere aller afrikanischen Parteien und Staaten, zusammen mit der OAU, entschlossen zu handeln, der MPLA die wirkungsvolle und entschiedene Unterstützung für euren und unseren Kampf zu sichern. Alle Genossen der MPLA und das heldenhafte Volk Angolas können auf die Entschlossenheit unserer Partei zählen, unsere gesamten Anstrengungen aufrecht zu erhalten und alle unsere Fähigkeit in den Dienst des Politbüros der MPLA zu stellen, um Angola und Afrika zu dienen..."

(aus „Republica", 23. Oktober)

Wie wir schon an anderer Stelle berichteten (vergl. „die Internationale" Nr. 17, Nov.75), hatte kürzlich auch noch einmal die FRELIMO von Mosambik durch den Mund ihres Generalsekretärs, Samora Machel, sich unmißverständlich hinter die politischen Positionen der MPLA gestellt. Unter anderem führte Samora Machel aus:

„Wir analysierten in den letzten Jahren die Entwicklung des angolanischen Befreiungskrieges. Wir fragen uns: W e r kämpfte wirklich gegen den Kolonialismus?

Die Antwort läßt keinen Zweifel zu. Es ist die MPLA, die seit 14 Jahren den Kampf für die Befreiung Angolas führt. Es ist die MPLA, die den Kampf leitete und weiterhin leitet. Und heute, wo der portugiesische Kolonialismus zusammenbricht, wo das angolanische Volk, das sich aufs engste mit der MPLA identifiziert, sich darauf vorbereitet, seinen Sieg über den Kolonialismus zu feiern, wo es die Früchte seiner Freiheit sabotiert sieht – da versuchen vom Imperialismus ferngesteuerte Gruppen, den Prozeß der Befreiung zu behindern, ihn zu verzögern und den Weg für eine ausländische Militärintervention zu öffenen.

Was man begreifen muß, was das ganze Afrika begreifen muß, das ist, daß es in Angola um das Schicksal der Revolution in Afrika geht. Wie in der Vergangenheit unterstützen wir stets die MPLA, mit der wir verbündet sind.

Wir unterstützen sie weiterhin und werden sie auch zukünftig unterstützen. Diese Unterstützung ist nicht spontan oder emotional. Unsere Beziehungen wirksamer und konkreter Solidarität wurden im Laufe eines langen Kampfes gegen dieselben Feinde geschmiedet. Denn seit langem definieren wir gemeinsam den Feind, nach gemeinsamen Grundsätzen und und mit Blick auf gemeinsame Ziele."

(...)

„Lassen Sie mich schließlich folgendes hinzufügen: In Angola gibt es zwei Seiten, die sich gegenüberstehen, auf der einen Seite der Imperialismus mit seinen Verbündeten und Marionetten, und auf der anderen Seite die fortschrittlichen Volkskräfte, die die MPLA unterstützen. Sonst nichts.

Es sind nicht Spinola, Holden (Führer der FNLA – Anm. AK) *und Savimbi* (Führer der UNITA – Anm. AK) *oder andere, die uns interessieren. Sie sind nichts anderes als Instrumente des Imperialismus.*

Der Imperialismus ist die Gefahr. Vom Imperialismus geht die wirkliche Bedrohung aus. Er ist es, der die Kräfte fernsteuert, die unsere Unabhängigkeit in Gefahr bringen. Mit seinen Manövern und seinen Verschwörungen versucht er, die Befreiungsbewegungen, die afrikanische Revolution insgesamt, zu lähmen. Zuerst war es das Guinea Sekou Toures, wo sie die revolutionäre Basis zu vernichten versuchten. Es folgte die Ermordung Cabrals, danach die Verschwörungen gegen Mosambik. Und jetzt die Versuche, Angola zu teilen, dort Biafras zu schaffen... In der einzigen Absicht, alle revolutionären Bastionen auf unserem Kontinent zu schwächen und auszulöschen."

(„Republica", 21.Okt.)

Soweit Samora Machel und die FRELIMO. Ähnliche Standpunkte zu Angola wie die PAIGC und FRELIMO vertreten unseres Wissens a l l e revolutionären Bewegungen Afrikas, ebenso die fortschrittlichen afrikanischen Staaten, wie z.B. VR Kongo, Algerien etc. Auch die übergroße Mehrheit der revolutionären, als auch der revisionistischen (und sogar sozialdemokratischen Parteien – wie in Italien), teilen praktisch diese Einschätzung.

In Westdeutschland ist es vor allem der KBW, der im Gegensatz zu dieser eindrucksvollen „pro-MPLA-Front" die „Theorie" vertritt, daß es in Angola „drei Befreiungsbewegungen" gebe, die „gleichberechtigt" seien und die man zur „Einheit" auffordern müsse. Andererseits nimmt der KBW indirekt g e g e n die MPLA Stellung, indem er gegen die Waffenlieferungen vor allem der Sowjetunion für die MPLA wettert. Da diese „Kritik" sich kaum gegen die Waffenlieferungen „an sich" richten dürfte – so kritisierte u.W. der KBW keinesfalls sowjetische Waffenlieferungen an die südvietnamesische FNL oder den palästinensischen Widerstand! – so kann sich diese Kritik logischerweise nur gegen die Empfänger der Waffenlieferungen – eben die MPLA – richten Einer direkten und konkreten Kritik an der Politik der MPLA ist jedoch der KBW wohlweislich ebenso aus dem Weg gegangen, wie er bisher eine Auseinandersetzung um die konterrevolutionäre Politik der Marionetten FNLA und UNITA verweigert hat. Dies sei eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas".

Nichts gegen diese „Einmischung" hat der KBW allerdings, wenn er Stellungnahmen der OAU zu Angola zitiert (soweit sie seinen eigenen Standpunkt – „Gleichberechtigung der drei..." wiedergeben).

Soweit es um die scheinbare „Bestätigung" seines eigenen Standpunktes zu Angola geht, scheuen die KBW-führer nicht einmal vor F ä l s c h u n g e n, bzw. einer Wiedergabe von Fälschungen zurück: So zitierte die KBW-Zeitung „KVZ" (Nr. 36, 11.9.) lang und breit (auf Seite 1 und in fetten Lettern!) eine angebliche „Stellungnahme" der Lissaboner Militär-Polizei (einer links stehenden Einheit, die die portugiesische Reaktion zerschlagen will), die ihre geplante Einschiffung nach Angola verweigert hat. Diese „Stellungnahme" (vom 26. August), die in etwa den KBW-Standpunkt zu Angola wiedergibt, entpuppt sich jedoch schnell als Fälschung der provokatorischen portugiesischen Gruppe MRPP, wie eine Vollversammlung der Militär-Polizei bereits am nächsten Tag der portugiesischen Presse mitteilte, was dann praktisch von allen portugiesischen Zeitungen berichtet wurde.

Auf der anderen Seite verschweigen die KBW-Führer den Mitgliedern ihrer Organisation und Lesern ihrer Presse die Stellungnahmen der anerkanntermaßen fortschrittlichsten a f r i k a n i s c h e n Organisationen zu Angola. Nichts ist in der „KVZ" zur Angola-Position der FRELIMO, der PAIGC, der ZANU oder anderen afrikanischen Befreiungsbewegungen zu lesen, um die sich der KBW bisher offenbar einen Dreck geschert hat. Wohlweislich wird auch die Haltung des allergrößten Teils der westeuropäischen revolutionären Linken zu dieser Frage den „KVZ"-Lesern verschwiegen. Verschwieeen werden auch die zahlreichen MPLA-Demonstrationen und -Kundgebungen revolutionärer und linker Arbeiter in verschiedenen Ländern (Italien, Frankreich). Ähnlich verfuhren die KBW-Führer schon bei der internationalen Portugal/Angola-Kampagne Ende September, die für die „KVZ"-Leser gewissermaßen zur spleenigen Privatangelegenheit vom KB („Nord") und „Lotta Continua" umgefälscht wurde, wobei die große Zahl der portugiesischen und westeuropäischen Organisationen, die diese Kampagne a k t i v mitgetragen haben, einfach verschwiegen wurde.

Diese wenigen Beispiele sollen genügen, um zu belegen, wie die KBW-Führer prinzipiell arbeiten. Die Methode des V e r f ä l s c h e n s und V e r s c h w e i g e n s (von wesentlichen Informationen) – was die KBW-Führer womöglich noch als kommunistische Informationspolitik verstanden wissen wollen – ist offensichtlich der Tiefpunkt der Verlumptheit. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die FNLA – Erscheinung einer langfristigen Strategie des US-Imperialismus

Das letzte halbe Jahr Bürgerkrieg in Angola hat den Charakter von FNLA und UNITA als Marionettenbewegungen des Imperialismus zur Genüge offengelegt. Weniger bekannt ist, daß die heutigen Mordtaten der FNLA am angolanischen Volk Ausdruck einer schon Anfang der 60 er Jahre unter Kennedy festgelegten langfristigen Strategie des US-Imperialismus gegen den revolutionären Befreiungskampf in Afrika sind.

Besonders die revolutionären Befreiungskämpfe in Algerien und im Kongo (heute Zaire) hatten die Imperialisten erkennen lassen, daß die traditionelle Form des Kolonialismus „überholt", also langfristig nicht abzusichern war.

Ausdruck dieser Erkenntnis war die formelle „Entlassung in die Unabhängigkeit" besonders der britischen und französischen Kolonien bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse zum jeweiligen „Mutterland".

Der portugiesische Kolonialismus hatte diese Möglichkeit nicht; ihm fehlte die ökonomische Kraft zur Installierung einer neokolonialistischen Herrschaft (Portugal ist bekanntlich selbst kaum industrialisiert).

Folgerichtig bemängelte Peter Grube in der „Welt" vom 26.5.61, daß Portugal n i c h t wie die Engländer und Franzosen *„eine afrikanische Intellegenzschicht in ihren Kolonien herangezogen (hat), die weitgehend in der Lage ist, die weiße Verwaltung zu ersetzen"* (als Statthalter der Imperialisten, versteht sich!). Der Westberliner „Tagesspiegel" (23.4.61) beschrieb schon damals ganz offen, welche Gefahr für die Imperialisten in Angola aufzieht: *„Besonders Amerika fragt sich besorgt, ob die portugiesische Afrikapolitik nicht den Boden bereitet für ein neues 'Kongo-Debakel' (!), das den Kommunisten eines Tages in Angola die Tür öffnen könnte".* Daher habe die USA gemeinsam mit der Sowjetunion für die Entsendung einer UNO-Untersuchungskommission nach Angola gestimmt: *„Washington möchte die Portugiesen dazu bringen, ihre westafrikanischen Provinzen für die Auseinandersetzung zwischen Ost und West besser vorzubereiten (!). In seiner gegenwärtigen Verfassung bietet Angola nämlich als Schlachtfeld des Kalten Krieges den Sowjets alle Vorteile, während das Gelände für den Westen höchst schwierig ist – noch schwieriger als der Kongo"* (Ebenda).

Die „Welt" (26.5.61) stellte sogar fest, daß die *„Unabhängigkeit"* (Angolas) *„nicht aufzuhalten"* sei, und daß es fortan nur noch um *„Zeitpunkt und Form"* gehen würde!

Mit ausschlaggebend für diese Einschätzung war sicherlich der damalige erste große Aufschwung des Befreiungskampfes in Angola – der Bakongo-Aufstand.

Zwar wurde dieser Aufstand der Bakongo-Landarbeiter in Nordangola von den portugiesischen Kolonialfaschisten blutig niedergemetzelt (50.000 Tote), gleichzeitig signalisierte er jedoch das heranziehende Ende der Kolonialherrschaft.

Vor diesem Hintergrund begann der US-Imperialismus (namentlich die 1961 mit diesem Konzept auftretende Kennedy-Administration) seine „Doppelstrategie": Einerseits die militärische Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus über die NATO, andererseits *„die Suche nach nicht-kommunistischen Führern, denen sie ihre Segenswünsche und Hilfe geben könnte"* (Abshire, „Portuguese Africa", siehe auch „Manchester Guardian" v. 22. März 62, FNLA-Führer Holden habe „die besten Segenswünsche des Weißen Hauses").

Die „New York Times" (13.6.61) beschrieb damals diese Politik mit den Worten: . . . *die Kennedy-Administration versucht gleichzeitig auf zwei Pferden zu reiten, die in* (scheinbar) *entgegengesetze Richtungen galoppieren".*

Bevor die US-Imperialisten auf das Pferd UPA (später FNLA) setzten, untersuchte der CIA den Gaul: *„Keine geringere Autorität auf dem Gebiet des internationalen Kommunismus als der CIA durchleuchtete die UPA und stellte zufrieden fest, daß es sich um eine echte afrikanische Nationalbewegung handele, frei von jeden kommunistischen Verbindungen"* (J. Duffy „Portugal in Afrika").

Die Geschichte der UPA (später FNLA) läßt diese CIA-Erkenntnisse nur bestätigen: Sie wurde 1954 gegründet mit dem Ziel, das alte „Kongo-Königreich" für das Volk der Bakongo wieder zu erlangen. Ihre Ideologie war tribalistisch (stammesbezogen, rassistisch), d.h. sie bezeichnete die Bakongo als „auserwählt", den anderen afrikanischen Völkern übergeordnet.

Der durch die „Spalte-und-herrsche"-Taktik der Kolonialisten geschürte Tribalismus ist aufgrund seines klassenunspezifischen, reaktionären Charakters vom Imperialismus für seine Zwecke relativ einfach zu funktionalisieren!

Dieser Tribalismus schlug sich im Bakongo-Aufstand so nieder, daß nicht nur die faschistischen weißen Siedler bekämpft wurden, sondern – dort wo die UPA Einfluß hatte – auch geknechtete Angehörige anderer Volksgruppen (Luangos, Bailundo).

1962 verließ deswegen der Generalstabchef Kassage die UPA und klagte den heutigen FNLA-Boß Holden Roberto an, durch seinen Tribalismus verantwortlich für die Ermordung von 8.000 Angolanern zu sein, Mischlinge und andere Nicht-Bakongos (nach „Observer", 18.3.62).

Für die Vermutung, daß Roberto schon vor 1961 Agent der USA war, spricht die Tatsache, daß er in einem belgischen Internat aufgewachsen ist und in den damals äußerst seltenen Genuß kam, in den USA zu studieren! Mehrfach fuhr Holden Roberto während des Jahres 1961 in die USA, um mit den Imperialisten ins Geschäft zu kommen. Das Geld kam teilweise aus halboffiziellen Quellen, vom „American Comitee on Africa", der „Ford Foundation" und von der rechten Gewerkschaftsführung der AFL-CIO, deren Vorstandsmitglied I. Brown mit Holden Roberto 1961 in Leopoldville zusammentraf (Abshire, a.a.O.). Nicht auszuschließen, daß dieses Treffen in der amerikanischen Botschaft zustande kam, zu der Holden Roberto als „Rebellenführer" freien Zugang hatte (u.a. um sich auf seinen tunesischen Paß auf den Namen J. Gilmore die Visa für die USA-Trips ausstellen zu lassen).

Offensichtlich machte der Antikommunist Holden Roberto einen „zuverlässigen" Eindruck auf seine imperialistischen Geschäftspartner, so daß er *„1962 vom Präsidenten Kennedy und vom CIA ausgewählt* (wurde), *um eine Verbindung herzustellen zwischen den USA und den eingeborenen Gruppen, von denen man annahm, daß sie eines Tages Portugal aus Angola jagen würden"* („New York Times", zitiert in „Afrique-Asie", Nr. 93 vom 6.1o.75).

Die „Gründungszeit" der FNLA und ihr „Geburtshelfer", der US-Imperialismus erklären ihre zahllosen Überfälle auf MPLA-Einheiten während der ganzen Zeit ihrer Existenz bei gleichzeitigem Verzicht auf die Bekämpfung des portugiesichen Kolonialismus (1971 wurde deswegen der FNLA die weitere Teilnahme an OAU-Treffen verboten). Sie erklärt gleichzeitig, daß ein freies, antiimperialistischen Angola die Zerschlagung dieser Marionette des US-Imperialismus erfordert! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spenden-Bestätigung der MPLA

CASA DE ANGOLA

TRAVESSA FÁBRICA DAS SEDAS 7 LISBOA

Lissabon, 12 Oktober 1975

GENOSSEN VON K.B. :

Unsere revolutionäre Grüssung!

In Namen des Angolanischen Volkes, danken Wir Ihnen für Ihre gute Mitarbeit, wärend des Woches der Solidarität mit M.P.L.A. DM 54000, die aus eine Sammlung ergaben, sind eine Hilfe sehr wertvoll, denn M.P.L.A. soll verschidenen finanziellen Problemen auflösen. In der tat zeigt diese Mitarbeit ein Wahres Beispiel vom internationalen Proletariat.

Es lebe die internationale Solidarität!

Es lebe M.P.L.A. !

Es lebe K.B. !

Der Sieg ist gewiss!

CASA DE ANGOLA – COMISSÃO DIRECTIVA

Während der Portugal/Angola-Kampagne Ende September haben wir für die angolanische Befreiungsbewegung MPLA gesammelt. Die Spenden-Sammlung zugunsten der MPLA wurde auf unseren Vorschlag hin in der für die BRD mit anderen Gruppen zustandegekommenen „Aktionseinheit" allgemein beschlossen. Dennoch mußten wir in verschiedenen Städten (und mit unterschiedlichem Erfolg) diesen Beschluß gegen verschiedene trotzkistische Gruppen (und leider auch häufig gegen Vertreter von „Lotta Continua") durchsetzen. Diese Gruppen wollten für alles Mögliche sammeln, am liebsten für die eigene Tasche (sog. „Unkosten-Deckung"). Dennoch hat die Spenden-Sammlung insgesamt den ansehnlichen Betrag von fast 74.000 DM erbracht, der in zwei Schüben an die MPLA weitergeleitet wurde. Inzwischen sind die beiden Spenden-Bestätigungen von der MPLA bei uns eingegangen, die wir hier abdrucken. Weitere – zumeist kleinere Beträge – konnten in letzter Zeit darüberhinaus noch gesammelt werden. Wir sind auch künftig bereit, Spenden-Beträge in jeder Höhe an die MPLA weiterzuleiten. ●

Angola und die Linke

Zwei weitere Organisationen nehmen Stellung

In Angola kämpft die Befreiungsbewegung MPLA gegen die reaktionären, pro-imperialistischen Organisationen FNLA und Unita.
Dennoch geht ein Teil der westdeutschen Linken bzw. Pseudo-„Linken" davon aus, daß alle drei „Befreiungsbewegungen" (!!) seien, daß alle drei gleich behandelt werden müßten und daß es falsch sei, die MPLA zu unterstützen.
In dieser Frage ist der Standpunkt des KBW weitestgehend identisch mit dem der Vaterlandsverteidiger. Über die Thesen dieses Blocks haben wir in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF wiederholt berichtet.
Inzwischen haben zwei weitere Organisationen zu den Auseinandersetzungen in Angola Stellung bezogen, der bayrische „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und der schwäbische KAB„D".



„Arbeiterbund ...": Unterstützung der MPLA!

Der „Arbeiterbund ..." veröffentlicht in seinem Zentralorgan „KAZ" vom 19. Oktober ein ausführliches Interview mit einem Vertreter der MPLA. Im Vorspann weist die „KAZ" darauf hin, daß **„unsere Organisation schon in den Jahren des Kolonialkriegs die MPLA ... als die einzig rechtmäßige Vertretung des Angolanischen Volkes unterstützt (hat) – politisch und materiell. Diese Unterstützung ist heute, in der entscheidenden Phase des Befreiungskampfes, mindestens ebenso wichtig".**

In dem Interview erklärt der MPLA-Genosse, daß die FNLA *„vom CIA gegründet und seither finanziert wird"* und daß sie ein *„nützlicher Vorkämpfer der US- und anderer Monopole in Angola"* ist. Von der Unita sagt der Genosse, daß sie *„von den portugiesischen Kolonialisten selbst als Hilfstruppe gegen die MPLA eingesetzt wurde".*

Die „KAZ" stellt die Frage: *„Das Abkommen von Alvor konnte praktisch nicht realisiert werden ... Nun gibt es auch in unserem Land Leute, die behaupten, daß das Abkommen deshalb nicht realisiert werden konnte, weil die imperialistischen Supermächte die Zwietracht zwischen den drei Organisationen gesät hätten. Was sagt die MPLA zu solchen Einschätzungen?". –*

Antwort: *„... Wenn wir materielle Unterstützung für unseren Kampf von anderen Ländern bekommen, so nehmen wir sie an, ohne uns Vorschriften für unsere Politik machen zu lassen. Wir haben das Abkommen von Alvor akzeptiert, wir haben versucht, mit den anderen Organisationen in der Übergangsregierung zusammenzuarbeiten. Durch ihre Sabotage des Abkommens und jeglicher Vorbereitungen für die Unabhängigkeit, durch ihre offenen und brutalen Angriffe auf das Volk, haben sie uns zum Kampf gezwungen. Das war unsere Entscheidung, und wir finden es sehr bedauerlich, wenn es Leute und Organisationen gibt, die sich antiimperialistisch nennen, und die die MPLA auf eine Stufe stellen mit den Marionetten von FNLA und Unita – Leute, die unseren Kampf zum Teil seit Jahren unterstützen, und genau über den Charakter von FNLA und Unita informiert sein müßten".*

Hinzufügen läßt sich, daß es solche „Leute", wie die „KAZ" sagt, nicht bloß „in unserem Land" gibt, sondern daß genau dieselbe Haltung vor allem von der Regierung der VR China eingenommen wird. Bekanntlich hat sich der „Arbeiterbund ..." bisher stets zum bedingungslosen Fürsprecher der chinesischen Außenpolitik gemacht – auch dann, wenn ihn diese, wie im Falle des Empfangs von Strauß in der VR China, in Konflikt zu zentralen Elementen seiner Politik brachte.

Nichtsdestotrotz ist die Unterstützung des „Arbeiterbund ..." für die MPLA entschieden zu begrüßen!

KAB„D": „Wir wissen nicht genau ..."

Der KAB„D" hat in seinem Zentralorgan „Rote Fahne" vom 25. Oktober zu Angola Stellung genommen. Diese Stellungnahme unterscheidet sich in manchen Aspekten positiv von der Haltung des Blocks KBW–Vaterlandsverteidiger, wird doch anerkannt:

– *„Es gibt zahlreiche Hinweise auf amerikanischen und südafrikanischen Einfluß auf die FNLA und Unita. So geht mit Zustimmung der USA ein Teil der US-Hilfe für Zaire an die FNLA ...".*

– Die MPLA ist *„die einzige der drei Organisationen ..., die eine systematische Massenarbeit macht, in den von ihr kontrollierten Gebieten Alphabetisierungskampagnen durchführt, ein Gesundheitswesen aufbaut und Volksmilizen aufstellt".*

So weit, so gut. Aber dann kriegt der KAB„D" doch noch die Kurve: Der „Sozialimperialismus" ist bös am Wirbeln, um *„die MPLA unter seine Kontrolle zu bringen", „die MPLA an sich zu binden"* etc. „Beweis": Die Sowjetunion liefert der MPLA Waffen. Das hat sie zwar auch im Fall Vietnam getan und tut sie heute gegenüber den Palästinensern – aber sei's drum: Für den KAB„D" reicht diese „Einmischung" (!) aus, um sich in die Pose der Unschuld vom Lande zu stellen („Ich bin klein, mein Herz ist rein") und zu verkünden: *„Wir können von hier aus nicht beurteilen, wie weit der imperialistische Einfluß in den verschiedenen Befreiungsorganisationen reicht".* FNLA und Unita werden wahrscheinlich von den US-Imperialisten beeinflußt (ganz genau weiß der KAB„D" das nicht), und die MPLA wird wahrscheinlich vom „Sozialimperialismus" beeinflußt (schließlich erhält sie von diesem „massive Waffenlieferungen") – da hält man sich am besten raus.

Aber dann verkündet der KAB„D" doch noch seine Pfaffen-Weisheit: In allen drei Organisationen gibt es ganz sicher auch gute, anständige Menschen, *„die ehrlich für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen wollen".* Diese guten, anständigen Menschen mögen sich, so der Tip des KAB„D", *„zusammenschließen, dem mörderischen Krieg ein Ende bereiten und sich jedem imperialistischen Einflußversuch entgegenstemmen".* Friede auf Erden und dem KAB„D" ein Wohlgefallen.

Der KAB„D" befindet sich damit im Einklang mit dem KBW, der sich gegenüber den „drei Befreiungsbewegungen" gleichfalls in der Prediger-Pose gefällt. Sie „vergessen", daß die MPLA selbstverständlich größte Anstrengungen unternimmt, das Volk möglichst breit zusammenzuschliessen, die Agenten des Imperialismus maximal zu isolieren und mögliche patriotische Elemente in FNLA und Unita zu gewinnen; daß dieses aber nicht durch Predigten geschieht, sondern im Kampf, der der MPLA von FNLA und Unita aufgezwungen wurde.

So kommt denn der KAB„D", t r o t z seiner ausdrücklich erklärten richtigen Einschätzung der MPLA (einzige Organisation, die systematische Massenarbeit macht, Gesundheitswesen aufbaut usw.) dazu, die „Gleichbehandlung" der „drei Befreiungsbewegungen" zu vertreten und die MPLA doch noch wider besseres Wissen auf eine Stufe mit FNLA und Unita zu stellen.

Die Haltung der Linken zu den Auseinandersetzungen in Angola und zur MPLA wird zweifellos angesichts der Vorbereitungen und der Erklärung der Unabhängigkeit Angolas am 11. November noch an Bedeutung zunehmen. Der Block KBW–Vaterlandsverteidiger sowie KAB„D" hat sich mit seiner Haltung in eine Sackgasse hineihmanövriert, denn die Ereignisse selbst werden für eine noch totalere Bloßstellung jeder Pose der „Neutralität" und des Predigertums sorgen! ●

MPLA, der Sieg ist gewiß!

KBW – peinlich, peinlich!

Klares Bekenntnis der ZANU (Zimbabwe) zur MPLA !

Mit einem peinlichen Fiasko endete die letzte Zimbabwe-(Rhodesien)-Veranstaltung des KBW in Hamburg (4. Nov.), zu der ein Sprecher der revolutionären Befreiungsbewegung ZANU erschien. Auf Befragen erläuterte der ZANU-Sprecher, D. Mutumbuka, die Haltung der ZANU zur Situation in Angola. Seine Ausführungen wirkten wie Keulenschläge auf die Häupter anwesender KBW-Größen:

- **Die ZANU unterstützt uneingeschränkt und ausschließlich die MPLA.**
- **Die ZANU warnt ausdrücklich vor einer (vom KBW so propagierten) „Einheit mit dem Imperialismus und seinen Marionetten" (FNLA und UNITA).**
- **Die ZANU kennt in Angola nur e i n e wirkliche Befreiungsbewegung, die MPLA.**
- **Für die ZANU sind (die vom KBW zu „Befreiungsbewegungen" hochgejubelten) FNLA und UNITA nichts anderes, als „Marionetten des Imperialismus".**
- **Die ZANU befürchtet bei einem Machtantritt der FNLA und UNITA in Angola eine Gefährdung der Revolution in Südafrika überhaupt, z.B. für den demokratischen und revolutionären Aufbau in Mosambik und vor allem auch für ihren eigenen Kampf in Zimbabwe.**

Dies waren die Kernaussagen von D. Mutumbuka zu Angola, die wir auf Tonband mitgeschnitten haben.

Die anwesenden KBW-Führer reagierten, wie die berühmte Kuh, die sich auf's Glatteis wagte. ... Nachdem sich die allgemeine Unruhe unter den anwesenden KBW'lern einigermaßen gelegt hatte, wurde noch schnell „ e i n e Frage" (zu einem anderen Thema!) zugelassen, bevor die Veranstaltung kurzerhand abgebrochen wurde.

Der KBW hat in den letzten Wochen und Monaten keine Mühe gescheut, den Befreiungskampf in Angola und die einzige angolanische Befreiungsbewegung, die MPLA, zu diffamieren, weil sie beträchtliche materielle Unterstützung aus der Sowjetunion erhält. Ohne diese Unterstützung wäre die MPLA kaum in der Lage, das angolanische Volk vor dem mörderischen Terror der proimperialistische Banden der FNLA und UNITA, sowie der südafrikanischen Söldnerhorden zu schützen. Doch was schert's den KBW. Die VR China spricht von „drei Befreiungsbewegungen" in Angola. Und deswegen der KBW auch. Die VR China diffamiert die sowjetischen Waffenlieferungen für die MPLA als Quelle allen Übels in Angola und speziell als Quelle der „Uneinigkeit" der „drei Befreiungsbewegungen". Die KBW-Führer trotten auch diesen „Einschätzungen" hinterdrein.

Andererseits hat der KBW beträchtliche Unterstützungskampagnen für die ZANU in Zimbabwe auf die Beine gestellt. Neben beachtlicher materieller Unterstützung (5 Landrover), organisierte der KBW mehrere Veranstaltungs-Reihen mit Sprechern der ZANU in der BRD, nimmt die Darstellung der Klassenkämpfe in Zimbabwe und der politischen Positionen der ZANU in der KBW-Presse einen hervorragenden Platz ein.

Die Darlegung des ZANU-Genossen auf der Veranstaltung des KBW zur „Angola-Frage" könnten diesem vielleicht in doppelter Hinsicht eine Lehre sein:

Zum einen wurde hier den KBW'lern vorgeführt, wie R e v o l u t i o n ä r e zum Befreiungskampf des angolanischen Volkes und seiner Avantgarde (MPLA) stehen – und wo demgegenüber der KBW in dieser Frage mit seinen „Ansichten" gelandet ist.

Zum anderen zeigen die Aussagen des ZANU-Genossen auch, daß eine r e v o l u t i o n ä r e Organisation (wie die ZANU), die aus der VR China bedeutende materielle Hilfe erhält, nicht automatisch auch deren sämtliche politische Positionen teilen muß – und daß eine r e v o l u t i o n ä r e Organisation wie die MPLA, die u.a. bedeutende materielle Hilfe von der Sowjetunion erhält, nicht gleich zur „5. Kolonne des Sozialimperialismus" absinken muß.

Abschließen wollen wir noch einige wörtliche Zitate bringen, die D. Mutumbuka (offizieller Vertreter der ZANU für Europa) auf der Hamburger KBW-Veranstaltung brachte: Auf die Frage, wen die ZANU in Angola unterstütze, antwortete D. M. klipp und klar: *„Was Angola betrifft, unterstützt die ZANU die Position der MPLA!"*

Zur Einschätzung von FNLA/UNITA, meinte der Genosse: *„Als eine prinzipienfeste Organisation, können wir niemanden unterstützen, der dafür kämpft, die Positionen der Imperialisten zu erhalten. Darum unterstützen wir in Angola die MPLA."* Gleichzeitig bedauerte der ZANU-Sprecher, daß diese Unterstützung *„nur mit Worten stattfinden kann, und zwar aufgrund der sehr großen örtlichen Entfernung unserer Organistion von der MPLA."* Mit anderen Worten bedauerte der Genosse, daß die ZANU nicht direkt auf Seiten der MPLA eingreifen kann, eine Form der Unterstützung, die der ZANU-Vertreter prinzipiell und von der S a c h e her offenbar für berechtigt hält.

Wie bekannt, propagiert der KBW die „Einheitsfront" zwischen MPLA und FNLA/UNITA. Demgegenüber machte D.M. die Positionen der ZANU deutlich:

„Ich möchte darauf hinweisen, daß wir eine e c h t e , bedeutungsvolle Einheit unterstützen, aber wir unterstüzten keine f a l s c h e ‚Einheit'." D.M. macht dann Ausführungen zu Erfahrungen der ZANU mit einer falschen „Einheit" in Zimbabwe selbst, die die ZANU im ehemaligen ANC sieht – einem „Zusammenschluß" mehrerer afrikanischer Organisationen in Zimbabwe, dessen Zustandekommen vom KBW als das „wahre Meisterstück" der ZANU bejubelt wurde. D.M. hielt dem entgegen, daß die ZANU in diese falsche „Einheit" – dem ANC – *„hineinmanövriert wurde".* Und in Anspielung auf die Abkommen in Alvor etc. bemerkt D.M. nur: *„Und es ist durchaus möglich, daß die MPLA auch in eine falsche Einheit hineinmanöviert wurde."* – Danach setzt er seinen eigentlichen Gedankengang fort:

„Die ZANU ist immer für die echte Einheit. Eine solche Einheit ist nur die der Antiimperialisten. Die ZANU unterstützt in Angola die MPLA Sie ist die e i n z i g e antiimperialistische Organisation. – Warum sollten wir da die MPLA zwingen, eine Einheitsfront mit den Renegaten in Angola (FNLA/UNITA) *einzugehen. Eine solche Einheit wäre k e i n e tatsächliche Einheit. (....)*

Wir als Befreiungsbewegung müssen uns folgende Frage stellen: Würden die Interessen der Massen durch solch eine Lösung sichergestellt? (...) Für uns ist die Antwort ziemlich klar: Wir können die Massen nicht einer falschen Einheit zuliebe opfern. Betrachtet die Sache von einer anderen Seite: Wenn wir in Salisbury (Hauptstadt von Zimbabwe) *eine schwarze bürgerliche Regierung haben* (als Ergebnis einer solchen falschen „Einheit"), *wenn wir in Luanda* (Hauptstadt Angolas) *eine schwarze bürgerliche Regierung* (aus demselben Grund) *haben, was wäre dann das Schicksal der kämpfenden Massen im südlichen Afrika? – Kann es Freiheit für FRELIMO geben, wenn die FRELIMO von schwarzen bürgerlichen Regierungen umgeben ist?*

Unser Standpunkt als Befreiungsbewegung ist da ganz klar. Wenn wir zwischen einem imperialistischen Komplott (gemeint: die vom Imperialismus gewollte „Einheit", gemeinsame Regierung etc.) *und den Massen zu wählen haben, dann werden wir als prinzipienfeste Organisation immer die Massen unterstützen. – Da die MPLA d i e Massenbewegung ist und auf einer Massenlinie arbeitet und die FNLA ganz klar eine bourgeoise, nationalistische Organistion ist, die von den Imperialisten und dem CIA finanziert wird, und da die UNITA eine bourgeoise und nationalistische Organistion ist, ohne jegliche prinzipiell niedergelegte Massenlinie, können wir unsere Freunde in der MPLA nicht zwingen, eine falsche „Einheit" zu akzeptieren.'*

Den unmittelbar darauf folgenden Satz des Genossen D.M. sollte sich jeder KBW'ler, der es bisher mit dem Befreiungskampf in Zimbabwe ehrlich gemeint hat, faustdick hinter die Ohren schreiben. Genosse D.M. sieht den Kampf der MPLA direkt mit dem Kampf seiner eigenen Organisation verbunden: *„Denn wenn wir solch eine Situation* (die falsche „Einheit"), *akzeptieren, dann wird Angola eines Tages in der Front gegen eine zukünftige Republik von Zimbabwe stehen"*, bzw. – so könnte man der Vollständigkeit halber hinzufügen – es womöglich gar nicht erst zu einer wirklichen Befreiung von Zimbabwe kommen lassen. In der Tat wird die Frage einer endgültigen Befreiung des ganzen südlichen Afrikas heute hauptsächlich in Angola entschieden!

Wir sind gespannt, wie die KBW-Führer es diesmal fertigbringen, ihren Mitgliedern den Umstand zu „erklären", daß die befreundete ZANU zu Angola dieselben Positionen vertritt, wegen derer die KBW Führer gegen unsere Organisation eine miese und diffamierende „Polemik" wortreich geführt haben. ●

Namibia

„Verfassungsgespräche" – Fortsetzung der Faschistenherrschaft mit anderen Mitteln

Die revolutionären Veränderungen im südlichen Afrika (Mozambique, Angola), die Erfolge der ZANU in Zimbabwe (Rhodesien) und die wachsende Stärke der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO haben den Imperialismus zu einem gewissen Taktikwechsel im südlichen Afrika veranlaßt.

Ziel dieser neuen Politik ist es, sowohl in Zimbabwe als auch in Namibia durch die Hereinnahme schwarzer Kompradoren in die Regierung und einiger anderer kosmetischer Korrekturen eine gewisse soziale Basis unter den Schwarzen zu finden und die außenpolitische Isolierung aufzubrechen.

Teil dieses Gesamtplanes sind auch die nunmehr aufgenommenen „Verfassungsgespräche" in Namibia.

Hierbei geht es darum, dem Volk von Namibia „die Unabhängigkeit" zu geben. So jedenfalls stellt es die Regierung der faschistischen Republik Südafrika (RSA) – die derzeitige Kolonialmacht in Namibia – dar. Neben der RSA nehmen an dieser „Verfassungskonferenz" Sprecher der einzelnen Stammesgruppen teil, die von der Befreiungsbewegung SWAPO allesamt als „ausgewählte Agenten des Rassistenregimes" („FR", 22.10.75) bezeichnet wurden.

Schon jetzt steht das Ziel der Gespräche fest:

– Namibia soll in einzelne „unabhängige" Staaten geteilt werden. Dabei sollen die Farbigen eine Fläche bekommen, die nicht ganz 40 % des Landes ausmacht. (Anteil der Farbigen an der Bevölkerung: 88 %)

Das landwirtschaftlich nutzbare Gebiet, die großen Rohstoffvorkommen, Städte und Straßen und die Tier- und Naturparks sollen „selbstverständlich" dem Staat der Weißen zugeordnet werden!

Imperialisten wollen ihre Herrschaft sichern

Imperialisten wollen ihre Herrschaft sichern

Diese neuerlichen „Verfassungsgespräche" sind von den RSA-Faschisten im wesentlichen deswegen aufgezogen, um die Welt – besonders „Schwarz-Afrika" – davon zu „überzeugen", daß in Namibia nun die Zeit der Freiheit angebrochen sei.

„Zehn politische Führer aus den südwestafrikanischen Heimatländern werden eine Informationsreise nach Großbritannien, in die USA und in die BRD antreten." (1)

Hier vertreten diese Gangster dann die Behauptung, *„sie seien die gewählten Vertreter der Völker Südwestafrikas"* (2) und um ein Chaos wie in Angola zu vermeiden *„solle Südafrika seine Verwaltung Südwestafrikas aufrechterhalten"!* (3)

Ähnlich wie in Zimbabwe (siehe AK 67 und 68) geht es den weißen Faschisten darum, einen „kontrollierten" Übergang zu einem System zu schaffen, der ihnen die weitere Herrschaft langfristig sichert.

Derzeit herrschen die RSA-Rassisten mit den gleichen Mitteln der Apartheid in Namibia, die sie auch in der RSA selber anwenden:

– Die Schwarzen müssen in ihnen zugeteilten „Reservaten" leben. Außerhalb dieser Gebiete dürfen sie kein Land erwerben oder pachten.

– Ohne behördliche Genehmigung dürfen die Afrikaner sich nicht im „weißen" Gebiet aufhalten. Diese Genehmigung wird in der Regel nur zum Arbeiten erteilt!

– In den Städten dürfen die Schwarzen nur in dafür vorgesehenen Ghettos leben.

– Auch hierfür brauchen sie eine Aufenthaltserlaubnis.

– Für Schwarze gibt es ab dem 16. Lebensjahr einen Paßzwang.

Wird ein Schwarzer ohne Paß angetroffen, so wird er sofort in sein „Reservat" transportiert. Er verliert seine Arbeitserlaubnis!

– Es darf keine Geschlechtsbeziehungen zwischen Weißen und Nicht-Weißen geben.

– Schwarze dürfen generell nur im Bereich der ungelernten Arbeit tätig sein.

– Das System der Kontraktarbeit zwingt die Schwarzen, sich einen Arbeitsplatz außerhalb der Wohngebiete zu suchen. Es ist verboten, Familienmitglieder aus dem Wohngebiet („Reservat") mitzunehmen. Arbeitsverträge gibt es nur für höchstens eineinhalb Jahre. Dann muß der Arbeiter wieder für ein Vierteljahr ins „Reservat" zurück. Hierdurch umgehen die Kapitalisten die Sozialversicherung! (4)

– Die Löhne der Schwarzen liegen zwischen 6 und 50 Rand im Monat (1 Rand = 3,45 DM). Die Weißen erhalten für die gleiche Arbeit bis zum 13fachen mehr! (5)

Zu dem System der Apartheid (Rassentrennung) gehört es, daß die Schwarzen kein Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß haben. Streikrecht gibt es nicht.

Politische Vereinigungen der farbigen Bevölkerung müssen von der „weißen" Regierung genehmigt werden!

(Ausführlich hierzu der AK 62.)

Zusätzlich sichert die RSA ihre „weißen" Regierung genehmigt werden!

(Ausführlich hierzu der AK 62.)

Zusätzlich sichert die RSA ihre Herrschaft über Namibia militärisch ab:

– Im Norden des Landes sind fünf neue Militärstützpunkte der RSA fertiggestellt worden (6).

– *„Das Geheimprojekt ‚Drumpel', ein Stützpunkt für Armee und Luftwaffe bei Grootfontein unweit der Grenze Angolas (!!), soll im Februar 1976 fertig sein."*

„Von Grootfontein aus ist nicht nur die Grenze zum unruhigen Angola leicht zu sichern, der Ort ist auch die letzte weiße Bastion vor den Reservaten der Okavangos, Caprivis, Buschmänner und Hereros. Auch die Ovambos sind von hier aus gut zu kontrollieren". (7)

Die BRD-Imperialisten fahren bei Namibia jedoch zweigleisig:

– Auf dem einen Gleis unterstützen sie ganz massiv das bisherige Terrorregime und ziehen daraus ihren Nutzen,

– auf dem anderen versuchen sie (über die UNO und Gespräche mit Auslandsvertretern der SWAPO) ihre Finger auch in der kontrollierten Ablösung im Spiel zu haben..



Farbige dürfen generell nur als ungelernte Arbeiter tätig sein.

Die BRD-Bourgeoisie Der Erzfeind des namibischen Volkes

„Die BRD war 1974 der wichtigste Handelspartner der RSA und Namibias" (8).

In Namibia „arbeiten":

– Metallgesellschaft AG.

Sie gehört zu Klöckner und besitzt in Namibia die Helicon- und Rubicon-Minen bei Karibib. Sie hat die Aktienmehrheit bei der South-West-Africa-Lithium Mines Ltd. und Kiln Products Ltd., die aus Zinkrückständen Zinkoxide produziert.

– Ohlthaver Gruppe.

Teilhaber an den Ohlthaver and List Finance and Trading Corp., die die Khan Mine Ltd. besitzt.

– Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft

besitzt alle Aktienteile der Otavi Mining Co. Ltd.

– Urangesellschaft.

Gemeinsam mit zwei anderen ausländischen Gesellschaften baut sie die Uranvorkommen in Rössing ab (ca. 1.000 to reines Uran pro Jahr).

Gemeinsam mit zwei anderen ausländischen Gesellschaften baut sie die Uranvorkommen in Rössing ab (ca. 1.000 to reines Uran pro Jahr).

– Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank

finanzieren Industrie und Bergbaugesellschaften in Namibia.

– ferner: Tiefbohr AG, Lurgi Gesellschaft AG, AEG-Telefunken und Siemens (9).

Darüber hinaus gibt es eine breit entfaltete Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und bei der Entwicklung der Atombombe für Südafrika (siehe AK 68). Diese bezieht auch Namibia mit ein, da dort die Uranvorkommen liegen.

Die Kapitalisten schwärmen: *„Deutsche Erfahrungen im Umgang mit der farbigen Bevölkerung in Südwest (!), deutsche Technologien und deutsches Kapital aus der Bundesrepublik, eingebettet in einen sich in groben Konturen bereits abzeichnenden gemeinsamen Markt für das südliche und zentrale Afrika".* (10)

In Namibia selbst leben heute etwa 30.000 deutsch-stämmige Weiße Die Hälfte davon kam nach 1945, *weil ihnen die Entwicklung in Deutschland nicht behagte".* (11)

Der „Stern" vom 14.11.74 schreibt dazu:

„Über alle Wechselfälle der Geschichte haben die Deutschen das Deutschtum in Südwestafrika bis heute hochgehalten."

Entsprechend dieser Devise hat die BRD heute als einziger Staat neben der RSA noch ein Generalkonsulat in Namibia.

1962 wurde zwischen der RSA und der BRD ein „Kulturabkommen" vereinbart, das Namibia ausdrücklich einschließt. In Art 1. dieses Abkommens wird u.a. der Austausch von Lehrern, Journalisten etc. die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Einrichtungen und Besuche ausgewählter Einzelpersonen zur Aufgabe gemacht.

Zur Gesamtwürdigung der deutschen Politik meinte ein südafrikanischer Regierungsbeamter, *„daß das weiße Südafrika in Westeuropa auf immer größere Schwierigkeiten stoße, aber „Thanks God, we still have West-Germany."* („Gott sei dank, wir haben ja noch die BRD") (12)

Die SWAPO stellt dagegen richtigerweise fest:

„Die BRD hat durch ihr Handeln in und außerhalb Namibias ohne jeden Zweifel klargemacht, daß sie ein Erzfeind des Volkes von Namibia ist." (13)

„Die BRD hat durch ihr Handeln in und außerhalb Namibias ohne jeden Zweifel klargemacht, daß sie ein Erzfeind des Volkes von Namibia ist." (13)

„Verfassungskonferenz" = Kosmetische Operation an der Fratze des Faschismus

Die Haltung der RSA zu der „Verfassungskonferenz" ist eindeutig:

– Das Prinzip „ein Mann – eine Stimme" bei zukünftigen Wahlen *„bedeutet politischen Selbstmord der Weißen"* und kann daher unter keinen Umständen anerkannt werden. (14)

– *„Denn Südwestafrika (Namibia) zu verlieren hieße für Südafrika mehr als nur ein großer Gebietsverlust".* (15)

– Der RSA geht es darum, *„ihre Herrschaft auf eine formalrechtlich weniger anfechtbare Grundlage (zu) stellen."* (16)

Auf dieser Grundlage mußten sich die Faschisten zunächst die „Verhandlungspartner" für eine Verfassungskonferenz „schaffen". So wurde von der weißen Regierung klar gemacht, daß auf der Konferenz nur *„die offiziellen Führer der verschiedenen Volksgruppen und Rassen miteinander verhandeln".* Dabei handelt es sich in der Mehrzahl *„um Vertreter der alten Stammes-Aristokratien, die als verläßliche Parteigänger der südafrikanischen Regierung gelten."* (17)

Die SWAPO wurde von vornherein von den Verhandlungen ausgeschlossen! Um das auch noch zu „legitimieren", wurden im Ovambo-Reservat – die Ovambos sind die stärkste Bevölkerungsgruppe und hier ist die SWAPO am besten verankert – „Wahlen" veranstaltet.

Hieran durfte die SWAPO nicht teilnehmen. Die „Wahlen" gingen über eine Woche und *„waren wie ein militärisches Manöver organisiert".* (Wer nicht wählte, dem wurde mit folgenden Repressionen gedroht: Paßentzug, Entzug der Arbeitserlaubnis, keine Lebensmittelkarten und Rentenentzug).

Trotzdem nahmen an den Wahlen nur ca. 50 % der Schwarzen teil!!

Danach begannen am 1.9.75 die „Verfassungsgespräche" mit den weißen Faschisten. Zur Diskussion standen ausschließlich die Zukunftsvorstellungen der RSA-Regierung über Namibia:

Namibia soll in „homelands" aufgeteilt werden.

Hierbei sollen die Schwarzen ihre derzeitigen „Reservate" selbst verwalten.

Die Weißen würden einen Staat bekommen, der 60,4 % (!) des Landes von Namibia umfaßt.

„Die homelands oder Bantustans besitzen nur 39,6 % des schlechtesten und am wenigsten wirtschaftlichen Landes des Territoriums. Die Masse des bewohnbaren Landes ist zusammen mit allen Diamanten- und den meisten anderen Bergwerken für die weißen Siedler reserviert .., die Grenzen der afrikanischen Heimatländer sind sorgfältig abgesteckt, damit Bodenschätze, Häfen, Transport- und Kommunikationseinrichtungen und die Städte nicht in sie hineinfallen." (19)

Die so gebildeten „selbständigen Staaten sollen dann eine Konföderation eingehen.

„Die weiße Bevölkerung Namibias würde sich in einem bundesstaatlichen Verband mit Sicherheit für eine Föderation mit der RSA entscheiden. Aufgrund der totalen wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber der schwarzen Mehrheit des Landes würde sie eine solche Entscheidung auch in einem etwaigen namibischen Bundesrat erfolgreich durchsetzen können." (20)

„Wiederholt wurde vorgeschlagen, daß die Ovambo-Region zu einem souveränen Staat werden solle, eventuell mit der Ovambo-Region im angrenzenden angolanischen Gebiet (!). Einige Weiße hoffen, daß sie nach einem Ausscheiden der Ovambo leichter mit den kleineren Gruppen zu einer Übereinkunft gelangen könnten". (21)

Einige Weiße hoffen, daß sie nach einem Ausscheiden der Ovambo leichter mit den kleineren Gruppen zu einer Übereinkunft gelangen könn-

(Nach Angaben der RSA-Regierung haben ihre Kollaborateure bereits Verhandlungen mit der Unita und FNLA aufgenommen. Dabei geht es um die Abspaltung des Ovambo-Teiles von einem unabhängigen Angola. Der RSA geht es um die Sicherung des Staudammprojektes „Ruacana" und „Cunene".) (22)



Um diese Spaltungs- und Teilungspläne geht es in den „Verhandlungen", die letzte Woche wieder aufgenommen worden sind.

Hierbei mag auch der BRD-Imperialismus nicht abseits stehen:

Eine Delegation der „Verfassungskonferenz" wurde am 23.10.75 im Außenministerium empfangen!

Die SWAPO lehnt die Teilnahme an der „Verfassungskonferenz" ab. Sie kämpft für ein einheitliches Namibia und für freie Wahlen, nach dem Prinzip „ein Mann – eine Stimme".



Unterkünfte von farbigen Arbeitern. Ohne behördliche Genehmigung dürfen sie sich nicht in „weißen" Gebieten aufhalten

Fortsetzung Seite 9

Zwei Schritt vor, einen zurück

– Zur Auseinandersetzung innerhalb der westdeutschen „Amilcar Cabral Gesellschaft"

Wie in AK 66 von uns berichtet, hat es in der Amilcar Cabral Gesellschaft (ACG) schwere Auseinandersetzungen zwischen Antiimperialisten, die nach der politischen Linie der PAIGC ihre Arbeit ausrichten wollen, einerseits und den Vaterlandsverteidigern von „KPD/Liga gegen den Imperialismus" andererseits gegeben. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen steht der provokatorische Versuch der Vaterlandsverteidiger auch für Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln den „Sozialimperialismus" zum Hauptfeind zu machen.

Dies widerspricht diametral den Aussagen der PAIGC, die eindeutig den Hauptfeind im Imperialismus sieht und sich mehrfach für die „solidarische Bruderhilfe" der Sowjetunion bedankt hat. Das Auftreten der „Liga gegen den Imperialismus" auf verschiedenen, gemeinsam mit der ACG durchgeführten Veranstaltungen unter der Hauptparole „US-Imperialismus und Sozialimperialismus – raus aus Afrika" war somit ein offener Angriff auf eine zentrale Position der PAIGC.

Diese Auseinandersetzungen stehen beispielhaft für die bestehenden zwei Linien innerhalb der – bezüglich Afrika ehemals relativ geschlossenen – westdeutschen Antiimperialisten. Erst seit dem Schwenk ehemals „nur" superlinker Organisationen auf die Position der „Vaterlandsverteidigung" (und dies heißt bezüglich Angola teilweise auf die Positionen des EG- und US-Imperialismus) stehen diese Kräfte in objektiv antagonistischem Widerspruch zu den revolutionären Befreiungsbewegungen. Ein Beispiel für die Schärfe dieser Widersprüche ist die Tatsache, daß ein Sprecher der Befreiungsbewegung Oman Dhofars aus Protest gegen die antikommunistische Hetze der „Liga" gegen die Sowjetunion noch vor seiner Rede eine „gemeinsame" Veranstaltung in Berlin verließ!

So betrachtet sind die nachfolgend dokumentierten Beschlüsse des Vorstandes der ACG ein Ausschnitt aus dem Kampf um eine an den revolutionären Befreiungsbewegungen orientierte antiimperialistische Solidarität.

Sie erteilen an zwei wesentlichen Fragen – Darstellung der SU und Verhältnis zur angolanischen Revolution – den Provokateuren von „KPD/Liga" eine eindeutige Abfuhr und schließt „Aktionseinheiten" mit diesen Vögeln aus:

„Die ACG darf augenblicklich die überaus schwierige Aufgabe der PAIGC beim nationalen Aufbau nicht dadurch kompromittieren und mit zunichte machen, indem sie als Veranstalter oder Mitveranstalter in Versammlungen und auf Demonstrationen oder als Herausgeber bzw. Mitherausgeber von Verlautbarungen auftritt, die dem Programm der PAIGC und den Verfassungen der Republiken von Guinea-Bissau und den Kapverden widersprechen..."

In der Begründung dieses Beschlusses hieß es u. a.:

„Um unseren Anspruch und der von uns der PAIGC gegebenen Verpflichtung auf ihrem Programm und den Verfassungen von Guinea-Bissau und Kapverden zu arbeiten, gerecht zu werden, ist es notwendig positiv ihre politischen Einschätzungen für ihr Land und die anderen ehemaligen portugiesischen Kolonien zu vertreten.

Dazu gehört insbesondere deutlich zu machen, daß die PAIGC und das Volk von Guinea-Bissau und den Kapverden während des Kampfes als auch nach der Unabhängigkeit von den „sozialistischen Ländern" (PAIGC) und dazu zählen sie explezit die UdSSR, VR China, DDR, CSSR, ... „Bruderhilfe" (PAIGC) ohne jegliche Bedingungen und zwar zum Nutzen den Volkes erhalten haben und noch erhalten. Jede andere Position muß vom Standpunkt der AGC nicht als im direkten, erklärten Interesse der PAIGC gewertet werden und kann somit keine gemeinsame Basis bieten für ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf die ehemaligen Kolonien."

An den gelaufenen „Aktionseinheiten" zwischen ACG und „Liga" kritisiert der Vorstand der ACG vor allem den zweifellos unhaltbaren Zustand, *„daß die Liga unter der Hauptparole US- und Sozialimperialisten raus aus Afrika, besonders die Sowjetunion in ihre Beziehung zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien angriff, ohne daß die Ortsgruppe, die in ihrem Beitrag dieses Problem nicht thematisierte, die Position der PAIGC und die Erfahrungen des Volkes von Guinea-Bissau und den Kapverden diesen für die PAIGC und der Regierung schädlichen Einschätzung entgegenhielt."*

Wird schon dieser Beschluß den Vögeln von „KPD/Liga" bös unter die Haut gegangen sein (sie sind in der ACG recht stark vertreten und mit zwei Leuten im siebenköpfigen Vorstand repräsentiert), so haben sie bei der zweiten mehrheitlichen Entschließung des Vorstands wohl unter der Decke gehangen. Hierbei ging es um das Verhältnis der ACG zu den Auseinandersetzungen in Angola.

... UND SOLIDARITÄT MIT MPLA

„Die AGC erkennt die MPLA als einzige legitime Vertretung des angolanischen Volkes an. Die AGC ist der Überzeugung, daß die FNLA und die UNITA Marionettenorganisationen sind.

Die ACG ist der Überzeugung, daß der Imperialismus der größte Feind des angolanischen Volkes ist.

Die ACG wird sich an der auf internationaler Ebene verabschiedeten Solidaritätskampange beteidigen."

(Bekanntlich sprechen die Vaterlandsverteidiger von der „Gleichberechtigung der drei Bewegungen" und legitimieren damit den tausendfachen Mord der imperialistischen Söldner von FNLA und UNITA am angolanischen Volk)

„KPD" – Was nun ?

Für „KPD/Liga" ist eine äußerst prekäre Situation entstanden: Einerseits hat sie lobend in ihrer Presse die Gründung der ACG propagiert, relativ viele „Liga"-Mitglieder sind in die ACG eingetreten, „KPD/Liga" geben vor, ein „ausgezeichnetes Verhältnis" zur PAIGC zu haben usw...

Andererseits widerspricht die politische Linie der ACG nunmehr offen der der Vaterlandsverteidiger – selbst gemeinsame Veranstaltungen sind nicht mehr möglich!

Die Mitgleider der „KPD/Liga" innerhalb der ACG stehen momentan vor der Situation, entweder die Rolle der Sowjetunion bezüglich Guinea-Bissau so darzustellen wie sie ist und wie die PAIGC sie beschreibt („Bruderhilfe etc."), was einer glatten Polemik gegen ihre eigene „Partei" gleichkommt oder die Position der „KPD/Liga" („Hauptfeind Sozialimperialismus" etc) zu propagieren, was ihre Mitgliedschaft in der ACG per Ausschluß beenden würde!

Noch skuriler bei der anstehenden MPLA-Kampagne: hier müßten die „KPD/Liga" Mitglieder im Rahmen der ACG den Charakter von FNLA und UNITA als Marionetten des Imperialismus enthüllen und zur materiellen Unterstützung der MPLA sammeln (und zwar Geld, das zur militärischen Niederwerfung von FNLA und UNITA eingesetzt wird!), während die „KPD/Liga" selbst „jede Einmischung scharf ablehnt", die drei 'Bewegungen'als „gleichberechtigt" bezeichnet und zur „Versöhnung" rät!

Diese schizophrene Situation ist Ergebnis der schizophrenen Politik der Vaterlandsverteidiger. Sie beschreibt den Widerspruch zwischen antiimperialistischer Phrase (und hierzu ist es eben noch notwendig, Solidarität und Übereinstimmung mit einer so anerkannt revolutionären Partei wie PAIGC zu heucheln) und der realen Politik der Vaterlandsverteidiger, die letztlich nur noch eine Maxime hat, den „Hauptfeind Sozialimperialismus" zu beschwören und damit die reale Aggression und Gefährlichkeit von US– und EG–Imperialismus herunterzuspielen.

Bisher scheint sich innerhalb von „Liga/KPD" kein einheitlicher Standpunkt durchgesetzt zu haben. Ein Teil hat sich bereit erklärt, die gefaßten Beschlüsse umzusetzen (!) und sich an der MPLA-Kampagne zu beteiligen. Hierin spielt sicher auch die taktische Überlegung, den offenen Bruch mit der ACG zu vermeiden, weil dies mit einiger Sicherheit ein Eingreifen der PAIGC gegen die „Liga" bedeuten würde (die ACG ist formell von der PAIGC beauftragt, die Solidarität in der BRD zu organisieren).

Ein anderer Teil der „Liga"-Vögel scheint bewußt auf die Spaltung der ACG hinzuarbeiten. So hat die fast nur aus „Liga"-Mitgliedern bestehende Hamburger Ortsgruppe beschlossen, den Vorstandsbeschluß bezüglich Angola abzulehnen und sich daher auch nicht an der MPLA-Kampagne zu beteiligen. Es ist abzuwarten, wie konsequent sich der Vorstand gegen diese offensichtlichen Saboteure der Arbeit verhalten wird!

Insgesamt ist davon auszugehen, daß die weitere politische Praxis der nunmehr recht konkret antiimperialistisch orientierten ACG die Widersprüche zu den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik verschärfen wird, zumal die PAIGC selbst eigentlich zu nahezu jedem politischen Ereignis alles andere vertritt, als ausgerechnet den sattsam bekannten „Vormarsch des Sozialimperialismus" herbeizulügen.

Besonders hoffen wir, daß die ACG als ganzes dem Beispiel der Ortsgruppe Münster folgt und sich einreiht in die antiimperialistische Solidarität mit dem revolutionären Prozeß gegen die alten Unterdrücker Guinea-Bissaus und der Kapverden in Portugal.

Ein ganz schlimmer Brief!

Die insgesamt positiven Beschlüsse des ACG-Vorstandes stehen leider in Widerspruch zu einem „Offenen Brief", den die Genossen an den ARBEITERKAMPF gerichtet haben und der sich auf unsere Berichterstattung über die Auseinandersetzung innerhalb der ACG bezieht.

In diesem Brief werden uns *„spalterische Intention"* und *„erpresserische Absichten"* vorgeworfen. Angeblich fordern wir *„undemokratische Unvereinbarkeitsbeschlüsse"* (gegen „KPD/Liga") und wollen *„aufrichtigen Antiimperialisten"*, die *„konstruktive Aktivitäten zur aktiven Unterstützung des neudemokratischen Aufbaus . . . entwickeln"* durch *„Drohungen"* davon abhalten etc.

Das alles ist der reinste Unsinn. Womit sollten wir denn „drohen", was sind denn unsere Mittel um zu „erpressen"? Abgesehen davon, das dies nicht unsere Methoden sind, haben wir dazu überhaupt keine Machtposition. Schon gar nicht haben wir *„Unvereinbarkeitsbeschlüsse wegen parteipolitischer Zugehörigkeit"* gefordert, allerhöchstens die Unvereinbarkeit der Positionen der „KPD" mit denen der PAIGC anhand von Dokumenten belegt; aber wenn ein „KPD"-Mitglied PAIGC-Standpunkte vertreten will, dann ist das sehr erfreulich, kann möglicherweise sein erster Schritt zu einer insgesamt korrekten Politik sein.

Eine wirklich böse Verdrehung unserer Position auch im weiteren: *„Die ACG lehnt es ab, die Kritik* (!) *an den Supermächten* (?) *als antikommunistische Hetze* (?!!) *zu qualifizieren."*

Die Kritik an der einen „Supermacht" dem US-Imperialismus, bezeichnet der ARBEITERKAMPF wohl kaum als „antikommunistische Hetze". Tatsächlich bekämpfen wir den US-Imperialismus als den Hauptfeind der Menschheit. „Kritik" an der anderen „Supermacht", der Sowjetunion, bezeichnen wir ebenfalls nicht als „antikommunistische Hetze". Im Gegenteil, wer lesen kann (und will!), der wird in unseren Publikationen eine ständige scharfe Auseinandersetzung und Entlarvung der Positionen des Revisionismus, und speziell auch der der UdSSR, feststellen. Allerdings erscheint es uns wesentlich, daß diese Kritik **materialistisch belegt** ist.

Als „antikommunistische Hetze" bezeichnen wir eine Betrachtungsweise der SU, die nicht zu unterscheiden ist von Äußerungen eines Solschenizyn oder F.J. Strauß, für die die Sowjetunion Hauptfeind und Aggressor Nr. 1 in der Welt ist. Das sind Betrachtungsweisen, die darüberhinaus den realen Einschätzungen bedeutender revolutionärer Befreiungsbewegungen (hier PAIGC) diametral widersprechen und somit zumindestens indirekt Angriffe gegen sie darstellen.

Diese zunächst indirekten Angriffe haben sich in der Vergangenheit als Vorläufer einer durchaus direkten Hetze herausgestellt, wie z.B. der Standpunkt der „KPD" zu Cuba beweist („Agentur des Sozialimperialismus" etc.) ein anderes Beispiel wahrhaft antikommunistischer Hetze ist die bekannte Unterstützung der portugiesischen Konterrevolution durch „KPD/Liga", wo heute neben der revolutionären Linken selbst „ML"-Organisationen wie UDP und sogar MRPP (!) als „Agenten Cunhals und des Sozialimperialismus" (die über „Portugal eine faschistische Diktatur errichten wollen"), bezeichnet werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir eine spätere offene Verleumdung der PAIGC durch „KPD/Liga" für eine durchaus mögliche „Weiterentwicklung" der reaktionären Hetze dieser Organisation. Der erste Schritt in diese Richtung ist mit den Angriffen auf die revolutionäre angolanische Schwesterpartei der PAIGC – die MPLA – bereits getan!

Insgesamt scheint uns der „Offene Brief" Ausdruck des Versuchs des ACG-Vorstands zu sein, die Vaterlandsverteidiger so weit zu „decken", daß ein offener Bruch vermieden wird. Wie geschildert, behindert dies die ehrliche politische Auseinandersetzung, die eigentlich Mittel zur Herstellung einer klareren Einheit sein könnte!

Wir werden den Genossen der ACG unsere Position in einem Antwortschreiben detailliert darlegen und hoffen auf eine Weiterführung der begonnenen Zusammenarbeit unter der Maxime der revolutionären Solidarität mit den Völkern Guinea-Bissaus und der Kapverden. Es wäre bedauerlich, wenn diese wichtige Zusammenarbeit verhindert würde! ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 8

Namibia

„Verfassungsgespräche" – Fortsetzung der Faschistenherrschaft mit anderen Mitteln

„Verhandlungen gibt es nur über die Modalitäten der Unabhängigkeit" (23).

Für ein freies, unabhängiges Namibia!

Für dieses Ziel kämpft seit 1960 die SWAPO (South West African People's Organization):

„Die Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung für das Volk von Namibia soll durch eine Allianz zwischen den vereinigten Kräften aller Gegner des Imperialismus und den namibischen Freiheitstruppen erreicht werden."

„Nach der Unabhängigkeit muß die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Struktur des Landes im Hinblick auf die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verändert werden." (24)

Die SWAPO ist eine Widerstandsorganisation, die in ganz Namibia politisch arbeitet, ihren stärksten Einfluß und den Schwerpunkt ihrer militärischen Aktionen jedoch im nördlichen Teil Namibias hat.

Neben der Existenz verschiedener kleinerer (und z.T. auf Stämme beschränkter) Widerstandsorganisationen ist die SWAPO *„die einzige wirklich organisierte politische Kraft Namibias"*. (25)

Bei den Wahlen der Ovambo 1973 (dort sollte eine Marionette der RSA durch Wahl bestätigt werden) rief die SWAPO zum Boykott auf: Wahlbeteiligung: 2,7 %!! (26)

Auf der anderen Seite ist es der SWAPO bis heute nicht gelungen, den bewaffneten Kampf gegen das Rassistenregime breit zu entfalten.

Die Kämpfe des PLAN – des bewaffneten Flügels der SWAPO – haben *„noch den Charakter einzelner Guerillaaktionen"*. (27)

Hierbei muß man jedoch berücksichtigen, daß der PLAN in Namibia auf die bestausgerüsteten Truppen im südlichen Afrika trifft! Darum ist es um so mehr als ein großer Erfolg zu werten, daß es Kämpfern des PLAN im April gelungen ist, *„ein südafrikanisches Militärlager in der Gegend von Singalamwe einzunehmen. Dabei wurden 200 südafrikanische Soldaten getötet oder verwundet"*. (28)

Die SWAPO selber gibt an, daß der militärische Kampf noch breiter entfaltet werden muß:

„Der Kampf strebt aber nicht nur die Konfrontation mit der südafrikanischen Polizei und Armee an, sondern auch die Erziehung der Landbewohner, dadurch, daß sie in den Kampf miteinbezogen werden." (29)

Als Fazit aus der derzeitigen Situation der „Verfassungskonferenz" zieht die SWAPO den Schluß:

„Unser Volk läßt sich von solchen Manövern der Rassisten nicht täuschen. Es weiß, daß wir ein freies und geeintes Namibia nicht ‚wählen' können, oder geschenkt erhalten, sondern, daß wir es uns erkämpfen müssen." (30)

Die SWAPO selbst arbeitet zum einen in Namibia selber und ist zum anderen (aufgrund der Vertreibungspolitik der Faschisten) stark im Ausland vertreten. *„Infolge der unterschiedlichen Bedingungen zu Hause und im Ausland kommt es vor, daß wesentliche Fragen bis zu einem gewissen Grade unterschiedlich beurteilt werden."* (31)

Hiermit wird die Tatsache umschrieben, daß einige Auslandsvertreter der SWAPO – sowohl in Worten als auch in Taten – ungebührend opportunistisch auftreten (siehe z.B. Interview in „IZr 3.W", Nr. 48/75).

So werden z.B. Gespräche mit BRD-Minister Genscher geführt (32), ebenso wie die BRD als eine Macht dargestellt wird, *„die die günstigste Ausgangsposition hat, um den Prozeß der Dekolonialisierung von Namibia im positiven Sinn zu beeinflussen ..."* (33)

Der Sprecher der SWAPO in Lusaka (Sambia) verurteilte jedoch die Gespräche mit dem Vertreter der BRD-Imperialisten, diesen *„Erzfeinden des namibischen Volkes"!* (34)

Ihren Kampf in Namibia selber koordiniert die SWAPO seit 1970 mit der FRELIMO, PAIGC, MPLA und dem ANC (south-africa).

Diesem Kampf der SWAPO für ein freies, unabhängiges Namibia gilt unsere vollste Solidarität! ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Quellen:

1) Journal Südafrika 10/75
2) „Welt" 25.10.75
3) „Süddt. Zeitung", 18.10.75
4) Namibia-Studienheft der Projektgruppe „Namibia Woche"
5) „Menschenrechte außer Kraft" von der Projektgruppe „Namibia Woche"
6) „ISSA" Nr. 12/74 - 2/75
7) „Spiegel" Nr. 44
8) siehe 4
9) siehe 4
10) „Blick durch die Wirtschaft", 14.2.75
11) siehe 4
12) siehe 4
13) „FR", 7.7.75
14) „NZZ" 12.7.75
15) „FR", 5.11.74
16) „IZR" 3.W 48/75
17) siehe 16
18) siehe 16
19) siehe 4
20) siehe 16
21) siehe 14
22) Journal Südafrika 6/75
23) „Revolutionäres Afrika" 4/75
24) nach „afrika-zeitung", Nov. 74
25) siehe 14
26) siehe 4
27) siehe 24
28) nach „afrika-zeitung", Okt. 75
29) siehe 28
30) siehe 23
31) siehe 4
32) siehe 4
33) siehe 4
34) siehe 13

Faschismus in Spanien
Spanische Opposition vom „Jein" zum „Ja aber..."

Der Bourbonensprößling Juan Carlos hat das explosive Erbe des Franco-Faschismus (provisorisch) angetreten. In dieser Situation, wo alles darauf ankommt, eine Neuauflage der faschistischen Herrschaft unter monarchistischem Vorzeichen mit allen Kräften zu verhindern, haben sich die bedeutendsten Kräfte der spanischen Opposition zum „Abwarten" entschlossen. Die beiden politischen Blöcke „Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz" haben am 2. November eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der von einer Ablehnung und Bekämpfung von Juan Carlos nicht mehr die Rede ist.

Die „Demokratische Junta" hatte noch wenige Tage zuvor verkündet, sie werde Juan Carlos „nicht eine Minute" akzeptieren. Das Einschwenken der spanischen revisionistischen KP (die die entscheidende Kraft innerhalb der „Demokratischen Junta" ist) auf die Positionen der bürgerlichen Opposition (Sozialdemokraten, Christdemokraten) ist ein schwerer Schlag gegen den antifaschistischen Kampf des spanischen Volkes. Die klare Ablehnung von Juan Carlos als Fortsetzung des Faschismus gehörte zu den unabdingbaren Minimalforderungen der spanischen Revolutionäre und bisher (in Worten) auch der spanischen Revisionisten. Die spanische revolutionäre Organisation ORT ist aus Protest gegen die Haltung der „Demokratischen Konvergenz", der sie einige Monate lang angehörte, aus dieser ausgetreten.

Mit der Erklärung vom 2. November hat die „Demokratische Junta" – und somit die PCE–Kommunistische Partei Spaniens – eine der wesentlichen antifaschistischen Positionen aufgegeben.

Tage zuvor wollte die „Junta" noch die Massen durch Demonstrationen und Streiks „für die Republik" mobilisieren. *„Sprecher der Junta erklärten in Madrid, man dürfe Juan Carlos nicht einmal die Initiative für ein späteres Referendum zur Frage ‚Monarchie oder Republik' überlassen.* bilisieren. „Sprecher der Junta erklärten in Madrid, man dürfe Juan Carlos nicht einmal die Initiative für ein späteres Referendum zur Frage ‚Monarchie oder Republik' überlassen. *Das Volk müsse von vornherein souverän die Macht übernehmen."* („SZ", 31.10.75)

Diese „Souveränität der Massen" sollte allerdings so aussehen, daß die „Junta" *„in Verhandlungen mit Polizei und Armee"* eintritt, damit diese *„wenigstens einen Tag"* (? !) die Opposition gewähren lassen, damit diese ihren Rückhalt im Volk beweisen kann . . . (nach „SZ", 31.10.75)

Um ihre Ablehnung des zukünftigen Königs und seines Kabinetts (in wahrscheinlich derselben Zusammensetzung wie unter Franco) zum Ausdruck zu bringen, bestand die „Junta" auf der Bildung einer „Provisorischen Regierung", die wohl als eine Art Gegenregierung der „demokratischen Opposition" im Untergrund zu verstehen ist und die sich anscheinend für den Tag ihres siegreichen Einzuges in den Regierungspalast bebereit halten sollte.

Die „Demokratische Konvergenz", in der die sozial- und „links"-christdemokratischen Kräfte bestimmend sind, fordert bisher auch einen „Bruch mit dem Regime", aber erklärte in letzter Zeit häufiger, daß sie die erste Regierungszeit von Juan Carlos abwarten will, ihm eine „Chance" geben will, demokratische Reformen durchzuführen. Außerdem lehnte die „Konvergenz" die Bildung einer „provisorischen Regierung" als „unrealistisch" ab.

In der Erklärung vom 2. November von „Demokratischer Junta" und „Demokratischer Konvergenz" verzichtete die „Junta" auf ihre Forderung nach einer provisorischen Regierung und – auf die Erwähnung des Namens (!) von Juan Carlos! Das bedeutet ohne Zweifel, daß nun auch die PCE dieser Marionette der spanischen Faschisten eine „Schonzeit" einräumen will, eine Zeit der „Besinnung" und des „Nachdenkens" über die reichhaltigen Angebote der „demokratischen Opposition" (die sich in „demokratische Kollaboration" umtaufen lassen sollte).

„Junta" und „Plattform" rufen alle demokratischen, politischen, gewerkschaftlichen Kräfte auf, *„an Mobilisierungen und allen friedlichen Aktionen teilzunehmen, die notwendig sind, um die wichtigsten Freiheiten und Grundrechte zu erobern"*. (zitiert nach „FAZ", 3.11.75)

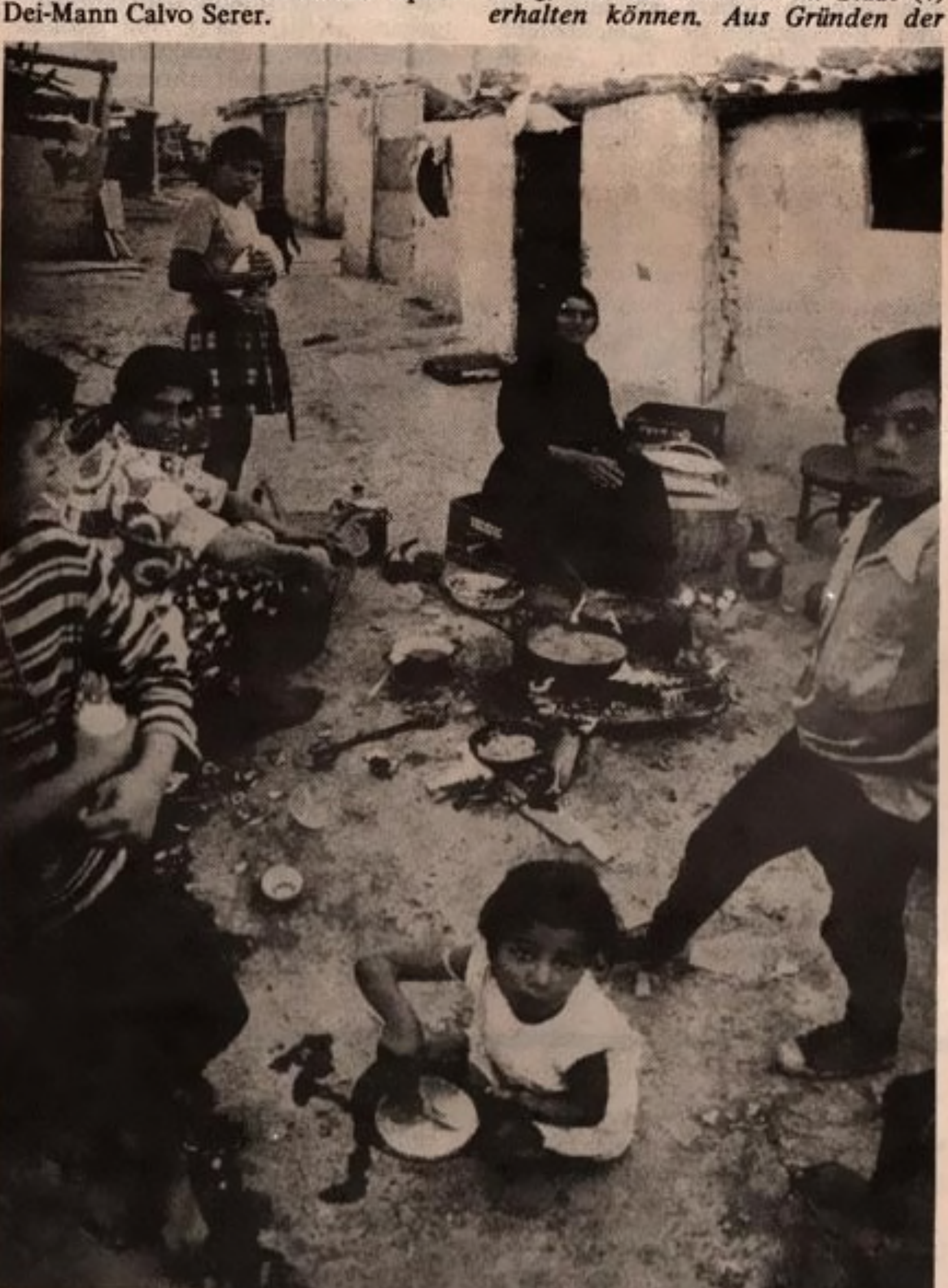
Zu diesen Freiheiten und Grundrechten zählen in dieser Erklärung:

- die sofortige Freilassung aller wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit Verurteilten oder Verhafteten und die Rückkehr der im polischen Exil ebenden Spanier;
- die Garantie für die Beachtung der Menschenrechte und der politischen Freiheiten, insbesondere Gewerkschaftsfreiheit und Zulassung der politischen Parteien ohne Ausschluß irgendeiner Partei;
- Garantien für die freie politische Tätigkeit der verschiedenen Völker und Regionen innerhalb des spanischen Staates und einen klaren Bruch mit den jetzigen Institutionen;
- die zukünftige Staats- und Regierungsform soll in einer auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden Volksbefragung festgelegt werden. (nach „FAZ", 3.11.75)

Abgesehen davon, daß es sich bei diesen Forderungen um einen Abklatsch der üblichen bürgerlich-demokratischen „Freiheiten" handelt (die spanische Arbeiterklasse fordert wesentlich mehr), erscheint die Formulierung besonders interessant „Garantien für . . ." Denn „Garantien" für politische Freiheiten geben, ist etwas anderes als diese Freiheiten selbst. Garantien geben, heißt Versprechungen geben, und solche Versprechungen abzugeben, hat sich Juan Carlos schon bereit erklärt.

„Demokratische Junta"

Die „Junta Democratica" wurde Ende Juli '74 gegründet. In ihr ist die PCE (spanische revisionistische KP) die dominierende Kraft. Weiter gehören der „Demokratischen Junta" die PSP (Sozialistische Volkspartei) von Tierno Galvan an; die Carlistische Partei, die sich zunächst angeschlossen hatte, trat nach einigen Monaten wieder aus; die PCE (i) (das (i) bedeutet „international") schloß sich im Februar 75 der „Demokratischen Junta" unter Aufgabe des Namens ihrer Organisation und ihres Zentralorgans an. (Heute heißt diese Organisation „Partei der Arbeit Spaniens" und ihr Zentralorgan „Volkskurier" – statt vorher „Rote Arbeiterwelt".) Zur „De- ta" unter Aufgabe des Namens ihrer Organisation und ihres Zentralorgans an. (Heute heißt diese Organisation „Partei der Arbeit Spaniens" und ihr Zentralorgan „Volkskurier" – statt vorher „Rote Arbeiterwelt".) Zur „De- mokratischen Junta" gehören weiter „namhafte Persönlichkeiten" wie insbesondere der Monarchist und Opus-Dei-Mann Calvo Serer.



Slums am Stadtrand von Madrid

Die PCE hob die „Demokratische Junta" in einer Situation aus der Taufe, als der Tod Francos (schon einmal) unmittelbar bevorzustehen schien. Zudem hatte Ministerpräsident Arias Navarro reichlich Propaganda für eine kurzfristig erreichbare „Öffnung" des faschistischen Systems zu „demokratischen Formen" betrieben, und tatsächlich war es vorübergehend zu einer Zurückdrängung der militanten Rechten aus dem Staatsapparat und einer deutlichen Liberalisierung auf dem Informationssektor gekommen.

Die meisten politischen Kräfte glaubten Mitte vergangenen Jahres an einen kurz bevorstehenden Übergang des spanischen Faschismus zu einem an den westeuropäischen Staaten orientierten System. Die PCE hielt die Stunde für gekommen, sich der spanischen Oligarchie als Garant eines „friedlichen Übergangs" zu einer bürgerlichen Demokratie anzubieten.

Durch die für die restliche spanische Opposition überraschende Gründung der „Junta Democratica" hoffte sich die PCE eine Führungsrolle bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der Oligarchie zu sichern und womöglich auch bei der ersten nachfrancistischen Regierung.

Der völlig überflüssigerweise wieder zu Kräften kommende Faschistenführer Franco machte jedoch einen Strich durch die Rechnung, was die PCE nicht davon abhielt, stets aufs Neue ihre Angebote an die „einsichtigen, vernünftigen und weitsichtigen" Politiker, Armeeführer und Kirchenführer Spaniens zu machen.

Das Programm der „Junta Democratica"

Die PC spielte sich im Programm der Junta in einer selbst für Revisionisten unglaublich unverblümten Art und Weise zur einzigen Retterin der spanischen Bourgeoisie vor „Anarchie und Chaos" auf. In der Erklärung zum Programm vom Juli 1974 heißt es:

„Die spanische Gesellschaft wünscht, daß sich alles ändert, um sicherzustellen, daß die normale Funktion des Staates (!), ohne Überstürzung (!) und Krämpfe (!), erhalten bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn jetzt, zu gegebener Zeit, wo das Leben des Diktators dahinschwindet, das Machtzentrum seines Regimes in aller Ehrlichkeit (? !) *die einzige Ideologie akzeptiert – vollständige* ten bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn jetzt, zu gegebener Zeit, wo das Leben des Diktators dahinschwindet, das Machtzentrum seines Regimes in aller Ehrlichkeit (? !) die einzige Ideologie akzeptiert – vollständige *und sofortige Demokratie – und die einzige Moral – nationale Versöhnung, die den Frieden im Staat* (!) *erhalten können. Aus Gründen der Würde und nationalen Verantwortung* (!) *fordert die Staatsgemeinschaft die Nicht-Kontinuität des Regimes. Die Spanier wissen, worum es geht. Zwischen dem heutigen repressiven Extremismus des Regimes und der möglichen zukünftigen anarchistischen Gewalt gibt es keinen objektiven Mittelweg und kein vernünftigeres Vorhaben, als die ‚Wiedereinsetzung' des demokratischen Staates".*

Das Zwölf-Punkte-Programm der „Junta Democratica" charakterisierte die baskische revolutionäre Organisation ETA V. sehr zutreffend in folgender Weise:

„In seinen zwölf Punkten gibt es keinen einzigen Angriff gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Es ist keine Rede von der Auflösung der repressiven Organe, den Hauptunterdrückungsinstrumenten der Oligarchie; es wird auch nicht die geringste Lösung der nationalen Probleme innerhalb Spaniens angesprochen (obwohl das Selbstbestimmungsrecht ein „demokratisches" Recht ist). *Hingegen verteidigt dies Programm in extremer Weise die Armee, die Einheit des Staates und die Notwendigkeit einer möglichst strengen Kontrolle über die 'Revolutionäre"* (*„Botschaft an das baskische Volk vom Zweiten Teil der Sechsten Versammlung von ETA"*, „die Internationale", Nr. 13).

Hinzuzufügen bleibt, daß im Zwölf-Punkte-Programm der „Junta" *„die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft"* und die *„Respektierung aller internationalen Verträge"* (also z.B. von Militär-Stützpunkt-Abkommen mit den USA) gefordert wird... (Das Programm der „Junta Democratica" ist in ‚die Internationale', Nr. 14, abgedruckt).

Bleibt weiter anzumerken, daß dies Programm (dem Wortlaut nach) rechts von dem der griechischen Karamanlis-Regierung steht, das zumindest einer starken anti-amerikanischen Stimmung im griechischen Volk Rechnung tragen mußte und auch die Bestrafung der Verantwortlichen für den faschistischen Putsch von 1967 versprach. Die Rechtswendung bei der Führung der spanischen „Kommunistischen Partei" kennt offenbar keine Grenzen.

Santiago Carrillo — rechter Flügelmann des internationalen Revisionismus

Santiago Carrillo — rechter Flügelmann des internationalen Revisionismus

Was von der PCE-Führung zu halten ist, wird besonders deutlich an den Äußerungen ihres Generalsekretärs, Santiago Carrillo, zum portugiesischen Prozeß, der für die spanische Entwicklung sehr bedeutsam ist. Carrillo ließ sich im Mai 1975 von „Rinascita", einer Zeitschrift der italienischen Schwesterpartei, zum Thema Portugal interviewen. Der im Pariser Exil lebende Carrillo antwortete dort auf die Frage, was er über die Wahlen vom 25. April 1975 (gemeint sind die Wahlen zur „Verfassungsgebenden Versammlung", bei denen die PS des Mario Soares, die heute offen mit der portugiesischen Konterrevolution zusammenarbeitet, mit 38 % als die „beste" Wahlpartei abschnitt) denkt:

„...Ich glaube, daß das Ergebnis der Wahlen auch bewiesen hat, daß das portugiesische Volk nach 50 Jahren faschistischer Diktatur von Diktaturen jedweder Art (!!) *nichts mehr wissen will, daß es in einem Regime demokratischer Freiheiten leben will. Das heißt, die Portugiesen wollen Sozialismus und Freiheit...*

Ich halte es heute von grundlegender Bedeutung für Portugal, daß die demokratischen Kräfte in der Lage sind, eine wirkungsvolle Zusammenarbeit herzustellen und die Reibereien der Wahlen überwinden. Mir scheint, daß man auf die Zusammenarbeit nicht verzichten kann, um die Grundlage einer zivilisierten Gesellschaft zu schaffen".

Die Ablehnung von „Diktaturen jedweder Art" ist allzu bekannt aus dem Mund des Antikommunisten Mario Soares und noch rechterer Herren (PPD, CDS), die damit gegen angebliche „Machtansprüche" der portugiesischen PC (Alvaro Cunhals) hetzen. Sowohl die spanische als auch die italienische Kommunistische Partei haben mehrfach offen gegen die Politik Alvaro Cunhals gewettert, die sie ganz offensichtlich für zu klassenkämpferisch halten und stattdessen recht offen die „Sozialistische" Partei des Konterrevolutionärs Mario Soares gelobt.

Aufschlußreich ist auch eine der neuesten Betrachtungen der PCE zum portugiesischen Prozeß über die derzeitige Azevedo-Regierung, die von allen fortschrittlichen Menschen Portugals als eine Regierung des Kapitals und der Reaktion betrachtet wird:

„Wir begrüßen es als außerordentlich positiv, daß an dieser Regierung Kommunisten und Sozialisten gemeinsam teilnehmen. Wir hoffen, daß dies auf der Seite der portugiesischen Revolution zu Buche schlägt, deren Perspektive im Aufbau eines sozialistischen Portugal besteht, wie es immer wieder vom Präsidenten der Republik, General Costa Gomes und vom Regierungschef, Admiral Azevedo, gesagt wurde..."

In der „Logik" Carrillos geht es dann so weiter, daß man sich mit der Konterrevolution verbünden muß, um einen Putsch der Konterrevolution abzuwehren.

(Zitate aus „Mundo Obrero", 1. Oktober-Woche 1975.)

Das sollte an „Kostproben" genügen, um einzuschätzen, wie sich die PCE bei ähnlicher Klassenkampf-Situation in Spanien verhalten wird.

Spaltung des antifaschistischen Widerstandes

Nach der hastigen formellen Gründung der „Demokratischen Junta", forderte diese andere oppositionelle Gruppen, insbesondere die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) zum Eintritt auf – was diese ablehnte.

Die „Junta" begann dann mit einer „Anerkennungs"-Kampagene gegenüber den Arbeiterkommissionen und den „Demokratischen Versammlungen, in denen bis dahin sämtliche Strömungen des antifaschistischen Widerstandes (d.h. die revolutionären, reformistischen bis hin zu bürgerlich-demokratischen Kräften) zusammen gearbeitet hatten. Der PC ging es mit dieser Anerkennungspolitik in erster Linie um eine Isolierung der revolutionären Kräfte, die selbstverständlich das Programm der Junta nicht akzeptieren konnten, und die „Junta" durchaus nicht als die einzig mögliche (weil einzig vorhandene?) „demokratische Alternative" betrachteten.

Während sich eine größere Anzahl der regional bestehenden „Demokratischen Versammlungen" der „Junta" unter Preisgabe ihres Einheitscharakters anschlossen, war dieses Manöver innerhalb der „Comisiones Obreras" wesentlich schwieriger. In den wichtigsten Industriezentren (Baskenland, Madrid, Barcelona) erklärten sich bedeutende Teile der Arbeiterkommissionen gegen die „Junta Democratica" und ihren spalterischen Charakter (siehe dazu AK 61, „Der Widerstand der Arbeiter gegen reformistische Madrid, Barcelona) erklärten sich bedeutende Teile der Arbeiterkommissionen gegen die „Junta Democratica" und ihren spalterischen Charakter (siehe dazu AK 61, „Der Widerstand der Arbeiter gegen reformistische Lösungen der Krise wächst"). Doch der Schaden, den die Gründung der „Junta" in der einheitlichen antifaschistischen Bewegung anrichtete, ist bedeutend, und er traf besonders die revolutionären Organisationen.

SPD drängt auf Konkurrenzunternehmen

Nach der Bildung der „Demokratischen Junta" und angesichts der sich abzeichnenden Gefahr, daß die spanischen Revisionisten möglicherweise „das Geschäft" (der kontrollierten Ablösung des Faschismus) mit der Oligarchie machen könnten, setzte eine fieberhafte Tätigkeit der internationalen und besonders der westdeutschen Sozialdemokratie ein. Die Christdemokraten (Heck und Marx) standen natürlich auch nicht abseits, und gemeinsam ‚trickerte' man die sozial- und christdemokratischen Gruppen Spaniens auf ein Konkurrenz-Unternehmen zur „Demokratischen Junta", um dieser und damit der revisionistischen PC das Wasser abzugraben.

Die Gründung der „Demokratischen Konvergenz" erfolgte im Juni 75. In ihr sind insgesamt 16 spanische Oppositionsgruppen zusammengeschlossen. Die wichtigsten sind die PSOE - Mitglied der sozialdemokratischen „II. Internationale" (deren Chef, Felipe Gonzalez, über W. Brandt sagte: *„Er ist in Europa derjenige, bei dem ich das größte Engagement, die größte menschliche Teilnahme und Sorge um Spanien beobachtet habe"*, „Stern", 26.6.75), sowie eine ganze Reihe sozialdemokratischer regionaler Gruppen, die „Christliche Linke" (Ruiz Gimenez), die Carlistische Partei und die beiden revolutionären Organisationen ORT und MCE. (Zur Teilnahme von ORT und MCE an diesem Bündnis kommen wir später).

Bei der Bildung der „Demokratischen Konvergenz" hat auch die Generallinie des US-Imperialismus eine Rolle gespielt, im strategischen Gebiet Mittelmeer eine Regierungsbeteiligung von revisionistischen kommunistischen Parteien nach Möglichkeit zu verhindern.

Anders als in Portugal ist die Situation der Sozialisten und Sozialdemokraten in Spanien noch verwirrender und heilloser wegen ihrer politischen und regionalen Zersplitterung. Die Sozialdemokraten beteiligen sich nicht an den einheitlichen Comisiones Obreras, sondern haben ein eigenes Unternehmen, die UGT, deren Einfluß ausgesprochen dürftig ist. Die Grundlage dieser Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit ist ihre fehlende aktive Beteiligung am antifaschistischen Widerstand. Die spanischen Sozialdemokraten spekulieren heute mehr denn je auf die postfrankistische Ära, wo sie die vom Rückständigkeit breiter Teile des Volkes auf ihre antikommunistischen



Demonstration in Madrid – illegal

Mühlen zu lenken hoffen. Aktuelles „Vorbild" ist allemal die portugiesische PS.

Zum Programm der „Demokratischen Konvergenz"

Das Programm der „Demokratischen Konvergenz" ist in seinen Formulierungen „fortschrittlicher" als das der „Demokratischen Junta". Das hängt jedoch vor allem damit zusammen, daß wichtige Fragen überhaupt nicht angeschnitten werden, wie z.B. die Haltung gegenüber der Armee und dem ganzen faschistischen Repressionsapparat oder auch die Frage einer Integration in die EG.

Im Manifest der „Plataforma de Convergencia Democratica" wird das *„Regime und dessen vorgesehene Fortsetzung durch die Monarchie,*

Convergencia Democratica" wird das *„Regime und dessen vorgesehene Fortsetzung durch die Monarchie,*

die in den Erbefolgegesetzen festgelegt ist". „energisch zurückgewiesen". Weiter verpflichtet sich die „Plattform", die *„Mobilisierung des Volkes zu unterstützen, um ein Regime der Gerechtigkeit und Freiheit gegen die Unterdrückung durchzusetzen".*

Die „Plattform" erklärt, daß sie *„in der derzeitigen Situation der Opposition gegen das Regime eine Haltung der unbedingten Einheit* (mit der „Junta") *einnimmt und es als notwendig ansieht, alle Anstrengungen für die Schaffung einer einzigen Organisation zu machen, in die die bereits bestehenden eintreten und sich verschmelzen, ebenso alle Parteien, Bewegungen und demokratischen Gewerkschaftsorganisationen, die dazu bereit sind".*

In der Frage der spanischen Nationalitäten bestätigt die „Plattform" einerseits das *„Recht auf Selbstbestimmung"* derselben, schränkt dies aber gleichzeitig auf eine *„föderative Struktur in der Verfassung des spanischen Staates"* ein. ORT hat sich von diesem Punkt distanziert, da er eine *„Beschränkung" der verschiedenen möglichen Lösungen* (ist), *zu denen die unterdrückten Nationalitäten in der freien Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung"* kommen können („En lucha", 25. Juli 1975).

Das Programm der „Plattform" enthält keine direkt rechten oder reaktionären Positionen (außer in der Nationalitätenfrage), sondern ist schlicht ein Programm zur Einführung der bürgerlichen Rechte und einer bürgerlichen Demokratie.

Die Programmatik von ORT für die demokratische Revolution, wie beispielsweise die *„völlige Zerstörung des bürgerlichen faschistischen Staates", „die Abschaffung der Monopole, der monopolistischen Bourgeoisie und des Imperialismus"* oder die *„Durchführung einer revolutionären Agrarreform",* hat sich in keinem der „Plattform"-Punkte durchgesetzt, was bei der Zusammensetzung der „Plattform" kein Wunder ist.

ORT und die „Plattform"

In ihrem theoretischen Organ „El Militante" (September 1975) erklärt ORT unter dem Titel „Kommunistische Politik – Einheitspolitik" ihre Mitarbeit in der „Demokratischen Plattform" und setzt sich auch mit Kritiken auseinander, die offenbar aus den eigenen Reihen gekommen sind.

ORT wurde von der PSOE und der Christlichen Linken (unter Ruiz Gimenez) aufgefordert, an dem geplanten Bündnis teilzunehmen. ORT stimmte zu, unter der „unverrückbaren Bedingung", daß diese sich nicht als Konkurrenzunternehmen zur „Demokratischen Junta" etabliert, sondern nach allen Kräften und in einem kurzen Zeitraum sich mit den Organisationen der „Junta" in einem einheitlichen Organismus zusammenschließt, der als solcher eine einheitliche Front aller Antifaschisten (unter Einschluß der Revolutionäre) gegen das Franco-Regime und seine Fortsetzung unter Juan Carlos darstellen würde. Die ORT machte klar, daß sie nicht eine bürgerliche Strömung des Widerstandes gegenüber einer anderen bürgerlichen Strömung stärken wollte. Selbst wenn die Bildung eines solchen Einheitsorgans geringe Chancen auf Verwirklichung hätte, war ORT bereit, alle Anstrengungen zu machen, um dahin zu gelangen.

„Wir konnten und mußten handeln, obwohl der Erfolg dieser Operation nur in geringem Maße vom Willen unserer Partei abhing. Nur indem wir handelten, konnten wir die Erfolgsmöglichkeiten vergrößern, nur

Willen unserer Partei abhing. Nur indem wir handelten, konnten wir die Erfolgsmöglichkeiten vergrößern, nur

durch unser Handeln konnten wir dem Wunsch nach Einheit, der in den Massen besteht, Ausdruck verleihen und ihn in einen Faktor verwandeln, der die Beziehungen zwischen den Parteien und Einheitsorganen positiv beeinflußt und den gerechtesten Positionen Nachdruck verleiht: den Positionen der Einheit." Ein Delegierter der ORT nahm in diesem Sinne auch an den Verhandlungen der „Plattform" mit der „Junta" teil.

Wir halten den Entschluß von ORT, sich an einer einheitlichen oppositionellen Front zu beteiligen, an der auch die bürgerlichen und reformistischen Kräfte teilnehmen, prinzipiell für richtig (vergl. z.B. diesbezügliche Bemühungen des chilenischen MIR), da die Teilnahme von ORT von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht wurde: Ablehnung von Juan Carlos und Einheit – ohne Ausschluß – aller antifaschistischen Organisationen und Parteien.

Allerdings erscheint uns die Charakterisierung der Bündnispartner, insbesondere von Christ- und Sozialdemokraten durch ORT sehr unbefriedigend. ORT kritisiert diese Parteien, weil sie die Bedeutung des Massenkampfes für die Erreichung der Freiheit *„noch nicht sehen"* und spricht von *„Parteien, die schließlich den Irrtum* (!) *begehen können, die Einheit für nicht so notwendig zu halten und gegen sie zu handeln, um eine Vorzugsbehandlung durch die regierende Oligarchie zu erhalten, die niemandem etwas umsonst gibt".*

Für äußerst bedenklich halten wir z.B. die Aussage: *„Der Weg* (zur Einheit – AK) *ist offen und er hat die Sympathien der Massen und ihrer bewußtesten und fortgeschrittensten Teile. Und um diesen Weg zu verfolgen, ist die Methode der Entlarvung nicht die geeignetste* (? !), *sondern die Methode, alle positiven Aspekte zu unterstützen, die Einheitspositionen und die konsequent antifaschistischen Positionen der einen und der anderen Seite; die Methode besteht darin, die schwankenden Teile zu diesen Positionen herüberzuziehen, ihre Inkonsequenz zu kritisieren, aber die Kritik unter dem Gesichtspunkt der Einheit zu äußern und ihnen alle Vorwände zu nehmen, damit sie sich an ihren Schwankungen und ihrer Unbestimmtheit nicht weiter festhalten können"* („El militante", Nr. 8, September 1975).

Die ganze Bündniskonzeption von ORT geht u.E. von der falschen Annahme aus, daß es irgendwie (? !) möglich wäre, die Sozial- und Christdemokraten (und die Revisionisten wohl eh?) zur Einnahme von konsequent antifaschistischen Positionen zu bringen. Diese Position scheint uns vom marxistisch-leninistischen Standpunkt nicht nur falsch, sondern auch äußerst gefährlich, weil sie eine Verharmlosung der konterrevolutionären Energien von Christ- und Sozialdemokratie darstellt. Die Rolle, die die Sozialistische Partei (PS) und die Christdemokraten (CDS) heute in Portugal spielen, sollte eigentlich bei jedem Kommunisten auch die letzten Illusionen beseitigt haben.

CDS und PS unterstützen heute offen die Konterrevolution und sind, um die Eroberung der Macht durch das portugiesische Volk zu verhindern, bereit, an einem blutigen reaktionären Putsch gegen die portugiesische Revolution mitzuwirken.

Und es ist ja nicht so, daß die spanischen Sozial- und Christdemokraten nur irgendwie „schwankende" und „irregeführte" freischwebende Antifaschisten sind, sondern sowohl die PSOE als auch sämtliche christdemokratische Gruppen gehören den jeweils internationalen „kriminellen Vereinigungen" an, d.h. der sozialdemokratischen „II. Internationale" und der „Europäischen Union der Christdemokraten" (EUCD), deren 1. Vorsitzender v. Hassel ist.

Diese Vereinigungen sind bekanntlich ein bewährtes Mittel zur politischen Ausrichtung und entsprechender Finanzierung der jeweiligen Bruderparteien, die wie die portugiesischen und spanischen Parteien nicht „auf der vollen Höhe" der antikommunistischen Hetze und Betrugspolitik gegenüber dem Volk sind – nach 40 Jahren Faschismus....

Eine Entlarvung des Charakters dieser Organisationen vor der Arbeiterklasse und vor dem Volk ist unbedingt notwendig und alles andere ist blanker Opportunismus.

ORT trat am 29. Oktober aus der „Demokratischen Konvergenz" aus (offenbar auch MCE und die Carlistische Partei), nachdem die Sozialdemokraten und „linken Christen" nicht bereit waren, ein Ultimatum der ORT zu unterschreiben, worin jede Zusammenarbeit mit Juan Carlos abgelehnt wurde. ●

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Pierburg

„Treuepflicht" gegenüber den Franco-Faschisten?

Anläßlich der zweiminütigen Protestaktion des DGB gegen den Franco-Faschismus ließ die Geschäftsleitung der Pierburg KG eine ungeheuerliche Frechheit vom Stapel.

Der IGM-Vertrauenskörper hatte die Belegschaft aufgefordert, sich um 12.00 Uhr am 2. 10. vorm Haupttor zu versammeln. Dort wurde das Flugblatt des DGB verlesen – wonach die Kollegen wieder an die Arbeitsplätze gingen.

Dazu schreibt jetzt die Geschäftsleitung in einem Brief an den Betriebsratsvorsitzenden Leipziger. Sie beklagt sich über einen Aushang zu der Protestaktion, „ ... *in dem Sie* (Leipziger, Anm. d. Red.) *ankündigen, daß die gesamte Belegschaft unseres Unternehmens um 12.00 Uhr vor dem Haupteingang zwei Minuten die Arbeit niederlegen werde. Dementsprechend haben erhebliche Teile der Belegschaft gegen 12.00 Uhr ihren Arbeitsplatz verlassen und sich vor das Werksgelände begeben; darunter befanden sich auch solche Mitarbeiter, die um 12.00 Uhr noch Arbeitszeit haben, u.a. nahezu der gesamte FL 3. Hierdurch entstand im FL 3 ein Produktionsausfall von zehn Minuten ... ... Ohne auf die Frage der Rechtmäßigkeit einer solchen Demonstration an sich oder ihren Anlaß eingehen zu wollen, möchten wir zunächst betonen, daß wir zwei Schweigeminuten* <u>*am Arbeitsplatz*</u> *– wie in anderen Unternehmen üblich – nach vorheriger Information durch Sie selbstverständlich toleriert hätten. So wie Sie die Sache aufgezogen haben .., begegnet die Angelegenheit jedoch gewichtigen Bedenken, die wir Ihnen nicht vorenthalten können.* (?) *Aus Ihrer Treuepflicht als Arbeitnehmer unseres Unternehmens folgt, daß Sie für die Dauer des rechtlichen Bestandes ihrer Arbeitsverhältnisses jede Tätigkeit unterlassen müssen, die das Unternehmen unmittelbar schädigt. Gegen diese Treuepflicht haben Sie durch Veröffentlichung des Aushanges mit den geschilderten Folgen grob verstoßen.* ... " (Brief der Personalleitung, vom 14.10.75).

Diese freche Vorgehensweise erhielt in einem Schreiben des Betriebsratsvorsitzenden der Pierburg KG ihre gebührende Antwort!

P. Leipziger schreibt, daß er *„mit Befremden"* davon Kennntnis nehme, *„daß Sie Beschlüsse des Vertrauenskörpers der IG Metall, des DGB, ja der gesamten internationalen Gewerkschaftsorganisationen ignorieren.*

Sie reden von der ‚Treuepflicht', vom ‚rechtlichen Stand eines Arbeitsverhältnisses' und verschweigen die Bluttat eines faschistischen Regimes in Spanien, daß in unzähligen Fällen an Arbeitern und Angestellten Mord verübt hat, ohne auch nur an mindeste gesetzliche Grundlagen zu denken und diese einzuhalten. Da schreiben Sie von einer Treuepflicht. Soll ich diese dem Franco Regime entgegenbringen? ..."

Der Betriebsratsvorsitzende stellt fest: *„Ihr Brief an mich ist ein Schlag ins Gesicht aller spanischen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Firma PIERBURG arbeiten und wie ich dagegen sind, daß die mörderischen Zustände in Spanien weiter anhalten."* ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Spanien:

„Der Diktator ist tot – es lebe die Diktatur!"



Der designierte Nachfolger Francos, Juan Carlos, übernahm am 31.10., nach anfänglichem Sträuben, die Staatsgeschäfte in Vertretung für den todkranken „Caudillo". Der Prinz legte zunächst Wert auf einen formalen Trennungsstrich zwischen seiner Amtszeit und der seines Ziehvaters Franco, wegen seines „demokratischen" Images, an dem er für die oppositionellen Kräfte etwas basteln wollte.

Deshalb wollte er nicht wieder, wie schon einmal im Sommer 1974, als Nachfolger von Francos Gnaden und in seinen Fußspuren nur einen Teil der Macht übernehmen.

Jedoch weder Franco – soweit der überhaupt noch zurechnungsfähig ist – noch die berüchtigte Familie Francos, noch der Präsident des Kronrates und der Cortes, Valcarcel, gaben ihre Zustimmung für eine volle Machtübernahme des Prinzen.

Juan Carlos hat somit in Stellvertretung alle Vollmachten des Staatschefs. Franco bleibt hingegen oberster Chef des faschistischen „Movimiento"; diesen Posten hat er sich auf Lebenszeit zugewiesen.

Als Staatschef kann Juan Carlos Gesetze erlassen und deren Durchführung anordnen. Er hat das Oberkommando über alle Teilstreitkräfte; *„er wacht über die öffentliche Ordnung im Innern und die Sicherheit des Staates nach außen; in seinem Namen wird Recht gesprochen; er hat das Recht des Gnadenerlasses; er verteilt, in Übereinstimmung mit den Gesetzen, Posten, öffentlicher Ämter und Ehren..."* (Art. 6 des Staatsgesetzes).

Allein die Tatsache, daß Juan Carlos mit seiner Ablehnung einer Nur-Stellvertretung nicht durchkam, zeigt, wo nach wie vor die wirklichen Machtzentren des spanischen Staates liegen.

Zur „Einweihung" seiner Regierungszeit führte die spanische Polizei gleich eine große Verhaftungsaktion durch, der dreißig Angehörige der Opposition zum Opfer fielen, darunter auch das Führungsmitglied der Sozialistischen Partei, Luis Yanes, der allerdings zwei Tage später schon wieder frei war (auch Felipe Gonzales, Chef der PSOE, beschwerte sich, daß sein Rechtsanwaltsbüro – in dem er täglich seinen Geschäften nachgeht – von Polizei überwacht wird).

Die faschistischen Horden der „Christkönigskrieger" bedrohen immer häufiger Angehörige der bürgerlichen Opposition und andere fortschrittliche Spanier mit dem Tod; so den Rechtsanwalt Morodo von der Sozialistischen Volks-Partei, die in der „Junta Democrática" ist. Auch Mitglieder der „Asamblea de Cataluña" (Versammlung von Katalonien) erhielten Todesdrohungen (die „Asamblea de Cataluña" hat sich bisher weder für die „Demokratische Junta" noch für die „Konvergenz" ausgesprochen). Todesdrohungen gab es auch gegen Journalisten.

Auch in den Tagen vor dem Regierungsantritt des Prinzen nahmen die Razzien und Verhaftungen der spanischen Polizei kein Ende.

- ▶ Am 27. Oktober wurden 15 angebliche Mitglieder der PCE/ML, die in der FRAP ist, verhaftet. Einige wurden sofort wegen Polizistenmord angeklagt.
- ▶ In Bilbao wurden ebenfalls am 27.10. vier angebliche Mitglieder der baskischen Arbeiter-Kommissionen festgenommen.
- ▶ Am 28.10. wurden zwei Kommandos der ETA (V) in Guernica verhaftet. Weitere 14 Menschen wurden festgenommen, die den Kommandos geholfen haben sollen. Am selben Tag wurden in Barcelona 15 angebliche FRAP-Genossen festgenommen.
- ▶ Am 29.10. nahmen die Bullen in San Sebastian acht Angehörige der ETA fest; auch in Alicante wurden eine Reihe von Antifaschisten verhaftet, die zur „Junta" gehören sollen.
- ▶ Am 31.10. wurde ein angeblicher Kommunist in Teneriffa „auf der Flucht erschossen".

Alle Hoffnungen und Illusionen, die eine spürbare Änderung in Richtung Demokratie und Freiheit durch die Regierung Juan Carlos erwarten, sind völlig fehl am Platze.

Die Außenminister der neun EG-Staaten, die das wissen, haben den Beschluß gefaßt, den Prinzen „grundsätzlich" zu unterstützen. Auch ihre nach der Ermordung der fünf Antifaschisten am 27.9. aus Spanien abgezogenen Botschafter waren schon nach 14 Tagen still und heimlich wieder auf ihren Posten in Madrid eingetroffen. Die USA hatten es nicht einmal für nötig befunden, ihre Botschafter zurückzuziehen. Vor diesem Hintergrund muß der „revolutionäre" Beschluß der EG-Staaten gesehen werden, zu Francos Staatsbegräbnis keine Regierungsvertreter zu schicken. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Franco – „Retter in der Not"?

„Quick" verherrlicht faschistischen Terror

In Heinrich Bauers Hetzblatt „Quick" (Nr. 45 vom 30.10.75) erschien ein Artikel: „*General Franco: einer gegen alle.*"

„Quick" macht sich in diesem Artikel eindeutig zum Sprachrohr jener reaktionären Kräfte, die mehr oder weniger offen für die Beibehaltung der faschistischen Diktatur auch nach dem (hoffentlich baldigen) Ende Francos eintreten. (Von der CDU bis zur faschistischen „Nationalzeitung" mit der bangen Schlagzeile: „*Nach Franco: Was wird aus Europa?*")

„*Der erste Bericht, in dem wenigstens versucht wird, objektiv zu sein,*" heißt es gleich am Anfang. Und weiter, man solle doch bitte „*beginnen, die Geschichte dieses Mannes – eine der faszinierendsten Geschichten unserer Zeit* (!!) – *in neuem Licht . . . vorurteilslos zu sehen.*" Man wird sehen, hinter dieser „Objektivität" steckt einzig und allein die Rechtfertigung und Glorifizierung der Verbrechen des Faschismus! Wahrhaftig ein Musterbeispiel für die „Objektivität" der bürgerlichen Presse.

Nichts als Lügen. . .

„Quick": „*Franco . . . wollte immer nur den Menschen – mit all ihren Vorzügen und Fehlern – Frieden in einem stabilen Staatsgefüge geben. Da Franco nie eine funktionierende Demokratie kennenlernte, da in seiner eigenen Existenz (er rauchte nicht, er trank nicht, er hatte keine Liebschaften) immer nur die soldatischen Regeln von Befehl und Gehorsam, von Todesstrafe bei schwerem Ungehorsam funktioniert hatten, errichtete er in Spanien eine Diktatur in diesem Sinne.*"

So einfach ist das: die Faschisten wollen immer nur das Beste für die Menschen, ihnen fällt dann nur nichts Besseres ein, als ein Volk zu seinem „Glück" zu zwingen. Und daß Franco, dieser „Glücks- und Friedensbringer", für die Spanier geradezu ein Segen sein mußte, ergibt sich für „Quick" daraus, daß das spanische Volk eben nicht in Ruhe leben könnte, wenn es nicht dazu gezwungen wird:

„*Bürgerkrieg zerfetzte das Land . . radikale politische Grüppchen trieben ihr Unwesen . . . rote Banden, rote Terrortrupps terrorisierten die Menschen . . .*"

In getreuer Anlehnung an die Geschichtsschreibung der Nazis wird der Putsch einer Handvoll Generäle 1936 gegen die gewählte Volksfrontregierung als Befreiung vom Chaos hingestellt. Die unvorstellbaren Verbrechen der Faschisten am spanischen Volk (s.u.) werden verschwiegen, verniedlicht und verteidigt. Der heldenhafte Abwehrkampf der spanischen Arbeiter und Bauern und der zehntausende Antifaschisten aus aller Welt wird auf die übelste Weise diffamiert:

„*Die andere Seite (die Republikaner) verfolgte ihre Ziele mit einer sadistischen Grausamkeit, die auch von Franco kaum noch übertroffen werden konnte . . . Man muß heute erhebliche Zweifel daran haben, ob die Prominenten aus aller Welt, die sich in die ‚internationalen Brigaden' der Volksront einreihten, wirklich wußten, für wen sie da ihr Leben riskierten, . . . mit was für einer Art von Freiheit und Demokratie diese Volksfront Spanien zuvor gepeinigt hatte.*"

Schließlich noch die unverschämte Lüge: „*Wo sie* (Francos Söldnertruppen) *durchzogen, hatten sie Zulauf von der Bevölkerung!*"

Ohne Hitler und Mussolini kein Franco

Dieses Vorgehen der bürgerlichen Presse und Geschichtsschreibung hat durchaus Methode. Man erinnere sich an die Nachbeter des faschistischen Putsches in Chile: auch hier hatten die Marxisten das Land angeblich ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt, die Linken „machten die Straßen unsicher, mordeten und plünderten" usw. in diesem Stil. Der Putsch erfolgte dann nur, um dem Land wieder „ Frieden und Sicherheit" zu geben. Natürlich ging es dabei nicht ohne unschöne Gewaltmaßnahmen ab, aber diese wurden den Putschisten ja „durch den Terror der Linken aufgezwungen"!

Zurück zu Spanien: Spanien war noch bei Beginn der Volksront-Regierung 1936 ein äußerst rückständiges Land mit z.T. noch feudalen Strukturen. Die werktätigen Massen, v.a. die Bauern, lebten in unbeschreiblicher Armut. Die politische Macht lag in den Händen eines Häufleins Großgrundbesitzer und Finanzkapitalisten, im Bunde mit den obersten Kirchen- und Armeespitzen. Streiks der Arbeiter, Massenerhebungen der Bauern sowie die nationalen Befreiungsbewegungen im Baskenland und in Katalonien wurden blutig unterdrückt. So wurden bei einem Bergarbeiterstreik in Asturien 1934 Tausende Arbeiter vom Militär niedergemetzelt, wobei sich gerade auch Franco schon besonders hervortat!

Im Februar 1936 errang dann die Volksfront aus Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlich-republikanischen Kräften einen großen Wahlsieg über die vereinigte Reaktion. Vom ersten Tag an bereitete die Konterrevolution einen Putsch gegen die gewählte Regierung vor, verübte Sabotage- und Terrorakte gegen Anhänger der Volksfront. Die Faschisten waren es, die daran arbeiteten, das „Chaos" herbeizuführen!!

Die Freiheit, mit der laut „Quick" die Volksfront Spanien „gepeinigt" hat, bestand u.a. aus folgendem: Gleich zu Beginn führte die Regierung die längst überfällige Agrarreform durch. Bis 1939 wurden fünfeinhalb Millionen Hektar Land an über 300 000 landlose Bauernfamilien verteilt. In der Industrie wurden die meisten Großbetriebe nationalisiert, ebenso die Großbanken. In den übrigen kapitalistischen Betrieben wurde die Arbeiterkontrolle und die Planung der Produktion eingeführt, die Löhne wurden durchweg erhöht.

Mit der Trennung von Kirche und Staat wurde die Diktatur des hohen Klerus über das gesamte Schul- und Erziehungswesen aufgehoben. Die volle Gleichberechtigung der Frau im sozialen und politischen Leben wurde verkündet. Katalonien und das Baskenland erhielten die nationale Autonomie im Rahmen der demokratischen spanischen Republik. (Angaben nach: Albert Norden, „Das spanische Drama", Dietz Verlag, Berlin, DDR, 1961) Alle diese Maßnahmen wurden von den Faschisten wieder rückgängig gemacht!

Der Putsch vom 18. Juli 1936 war in Zusammenarbeit mit dem deutschen und italienischen Geheimdienst lange vorbereitet worden. Trotz ihrer großen militärischen Überlegenheit waren die Faschisten innerhalb weniger Tage fast überall von den bewaffneten Volksmassen geschlagen worden. Franco hatte nur noch rund 40 000 marokkanische Koloniesoldaten und einige tausend Fremdenlegionäre zur Verfügung.

Nur mit Hilfe der deutschen Luftwaffe konnte Franco diese Truppen nach Spanien einfliegen und so den Putsch überhaupt fortsetzen!

In der Folgezeit untersützten die faschistischen Großmächte Italien und Deutschland die Putschisten massiv mit Kriegsmaterial und Kampftruppen. Mindestens 50 000 deutsche und 300 000 italienische Soldaten mordeten für Franco! Das, während Frankreich und England der spanischen Republik die Hände banden und ein Waffenembargo gegen sie verhängten. Einzig und allein die Sowjetunion sowie die rund 40 000 Antifaschisten der Internationalen Brigaden kamen dem spanischen Volk zu Hilfe. Gegen diese gewaltige Übermacht verteidigte sich Spanien drei Jahre lang! Ohne die Unterstützung durch den internationalen Faschismus wären die Putschisten nach wenigen Wochen ins Meer gefegt worden!

Italien und v.a. Hitler-Deutschland ließ sich diese Hilfe dann auf seine Art bezahlen: die deutschen Rüstungskonzerne plünderten die spanischen Rohstoffvorkommen so gut sie konnten aus. Über 50 000 Spanier mußten an der Seite der Nazi-Wehrmacht beim Überfall auf die Sowjetunion mitkämpfen!

Der Terror der Faschisten

„Quick" versucht Glauben zu machen, die Spanier hätten die faschistischen Truppen als ihre Befreier begrüßt. Diese wiederum wären nur gegen exponierte Linke mit Gewalt vorgegangen. Diese Lügen stinken zum Himmel:

Görings Luftwaffeneinheiten der berüchtigten „Legion Condor" probten in Spanien den „modernen Luftkrieg", d.h. den systematischen Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung. Am 26. April 1937 z.B. legten Nazi-Bomber die baskische Stadt Guernica in Schutt und Asche. Tausende Männer, Frauen und Kinder kamen im Bombenhagel um.

Vom spanischen Volk gehaßt, waren die Nazimeger allerdings die Lieblinge der Großgrundbesitzer. „*Alle Behörden und der spanische Landadel taten ihr Bestes für uns, um uns den Aufenthalt so schön wie irgend möglich zu machen. Wir waren Gäste auf den schönsten Schlössern*", erinnert sich ein Nazi-Offizier. (zitiert nach A. Norden, . . .)

Wie die Franco-Truppen in den von ihnen eroberten Gebieten wüteten, verdeutlicht folgender Augenzeugenbericht eines amerikanischen Reporters über die Massaker der Faschisten in der Stadt Badajoz:

„*Noch bis gestern standen hier Pfützen von Blut, alle Soldaten, die für die Regierung gekämpft hatten, wurden erschossen . . . Man sagte den Leuten, sie sollten herauskommen, um die Eroberer zu begrüßen. Sie kamen aus den Häusern, man schoß sie nieder und plünderte die Häuser, man machte keine Ausnahme . . . Man treibt immer noch Menschen zusammen. Sie werden durch das Haupttor* (einer Stierkampfarena) *hereingeführt. Im Ring warten die Machinengewehre auf sie. In der ersten Nacht soll das Blut knöchelhoch auf der anderen Straßenseite gestanden haben. Ich bezweifle das nicht. Eintausendachthundert Männer und Frauen wurden in zwölf Stunden zusammengetrieben. Eintausendachthundert Körper enthalten mehr Blut, als man denken sollte!*" (aus dtv, „Der spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten")



.....Terror und Verhaftungen seit 39 Jahren.



Grundlage für "Ruhe und Ordnung" in Spanien, Mord....

„Quicks" Wunsch: „Franco darf nicht sterben!"

„*. . . seit zwei Jahrhunderten ist auf der iberischen Halbinsel*
„*. . . seit zwei Jahrhunderten ist auf der iberischen Halbinsel*
nie so wenig Blut geflossen, so wenig gebrandschatzt worden und es hat nie so viel beruhigenden Wohlstand gegeben, wie unter dem Regime des Caudillo . . . Es soll hier nichts beschönigt werden. (??!) *Aber es ist nun einmal eine Tatsache, daß das Leben jedes einzelnen Menschen in Spanien seit über einem Jahrhundert nie so sicher war, wie nach der Etablierung von Francisco Francos Diktatur*", behauptet die „Quick" frech.

„*Die Spanier . . . haben Angst vor dem Chaos, das Spanien droht, wenn die Diktatur die Ruhe im Land nicht länger erzwingen kann. Denn die Freiheit, nach der alle Franco-Feinde seit Jahrzehnten brennend verlangen, wird aller Voraussicht nach erst einmal Mord und Totschlag sein . . . Darum gab es in den letzten Tagen immer mehr Spanier, die heimlich beteten, der vielgeschmähte Diktator möge seinen Leiden nicht erliegen.*" (!!)

Dieser kaum noch zu übertreffende Zynismus ist eine ungeheure Verhöhnung des spanischen Volkes, das den Kampf gegen die Franco-Diktatur nie aufgegeben hat.

Abgesehen von den Hunderttausenden von Menschen, die während des Krieges von den Faschisten umgebracht wurden, sah nach 1939 die „Sicherheit und der Wohlstand eines jeden Spaniers" so aus:

Sämtliche Errungenschaften, die sich das spanische Volk erkämpft hatte, wurden liquidiert (s.o.). Der anhaltende Kampf gegen die Diktatur wurde blutig unterdrückt. Von 1939 bis 1942 wurden von Francos Schergen rund 150 000 Antifaschisten umgebracht, Zehntausende wanderten in die Kerker und KZ's des Regimes oder wurden ins Exil getrieben. Dieser Terror hat sich bis heute, bis zur Hinrichtung der fünf Antifaschisten am 27. September und den Massenverhaftungen der letzten Wochen ununterbrochen fortgesetzt. Die Faschisten konnten sich nie ohne Ausnahmezustand, „Anti-Terror-Gesetz" usw. an der Macht halten!
Terror-Gesetz" usw. an der Macht halten!

Andererseits hat der Kampf des spanischen Volkes gegen die Unterdrückung nie aufgehört, fanden unter den schwierigsten Bedingungen immer wieder Massenstreiks, Demonstrationen usw. statt. Gerade in den letzten zwei Jahren (seit der Hinrichtung von Carrero Blanco) nahmen diese Kämpfe wieder einen großen Aufschwung. (vgl. z.B. AK 56 und 61)

„Quick", das ist nur ein Beispiel. Sicher wird sich die dreckige Hetze dieser Machart noch steigern, wenn das spanische Volk nach dem Vorbild des portugiesischen , darangeht, den Faschismus endgültig auszurotten. Nicht umsonst hetzen die bürgerlichen Massenmedien seit zwei Jahren gegen die „chaotische Entwicklung" in Portugal.

Artikel wie dieser lassen ahnen, was sich die Autoren auch für Länder wie Italien oder auch die BRD wünschen, wenn hier für sie das „Chaos" droht.

Umso mehr muß es unsere Aufgabe und die aller Antifaschisten sein, dieser Hetze entgegenzutreten, sie zu entlarven, die Wahrheit über den Kampf des spanischen Volkes zu propagieren und diesen Kampf zu unterstützen. ●

Ein Genosse des KB/Gruppe Westberlin

Der Franco-Terror in Frankreich

„Seit April 1975 haben sich die Attentate gegen antifranquistische Personen und Institutionen, sowohl französische als auch spanische, vermehrt, ohne daß es zu offiziellen Maßnahmen gekommen ist:

Auf die Buchhandlung Mugalde, dessen Verleger in Hendaye lebt, wurden zweimal im April und Mai Sprengstoffattentate verübt. Am 6. Juni wurde das Büro der CISE (Informations- und Solidaritätskomitee für Spanien) durch eine Bombe zerstört. Am 16. Juni wurde der Verlag Ebro, der in Paris spanische marxistische Bücher veröffentlicht, angegriffen. Ein paar Tage vorher wurde auf das Büro der Anai Artea (Hilfsgemeinschaft für baskische Flüchtlinge) in Saint-Jean-de-Luz ein Sprengstoffattentat ausgeübt. Am 12. Oktober scheiterte ein Maschinenpistolen-Attentat auf zwei baskische Genossen, in der Wohnung des Sängers Imanol. Am 14. Oktober explodierte eine Bombe im Büro des Verlags Ruedo Iberico, der seit 1961 Bücher veröffentlicht, die in Spanien verboten sind.

Diese Gewalteskalation der Extremen Rechten auf französischem Territorium steht in direktem Zusammenhang mit der Verschärfung der Repression durch die spanische Regierung, die mit ihren Mittelsmännern versucht, ihren in Spanien schon geführten Krieg in Frankreich weiterzutreiben.

Wir solidarisieren uns mit den Opfern des antifaschistischen Kampfes und fordern von der französischen Regierung sofortige Maßnahmen, um den Umtrieben der Faschisten – seien sie Franzosen oder Spanier – ein Ende zu bereiten. Diese Faschisten gefährden die Sicherheit von Menschen und die elementarsten Freiheiten".

Dieser Text erschien am 3. November als Anzeige in „Le Monde", unterzeichnet von 141 Einzelpersonen und Vereinigungen (Verlage, Buchhandlungen, Komitees, Gewerkschaftssektionen) aus Frankreich sowie weiteren 66 Unterschriften aus anderen westeuropäischen Ländern und den USA. Aus der BRD wurde diese Anzeige vom Rotbuch- und vom Trikont-Verlag unterzeichnet. ●

Spanien-Solidarität:

1. November, Marsch auf Hendaye

Für den 1. November hatte ein französisches Dachkomitee zu einem Sternmarsch auf das baskische Hendaye aufgerufen (auf französischer Seite an der spanischen Grenze gelegen). Dieser Aufruf wurde von verschiedenen „Persönlichkeiten", u.a. Sartre und von verschiedenen Führern revolutionärer Organisationen, wie Isaac Joshua für „Révolution!" unterzeichnet.

Die Demonstration wurde aber nicht von den baskischen Organisationen unterstützt, die in den „Abertzale-Komitees" zusammengefaßt sind.

Trotz Verbots der Demonstration am Vortag, wodurch die französische Regierung erneut ihre Komplizenschaft mit dem Franco-Faschismus offenbarte, kamen 25.000 Menschen zusammen, zum Teil auch Delegationen aus anderen Ländern.

Ein massives Aufgebot der CRS „schützte" den Grenzübergang, überall wurden die Demonstranten schikaniert, viele Busse (mindestens neun) kamen überhaupt nicht an – sie wurden von den Bullen an einer Weiterfahrt gehindert. Bis zu drei Kontrollen auf 100 Kilometer wurden durchgeführt. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt



Am 4. November '75 waren mehr als 1.500 Menschen einem Aufruf von Bund Demokratischer Jugend, Sozialistischer Studentenbund, Kommunistischer Bund und der spanischen revolutionären Organisation O.R.T. ins Audi-Max der Hamburger Universität gefolgt.

Nach zwei kürzeren Ansprachen von KB- und BDJ- Vertretern sprach ein Genosse der O.R.T., der selbst 17 Jahre lang am illegalen antifaschistischen Kampf in Spanien teilgenommen hat. Der spanische Genosse ging in einem längeren Redebeitrag auf die aktuelle Situation in seinem Lande ein und erläuterte insbesondere die Aufgaben des antifaschistischen Widerstands aus der Sicht seiner Organisation.

In einer sich anschließenden Diskussion ergaben sich in verschiedenen Fragen Widersprüche (in der Frage der Bündnispolitik, wie sie von der O.R.T. betrieben wird und in der Frage des bewaffneten Kampfes) zwischen Versammlungsteilnehmern und dem O.R.T.-Sprecher. Darauf wird auch im Artikel auf den Seiten 10/11 eingegangen.

Zu einem abschließenden Höhepunkt dieser Solidaritäts-Veranstaltung wurde der Auftritt der bekannten spanischen Sänger „Juan und José", die Lieder des antifaschistischen Kampfes aus ihrem Heimatland vortrugen. Eine von uns durchgeführte Spendensammlung ergab die Summe von 13.975 DM, die zu gleichen Teilen an die O.R.T. und die revolutionäre Linke in Portugal geht. ●

SPD zu Spanien: „Auf dem Mittelweg der Staatskunst

Nachdem die SPD, allen voran Willy Brandt, schon in Portugal der Konterrevolution durch Unterstützen der Soares-Partei den Weg geebnet hat, mischt sie auch beim „Schicksal" Spaniens kräftig mit.

Im „Vorwärts" (vom 15.10.75), SPD-„Zentralorgan", wurde das den Lesern mit unverhohlenem Rassismus verkauft.

Der Redakteur Joachim Besser erreicht in einem Leitartikel wahrhaft philosophische „Qualitäten", betitelt mit „*Auf dem Mittelweg der Staatskunst*". Was das heißt, wird an der Haltung zu den fünf Hinrichtungen in Spanien sehr schnell deutlich: „*Allenthalben* (bleibt) *nur der Mittelweg zwischen Moral und Nützlichkeit, der Seiltanz zwischen Politik und Ideal (?). Auch im Falle Spanien, und dort besonders. Sicherlich muß gegen ungerechte Todesurteile protestiert werden, aber das Maß ist einzuhalten (!!).*" Was Besser hier vollführt, ist wohl schwerlich der „Seiltanz zwischen Politik und Ideal", sondern vielmehr der E i e r tanz eines Sozialdemokraten, der sich aus ganz bestimmten taktischen Gründen gegen die Todesurteile des Franco-Faschismus wendet.

Das Maß für den Protest gegen die Hinrichtungen ist nach Besser „Spaniens Zukunft", sein „Volkscharakter", seine „Vergangenheit".

„*Spanier neigen zu elementaren Ausbrüchen.* (Wenn sie solchen Stuß hören – hoffentlich; d. Red.). *Sie haben den mörderischen Bürgerkrieg noch in den Adern. Sie wollen kein neues Blutvergießen. Deshalb dürfen wir nicht Leidenschaften fördern, so verlockend es sein mag, die zu ermuntern, die dem Faschismus mit einem Gewaltschlag ein Ende bereiten wollen.*" Achtung, Herr „Vorwärts"-Redakteur, bleiben wir doch auf dem „Mittelweg der Staatskunst". Zwar hatte Franco, wie Besser selbst schreibt, „immer Hunderttausende auf dem Gewissen", aber bitteschön... keine „Leidenschaften", keinen revolutionären Sturz des Faschismus: Maß halten!

Begründung des Herrn Redakteurs: „*Die Folgen eines neuen Bürgerkrieges in Spanien wären unübersehbar. Europa könnte in einen Strudel geraten*". Das ist die Furcht des Sozialdemokraten, dessen Partei auf vielfachen Wegen mit dem Imperialismus verknüpft ist, vor revolutionären Veränderungen. Deshalb auch die Anstrengungen der SPD, die Sache gar nicht erst so weit gedeihen zu lassen. Ganz in diesem Sinne ist dann auch die „Quintessenz" dieses philosophischen Ergusses. „*Die SPD, immer für moralischen Rigorismus anfällig,* (was natürlich nicht stimmt, denn wer hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die chilenischen Faschisten durch Kredite unterstützt? – d. Red.) *sollte ihren Kanzler bei einer nüchternen Politik unterstützen. Sie kann am Ende der Moral eher zum Sieg helfen als Leidenschaft und Überschwang.*"

Also: Unterstützung für Schmidt bei seinen „Bemühungen", die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Spanien weiter auszubauen.

Wie rührend doch der „Vorwärts" um die „Moral" (sprich deren aggressiven Plänen) der Imperialisten besorgt ist, denen er „zum Sieg verhelfen" will. ●

Bezirkszelle St. Pauli,
KB/Gruppe Hamburg



○ **Teil 2**
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus?/ Was ist los mit der Mitbestimmung? / Chemie-Tarifrunde '71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß / Volkskrieg und politische Lösung / Zur Kritik der RAF

Bestellt!

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ NEU **KBW- am Scheideweg** 56 Seiten 3,-DM
Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung
Nachdrucke von AK-Artikeln zur Auseinandersetzung mit dem KBW

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

○ **Portugal**
Armee und Revolution (Juni 75)
12 Seiten 3. Auflage DM 1,–
Übersetzung sechs aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo – MFA"

○ NEU **Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien** (Sept. 75)
22 Seiten DM 1,–
Interview mit der PRT/ERP / Artikel zur Geschichte der PRT / ERP
Nachdruck des ARBEITERKAMPF-Artikels „Krise der Bourgeoisie Vormarsch der Linken"

○ NEU **MPLA – der Sieg ist gewiß** (Sept. 75) 30 Seiten
Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente DM 1,–

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

○ **Zur Außenpolitik der VR China**
12 Seiten (Juli 75) DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF - EXTRA zur Chilesolidarität: (Sept. 75)**
Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a. 8 Seiten DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF-EXTRA zur Portugalsolidarität: (Sept. 75)**
„Portugal darf nicht das Chile Europas werden" / Gespräch mit Genossen der SUV, / Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA, Angola: der Sieg ist gewiß / u.a. 8 Seiten DM 0,50

Die politischen Parteien in Portugal (Mai 75)

○ **Die politischen Parteien in Portugal** (Mai 75)
55 Seiten 5. Auflage DM 1,–

Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien und die revolutionäre Linke
Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten von Arbeiterhand herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei** (Dez. 71)
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging** (Jan. 75)
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

● **Hermann Remmele – Schritt halten!** (April 71)
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat **Zur Zeit vergriffen** DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

○ **Lieder des Hamburger Straßentheaters**
Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Wir führen den Kampf weltweit**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Guten Morgen!**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

(69) Anschrift: ______________________________

____

____

__________ (Datum) ______________ (Unterschrift)

Maulkorbgesetz:

Weitreichende Einschränkungen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung geplant

Während die Diskussion um die Berufsverbote und das Verteidigerausschlußgesetz immerhin noch einigen Wirbel in der bürgerlichen Presse auslöste, ist eine geplante Strafrechtsänderung von außerordentlicher Bedeutung weitgehend unerwähnt geblieben: Es handelt sich um das „Gesetz zum Schutz der Öffentlichkeit und des Gemeinschaftsfriedens", kurz Maulkorbgesetz genannt, mit der Verabschiedung ist noch diesen Herbst zu rechnen. Zur Diskussion stehen drei Entwürfe: vom Bundesrat, der CDU/CSU und der Regierung. Weder in der Begründung noch in der Schärfe der einzelnen Paragraphen unterscheiden sich die drei Entwürfe wesentlich voneinander. Da der Regierungsentwurf die größte Chance hat durchzukommen, wird im folgenden der wichtigste Paragraph zitiert, der sich auf die „Herstellung und Verbreitung radikaler Literatur" bezieht. Zusätzlich umfaßt der Gesetzentwurf noch die Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts, vor allem vor allem für Ausländer; darüber werden wir im nächsten AK berichten.



Der Paragraph 130 a kriminalisiert linke Literatur

Der entscheidende Paragraph 130a des Gesetzentwurfes lautet: *„Wer eine Schrift ... , die die Befürwortung einer in 4 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten oder die Anleitung zu einer solchen Tat enthält und bestimmt sowie nach Umständen geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen,*
1. verbreitet, 2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder 3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt oder anpreist ...
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe belegt." (Zitiert nach „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", Nr. 97, S.2).

Zu den „rechtswidrigen Taten" zählen außer „Mord und Totschlag" auch der „Landfriedensbruch". Wer z.B. eine Schrift bezieht (verbreitet usw.), in der geschrieben steht: Es war nicht nur gut, sondern es war ausgezeichnet, daß die Einwohner von San Sebastion Steine gegen die Polizei geworfen haben, kann nach dem neuen Gesetz mit drei Jahren Gefängnis wegen „Landfriedensbruchs" bestraft werden.

Der Entwurf geht aber noch einen Schritt weiter, indem er klar auch *„theoretische Abhandlungen über den Ablauf von Revolutionen und den dabei anzuwendenden Methoden"* zur Gewalt-Literatur zählt. *„Erfaßt werden soll insbesondere ein – häufig auch in theoretisierender Form gekleidetes – Eintreten für das Begehen der genannten Straftaten und Bedrohungen".*

Diese Paragraphen machen klar, daß es entgegen den Behauptungen mancher bürgerlicher Politiker, keineswegs nur um die „Handbücher und Anleitungen der Stadtguerilla" geht, sondern daß alles verboten werden kann, was über die Frage der *revolutionären* Gewalt schriftlich verbreitet wird. Es ist nicht damit zu rechnen, daß bei Verabschiedung des Gesetzes sofort alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Entscheidend ist die juristische Handhabe, die vorbereitend getroffen wird, um sie später nach Belieben gegen Demokraten und Kommunisten anwenden zu können. Ein Vergleich zum Faschismus und den Bücherverbrennungen der SA drängt sich auf. R. Schmidt, Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident a.D., offensichtlich eine der wenigen kritischen Stimmen, erklärte zum Maulkorbgesetz, **„daß die geplante ‚Vorverlegung des Staatsschutzes', in den Raum der Meinungsäußerung eine Schöpfung von niemand anders als vom Vorsitzenden des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes, R. Freisler, sei, dessen faschistischer Inquisition viele als ‚Gesinnungstäter' zum Opfer gefallen sind" („ID", S. 1).**

Ausgenommen ist in der Begründung des Entwurfs „ältere Literatur", selbstverständlich eine Bezeichnung, die sehr weit auslegbar ist. So sieht der Gießener Professor Ridder, als einer der wenigen vorsichtigen Kritiker, in einem Gutachten *„Wissenschaft und Literatur ernsthaft bedroht"* und sieht folgende Fragestellungen am Beispiel von Marx und Engels auf die Strafrichter zukommen:

„Beziehen sich ihre Werke auf eine vergangene Situation? Oder auf den gegenwärtigen Kapitalismus? Sind die Werke von Marx auch heute noch geeignet und bestimmt, Gewalt zu fördern? Auf Marx' und Engels' Absichten oder die ihrer gegenwärtigen Anhänger?" („Frankfurter Rundschau", 31.10.75).

Nicht unwichtig zu erwähnen ist

noch, daß z.B. Kriminalromane und „Biertischgespräche" ausdrücklich von der Strafverfolgung ausgenommen sind. Man darf darauf gespannt sein, wie faschistische Gewalt-Literatur als Krimis behandelt bzw. die Bezeichnung „Biertischgespräche" erhalten werden.

SPD/FDP-Fraktion auf Vordermann gebracht

Nennenswerter Widerstand von dieser Seite war nicht zu erwarten und gab es auch nicht. Lediglich den Paragraphen „Befürwortung von Gewalt" wollte die SPD/FDP-Fraktion ersatzlos gestrichen haben. Doch Justizminister Vogel fertigte schnell eine *„Argumentationsskizze"* an die *„Genossen und Genossinnen"* an, in der einfach behauptet wird, die *„ernste Sorge"* Werke der Wissenschaft, Zeitgeschichte und Kunst könnten Schaden leiden, sei *„ausgeräumt"* („FR", 31.10.).

Ein Vorgeschmack auf das neue Gesetz: Bulleneinsatz auf der Frankfurter Buchmesse

Offiziell noch nicht in Kraft, wurde dieses Gesetz schon im voraus angewandt. Auf der Frankfurter Buchmesse (Mitte Oktober) durfte auch das Franco-Regime offiziell ausstellen. Bereits am ersten Tag kam es zu einer Protest-Demonstration vor dem Stand von etwa 100 Menschen. Am nächsten Tag geschah dann folgendes: 20 bis 30 Franco-Gegner haben sich wieder vor dem Stand eingefunden, Uniformierte und Zivilbullen „schützen" den Standeingang. Es fällt die Bemerkung: „Man müßte einfach die Stellwände umschmeißen". Einer der Zivilen gibt Order, darauf stürzt sich ein Bullenstoßtrupp auf 24 Messebesucher, *„einer kann sich freiwinden, die anderen werden brutal gepackt, zu Boden gestoßen, getreten, mit Giftgas traktiert und weggeschleift"* („ID", S. 3). Mit dieser Aktion hat die Frankfurter Polizei zum einen das neue Gesetz (Eingreifen bereits bei bloßer Erörterung von „Gewalt") praktiziert, zum anderen brachte sie hier die sogenannte „Wasserschlagstrategie" zur Anwendung: *„Verhaftet wurden nämlich völlig unbeteiligte, kulturbeflissene auswärtige Messebesucher: zwei Mitglieder des Berliner Walde-Theaters und der Kulturredaktion des Saarländischen Rundfunks, der Schriftsteller A. Astel – er hatte gewagt, bei der brutalen Verschleppung der Theaterleute lauthals um Hilfe zu schreien – sicher auch eine Aufforderung zur Gewalt nach den neuen Gesetzen (Hilfe gegen die Polizei)"* („ID", S. 3).

Einen Tag später fand eine Pressekonferenz des Verlages „Neue Kritik" statt, auf der die ESG, der VLB und zahlreiche ausstellende Verlage in einer Resolution den Abzug der Polizeikräfte forderten. Die Bullen warteten mit einer eigenen Darstellung auf und behaupteten, militante Demonstranten hätten einen Beamten angegriffen, zu Boden gebracht und ausgezogen (?!). Die Anwesenden bezeichneten diese Darstellung als eindeutige Schutzbehauptung und stellten fest, „daß die Frankfurter Polizei selbst die Hosen runtergelassen hatte". ●

IKAH Hamburg (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Kreuzzug gegen den Kommunismus



Seit dem 23. Oktober entfaltet eine „christlich" getarnte Organisation namens CARP (Collegiate Association for the Research of Principles – Studentenassoziation für die Suche nach Prinzipien) an der Frankfurter Uni ihre Aktivitäten: vor allem werden Flugblätter verteilt – außerdem wurde eine Veranstaltung durchgeführt. Inhalt dieser Flugblätter ist eine wilde faschistische Hetze. Beispielsweise wird behauptet, 1976 würde die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR in der BRD einmarschieren, als Vorwand würden von *„Bürgerkriegsspezialisten der ostdeutschen NVA"* angezettelte Unruhen von *„faschistischen Gruppen"* (!) dienen. Weitere Wegbereiter seien *„westdeutsche Radikale"*.

Ganz nach dem Motto: *„Dieser kommunistischen Herausforderung darf und wird nicht mit einer passiven oder defensiven Haltung begegnet werden"*, traten amerikanische Soldaten in Zivil (!) als Gorillas auf der Veranstaltung der CARP auf und schlugen mit Holzknüppeln auf protestierende Antifaschisten ein. Die Veranstaltung war offenbar in Zusammenarbeit mit den Bullen als Falle ausgelegt – vier Antifaschisten wurden verhaftet, mehrere durch „chemische Keulen" verletzt. Inzwischen ist bei jedem Auftreten der CARP ein Mannschaftswagen Bullen dabei, und jeder antifaschistische Protest wird verhindert. Die CARP ist eindeutig ein faschistischer Provokateurs-Stoßtrupp.

Bürgerliche Presse – feste auf Seiten der „Christen"

Bezeichnend dafür, wie weit die Faschisierung schon vorangeschritten ist, ist die Haltung der *gesamten* Presse von „Frankfurter Rundschau" bis „Bild". Unter völliger Verdrehung der Tatsachen werden aus den Antifaschisten „Polit-Rocker" („Bild", 24.10.) „Störer" oder „kommunistische Schlägertrupps" („Frankfurter Neue Presse", 24.10.75, „Abendpost", 30.10.75), während es sich bei der CARP um eine „christliche Studentenorganisation", welche friedlich Flugblätter verteilt, handeln würde.

Wer steckt hinter der CARP ?

Die CARP wurde, nach eigenen Angaben, 1962 an der Waseda-Universität in Tokio gegründet und ist inzwischen die Studentenorganisation der UCI, der „Unification Church International" – bzw. ihrer deutschen Sektion, der „Vereinigungskirche in Deutschland e.V.".

Die UCI wurde 1954 in Südkorea von Reverend San Myung Mun gegründet, und b ezeichnet sich als *„Kämpfer Gottes für den Sieg über die atheistische Religion des Kommunismus"*. Die Vereinigungskirche hat offenbar einiges von den Rezepten Hitlers gelernt: *„Wir können den Kommunismus niemals vollständig mit Waffen besiegen. Deshalb nicht, weil wir einen festen menschlichen Glauben nicht mit Waffen oder Atombomben (!) zerstören können. Nur mit einem wahren Glauben und einer wahren Ideologie können wir die Lüge zu Fall bringen. Die Kraft, die über den Kommunismus, der Lügenideologie siegen wird, muß ein anderer geistiger Glaube, eine Ideologie mit einer höheren Dimension sein."*

In Südkorea scheint dem faschistischen Einpeitscher San Myung Mun auch eine ziemliche Massenmobilisierung gelungen zu sein – wohl nicht zuletzt mit kräftiger Hilfe des faschistischen Regimes. Auf jeden Fall bestehen beste Beziehungen: so nahmen auf einem Bankett der UCI mit *„650 führenden Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen"* unter anderem der Ministerpräsident (!) und der Minister für Wiedervereinigung des südkoreanischen Banditenregimes teil!

Auch international scheint sich die Vereinigungskirche, die ihre Aktivitäten, nach eigenen Angaben, auf 130 Nationen ausgedehnt hat, im rassistischen und faschistischen Sumpf am wohlsten zu fühlen. So prahlen sie beispielsweise über ihre guten Beziehungen zum Sohn des rhodesischen Ministerpräsidenten und den weißen Kolonisten: *„Die meisten unserer Gäste sind feste Christen, wie überhaupt die ganze weiße Bevölkerung stark christlich ist. Sie ist im Gegensatz zu den Nachbarländern sehr antikommunistisch eingestellt, was eine große Hilfe ist."*

Für Länder, in denen andere Religionen vorherrschen, läßt sich der christliche Mumpitz, mit dem die UCI ihre Hetze an den Mann bringt, natürlich nicht so gut verwenden. In diesen Fällen wie beispielsweise Isreal übernimmt eine Unterorganisation, die von einem koreanischen Obristen (!) geleitete ICF (International Cultural Foundation, Internationale kulturelle Stiftung) die Hauptarbeit.

Der Vereinigungskirche direkt verbunden ist außerdem die 1972 gegründete IOWC („International one World Crusade" = „Internationaler Eine Welt Kreuzzug"), mit der Aufgabe, die direkte „Missionstätigkeit" für den „Kreuzzug" durchzuführen. Es gibt drei Teams, für Asien, Amerika und Europa, deren total verhetzte Mitglieder hauptberuflich als „Missionare" schwerpunktmäßig eingesetzt werden. (Was das für Geld kostet!) Es gibt im übrigen Hinweise, daß die UCI eigene Fabriken besitzt!

Europa – Schwerpunkt: BRD

Zur Zeit ist die BRD (neben Portugal) eindeutiger Schwerpunkt der Aktivitäten der UCI. So ist seit 1. September das gesamte Europateam der IOWC mit, nach eigenen Angaben 200 Leuten, in der BRD. Daneben gibt es inzwischen drei sogenannte „Hauptzentren", zwei in München, eines in Frankfurt, sowie zwei „Trainingszentren" in Camberg (Hessen) und Regelsmühle (Franken). Dabei scheinen in Frankfurt die Fäden zusammenzulaufen; so trägt der Mieter ihres „Hauptzentrums" den gleichen Namen – Paul Werner – wie der Vorsitzende der Vereinigungskirche in Deutschland und Präsident der deutschen IOWC. Deren Zeitungen, Auflage 100.000, werden in der Druckerei Paul Werner, identisch mit der Druckerei Werner und Winkler, in Walldorf bei Frankfurt gedruckt. Einer der Redakteure dieser Zeitung, Gerhard Bessell, wohnt wiederum mit dem CARP-Verantwortlichen Günter Stangl zusammen. Hierein paßt auch das provokative Auftreten der CARP an der Frankfurter Uni und das Auftreten der US-Soldaten. Möglicherweise gibt es auch Verbindungen zur sog. „NSDAP/AO", also den USA-Nazis, da wir einige Tage, nachdem der KB ein Enthüllungsflugblatt gegen die CARP verteilt hatte, einen mit „NSDAP/AO" unterzeichneten Drohbrief erhielten. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Asta Marburg: Aufgelöst wegen Wahrnehmung des politischen Mandats

Am 1. November hat der Präsident der Marburger Universität den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) suspendiert und einen Regierungsrat zur „Wahrnehmung der Pflichten des AStA" eingesetzt. Die Studenten reagierten mit einer spontanen Demonstration und mit der Besetzung der Räume des AStA.
Gleichzeitig wurden die Konten des AStA gesperrt und den Besetzern droht der Präsident Strom, Telefon und Heizung abzusperren!

Massive Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit

Das sogenannte „Politische Mandat", weswegen der AStA letztlich aufgelöst wurde, ist ein lang erkämpftes Recht der Studentenschaft, sich zu allen politischen Fragen äußern und politische Aktionen durchführen bzw. unterstützen zu können. Dieses Recht wird den Studenten allerdings von der reaktionären Staatsbürokratie abgesprochen. Dieses politische Mandat hat natürlich auch der Marburger AStA wahrgenommen, der sich aus SHB und MSB zusammensetzt.

Der Auflösung vorausgegangen ist ein Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichtes, wonach der AStA 22.000 Mark Strafgeld berappen muß, wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats. Antragsteller vor Gericht war – wie üblich – ein Mitglied der Jungen Union. Die Richter begründeten ihr Urteil u.a. folgendermaßen:

Der AStA dürfe *„bei der Organisation politischer Veranstaltungen weder mit der Auswahl oder der Formulierung der Themen, noch mit der Verpflichtung der Referenten ein bestimmtes eigenes politisches Engagement erkennen lassen."*

Die Gängelung des AStA zielte nach dem Willen des Gerichts sogar in den kulturellen Bereich: es verhängte ein Zwangsgeld von 2.000 Mark, wegen der Veröffentlichung eines Gedichts des (der DKP angehörenden) Schriftstellers Peter Schütt; als Beweismaterial gegen den AStA wurden außerdem Grafiken von Klaus Staeck und Jörg Scherkamp herangezogen.

Der AStA hat sich aber von diesen Urteilen nicht beeinflussen lassen und weiter das politische Mandat wahrgenommen. So hat der AStA zu einer Spendensammlung für spanische Antifaschisten aufgerufen und zur Teilnahme an der zentralen Jugenddemonstration des DGB aufgerufen.

Diese Aufrufe nahm der Uni-Präsident zum Anlaß, dem AStA ein Ultimatum bis zum 29.10. zu stellen. Bis dahin sollte der AStA verbindlich erklären, keine politischen Äußerungen mehr von sich zu geben, andernfalls der AStA aufgelöst werden müsse. Daraufhin traten die Studenten in einen Warnstreik. Am 29. demonstrierten 6.000 der 14.000 Marburger Studenten. Im Anschluß übergab der AStA-Vorsitzende dem Präsidenten eine Erklärung, in der es u.a. heißt: er halte *„das politische Mandat für unverzichtbar"*, gleichzeitig wurde die Solidaritätsaktion mit dem spanischen Volk angekündigt. Mit dem Marburger AStA solidarisierten sich bis dahin 35 ASten der BRD, der Bund demokratischer Wissenschaftler, eine Reihe politischer Organisationen (DKP, Jusos, Judos) sowie Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Ein erster Erfolg war die Verlängerung des Ultimatums um zwei Tage. Auch an dieses Ultimatum hielt sich der AStA nicht, und Zingel (Uni-Präsident) verhängte die Suspendierung des AStA.

Er begründete seine Entscheidung damit, daß die Zwangsgelder aus der Uni-Kasse kämen, für die er verantwortlich sei. Er sagte weiter, daß er die Urteile auch nicht gut fände, aber *„auch wenn man an Gerichtsurteilen zweifle, müsse man sich an sie halten"*. Ihm sei *„als Rechtsaufsichtsbehörde keine andere Wahl geblieben." „Als Rechtsaufsichtsbehörde"* könne er *„bei Nichteinschreiten regreßpflichtig gemacht werden"* und er habe *„keine Lust, aus seinem Portemonnaie die Geldstrafen zu begleichen."* Zynischer gehts nicht mehr.

Man kann nur hoffen, daß die Marburger Studenten den Kampf durchstehen und die AStA-Räume weiter besetzt halten. Allerdings steht zu befürchten, daß die Revisionisten und Reformisten, die den AStA bilden, wie üblich einen faulen Kompromiß eingehen werden, um ihre Pöstchen nicht zu verlieren und um sich nicht mit dem „Rechtsstaat" anzulegen. ●

Betriebszelle Hoechst, KB/Gruppe Hamburg

Heidelberg: Abbau von Grundrechten durch neue Polizeiverordnung

In einer Sitzung vom 18.9.75 hat der Heidelberger Stadtrat mehrheitlich – mit den Stimmen von sechs der insgesamt 13 SPD-Stadträten – eine Polizeiverordnung gegen das sogenannte „Stadtstreicher-Unwesen" beschlossen. Durch diese Polizeiverordnung sollen die „persönlichen Freiheitsrechte" und das „Recht auf freie Meinungsäußerung", bislang noch grundgesetzlich garantiert, in erheblicher Weise eingeschränkt werden.

Vordergründig richtet sich die neue Polizeiverordnung gegen die „Stadtstreicherei". Mit Geldstrafen bis zu 1.000 DM (!) soll bestraft werden, *„wer sich auf öffentlichen Straßen und Anlagen herumtreibt und lagert", „andere Personen durch Aufdringlichkeit belästigt", „Hunde in nicht ausdrücklich freigegebenen öffentlichen Anlagen frei herumlaufen läßt", „sich in angetrunkenem oder betrunkenem Zustand in öffentlichen Anlagen aufhält"* usw. (alles aus § 7).

Schon aufgrund der hier aufgeführten „Ordnungswidrigkeiten" kann praktisch jeder Heidelberger Bürger kriminalisiert werden.

Besonders zynisch ist § 4 der Polizeiverordnung: *„Wer ohne Unterkommen ist oder sein bisheriges Unterkommen verloren hat, muß sich unverzüglich ein Unterkommen verschaffen"*. Andernfalls bekommt er 1.000 DM Geldbuße aufgebrummt. Wer von den kapitalistischen Verhältnissen aus der Bahn geworfen wurde und ohne Arbeit und obdachlos ist, soll jetzt auch noch vor den Kadi zitiert werden. Und er wird „gerechte" Richter finden, denn das Schlafen unter Brücken ist schließlich arm und reich gleichermaßen verboten ...

Politisch besonders bedeutsam ist § 6 der neuen Verordnung. Unter dem Stichwort Plakatieren heißt es: *„1. Auf und an öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen ist das Plakatieren oder Beschriften fremder Sachen verboten. 2. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen"*.

Durch diesen Passus wird das „Recht auf freie Meinungsäußerung" zu dem auch das Plakatieren gehört, erheblich eingeschränkt. Bisher – und dies gilt für die anderen Bundesländer nach wie vor – konnte nur der wegen Plakateklebens belangt werden, der von dem Hausbesitzer, an dessen Wand ein Plakat hing, oder einer öffentlichen Behörde (im Falle des Beklebens von Telefonkästen o.ä.), angezeigt wurde. Jetzt übernimmt die Polizei dieses Geschäft, ohne daß eine Anzeige vorliegen muß!

Diese Verordnung richtet sich in erster Linie gegen linke Organisationen, bürgerliche Parteien werden sicher nicht belangt werden. Im Frühjahr 1976 finden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt. Die Heidelberger Polizeiverordnung ist ein massiver Schritt, um die Verbreitung linker Propaganda zu be - und verhindern. ●

Ein Heidelberger Genosse und IKAH (Arbeiterhilfe)

Spitzel auf linke Rechtsanwälte angesetzt

Mit welchen Methoden linke Rechtsanwälte fertiggemacht werden sollen, zeigt ein Beispiel aus Hamburg.

Am 21.10. suchte ein Mitarbeiter der Innenbehörde zwei Anwaltsgehilfinnen, die bei fortschrittlichen Rechtsanwälten arbeiten, auf. Er bot ihnen Geld, wenn sie Informationen über die Büros lieferten. Die Innenbehörde bestätigte am nächsten Tag diese Spitzelei, als sie durch ihren Sprecher erklären ließ, der Mann hätte nicht *„auf Anweisung der Innenbehörde"* gehandelt (er kam dann wohl im Auftrag der Staatsschutzbehörde oder der politischen Polizei!).

In einer gemeinsamen Presseerklärung stellten die Anwaltsbüros Schween/Plähn/Lummert/Benoit, Günnemann/Jacobi/Reinhard und Ewe/Mäffert dazu fest:

„Wir durch diesen Bestechungsversuch betroffenen Anwälte sind Verteidiger politischer Mandanten. In dieser Tätigkeit werden wir und andere Kollegen durch die Staatsschutzorgane seit langem und zum Teil rechtswidrig behindert. Büros werden durchsucht, Rechtsanwälte werden beschattet, in den Zellen von Untersuchungsgefangenen werden Verteidigungsunterlagen durchsucht, unsere Telefone werden abgehört ... jetzt sollen unsere Mitarbeiter als Spitzel eingekauft werden.

Diese besonders schmutzige Methode stellt eine weitere eklatante Verletzung des Anwaltsgeheimnisses dar.

Wir lassen uns durch diese Maßnahme nicht davon abhalten, konsequent für die Rechte unserer Mandanten einzutreten". ●

IKAH Hamburg (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

„Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess e.V." führt Kampagne



Am 30.11.1975 will die „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess e.V," (HFRH) eine Großkundgebung im Hamburger Congress Zentrum (CCH) durchführen. Thema: „Freiheit für Rudolf Hess". Als Sprecher sind angekündigt: der ehemalige Bundesjustizminister Ewald Bucher (CDU); der Sohn von Hess, Wolf Rüdiger Hess. Das ist nach der offiziell abgesagten Großveranstaltung der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V." (HIAG) im Juni des Jahres der zweite Versuch der Faschisten, in Hamburg zu landen.

Heß-Kampagne auf Hochtouren

Offenbar soll die Veranstaltung in Hamburg der provokative Höhepunkt einer gegenwärtig laufenden „Freiheit-für-Heß"-Kampagne sein.

▶ Unter anderem machte die HFRH Anfang Juni eine Kundgebung in München, wo sie vor 1.500 Teilnehmern forderte: „Laßt Hess frei – Brandt und Wehner nach Spandau". Als Redner traten neben Bücher u.a. Gerd Sudholt von der „Gesellschaft für freie Publistik", Direktor des faschistischen Verlags „Nation Europa" auf. Die CDU-Fraktion aus
faschistischen Verlags „Nation Europa" auf. Die CDU-Fraktion aus
Bremen und CSU-Finanzminister Ludwig Huber aus München sandten Grußadressen.

▶ Am 5.10.75 fand in Essen die „Generalprobe" für Hamburg statt. Redner: Bucher und W.R. Hess. Die Veranstaltung war u.a. in den Faschisten-Organen „Nation Eruopa" und „Mut" angepriesen. Sie forderten ihre Leser zugleich auf, „k o s t e n f r e i Flugblätter ... sofort" anzufordern. Ganz im Sinne des Vorschlags, „flankierende Maßnahmen" zu ergreifen, wie: „Aufbau von Informationsständen, Verteilen von Flugblättern, Sammeln von Unterschriften, Plakatieren, Schreiben von Leserbriefen (örtliche Presse) usw. usf." wurden in Hamburg bereits einen Monat vor der Veranstaltung Flugblätter verteilt.

Das Echo ließ denn auch nicht lange auf sich warten:

▶ Eine „Christliche Friedenskonferenz Westberlin", ein Ableger der „Christlichen Friedenskonferenz", die 1958 mit Sitz in Prag von RGW-Klerikern parallel zum „westlichen" Weltkirchenrat gegründet worden war, hielt es für notwendig, die Freilassung des Alt-Nazis Hess zu fordern, wenn das Spandauer Gefängnis anschließend in ein „internationales Anti-Kriegs-Museum" umgewandelt würde („Welt", 25.8.75).

▶ Im Auftrag der evangelischen Kirche Deutschland (EKD) forderte der Präses der westfälischen Kirche, Ernst Wilm, von den *„Partnern der europäischen Gemeinschaft"*, *„sich nicht mit der russischen Weigerung der Freilassung* (zu) *entschuldigen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.10.75). Wilm fordert in einem Abwasch auch gleich die Freilassung der übrigen noch inhaftierten Nazi-Verbrecher: Kappler und Reder in Italien, Franz Fischer, Ferdinand aus der Fünten, Josef Kotalla in Holland, Erick Koch in Polen.

▶ Laut „Süddeutsche Zeitung" soll die britische Regierung bei den „Sowjets" zugunsten von Hess interveniert haben. Die „Frankfurter Rundschau" meldet, daß auch Bundesminister Genscher für eine Freilassung aus „humanitären Gründen" ist ...

Hess – ein bemitleidenswerter Mensch?

Die „Hilfsgemeinschaft" behauptet, Hess sei Nazi gewesen, wie „jeder andere Deutsche". Mehr noch: Sie bezeichnet ihn als „Botschafter des Friedens", der durch seine Fallschirmlandung in England *„sein Leben auf's Spiel setzte, um in einem kühnen Alleingang den Frieden zu retten"* (Vortag W.R.Hess). Entsprechend hielt ein Dr. Karl Schikorski auf einem Hamburger „Amnestie-Marsch" für Hess 1969 eine Rede mit dem Thema: „Friedensnobelpreis für Rudolf Hess"!

Tatsache ist: Hess hat den Nazismus von Grund auf mit aufgebaut. Er war schon beim Putschversuch in München 1923 dabei. Als Hitlers „Privatsekretär" ließ er sich „Mein Kampf" diktieren, Nach der Machtübernahme der Nazis wurde er „Stellvertreter des Führers der NSDAP", später außerdem „Reichsminister ohne Geschäftsbereich". An ihm ging keine Verordnung oder Gesetzesvorlage vorbei! John Hartmann, langjähriger Dolmetscher im Spandauer Gefängnis, schrieb in der „Quick" trotz sehr viel Verständnis für den „Menschen" Hess: *„Natürlich hatte er von den Zuständen in den Konzentrationslagern gewußt. Aber er betrachtete sie als etwas, das ihn selbst nichts anging"*. Genauso kannte er alle Kriegspläne Hitlers. Bemerkenswerterweise unternahm er seine „Friedensmission" nach England erst zu dem Zeitpunkt, als der Tag des Angriffs gegen die Sowjetunion für Hitler feststand. Hess' Flug nach England war nichts anderes als der vergebliche Versuch der Nazis, England für ein Zusammengehen gegen die Sowjetunion zu gewinnen.

Bis heute hat Hess „nichts bereut" und hat es abgelehnt, um Gnade zu ersuchen. Die „Hilfsgemeinschaft" betreibt ihre Freilassungskampagne offiziell ohne sein Einverständnis!
verständnis!

Die „Hilfsgemeinschaft" kann im übrigen mit der vollen Unterstützung des „westlichen Lagers" rechnen, wenn sie in übelster faschistischer Manier die „Unmenschlichkeit" der Sowjets dafür verantwortlich macht, daß einem „Greis" die „humanitäre Hilfe" versagt werde. Und hier kommt auch der wahre Kern der „Freiheit-für-Rudolf-Hess"-Kampagne unverhüllt zum Durchbruch: Nach Meinung von W.R.Hess wird in Spandau *„ein langsamer Prozeß der Tötung vollzogen ... Gefordert von den Sowjets, geduldet von den Westmächten"*.

Neuester Trick der „Hilfsgemeinschaft", kräftig gefördert durch Springers „Welt": daß die „deutschen Steuerzahler" für die Unterbringung von Hess jährlich eine Mio. Mark aufbringen müßten. Auch hieran sei natürlich die Sowjetunion schuld: *„Bemühungen der Bundesregierung, durch eine Entlassung des Häftlings auch eine Einsparung dieser Kosten zugunsten anderer Aufgaben* (vielleicht die RAF-Prozesse?) *zu erreichen, sind wiederholt am sowjetischen Widerstand gescheitert"* („Welt", 17.10.75).

„Hilfsgemeinschaft" – braune Bande

Die „Hilfsgemeinschaft..." wurde 1967 gegründet. Ihr heutiger Vorsitzender ist Ewald Bucher, CDU, „Bundesjustizminister a.D.". Aus Protest gegen die Ablehnung der Verjährung von Nazi-Verbrechen durch den Bundestag 1965 trat er von seinem Posten zurück und dann in die braune Gemeinschaft ein. Zweiter Vorsitzender ist W.R.Hess, Sohn von Hess. Die HFRH hat nach eigenen Angaben ca. 2.000 Mitglieder und außerordentlich lebhafte Auslandskontakte. Unter anderem rühmt sie sich, „Aktive" in Chile, Brasilien und Spanien zu haben. Für Südafrika und Österreich gibt sie in ihren Rundbriefen sogar feste Konten an. Als Beispiel für den Charakter dieser „Aktiven" sei benannt:



Alte Nazis demonstrieren für die Frei heit ihrer Kumpane

Alte Nazis demonstrieren für die Frei heit ihrer Kumpane

▶ Fritz Pfeiffer, Salzburg, Herausgeber der „Abwehrpolitischen Blätter", Mitarbeiter des „Nationalen

▶ Carl Wolfgang Holzapfel demonstrierte 1966 auf Ostberliner Gebiet mit einem Holzkreuz gegen die „Mauer". Er erhielt in der DDR acht Jahre Haft, wurde nach zwei Jahren von Bonn freigekauft. Am 5.5.73 trug die HFRH durch ihn die provokative Ankündigung vor, ein Linienflugzeug nach Moskau entführen Ideologiezentrums" (NIZ), dem ideologischen Hauptumschlagplatz der österreichischen Faschisten und Verbindungsstelle zur BRD.

▶ Göran Assar Oredsson, Führer des militanten schwedischen „Nationalsozialistischen Kampfbundes", steht in engster Verbindung zu Kreisen der in letzter Zeit in der BRD operierenden NSDAP/AO.

Zur weiteren Charakterisierung der „Hilfsgemeinschaft ..." seien beispielhaft noch einige ihrer prominenteren Mitglieder bzw. Akteure benannt:

▶ Bertold Rubin, Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik", Mitglied in diversen rechtsradikalen Organisation, bekannt durch seine inszenierte Selbstentführung. Er sprang 1968 am Geburtstag von Hess mit dem Fallschirm an der Stelle ab, wo Hess gelandet war. 1969 zog er mit weiteren Anhängern der HFRH vor das Spandauer Getangnis.
und samt Geiseln in die Luft sprengen zu wollen, um die Freilassung von Hess zu erzwingen. Obwohl er bei Aufdeckung dieses Plans zehn Mittäter angab, konnte die Polizei „den Kreis um Holzapfel nicht ausfindig machen". Zwar wurde auch Rubin als Mitwisser genannt, aber dabei blieb es. Holzapfel blieb nach § 49a straffrei (Verhinderung eines Verbrechens durch Aufgabe seiner Tätigkeit).

▶ Einer der beiden Rechtsanwälte der HFRH, Eberhard Engelhardt, Nürnberg, ist auch langjähriger Anwalt seines „Kollegen" Roeder gewesen. Erst nach der Veröffentlichung von Thies Christophersens „Ausschwitz-Lüge" mit einem Vorwort Roeders hielt es Engelhardt wohl für geschickter, sich offiziell von Roeder zu distanzieren und dessen Verteidigung niederzulegen.

▶ Zum 80. Geburtstag von Hess stürmten ca. 50 Faschisten unter Führung Roeders und Christophersens die Ausstellung „NS-Politik in Polen 1939 - 1945". In der Otto-Suhr-Allee wurden Straßenschilder mit Folien überklebt, die die Aufschrift „Rudolf-Heß-Straße" trugen. Ähnliche „Straßenumbenennungen" wurden zur gleichen Zeit in verschiedenen Städten der BRD vorgenommen, was eine relativ breite Organisierung dieser Umtriebe voraussetzt.

▶ Direkt Unterstützung erhält die HFRH aus den HIAG-, Stahlhelm- und NPD-Kreisen, die über ihre Organe und Ortsgruppen die Kampagnen z.T. direkt tragen. Trotz ideologischer Differenzen zu diesen „traditionellen" Faschisten sind auch die Mitglieder von Organisationen der



So stark fühlen sich die Faschisten, sie rufen zur Großkundgebung auf.

„Neuen Rechten" mit von der Partie. So verteilten im April '74 „Deutsch Sozialistische Schülergruppen", „Aktion Neue Rechte" „Freiheitlicher Schülerbund", „Junge Nationaldemokraten" und „Initiativ-Ausschuß Europäischer Befreiungssozialismus" in Stuttgart Flugblätter, auf denen die Freilassung von Hess und die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn gefordert
densnobelpreises an ihn gefordert
wurde.

Die „Hilfsgemeinschaft" hat es verstanden, bis heute über 200.000 Unterschriften unter ihre Forderung nach Freilassung des Nazi-Verbrechers Hess zu sammeln, unter zahllosen Vertretern aus Kreisen von CSU/CDU usw. und selbstverständlich auch der rechten SPD solche Menschen wie Prof. Dr. A. Mitscherlich („aus Gründen der Humanität"), Kirchenvertreter usw.

Dabei ist Hess selbst letztlich nur ein Vehikel, um überhaupt gegen eine

▶ weitere Verfolgung von Nazi-Verbrechern durch die Ludwigsburger Zentrale anzugehen;

▶ die in der Bevölkerung immer noch verankerte Verurteilung des Nazismus als einer verbrecherischen Herrschaftsform aufzuweichen und stattdessen eine Rehabilitierung des Nazismus als gesellschaftsfähige Ideologie zu betreiben. Wir fordern alle Demokraten und Antifaschisten auf, diese Umtriebe mit allem Nachdruck zu bekämpfen!

Wir fordern ein Verbot der Veranstaltung im CCH!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg ●

„Für Adolf Hitler kämpfen wir..."

Faschistisches Jugendlager in Dörpstedt entdeckt

Fremden ist der Zutritt zu dem mit Schäferhunden bewachten „Wiking-Hof" in Dörpstedt (Kreis Schleswig) verwehrt. An der Eingangspforte ist ein Schild angebracht mit der Aufschrift: *„US-Army Keep out – Betreten verboten"*. Zeitweise wird der Hof von bewaffneten, schwarzgekleideten jungen Männern bewacht. Türen und Wände der Gebäude sind mit Odalsrunen und Nazisymbolen beschmiert. WER wohnt hier? Ein Spinner, ein unverbesserlicher Altnazi, der's nicht lassen kann? Keineswegs, dieser „Wiking-Hof" ist einer von mehreren Ausbildungsstätten und Lagern der „Wikingjugend", in denen nach dem Muster der Nationalsozialisten wieder verstärkt „Jugendpflege" betrieben wird.

„Wer volkstreu sein will, muß sich in sein Volkstum hineinvertiefen. Bei der volkstreuen Jugendarbeit beginnt dies bei der Brauchtumspflege, der Gesunderhaltung des Körpers durch gesunde Lebenshaltung. Erziehung zur Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit, steigert sich zur Willens- und Selbstzucht und endet bei der Gesittungspflege der weiblichen Jugend und der Erziehung zum Wehrwillen der männlichen Jugend." (Aus einem Werbezettel der Wikingjugend des „Horst Schleswig".) Nach solchen Leitsätzen werden die Jugendlichen auf dem „Wiking-Hof" im Sinne eines militanten Antikommunismus und extremen Nationalismus gedrillt.

„In der Wiking-Jugend werden heute die Verantwortlichen von morgen erzogen. Ausdauernd und zäh geht sie ihren Weg nach dem Grundsatz: ‚Beständigkeit führt zum Erfolg'." Der „Erfolg", der gemeint ist, das ist die Wiedererrichtung der faschistischen Herrschaft. Die „Verantwortlichen von morgen", die hier im paramilitärischen Stil ausgebildet werden, das sollen die Verantwortlichen für erneuten Terror und Mord gegen die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Menschen sein.

„Für Adolf Hitler kämpfen wir...", *„Straßen frei, SS marschiert"* und *„Hoch deutscher Adler"*, das waren die Lieder, die man die Jugendlichen während des Sommerlagers singen hören konnte. Augenzeugen aus dem Dorf berichteten, wie auf Kommando („Panzer von links", „Tiefflieger von vorn") selbst Mädchen unter Stacheldrahtzäunen hindurchkrabbeln mußten oder an einem gespannten Seil über die Treene (nahegelegenes Flüßchen) hangelten.

Diese „Jugendlager" finden bereits seit drei bis vier Jahren regelmäßig auf dem 1,5 Hektar großen Grundstück statt. In diesem Sommer waren es ca. 80 Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 16 Jahren, die an dem Lager teilnahmen. An den auswärtigen Autonummern ließ sich erkennen, daß dies Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet waren, die von ihren Eltern rangekarrt wurden.

Uwe Rohwer – militanter Faschist

Besitzer des „Wiking-Hofes" ist der technische Kaufmann **Uwe Rohwer**. Als militanter Faschist hat er sich in Schleswig-Holstein bereits einen Namen gemacht. So nahm er am „Reichstag zu Flensburg" teil, eine von dem Faschisten und Rechtsanwalt **Manfred Roeder** initiierten Gedenkfeier zu Ehren der Dönitz-Regierung (letzte Reichsregierung nach dem Tod Adolf Hitlers), die in Flensburg verhaftet wurde. Zu dieser Gedenkfeier hatten sich ca. 100 Faschisten mit brennenden Fackeln am „Deutschen Haus" versammelt. Delegationen aus Österreich und sogar Südafrika waren eigens hierfür angereist. Bei der erfolgreichen Protestaktion von ca. 350 Antifaschisten (die Faschisten mußten zweimal das Feld räumen!) zog der paramilitärisch ausstaffierte Uwe Rohwer (siehe Bild) ein stehendes Messer und bedrohte damit Antifaschisten. (Wir hatten zu-

Todesschüsse lösen sich „von selbst“



Am 16.10.75 „verurteilte“ das Münchner Amtsgericht unter Vorsitz von Anke Regnauer den Bullen Peter Presse zu neun Monaten Haft – „auf Bewährung“!

Presse hatte im April '75 den Jugendlichen Ernst Wiesneth bei einer Verkehrskontrolle brutal umgelegt. (AK 56, „Täglicher Terror“). Ernst Wiesneth war ohne Führerschein nachts im Wagen seiner Eltern herumgekurvt und von der Polizei nach einer wilden Verfolgungsjagd gestoppt worden. Presse zertrümmerte die Seitenscheiben und „dabei fielen kurz nacheinander zwei Schüsse“ („FR“, 5.10.75). Sie trafen den Jungen in den Nacken und den Arm. Nach wenigen Minuten war er tot.

Presse tischte vor Gericht die übliche „Notwehr“story auf: „Wiesneth

Presse tischte vor Gericht die übliche „Notwehr“story auf: „*Wiesneth habe mit beiden Händen nach unten gegriffen. In der Annahme, der Mann griffe zu einer Waffe, habe er selbst die Fensterscheibe zertrümmert. Plötzlich sei der Mann tot gewesen.*“ („FR“, 5.10.75).

Auch Presses „Kollegen“ konnten vor Gericht behaupten, sie hätten nichts gesehen. Es sei alles so rasch gegangen....

Das Gericht entschied: Der genaue Hergang der Tat ließe sich nicht nachvollziehen. „Ferner sei die Aussage des Angeklagten nicht widerlegt worden, demzufolge sich die Schüsse aus seiner Dienstpistole von selbst gelöst hätten....“ („FR“, 17.10.75).

In der neuesten Ausgabe des Kader-Organs der Bullen, „Die Polizei“, weiß sich das Polizei-Institut Hiltrup bei der Justiz für die Absicherung solcherart „technischer Versehen“ artig zu bedanken: „Dankenswerterweise haben Staatsanwaltschaften und Gerichte in der Vergangenheit stets zum Vorteil des Beamten entschieden, wenn dieser im Rahmen hoheitlichen Handelns den Schußwaffengebrauch im Rahmen der Nothilfe angeordnet oder ausgeführt hatte. (Nr. 8/75)

Zusätzlich wird noch einmal herausgestellt: „*Es kann nicht angehen, daß sich der Einsatzleiter oder der Beamte nach Einsätzen ständig der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sieht und darauf vertrauen muß, daß die Staatsanwaltschaften oder die Gerichte für ein einwandfrei hoheitliches Handeln stets auch in der Zukunft persönliche Nothilfe als* Rechtfertigungsgrund annehmen *werden. Da wir als Beamte der Polizei auch mit dem Leben und unserer Gesundheit für die Aufrechterhaltung,*

auch mit dem Leben und unserer Gesundheit für die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit in jeder Lage einstehen müssen, haben wir einen Anspruch auf den Vertrauensschutz der Gesamtheit der Staatsbürger und einen Anspruch auf einwandfreie rechtliche Absicherung der von uns verlangten Handlungen“ und: „*Das Wort hat jetzt der Gesetzgeber, die Polizei will wissen, woran sie ist!*“ („Die Polizei“ 10/75)

Die Konferenz der Länder-Justizminister ist dieser Tage dabei, mit einer Entschließung zum „Musterentwurf für ein neues Länder-Polizei-Gesetz“ den Wünschen der Polizei entsprechend die Novellierung der darin enthaltenen Todesschußbestimmungen zu beschleunigen. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bourgeoisie baut Privat-„Polizei“ auf

Die „Experten“ des Bundesinnenministeriums haben jetzt offenbar zur Weiterführung der famosen „Reform der Inneren Sicherheit“ einen neuen Vorstoß unternommen. Übereinstimmend machten die Illustrierten „Stern“ und „Quick“ kürzlich einen Bericht über „Privaten Sicherheitsdienst“ auf, der den Einsatz dieser privaten Polizeitruppe zum „Schutz“ der Münchner U-Bahn beschreibt.

Zur gleichen Zeit brachte auch die „FR“ einen Artikel, der den Kampf gegen die Kriminalität in der Großstadt-U-Bahn propagierte.

Privat-„Polizei“ – selbstverständlich?

Für die CSU-nahe „Quick“ ist der Einsatz der Privat-Bullen eine klare Sache: „*Die 145.000 deutschen Polizeibeamten wären überfordert, wenn sie sich auch noch um leerstehende Einfamilienhäuser oder ungesicherte Ladengeschäfte kümmern sollten.*“



Private Polizeitruppe zum „Schutz“ der Münchner U-Bahn

Private Polizeitruppe zum „Schutz“ der Münchner U-Bahn

Nicht anders ist letztlich die Haltung des „Stern“: Unter der Überschrift „*Nachts in der U-Bahn – Stationen der Angst*“ wird die „Machtlosigkeit“ der Polizei gegen zunehmende Kriminalität auf U-Bahn-Geländen beschworen.

Im „Zwist zwischen Urbanität und Sicherheit“ entscheidet sich der „Stern“ dafür, kommentarlos die Anheuerung der von der Münchner Bevölkerung gefürchteten „Schwarzen Sheriffs“ als Lösungsmöglichkeit darzustellen.

„Schwarze Sheriffs“, München

Die Münchner Entwicklung ist keineswegs so neu, wie sie von der Presse jetzt verkauft wird. Sie ist auch keineswegs einmalig oder sensationell.

Der „Zivile Sicherheitsdienst“ von C. Wiedmeier, Besitzer und Lehrer einer „Kampfsportschule“, kam zum ersten Mal ins Gespräch, als er den Bewachungsauftrag für das Münchner Olympia-Gelände erhielt. Die Agentur gliedert sich in mehrere Abteilungen: Objektschutz, Werkschutz, Personenschutz. Laut Wiedmeier wird die wöchentliche Schulung durch freiwillige Polizeikräfte vorgenommen.

Da der „ZSD“ im Rahmen des Hausrechts handelt (Olympiagelände/U-Bahn) und über Waffenscheine verfügt, hat sie Verbotsanträge nicht zu befürchten und kann polizei-ähnlich uniformiert, mit offener Waffe, durch München patroullieren.

Nahkampf-Schule, Jever

Ein vergleichbares Unternehmen ist die „Budo Akademie Europa“, auch zivile Nahkampfschule Jever genannt. Besitzer: Horst Weiland und Frau. Weiland war Fallschirmjäger in der Nazi-Wehrmacht, später Ausbilder einer französischen Nahkampfkompanie in Afrika. Sein „Institut“ unterhält guten Kontakt zu 18 Vereinen in der BRD, die nach seinem Muster arbeiten. Es zählt ca. 3.000 organisierte Mitglieder, davon 20 - 30 % Frauen.

Die Ausbildung dauert vier Jahre. Sie umfaßt Judo, Jiu-Jitsu, Karate, Ajakate und Terrorkampf. Das erklärte Ziel der Ausbildung: „*Terrorkampf heißt Kampf gegen den Radikalismus. Das heißt also, alle Fairneß der Selbstverteidigung werden da genauso außer acht gelassen, wie der Angreifer keine Fairneß übt.*“ So Weiland in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk, im Juni 1972. –

Die Übungen der Weiland-Agentur werden übrigens auf dem Schützenplatz in Jever durchgeführt. Zum Europa-Lehrgang 1970 in Marburg erschien der damalige Bundesjustizminister Jahn (SPD) als Ehrengast.

Mihm OHG, Kassel

Bereits berüchtigt ist die „Firma“ Mihm OHG, Kassel (siehe AK 29). Chef ist Gerhard Mihm, früher bei der amerikanischen Spionageabwehr CID. 1969 ließ er sich zur Bewachung des NPD-Parteitags anheuern.

Das Hauptgeschäft macht Mihm mit „Industrieobjektschutz“ und Bekämpfung von Industriespionage. 40 „Spezialagenten“ arbeiteten schon 1973 unerkannt in mehreren Betrieben. Sie sind an Waffen und in Karate ausgebildet. Über diesen ‚harten Kern‘ hinaus führt Mihm weitere 5.000 Zeitagenten – „*das sind zuverlässige und angesehene Mitbürger*“ (Mihm).

Im Archiv der „Firma“ lagerten 1973 über 2.000 Akten mit Personaldossiers bis in intimste Bereiche. Diese Akten stehen auch dem „Verfassungsschutz“ zur Verfügung.

Die Ausbildung erfolgt nach dem Prinzip: „*Der erste Schuß muß tödlich sein.*“ Damit die Truppe „scharf“ bleibt, wurde z.B. in der Gilde-Brauerei in Hannover die Mannschaft alle 14 Tage ausgewechselt. „***Sie sollen nicht erst heimisch werden. Keine Vertraulichkeiten mit den Arbeitern***“ (Mihm).

Die Mihm-Truppe soll bei Streiks „*zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Ordnung*“ eingesetzt werden (Mihm-Dienstanweisung).

Auch die Bundeswehr ist mit von der Partie. Der Chef-Ausbilder Schiemann ist Feldwebel der Bundeswehr, Zeitsoldat auf acht Jahre. Er verfügt über Einzelkämpfer-Ausbildung und ist Träger der „Goldenen Schützenschnur“. Beim Mihm werden Leute vom „Bund“ und Grenzschutz bevorzugt eingestellt.

Gegen den Aufbau der Mihm-Banden wurde vom Staat nichts unternommen. Im Gegenteil: Der Oberbürgermeister von Kassel genehmigte offiziell die Benutzung des städtischen Schießstands für Mihm.

Gorilla-Agenturen

Die Aufzählung solcher Agenturen ließe sich fortsetzen. Sie verstecken sich unter den verschiedensten offiziellen Funktionen in einer Bandbreite vom ‚Schieß- und Wehrsport-Verband‘ mit Karate-Einschlag bis zum ‚Bund Deutscher Detektive‘ mit seinen mehr als 525 Einzel-Agenturen und einer nicht bekannten Zahl Beschäftigter. Viele dieser Agenturen machen praktisch das Geschäft mit der Vermietung von „Gorillas“ zum ‚Personen- und Objektschutz!‘

Hier sei nur erwähnt, daß auch die Stahlhelm-Truppe des Nürnberger Nazis Hoffmann sich neuerdings für ‚Objektschutz‘ vermietet.

Darüber hinaus ist die Bourgeoisie über ihre Leitorganisationen BDI und BDA besonders in den letzten Jahren darangegangen, einen „privaten Industrie-Sicherheitsdienst“ als Rückgrat einer in ca. 5.000 Kommandos gegliederten, 60.000 Mann umfassenden Werkschutztruppe, aufzubauen.

Die tausendfältigen Verfilzungen zwischen dem privaten Werksicherheitsdienst, „Industrie-Schutztruppen“ wie die Agentur Mihm, und kleineren Privat-Detekteien, sind kaum zu erfassen; ganz zu schweigen vom offiziellen „Wach- und Schließgewerbe“, das laut „Quick“ gegenwärtig allein 1/3 Polizeistärke hat, nämlich 52.000 Mann.

Hilfspolizei

Zu diesem Heer von Privat-Bullen und Gorillas müssen ebenfalls seit längerer Zeit – die weiteren Tausende von offiziellen „Hilfs-Polizisten“ (allein in NRW 40.000), halbzivil und parapolizeilich organisierte Hilfspolizeiverbände, gerechnet werden, wie z.B. die „Freiwillige Polizei-Reserve“ (FPR) in Westberlin, die 1961 als Hilfstruppe zum „Schutz vor SED-Invasoren gegen West-Berliner Versorgungsbetriebe“ gegründet wurde und die heute noch 4.500 Mann umfaßt.

Vor einem solchen Hintergrund ist die Darstellung des Einsatzes von Privat-Bullen im Münchner U-Bahn-Gelände als einzig mögliche Lösung gegen die „Großstadtkriminalität“ nur als Beginn einer offenen Propagierung der Bildung profaschistischer Banden unter direkter Verfügung des Kapitals zu verstehen. Aus solchen Quellen rekrutierten sich auch Hitlers SA und später SS.

Die Alternative von Demokraten und Kommunisten muß in der entschiedenen Enthüllung des Bandenunwesens und seiner Befürworter und im praktischen Kampf gegen die Entwicklung von Denunziantentum und Duckmäuserei sein.

Wir wollen in den nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF eine ausführliche Analyse zur Herausbildung dieser faschistischen Kolonnen des Kapitals bringen. Jede Unterstützung durch Information o.ä. ist uns willkommen. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

---

nächst angenommen, daß es sich um den bekannten Nürnberger Faschisten Hoffmann statt um Rohwer handle!

Weiter ist von Rohwer bekannt, daß er „Referent für Jugend“ im „Stahlhelm“ ist. Der „Stahlhelm“ ist eine Organisation der terroristischen Rechten. Während der Weimarer Republik war der „Stahlhelm“ eine gefürchtete faschistische Terrorbande, die ab 1933 in die SA-Verbände eingegliedert wurde. In Schleswig-Holstein will der Stahlhelm, wie jüngst beschlossen, verstärkt aktiv werden. U.a. ist vorgesehen, eine „Stahlhelm-Saalschutzstaffel“ für die „Deutsche Volksunion“ des Faschisten Frey aufzustellen.

Bürgermeister: Keine Amtsbefugnis in dieser Sache ...

Abgerundet wird das Bild des Faschisten Rohwer durch seine Mitgliedschaft im Kreisvorstand der NPD Schleswigs, auf deren Büchertischen wir übrigens auch den oben zitierten Werbezettel der „Wiking-Jugend“ fanden.

Die Aktivitäten der Faschisten auf dem „Wiking-Hof“ haben inzwischen bei Teilen der Dorfbevölkerung Dörpfstedts ein Gefühl der Angst hervorgerufen. Kaum einer wagt jedoch gegen Rohwer zu opponieren, aus Angst vor „Vergeltungs“maßnahmen. Diese Furcht ist umso berechtigter, als der Bürgermeister Dörpstedts (Besitzer des Dorfkrugs) keine Prob leme wegen des Lagers sieht: „*Wir unternehmen nichts, solange nichts ungesetzliches passiert*“, („Flensborg Avis“). Außerdem habe die Kommune, so Bürgermeister Hans Mumm, „keine Amtsbefugnis in dieser Sache.“ In einer anderen Sache fühlte sich Mumm allerdings befugt. Als sich ein anonymer Schreiber bei der Amtsverwaltung in Kropp wegen des Lagers beschwerte, war man bös' empört, nicht über das Faschistenlager, aber über die Anonymität des Briefes. Schließlich unterrichtete man Rohwer (!!!) über die ganze Angelegenheit und dieser hatte auch gleich einen Verdacht. Kommentar des Bürgermeister „*wenn die Leute zu feige sind, mit vollem Namen zu unterschreiben...*“ ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Flensburg

„4. Partei" gegründet



Führend in der „4.Partei": Meyer (DSU)

Mitte Oktober 75 haben sich „Deutsche Union" (DU), „Deutsche Soziale Union" (DSU), „Liberale Soziale Union" (LSU), „Bürgerrechtspartei" „Deutsche Wahlgemeinschaft Hessen" und drei weitere Gruppen zu einer Aktionsgemeinschaft „Vierte Partei" zusammengeschlossen. „Bürgerblock der Mitte", wie sich dieser Zusammenschluß vorläufig nennt, der sich selbst als „liberal-konservativ" bezeichnet, will sich eventuell schon im April '76 an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg beteiligen. Über eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen '76 und über den endgültigen Namen der Partei soll ein Parteitag in Bonn zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt entscheiden.

Noch nicht in diesem Zusammenschluß ist die „Bayernpartei". Ihr Vorsitzender Sponheimer trat als Redner auf der Gründungsversammlung auf. Er war schon im Juli zum Landesbeauftragten der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" bestimmt worden („Frankfurter Rundschau", 22.9.75).

Ebenfalls noch nicht dabei ist der „Bund Freies Deutschland" (BFD), der bislang von allen Ansätzen einer „Vierten Partei" in den letzten fünf Jahren den größten Wahlerfolg (in Westberlin) erzielen konnte.

Mit dieser Gründung ist die „Vierte Partei" auf Bundesebene wieder ein ganzes Stück voran gekommen. „Franz Josef Strauß muß nicht mehr die Forderung nach einer vierten Partei erheben. Hier ist sie", sagte der DSU-Vorsitzende Kurt Meyer auf der Gründungsversammlung („Extra-Dienst", 24.10.75).

Wir können davon ausgehen, daß dieser „Bürgerblock der Mitte" nicht die endgültige „Vierte Partei" ist. Er ist aber ein weitgehend vereinheitlichter organisatorischer Grundstock und Auffangbecken für eine antikommunistisch-chauvinistische Sammlungsbewegung.

Die tragenden Säulen der „Vierten Partei"

Tragende Säulen des „Bürgerblocks" sind „Deutsche Union" (DU) und „Deutsche Soziale Union" (DSU) (vergl. AK 63 und 64).

Die DU ist die Partei, die am längsten auf eine „Vierte Partei" hinarbeitet. Sie ist hervorgegangen aus der „Nationalliberalen Aktion" (NLA), in der Siegfried Zoglmann (heute CSU) die FDP-Rechten, die mit ihm anläßlich der Bildung der SPD/FDP-Koalititon aus der FDP austraten, neu organisiert hatte.

SPD/FDP-Koalititon aus der FDP austraten, neu organisiert hatte.

Ihr heutiger Vorsitzender Dietrich Bahner, Inhaber der Hako-Schuh-Werke bei Augsburg und Teilhaber von Elbeo (Strumpffabrik), ist selbst eng mit F.J. Strauß liiert. Zusammen mit ihm ist er im Mitarbeiterkreis der „Zeitbühne" des Faschisten Schlamm, der heute eine „Vierte Partei" unter Führung von Strauß propagiert.

Alle drei – Bahner, Strauß und Schlamm – treffen sich auch wieder in der rechtsradikalen „Deutschlandstiftung e.V.", die heute als propagandistisches Zentrum einer verschärften Faschisierung anzusehen ist (vergl. AK 62).

Auch Kurt Meyer, DSU-Vorsitzender, kommt aus FDP, NLA und DU. Seine DSU-Gründung im Herbst '74 erregte Aufsehen, weil sie – in verschiedenen Geheimtreffen mit Strauß vorbereitet und koordiniert – offen als CSU-Landesverband Nordrhein-Westfalen propagiert worden war und mit ihr die Diskussion um eine CSU auf Bundesebene auf eine neue Stufe gehoben wurde.

Auch der Vorsitzende der LSU, Horst Götting, ist ehemaliges FDP-Mitglied. Über ein Zwischenspiel bei der „Nationalen Volkspartei" (NVP) des NPD-Spalters Thielen kam er zur LSU, die sich vor allem mit reaktionärer „Kulturkritik", speziell Umweltschutz und Blut- und Bodenideologie befaßt und die Kontakte bis hin zur militantesten faschistischen Ecke der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande hat (vergl. Artikel in diesem AK).

Die Bürgerrechtspartei des „Remstaler Bürgerschrecks" Helmut Palmer tat sich bisher in lokalen Wahlkämpfen um Stuttgart besonders als „Anwalt des kleinen Mannes" hervor – etwa vergleichbar der Glistrup-Partei in Dänemark. Über die „Deutsche Wählergemeinschaft" Hessen ist uns nichts Näheres bekannt. Beide Gruppen waren aber, wie auch die „Partei Freier Bürger Bremen" und die „Bayernpartei" seit Ankündigung der Gründung im Juli '75 als Bundesgenossen im Gespräch.



Bei der „4. Partei" (noch) nicht dabei: Löwenthals BFD

Zur Finanzierung des Zusammenschlusses überbrachte laut Westberliner „Extra-Dienst" Rudolf Metzger 800.000 DM. Metzger ist in Faschistenkreisen kein Unbekannter: schon 1971 war er, zusammen mit Rieger und Plöckinger, an der Schein-Entführung des CSU-Freundeskreis-Mitbegründers Rubin beteiligt.

Der BFD ist (noch) nicht dabei

Der BFD will erst im November entscheiden, ob er am „Bürgerblock der Mitte" teilnehmen will. Es scheint im BFD in jüngster Zeit Auseinandersetzungen zu geben, die bis zu Austritten ehemals führender Mitglieder wie Walter Jaroschowitz (früher SPD-Stadtrat und BFD-Landesvorsitzender in Westberlin), BFD-Mitbegründer und Schatzmeister Pfender, sowie des Landesgeschäftsführers Lothar Meyer geführt haben. Auch die früher reichlich fließenden Geldquellen sollen spärlicher geworden sein. Im Gespräch für die freigewordenen Vorstandsposten sind der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Berlin-Wilmersdorf, Philipp Gölles, sowie Manfred Plöckinger, ehemaliger „persönlicher Referent" und Komplize von Rubin und alter Bekannter von Metzger („Frankfurter Rundschau", 19.10.75).

Die Nichtteilnahme des BFD stempelt in den Augen der bürgerlichen Berichterstattung den „Bürgerblock der Mitte" zu einem verlorenen Haufen gescheiterer politischer Karrieristen. Tatsächlich aber ist der gegenwärtige „Zerfall" des BFD nichts anderes, als ein Ausdruck dafür, daß er seine Funktion als Testballon in Westberlin erfüllt hat. Egal ob mit oder ohne die organisatorische Hülle des BFD – die mit ihm in Westberlin gesammelten Erfahrungen, besonders was die Gewinnung der SPD-Rechten anbetrifft, gehen voll in die Gründung des „Bürgerblock der Mitte" ein. So bezeichnete Bahner von der DU denn auch als Ziel der „Vierten Partei", *„vor allem die Heimatlosen von SPD und FDP zu sammeln"* („Welt", 22.9.75).

„Freundeskreise Franz Josef Strauß"

Spätestens seit dem Frühjahr '75 ist offensichtlich, daß auch innerhalb der CDU/CSU ein „Klärungsprozeß" im Gange ist und daß diejenigen Kräfte gesammelt werden, die bundesweit einer „Vierten Partei" unter Führung von Strauß folgen würden:

- Im April wurde bekannt, daß CSU-Generalsekretär Gerold Tandler um „Gastmitglieder der CSU" in CDU-Kreisen wirbt.
- Ebenfalls im April traten erste Strauß-Freundeskreise in Baden-Württemberg und Berlin an die Öffentlichkeit.
- Im Juni folgte – mitten in den Vorbereitungen zur Landtagswahl in Bremen – die Gründung eines „Freundeskreises" in Bremen. Schon vorher hatte die „Partei Freier Bürger" (PFB) der ehemaligen CDU-Mitglieder Zielke und Behrensdorf ca. 200 weitere Ex-CDU-Mitglieder organisiert, mit dem Ziel der Gründung einer „konservativ-liberalen-sozialen" Bundespartei" („Spiegel" 26/75 und AK 64).

Von Anfang an stand die PFB der „Vierten Partei"-Bürgerblock freundschaftlich gegenüber und es ist wahrscheinlich, daß sie an der Gründung beteiligt ist.

- Im Juli '75 wurde mit dem vorbereitenden Gründungskongreß des „Bürgerblocks" die Diskussion weiter angeheizt.
- Für den Herbst '75, spätestens aber Anfang '76, ist die Gründung einer CSU-Landesgruppe in Hamburg und weiteren nördlichen Bundesländern angekündigt. Angeblich sollen 400 der 10.000 CDU-Mitglieder in Hamburg schon jetzt Gastmitglieder der CSU sein („Bild", 4.8.75 und „Vertrauliche Mitteilungen", 28.8.75).

Im Anschluß an den Mannheimer Parteitag der CDU im Frühsommer '75, auf dem Kohls Kanzlerkandidatur abgemacht worden war, hatte Strauß eine gemeinsame Untersuchung der Präsidien von CDU und CSU über die Chancen eines getrennten Auftretens beider Parteien im Bundesgebiet durchgesetzt („Süddeutsche Zeitung", 22.7.75), deren Ergebnis ebenfalls Ende '75/Anfang '76 vorliegen soll und die Taktik der CDU/CSU zu den Bundestagswahlen beeinflussen wird.

CDU-Funktionäre erklärten bereits, es reiche *„ein halbes Jahr, bis zu dem Wahltermin bei unseren Vorbereitungen, um doch noch eine vierte Partei auf die Beine zu bringen ..."* („Spiegel", 30.11.75).

Im Hintergrund: Organisierte rechtsradikale Propaganda

Im Hintergrund der Bestrebungen zur Bildung einer „Vierten Partei" stehen diejenigen Kräfte, die – zentral zusammengefaßt über die „Deutschlandstiftung e.V." und die offen faschistische „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) mit all ihren zahlreichen angeschlossenen und koordinierten Gesellschaften, Stiftungen usw. – die politisch-ideologische Offensive der Faschisierung auf breitester Ebene vorantragen (vergl AK 62).

So ist Dietrich Bahner gemeinsam mit Strauß Mitarbeiter der „Zeitbühne" des Faschisten Schlamm. Im ständigen Mitarbeiterkreis dieses Blattes finden sich darüber hinaus noch Personen wie Winfried Martini, Otto von Habsburg, Karl Ludwig Bayer, Prinz Vincenz von Liechtenstein – alle ebenfalls Autoren des „Deutschland-Magazins" der „Deutschland-Stiftung". Mit Habsburg und Strauß ist die „Zeitbühne" ebenfalls in der „Hanns-Seidel-Stiftung" der CSU vertreten, die in diesem Jahr in Wildbad Kreuth eine rechtsradikale Schulungsstätte eröffnete.

Wie das konkret aussehen soll, wurde schon bei der Einweihung der Schulungsstätte deutlich, zu der der spanische Alt-Falangist und „Minister für die Nationale Bewegung", Solis, eingeladen wurde. Zu den spanischen Faschisten bestehen auch darüber hinaus enge Beziehungen: So ist von Habsburg nicht nur Präsident der internationalen Paneuropa-Union, sondern auch eines „abendländisch orientierten" „Dokumentationszentrums" mit Sitz in Madrid, das der erzreaktionären „Abendländischen Akademie" nahesteht.

„Deutsche" (gemeint ist BRD-) Sektion der „Paneuropa-Union ist die „Stiftung für europäische Publizistik e.V.", die über ihren Vorstand (Bahner, Chaimowitz und Gisela Lahr) personell mit der „Zeitbühne" verbunden ist und deren reaktionäre Propaganda organisatorisch absichert. Gemeinsam startete dies Duo im Frühjahr eine „Aktion 80.000 Erstwähler", mit der Spenden aus der Industrie für den Vertrieb der Ausgabe S (für Schüler) sowie für die Finanzierung der Reisetätigkeit führender Kader geworben wurden. Als „Experte für Jugend" stieß in diesem Jahr auch Wolfgang Götzer, Mitgründer der CDU-Schüler-Union, zur „Zeitbühne".

Mit Walter Hobres ist in der „Zeitbühne" auch der Vorsitzende der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" (vergl. AK 64) vertreten, zu deren Kuratoren neben Schlamm und Habsburg auch Schoeps und Franzel von der „Deutschlandstiftung" gehören. 1958 vorwiegend von CDU-Mitgliedern gegründet, steuert die „Studiengesellschaft" heute *„eine konservative Sammlungsbewegung an, aus der sich eine neue Partei entwickeln könne"* (so Hobres nach „FR", 31.12.74).

Zu den Propagandisten der „Vierten Partei" gehört auch Artur Missbach, bis 1974 Chef der „Außenstelle M" der „Studiengesellschaft", der heute mit seinen „Vertraulichen Mitteilungen" zur „Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft" des schon zu Nazizeiten „bewährten" Hugo Wellems gegangen ist. Wellems selbst ist Hauptinitiator der Westberliner „Gesellschaft für freiheitliche und demokratische (?!) Publizistik", einem Ableger der sattsam bekannten GfP. Missbach trat zuletzt mit der Gründung eines „Solidaritätskomitee Wahrheit über Chile" zur Unterstützung der chilenischen Faschisten in Erscheinung („tat", 2.8.75).

Ebenfalls zu diesem Kreis gehört die **„Studiengesellschaft für Information und Fortbildung e.V."**, deren Vorsitzender Heinrich Seewald zwar nicht selbst Mitglied der „Deutschlandstiftung" (DS) ist, diese aber durch Anzeigenserien regelmäßig unterstützt, und in dessen Verlag fast alle prominenten Rechtsradikalen veröffentlichen.

Seewald selbst förderte im letzten Jahr die „Konzentration Demokratischer Kräfte" (KDS), die als Pendant zum BFD im Bundesgebiet die Welle reaktionärer Sammlungsbewegungen einläutete.

Mit seinen Kumpanen von der „Studiengesellschaft", H.J. Tetsch und Buaso Graf von Alvensleben, Mitglied im CDU-Wirtschaftsrat, pro-

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.500 Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.



Im Hintergrund der „4. Partei" – Strauß und Springer

pagiert Seewald heute z.B. den reaktionären US-Gewerkschaftsführer George Meany als „bedeutendsten Arbeiterführer der freien Welt" und betreibt im Verbund mit dem Seewald-Verlag nach dem Muster der „Zeitbühne" eine ähnliche Kaderpolitik im Untergrund.

Dieses ganze Geflecht von „gemeinnützigen Vereinen" (gemein und nützlich – für die Kapitalisten, die ihre „Spenden" gleich von der Steuer abziehen können!) ist einer der wesentlichen Transmissionsriemen, über den die Reaktion ihre Propaganda und die politische Ausrichtung betreibt (vergl. AK 62, „SS-Verbände auch 1975 faschistischer Vortrupp"). Dabei ist die „Vierte Partei" nur eine, wenn auch zur Zeit wichtige Variante beim Vorantreiben der Faschisierung. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vorsitzender der FPÖ ein SS-Mann

Friedrich Peter, Vorsitzender der „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ), war während des Zweiten Weltkriegs Angehöriger einer SS-Einheit zur sog. Bandenbekämpfung. Das enthüllte jetzt der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums

„Kein Kontakt mit dem Feind. Vier Männer, vier Frauen und sieben Kinder wegen Verdacht auf Banditentum sonderbehandelt worden."

„Sonderbehandelt" = ermordet!

Vorsitzender der FPÖ ein SS-Mann

Friedrich Peter, Vorsitzender der „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ), war während des Zweiten Weltkriegs Angehöriger einer SS-Einheit zur sog. Bandenbekämpfung. Das enthüllte jetzt der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal.

Bisher hatte Peter lediglich seine Mitgliedschaft in der sog. „Waffen-SS" zugegeben. Die „Waffen-SS" wird gemeinhin von den heutigen Apologeten des Faschismus als „normaler" Truppenteil der Hitlerarmee hingestellt. Jetzt ist nachgewiesen, daß Peter 1941 als Truppenführer der 1. SS-Infanteriebrigade, 10. Regiment, 5. Kompanie angehörte. Diese Brigade unterstand als eine Art Privatarmee dem direkten Kommando von Heinrich Himmler. Aus vorgelegten Dokumenten geht hervor, daß die Einheit Peters zur „Bandenbekämpfung" im rückwärtigen Frontgebiet in der Ukraine eingesetzt worden war. Unter „Bandenbekämpfung" verstand die Nazi-Kriegsführung den rücksichtslosesten Terror gegen die Bevölkerung besetzter Gebiete. Mit besonderer Grausamkeit richtete sich die „Bandenbekämpfung" gegen antifaschistische Partisanen sowie gegen Juden und Zigeuner, die die Nazis in ihrem Rassenwahn systematisch niedermachten.

In einem Kriegstagebuch der erwähnten 5. SS-Kompanie ist unter dem 22.11.42 etwa verzeichnet:

„Kein Kontakt mit dem Feind. Vier Männer, vier Frauen und sieben Kinder wegen Verdacht auf Banditentum sonderbehandelt worden."

„Sonderbehandelt" = ermordet!

Zu einem Zeitpunkt, als FPÖ-Führer Peter der Einheit angehörte!

Ein anderes Dokument spricht an einem Tag von über tausend Toten. Eines der barbarischsten Unternehmen der 1. SS-Infanteriebrigade war die „Aktion Sumpffieber". 398 antifaschistische Partisanen, 1774 anderweitig „Verdächtige" und 8350 Juden kostete sie das Leben. Es war geplant, Frauen und Kinder in einen Sumpf zu treiben, wo sie ertrinken sollten. Da der Sumpf nicht tief genug war, wurden sie sämtlichst erschossen!

Unter dem Druck der vorgelegten Dokumente hat der saubere Parteiführer mittlerweile seine SS-Tätigkeit eingestanden. Selbstverständlich tat er als SS-Mann nur seine „Pflicht". Selbstverständlich kann er sich an nichts mehr erinnern. Und selbstverständlich war e r nicht an Erschießungen beteiligt.

Diese ewig gleiche Litanei enttarnter Nazi-Faschisten ... ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: P. Liebert, 33 Braunschweig, Postlagerkarte 081368 A

Bremen: Arnold Neugebohrn, 28 Bremen 1, Postfach 10 29 41, Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 6a

H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Buchladen E. Thälmann, z. Hd. KB, 3 Hannover, Grotestraße 13

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck: c/p Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: Th. Piepgras, 29 Oldenburg, Postfach

Westberlin: A. Radtke, 1 Westberlin 21, Thomasiusstr. 2/Laden, Freitag 16 bis 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Guilleaume–Prozeß

Landesverrats-Anklagen werden aufgefrischt

Seit dem 25.6.75 findet im Prozeßbunker des Oberlandesgerichtes Köln – ursprünglich mit 1,2 Mio.DM eigens für Prozesse gegen die ‚RAF' hergerichtet – der Prozeß gegen Günter und Christel Guilleaume wegen „schweren Landesverrats" statt. Günter Guilleaume hatte sich noch am Tage seiner Verhaftung selbst ausdrücklich als „Offizier der nationalen Volksarmee" der DDR bezeichnet. Seitdem aber schweigt das Ehepaar zur Sache. Der Prozeß wird daher auf „Indizien-Beweisen" aufgebaut. Die Prozeßführung ist nun allerdings nur noch ein schlechtes Theater.

● So sollen die als Zeugen auftretenden derzeit verantwortlichen Politiker aller Parteien angeblich Klarheit darüber schaffen, wie das Ehepaar Guilleaume so weit ins Machtzentrum des BRD-Staatsapparats vordringen konnten, obwohl beide mindestens seit 1959 beim Verfassungsschutz aktenkundig waren. Sie alle aber stehen unter dem Beschluß des bereits 1974 eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses, vor der Öffentlichkeit keine weitere „Geschichtsforschung" betreiben zu wollen. Dieser Beschluß wurde einstimmig von allen Fraktionen gefaßt, nachdem die CDU/CSU ihre Angriffe auf den damaligen Kanzler Brandt, auf den damaligen Leiter des Kanzleramtes, Ehmke, und auf den damaligen Präsidenten des „Verfassungsschutz" (BfV), Nollau, erfolgreich vorgebracht hatte. Man wollte weitere „peinliche" Enthüllungen über die schmutzige Wühlarbeit westdeutscher Geheimdienste vermeiden. Stattdessen wurden durch

mig von allen Fraktionen gefaßt, nachdem die CDU/CSU ihre Angriffe auf den damaligen Kanzler Brandt, auf den damaligen Leiter des Kanzleramtes, Ehmke, und auf den damaligen Präsidenten des „Verfassungsschutz" (BfV), Nollau, erfolgreich vorgebracht hatte. Man wollte weitere „peinliche" Enthüllungen über die schmutzige Wühlarbeit westdeutscher Geheimdienste vermeiden. Stattdessen wurden durch



geheime Kommissionen (Mercker-Kommission und Eschenburg-Kommission) Analysen der Guilleaume-Panne vorgenommen und u.a. auf deren Grundlage die Reorganisierung und Zentralisierung der „Dienste" betrieben. Mit der Ernennung Manfred Schülers als Koordinator der „Dienste" am 23.1.75 wurde diese Entwicklung abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund sind die Vernehmungen der Herren von Regierung und Opposition bereits eine Verhöhnung der Öffentlichkeit.

● Als weitere Zeugen präsentiert die Bundesanwaltschaft ihre „Sicherheitsexperten", die das Ehepaar Guilleaume in den Monaten vor ihrer Enttarnung „beschattet" hatten. Sie warten vor Gericht mit einer ganzen Palette kriminalistischer Zaubertricks auf, mit denen sie die verschwörerische Tätigkeit des Ehepaars zu beweisen suchen. Z.B. habe G. Guilleaume bei seiner Verhaftung einen Zettel bei sich gehabt, auf dem in Art einer Wirtshausrechnung mehrere Zahlen untereinander addiert gewesen seien, die aber, nacheinander geschrieben, eine – selbstverständlich nicht zu identifizierende, weil konspirative – Telefonnummer ergeben hätten usw. Diese und ähnliche Aussagen der ‚Experten' sind nicht nachprüfbar, denn die Geheimdienstler verschanzen sich hinter ihrer „begrenzten Aussagegenehmigung".

● Die Vorlage der „Asservate" (Indizien-Material) leidet unter dem gleichen Mangel. Zwar breiten die Geheimdienstler eine Reihe „sensationellen" technischen Spionage-Zubehörs vor den Richtern aus (Kameras, Funkgeräte, Kurierwege). Nachprüfbar sind aber auch diese „Erkenntnisse" nur soweit, wie die Aussagegenehmigung des jeweiligen „Sachexperten" reicht.

Breite Hetzkampagne gegen UdSSR und DDR

Diese Dürftigkeit der Prozeßführung hindert aber die bürgerliche Presse, allen voran wieder Springers Sensationsblätter, nicht, eine breite Kampagne gegen die angeblich zunehmende Spionagetätigkeit der UdSSR und DDR zu entfalten. So wurden in den letzten Monaten neben dem Fall Guilleaume 15 weitere Fälle von angeblichem Landesverrat in der Presse vorgeführt und damit

Diese Dürftigkeit der Prozeßführung hindert aber die bürgerliche Presse, allen voran wieder Springers Sensationsblätter, nicht, eine breite Kampagne gegen die angeblich zunehmende Spionagetätigkeit der UdSSR und DDR zu entfalten. So wurden in den letzten Monaten neben dem Fall Guilleaume 15 weitere Fälle von angeblichem Landesverrat in der Presse vorgeführt und damit

versucht, ein Klima der Spionage-Hysterie zu schüren.

Besonders breiter Raum wird der angeblichen Unterwanderung der Gewerkschaften durch „Ost-Agenten" gewidmet. *„Für Guilleaume standen in der DGB-Zentrale alle Türen offen"* („FR", 10.9.75) und *„Verrat in den Gewerkschaften"* („FAZ", 2.9.75). Im Kommentar zum neuesten Fall der Verdächtigung eines Gewerkschafts-Funktionärs, des Vorstandsmitglieds der IG-Metall, Heinz Dürrbeck, sprintet die „Welt" wieder einmal in der Hetze voran: *„Der Einbruch des ‚DDR'-Geheimdienstes in die Führung einer großen Gewerkschaft sei in seiner Bedeutung nicht abzuschätzen, sagte ein Sicherheitsexperte. Man brauche nur an den Fall innerer Unruhen zu denken, die von der ‚DDR'-Führung gesteuert würden..."* (5.9.75).

Tatsächlich ist nicht einer der verdächtigten Gewerkschafter bisher verurteilt worden:

● So mußte der auf einen „Fingerzeig" vom DGB-Vorsitzenden Vetter verdächtigte Walter Böhm, Mitarbeiter im Bonner DGB-Büro, voll rehabilitiert werden;

● so schleppt sich das Verfahren gegen das Mitglied des Hauptvorstands, der ÖTV, Hans Faltermeier, dahin, ohne daß es bisher zur Beweisaufnahme über seine angeblichen Verbindungen gekommen wäre;

● so konnten die Ermittler der Bundesanwaltschaft gegen das Vorstandsmitglied der IG-Metall, Heinz Dürrbeck, nichts anderes vorbringen als den Vorwurf, er unterhalte private Kontakte zur DDR.

Darüberhinaus gibt es überhaupt keine reale Grundlage für die Behauptung, die Spionagetätigkeit der UdSSR oder der DDR in der BRD habe sich in letzter Zeit verstärkt. Trotz aufgebauschter Berichterstattung kann es die „FAZ" z.B. nicht ganz verschweigen: *„Die Spionage in der Bundesrepublik hat nach den Worten Bubacks nach wie vor einen beachtlichen Umfang, wenn auch keine Intensivierung zu verzeichnen sei. Im Jahre 1974 waren insgesamt 31 Personen wegen des Verdachts solcher Delikte in Untersuchungshaft, in diesem Jahr bisher 19"* („FAZ", 27.9.75).

Im Verfassungsschutzbericht von 1974 heißt es dazu lapidar: *„Die Zahl der erkannten Aufträge hat sich gegenüber 1973 verdoppelt. Hieraus läßt sich jedoch keine außer-*

keine Intensivierung zu verzeichnen sei. Im Jahre 1974 waren insgesamt 31 Personen wegen des Verdachts solcher Delikte in Untersuchungshaft, in diesem Jahr bisher 19" („FAZ", 27.9.75).

Im Verfassungsschutzbericht von 1974 heißt es dazu lapidar: *„Die Zahl der erkannten Aufträge hat sich gegenüber 1973 verdoppelt. Hieraus läßt sich jedoch keine außer-*

gewöhnliche Zunahme der gegnerischen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland herleiten. Die Zunahme ist auf die Auswertung einiger Spionagefälle zurückzuführen, deren Aufdeckung bereits vor 1973 erfolgte" (S. 109).

Die trotzdem in der Presse geschürte Kampagne hat einen doppelten Zweck:

● Zum einen steht sie im Dienst einer aggressiveren Außenpolitik gegen die RGW-Staaten, die in einem Klima chauvinistischer Verhetzung besser vorangebracht werden kann;

● zum anderen drängen insbesondere Kräfte der CDU/CSU auf eine Wiedereinführung des Deliktes „Landesverrat" ins öffentliche Bewußtsein und die juristische Praxis, um damit den Spielraum aller demokratischen Kräfte noch weiter einzuschränken.

Wohin die Reise gehen soll, ist am Beispiel des Kairoer Botschaftsangehörigen Erick Knapp zu erkennen. Er leitete den „Gelben Dienst", eine interne Informationsschrift des Auswärtigen Amtes zur Unterrichtung der Auslandsvertretungen, an den Westberliner „Extra-Dienst" weiter, und zwar speziell Berichte über Portugal. Daraufhin wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen landesverräterischer Fälschung (? !) und Verletzung von Dienstgeheimnissen eingeleitet.

Auch nach der Aufdeckung der einträglichen Afrika-Geschäfte der BRD wurde aus „Bonner Kreisen" das Gerücht ausgestreut, die Enthüllung sei nur durch Diebstahl geheimer Akten zustandegekommen . . . Die Imperialisten gehen verstärkt daran, ihre weltweiten „äußeren Belange der BRD" durch Landesverrats-Paragraphen abzusichern.

Innenpolitisch zeigt ein Erlaß des Darmstädter Regierungspräsidenten, den er in allen Behörden und Schulen aushängen ließ, was der Zweck der Übung ist:

„Nach den bisher gewonnenen Erkenntnissen ist festgestellt worden, daß bei einer Vielzahl gastronomischer Unternehmen in der Bundesrepublik ausländisches Dienstpersonal beschäftigt ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß gegnerische Nachrichtendienste, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten zur Nachrichtenbeschaffung ausnutzen. Ich empfehle daher, in Ihren Zuständigkeitsbereichen sicherzustellen, daß vor Einberufungen von Tagungen in gastronomischen Unternehmen die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes eingeschaltet werden" (lt. „Hamburger Morgenpost", 25.9.75). ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

SPD richtet die Reihen aus!

„Der Frankfurter SPD steht eine harte Auseinandersetzung bevor. Vordergründig geht es um eine kritische Erklärung, die im vergangenen Monat von 135 Sozialdemokraten zur Situation in Portugal unterschrieben worden war. Tatsächlich aber geht es um die Meinungsvielfalt der Basis und das Verhalten des Vorstandes in dieser Angelegenheit."

So die „FR" vom 22.10.75.

Und richtig, um Meinungsvielfalt bzw. wie man sie zerstört, geht es.

Erinnern wir uns: Nach dem Propaganda-Besuch des Mario Soares, seines Zeichens Hauptfigur der portugiesischen Reaktion, veröffentlichten ca. 60 Frankfurter Sozialdemokraten eine Erklärung, in der die vorbehaltlose Unterstützung der portugiesischen PS durch die SPD-Führung kritisiert wurde.

Es sei eine Illusion, „das ein Reformkapitalismus nach dem Modell Schwedens oder der Bundesrepublik zur Entmachtung der herrschenden Klasse führen könnte," hieß es dort. Nun steht heute in Portugal allerdings nicht die Alternative „Reformkapitalismus" oder „Entmachtung der herrschenden Klasse", sondern die Alternative Faschismus oder Sozialismus.

Aber selbst auf diese laue Kritik, reagierte der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD prompt:

Eine solche Erklärung stehe im Widerspruch zu dem Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik und widerspreche dem Gebot internationaler und innerparteilicher Solidarität. („FR", 22.10.75)

Den Unterzeichnern der Erklärung ging folgender Fragenkatalog zu: *„Trifft es zu, daß Du diese Erklärung unterzeichnet und unterstützt hast? Und: Wie stehst Du heute zu dem Inhalt dieser Erklärung und den darin zum Ausdruck kommenden Positionen?"*

Die oppositionellen Sozialdemokraten taten in dieser Situation das einzig richtige. Auf einer gemeinsamen Sitzung einigten sie sich darauf, diesen *„Unterdrückungsversuch des Vorstandes"* und *„diesen Versuch der Disziplinierung"* abzuwehren. Es gelte jetzt, eine *„geschlossene Offensive"* gegen alle Einschüchterungsversuche von seiten des Vorstandes vorzutragen.

Eine g e m e i n s a m e Erklärung, für die in den Arbeitsgemeinschaften und Untergliederungen der Frankfurter SPD Unterschriften gesammelt wurden, ging beim Unterbezirksvorstand ein. Diese Erklärung wurde von 135 oppositionelle SPD'lern unterzeichnet.

Die ganze Zeit waren sie bereits von wütenden Attacken der Rechten begleitet. So forderte z.B. ein Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen „strenge Sanktionen", und der ehemalige Juso-Vorsitzende Karsten Voigt geiferte, das alle jene Sozialdemokraten, die Positionen der portugiesischen KP unterstützten, in der SPD nichts verloren hätten.

Das alles wohlgemerkt von einem SPD-Unterbezirk, der sich als am weitesten „links" stehend in der BRD ansieht.

Es ist bezeichnend, daß heute selbst die sozialdemokratische „Linke" (Karsten Voigt u.a.) sich an der massiven Rechtsentwicklung der Partei „nach besten Kräften" beteiligt. Alles, was nicht „auf Linie" ist, hat „in der SPD nichts verloren" (Voigt). Gegen alle 135 Oppositionellen ist ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, einer bereits ausgeschlossen worden, einem weiteren droht der Ausschluß.

Trotz verschärfter Angriffe – immer noch Illusionen!

In ihrer Antwort an den Unterbezirksvorstand erklärten die 135: *„Wer den Rechtstrend in der Bundesrepublik in der Partei übernimmt, schwächt bewußt oder unbewußt die Fähigkeit dieser Partei, dem Generalangriff des Kapitals und seines reaktionärsten Vertreters, Strauß, auf die demokratische Substanz der BRD und ihre Verfassung wirkungsvoll zu begegnen."* („Extra Dienst", 28.10.75). Hier steckt immer noch die alte Illusion dahinter, daß die SPD „dem Generalangriff des Kapitals" entgegen wirken wolle. Wann merken diese Leute endlich, daß die SPD selbst den „Generalangriff des Kapitals" will, fördert und lenkt?

Sie ist es, die die westdeutsche Arbeiterklasse bis aufs Hemd auszieht und politisch entrechtet. Allein um diesen Kurs noch zu verschärfen (nicht etwa um ihn zurückzuweisen), scheut sie sich nicht, im breiteren Umfang und bei geringstem Anlaß einzuschüchtern und auszuschließen.

Das müssen die „linken" Sozialdemokraten endlich begreifen und ihre Schlüsse ziehen.

In dieser Partei ist es unmöglich die Interessen der Arbeiterklasse, weder der portugiesischen noch der westdeutschen, zu vertreten, geschweige denn, sie durchzusetzen. ●

Bezirksleitung Bergedorf
KB/Gruppe Hamburg

Skandalöse Diskriminierung arbeitsloser Frauen

Im Zuge der Krisen- und Sparpolitik hat sich der Staat durch seine Ordnungshüter – die Arbeitsämter – einen weiteren bodenlosen Angriff gegen die arbeitenden Frauen ausgeheckt. Um sich um die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung herumzudrücken, verlangt er seit neuestem von den arbeitslosen Frauen nachzuweisen, wo sie ihre Kinder unterbringen. Können sie dies nicht, sind sie als „vermindert leistungsfähig" abgestempelt und nicht berechtigt, Arbeitslosengeld zu beziehen.

Ob die werktätigen Frauen vorher jahrelang gearbeitet haben, spielt dabei keine Rolle. *„Das Arbeitsamt Passau beispielsweise verteilt Vordrucke, die schon beim Lesen Angst einjagen. Wortlaut:,Mit der Beaufsichtigung von Kindern übernimmt die Aufsichtsperson* (was in der Regel die Mutter ist – Anm. Red.) *die gesetzliche Verantwortung für das Leben und die Gesundheit der Kinder. Diese Person ist schadenersatzpflichtig, wenn sie durch Verletzung der Aufsichtspflicht widerrechtlich einen Schaden verursacht .. Übertretungen und Vergehen werden mit Geldstrafen und Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft."* („Stern", 9.10.75)

Zur Einschüchterung wird die Frau im Fragebogen gleich darauf hingewiesen, *„daß sie sich ,wegen Betrugs strafbar' mache, wenn sie ,vorsätzlich oder fahrlässig' unrichtige Angaben mache und deshalb zu Unrecht bezahlt werde."*

Bei den unverschämten Praktiken der Arbeitsämter schaltete sich sogar die Bundesanstalt für Arbeit ein, aber nicht um eine grundsätzliche Änderung für die Frauen zu erreichen, sondern nur die unverschämten Fragebögen sollen verboten werden.

So nimmt man arbeitslosen Frauen die ihnen zustehende Unterstützung auf die übelste Art und Weise. Dies soll an mehreren Beispielen aufgezeigt werden:

Die Arbeiterin E. mit fünf Kindern hat bei der AEG in Vechta gearbeitet. Mit Rücksicht auf ihre Kinder arbeitete sie in der Hausfrauenschicht von 14.30 bis 23.00 Uhr. Auch in Zukunft muß sie wegen ihrer Kinder zum oben genannten Zeitpunkt eine Arbeitsstelle finden. Ihr Antrag auf Arbeitslosengeld wurde abgelehnt. Begründung des Arbeitsamtes in Vechta: *„ . . . . in dem gewünschten Zeitraum Arbeitsplätze in nennenswertem Umfange nicht vorhanden sind und eine Arbeitsvermittlung von vornherein ausgeschlossen ist".*

Das heißt, *„nur wer in Zukunft eine Beschäftigung unter üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann, wird unterstützt. So steht es im Paragraph 103 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG)".* („Stern", 9.10.) Was unter „üblichen Bedingungen" zu verstehen ist, entscheidet das Arbeitsamt willkürlich.

Im Fall der Kindergärtnerin S. aus Oldenburg (sie hat einen fünfjährigen Sohn, den sie bislang immer mit auf ihre Arbeitsstelle nehmen konnte) passierte folgendes: Als sie arbeitslos wurde, lehnte man ihren Antrag auf Arbeitslosengeld mit folgender Begründung ab: *„Nach ihren eigenen Angaben haben Sie keine Betreuung für Ihr Kind und setzen voraus, das Kind mit zu Ihrem Arbeitsplatz zu nehmen. Da solche Arbeitsbedingungen nicht üblich sind, haben Sie kein Recht auf Arbeitslosengeld."* (ebenda)

Dasselbe Arbeitsamt vermittelt einige Monate später einen solchen „unüblichen" Arbeitsplatz – trotzdem hat die Kollegin keinen Pfennig Unterstützung erhalten.

Noch wesentlich schärfer gehen die Arbeitsämter (vor allem in der jüngsten Zeit) gegen die ausländischen Kolleginnen und Kollegen vor. In Olpe hatte man einer ausländischen Kollegin zunächst das Arbeitslosengeld zugestanden. Einige Wochen später erhält sie einen Brief vom Arbeitsamt, in dem es hieß, daß ihr Anspruch aus folgenden Gründen erloschen sei: *„Sie bedürfen nach Paragraph 19 des AFG zur Ausübung einer Beschäftigung einer Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit. Diese Arbeitserlaubnis besitzen Sie nicht, noch kann sie Ihnen für den Fall einer Arbeitsaufnahme erteilt werden. Damit dürfen Sie keine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West aufnehmen . . ."*

Die Kollegin schaltete die IG Metall ein, das Arbeitsamt mußte alles nachzahlen, *„ . . . . denn im allgemeinen bekommen arbeitslose Gastarbeiter, auch wenn ihre Arbeitserlaubnis abgelaufen und wegen der Krisensituation keine neue zu erwarten ist, ein Jahr Arbeitslosenunterstützung."* („Stern", 9.10.)

Genossin des Metall-Komitees,
KB/Gruppe Hamburg

Nein der CDU/CSU zu den Vereinbarungen der BRD mit Polen:

Reaktion auf der ganzen Linie!

Die CDU/CSU hat in den letzten Wochen verbunden mit der Inszenierung eines großen revanchistischen und antikommunistischen Spektakels sich zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den Vereinbarungen der Bundesregierung mit der VR-Polen „durchgerungen".
Das Abkommen gewährt der VR Polen die Zahlung eines Rentenausgleiches in Höhe von 1,3 Mrd. DM und einen Kredit in Höhe von einer Mrd. DM und verlangt als Gegenleistung in einem sog. „Zusatzprotokoll" die Ausreisegenehmigung für 125 000 deutschstämmige Polen in die BRD (siehe dazu auch Artikel in ARBEITERKAMPF Nr. 68).

Unions-„Führer" Franz Josef Strauß persönlich hat die öffentlich geführte „Debatte" darüber in der CDU/CSU eingeleitet, die diesem Entschluß vorausging. In einem Brief an die CDU/CSU (Länder-)Ministerpräsidenten sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warf er u.a. die demagogische Frage auf: *„Sollen wir aus Gründen erkaufter Freizügigkeit, unaufrichtiger Entspannung und angeblicher Popularität der Regierungspolitik zu einem Verhandlungsergebnis ja sagen, das in entscheidenden Fragen wiederum erhebliche Zukunftsrisiken in sich birgt, nämlich neuen Auslegungsstreit, neue Forderungen Polens und anderer kommunistischer Regierungen, neue Konfrontationen mit der seit 1969 praktizierten östlichen Erpressung, ,wenn genügend DM, dann genügend Freizügigkeit und mehr Anerkennung westdeutscher Friedensliebe'."*

Strauß empfiehlt demgegenüber eine „einmütige Kontrastaussage" zur Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung, die, wie „die Erfahrung aus dem Wahlkampf 1972" zeige (zuvor hatte auf Initiative Barzels die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich in der Abstimmung über die Ostverträge der Stimme enthalten), der „Wähler erwartet". („FR", 27.10.75 – Brief im Wortlaut).

Man müsse sich, so Strauß weiter, dagegen wehren, daß, *„nachdem die Ostverträge nach kommunistischer Auslegung den Alleinvertretungsanspruch der BRD beseitigt haben ..., nun eine Alleinzahlungspflicht der BRD etabliert werden* (soll), *während die DDR und Österreich, aus deren Gebieten mindestens genausoviel Kriegsverbrecher, KZ-Wachmannschaften und Nationalsozialisten kamen (!), von der moralischen Verurteilung und entsprechender Wiedergutmachungspflicht ausgenommen werden sollen"* (!!) (ebenda).

Zwei Tage später schloß sich der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl der von Strauß vorgegebenen Linie an und ergänzte diese noch um die folgenden „Argumente":

– die Vereinbarungen seien *„schlecht ausgehandelt und berücksichtigen die deutschen Interessen nicht in dem erforderlichen Maße (!)",*

– während die *„polnischen Wünsche ... eindeutig geregelt sind, hat das Protokoll über die Ausreisemöglichkeiten keinen vergleichbaren Rang"..,*

– außerdem werde über „.... *das Schicksal der 160 000 übrigen Deutschen, die ebenfalls ausreisen wollen, in dem Protokoll nichts ausgesagt...",*

– und, diktiert vom chauvinistischen Größenwahn: *„Die Bundesregierung hat mit der polnischen Seite überhaupt keine Vereinbarung über die Wahrung der Menschenrechte der deutschen Minderheiten in Polen und in den ehemaligen deutschen Ostgebiete getroffen, obwohl sie wegen ihrer Obhutspflicht für diese Menschen dazu besonders verpflichtet gewesen wäre"* („FR", 29.10.75 – Stellungnahme im Wortlaut).

Natürlich hat Kohl Verständnis *„ ... für die Haltung einer Reihe von Abgeordneten der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die glauben, aus humanitären Gründen den Abmachungen zustimmen zu müssen, obwohl sie in der Sache die Bedenken teilen ..."* Außerdem müsse der von der CDU/CSU dominierte Bundesrat – von dessen Zustimmung das Inkrafttreten der Vereinbarungen entscheidend abhängt – *„.... nach seinem eigenen Rollenverständnis, d.h. nach der besonderen verfassungsrechtlichen Verantwortung der Landesregierungen, entscheiden"* (ebenda).

Inzwischen haben sich mehrheitlich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-geführten Länderregierungen mit Ausnahme des Saarlandes für eine ablehnende Haltung ausgesprochen. Es ist jedoch n i c h t so sehr die Absicht der CDU/CSU, etwa das BRD-polnische Abkommen zu Fall zu bringen, vielmehr ist oberstes Ziel der führenden Agitatoren in dieser Frage, wie Strauß, Dregger etc., die schon von Strauß in Sonthofen unfreiwillig offenbarte faschistoide Strategie auf dem Gebiet der ,Ostpolitik' in Gestalt revanchistischer, antikommunistischer Propaganda, stärkerer Konfrontation etc., als „einmütige" Linie in der CDU/CSU durchzusetzen, und schon jetzt mit Blick auf den Wahlkampf '76 dafür in der Bevölkerung die Werbetrommel zu rühren.

Über die Rolle der CDU-regierten Bundesländer in diesem Konzept witzelte selbst die CDU-nahe „FAZ": *„Ihre Haltung dürfte sich nach dem Muster einer Abstimmung der bayerischen Volkspartei im deutschen Reichstag zu Berlin richten, wie einer ihrer Sprecher scherzhaft sagte. Die Berliner Bayern hatten damals aus München die Anweisung erhalten: ,Ablehnen, wenn die Zustimmung gesichert ist.'"* (4.11.75).

Schon eine Stimmenthaltung eines CDU-regierten Landes im Bundesrat würde ausreichen, um die Vereinbarungen passieren zu lassen. Und damit diese Sache ohne allzu große „Reibungsverluste" für den frisch renovierten stock-reaktionären ostpolitischen Kurs über die Bühne gehen kann, haben die Strategen um Strauß nicht vergessen, jene kleine Gruppe von Befürwortern des Polen-Vertrages um Schröder, Barzel, Weizäcker, Blüm etc., sowie den saarländischen Ministerpräsidenten Röder, der ja „schon immer seinen eigenen Weg gegangen ist" etc.p.p., gebührend hochzuspielen.

Das Hochspielen der „CDU-Linken" hatte allerdings außerdem noch den Hintergrund, diese Leute, die Strauß und Co. noch einen zu großen Einfluß auf die „Unions-Politik" haben, in den eigenen Reihen, in der Anhänger- bzw. Wählerschaft weiter zu isolieren, was in diesem Fall nahezu total gelang. Die Befürworter in der CDU/CSU-Fraktion reduzierte sich auf ein kleines Häuflein von fünfzehn Mann, daß allerdings derzeit n o c h im Parteipräsidium derart stark repräsentiert ist, daß Kohl in beiden Gremien eine Abstimmung über die Haltung zum Polen-Abkommen tunlichst vermied.

Diese Leute werden sich im Zuge der weiteren Durchsetzung von Strauß'ens Konzeption in der CDU/CSU entweder brav integrieren müssen oder aber sie werden ihren Kopf unter dem Arm tragen,(wobei natürlich niemals vollständig auf die „taktische Reserve" einer „Linken" verzichtet wird.)

Sie sind mit der Stärke ihrer jetzigen Präsenz in den Führungsgremien der CDU im Wege bei der weiteren Entfaltung einer offen reaktionär bis faschistischen Politik, einer deutlichen, „einmütigen Kontrastaussage", die nach dem Kampf gegen die „sozialistischen Experimente" (Mitbestimmung etc.), gegen die „Reform" des § 218 und gegen den „Finanzbankrott" der SPD/FDP-Regierung, mit den wüst-revanchistischen Attacken gegen den Polen-Vertrag sich einen weiteren Schwerpunkt in der Volksverhetzung gesetzt hat. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei Berichte über legale Schwangerschaftsabbrüche

1. Bericht:

Ein Schwangerschaftstest bestätigte mir, daß ich schwanger war. Was nun? Das Kind konnte ich unmöglich bekommen, Geld für eine Abtreibung in Holland hatte ich nicht. Von irgendjemand hatte ich gehört, daß die Möglichkeit besteht, in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft einen Schwangerschaftsabbruch zu beantragen.

Ich hatte das „große Glück" schon in der sechsten Woche in Westberlin einen Arzt zu finden, der bereit war, den Eingriff durchzuführen. Er hatte eine Sondergenehmigung und durfte legale Schwangerschaftsunterbrechungen in der Praxis durchführen. Mit einem Absauggerät war er besser ausgerüstet als die Hamburger Kliniken.

Ich mußte in meinem Wohnort Hamburg über einen Hamburger Arzt den Antrag stellen. Ich empfand die Besuche bei den Gutachtern als äußerst demütigend. Das begann damit, daß der Gutachter der Ärztekammer mich frech duzte. Der erste Gutachter studierte den Eingangsbericht meines Arztes, in dem von „Geisteskrankheiten in der Familie" die Rede war, worauf er meinte: „Bei ihrer schlechten Erbmasse sollten sie wirklich keine Kinder haben". Als zweiter Gutachter war ein Psychologe eingesetzt worden, bei dem ich zu der Zeit wegen Depressionen in Behandlung war. Er lehnte das Gutachten mit der Begründung ab, daß er nicht wolle, daß ich ihm hinterher vorwerfe, der Mörder meines Kindes zu sein. Er habe so einen Fall schon einmal gehabt!

Als ich ihn darauf hinweis, daß ich nicht mehr viel Zeit hätte – zumal Ostern vor der Tür stand und viele Gutachter nicht zu erreichen waren – wies er mich energisch ab. Ich mußte wieder zurück zur Ärztekammer (hätte ich in dieser Zeit keinen Urlaub gehabt, wäre ich aufgeschmissen gewesen!).

Ich bekam dann einen neuen Gutachter. Das war ein ganz übler Bursche. Er fragte mich nach meinem Freund aus, ob ich garantieren könne, in acht Wochen nicht wieder bei ihm zu sitzen! Es folgte eine eingehende **körperliche** Untersuchung, was mich besonders verwunderte, da er Neurologe war (der praktische Arzt hatte mich auch nicht untersucht).

Bei jedem Gutachterbesuch bekam ich das Gutachten im verschlossenen Umschlag mit. Ich habe nie erfahren, was drin stand – ein weiterer Beweis meiner „Unmündigkeit".

Nachdem ich alles durchgestanden hatte, konnte ich mir endlich den genehmigten Antrag von der Ärztekammer abholen. Nicht ohne noch väterlich-gönnerhafte Ratschläge mit auf den Weg zu bekommen. Zwei Tage später fuhr ich morgens nach Westberlin. Der ganze Eingriff dauerte eine halbe Stunde. Abends war ich wieder in Hamburg. Schmerzen oder Komplikationen habe ich nicht gehabt.

2. Bericht:

Auch ich stand vor gleichen Problemen, als ich feststellte, daß ich schwanger war: Ärzte suchen; erniedrigende „Beratungen" und Gespräche mit Gutachtern; lange Wartezeiten während der Sprechstundenzeiten von 14 bis 15 Uhr (!); Ärger in der Firma, da ich häufiger fehlen mußte etc.

Zu diesem Zeitpunkt, solange das Bundesverfassungsgericht über die „Verfassungsmäßigkeit" der Fristenregelung beriet, wurden die Anträge noch zu ca. 98% genehmigt. So bekam ich dann auch endlich die Genehmigung zum Abbruch.

Nun kam jedoch erst das eigentliche Problem auf mich zu. Der Eingriff durfte nur im Krankenhaus vorgenommen werden. Ich mußte mir also schnellstens einen Krankenhausplatz besorgen. Dabei half mir keiner. Sieben Krankenhäuser rief ich an, überall wurde ich mit fadenscheinigen Argumenten abgewiesen, („nächstmöglicher Termin erst in 14 Tagen", „total überfüllt", „Plätze reserviert für Privatpatienten", „nur wenn es gar nicht mehr anders geht", drei bis vier Tage vor dem letzten Termin, auf keinen Fall später"). Inzwischen waren neun Tage verstrichen. Ich bekam langsam Angst, diese ganze Lauferei und die Nerverei umsonst durchgemacht zu haben. Letzten Endes mußte ich wohl doch Geld zusammenkratzen und ins Ausland fahren.

Ganz knapp vor dem letzten Termin bekam ich einen Platz im



UK-Eppendorf. Die Krankenhauskosten, pro Tag 165 DM, werden von der Krankenkasse getragen. Sechs Tage Aufenthalt im Krankenhaus, sind noch eine zusätzliche Einnahmequelle für die Krankenhäuser, zumal zwei bis drei Tage ohne viel Pflegeaufwand völlig ausreichen.

In Eppendorf wird noch statt der viel schonungsvolleren Absaugmethode die Ausschabmethode gemacht. Am ersten Tag fand für mich nur eine halbstündige Voruntersuchung statt. Am zweiten Tag mußte ich mich einer besonders scheußlichen Prozedur unterziehen: 24 Stunden lang wurden mir bei strengem Liegegebot Quellstifte zur Dehnung des Muttermundes eingeführt. Begründet wurde dieser Quälerei damit, daß bei einer ersten Schwangerschaft der Muttermund sehr eng sei. Eine Frau, die im gleichen Zimmer lag und schon zwei Kinder hatte, mußte jedoch das Gleiche über sich ergehen lassen. Der Eingriff fand dann erst am dritten Tag statt. Ohne meine Einwilligung sollte die Abtreibung vor einer gemischten Krankenpflegerklasse vorgenommen werden, die schon um den Stuhl versammelt war. Auf meinen Protest hin drohte der Anästhesiearzt: „Wenn sie noch lange Theater machen, wird's eben ohne Narkose gemacht".

Völlig verstört und weinend wachte ich aus der Narkose auf, und bekam die höhnische Bemerkung der Schwester: „Jetzt kriegen sie wohl ihren Moralischen?!" zu hören. Weitere Schikanen ließen mich spüren, daß man mich „bestrafen" und mir die ganze Zeit deutlich machen wollte, daß man mir „gnädigerweise" einen Gefallen getan hatte.

Diese Demütigungen brachten auch zum Ausdruck, welche sexualfeindliche Haltung dahintersteckte. Der Geschlechtsakt mit dem einzigen Ziel des Kinderzeugens, nicht der Befriedigung der Lust dienend. Etwaige Folgen hat alleine die Frau zu tragen: Austragen und Kinderkriegen als Strafe, oder aber Demütigungen und unwürdige Behandlung hinzunehmen.

Frauen, die es sich leisten können, würden diese Prozedur nicht über sich ergehen lassen und gleich ins Ausland fahren. Wir würden aufgrund unserer eigenen Erfahrungen jeder Frau von dem legalen Schwangerschaftsabbruch unter den heutigen Bedingungen in der BRD abraten. Die Einschüchterungen und Demütigungen treffen wieder diejenigen, die sowieso schon benachteiligt sind und sich am allerwenigsten wehren können; Arbeiterfrauen und alleinstehende Frauen, denen außerdem noch Schuldgefühle eingeimpft werden. Der legale Abbruch ist ein kleiner Vorgeschmack auf die Gesetzentwürfe von SPD und CDU, bei deren Vollstreckung noch viel brutaler vorgegangen werden wird. ●

Darum für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!
Frauen selber sollen entscheiden!

Italien: Kampf gegen das Abtreibungsverbot



Am 26. Oktober wurde in Italien ein ‚nationaler Aktionstag' gegen das Abtreibungsverbot durchgeführt. Träger waren in erster Linie Frauengruppen. Der 26. Oktober sollte auch als Vorbereitung auf eine nationale Demonstration dienen, die für den 6. Dezember in Rom vorgesehen ist.

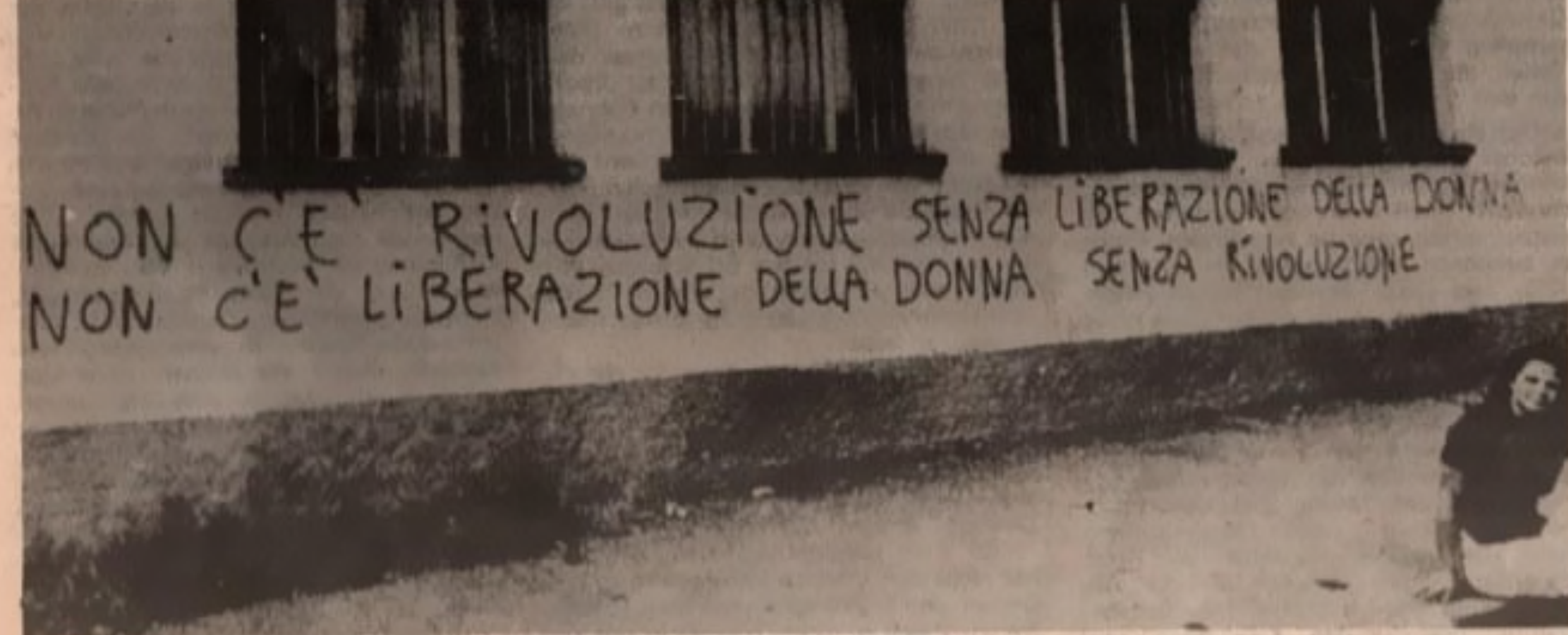
In Turin wurde am 26. Oktober zu einer Frauenklinik hinmobilisiert, um eine stärkere Einbeziehung des Krankenhaus-Personals in den Kampf für freie, kostenlose und medizinisch einwandfreie Abtreibung auf Verlangen der Frau einzuleiten und um die Ärzte anzuklagen, die mit ‚illegalen' Abtreibungen Vermögen machen.

In Rom fand am 25. Oktober eine regionale Demonstration statt, zu der außer verschiedenen Frauengruppen auch die wichtigsten kommunistischen Organisationen – Lotta Continua, Avanguardia Operaia und PdUP – aufgerufen hatten.

In den Sommermonaten fand eine breite Kampagne statt, um einen Volksentscheid gegen das Abtreibungsverbot zu erzwingen. Mit weit über 500.000 gesammelten Unterschriften ist die Regierung formal zur Durchführung eines solchen Volksentscheids verpflichtet.

Als Reaktion haben sich im Parlament die Versuche intensiviert, eine „Reform" des Abtreibungsverbots durchzubringen und so der Volksabstimmung aus dem Weg zu gehen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die revisionistische PCI, die – als stärkste und entscheidende Oppositionspartei – bereits einen Entwurf vorgelegt hat, der in etwa der am Karlsruher-Verfassungs-Urteil gescheiterten ‚Fristenregelung' nahekommt. Der gemeinsame Wille der Parlaments-Parteien, eine Volksabstimmung auf jeden Fall zu vermeiden, dürfte eine Einigung begünstigen und beschleunigen. Diese Einigung soll ganz sicher noch erheblich hinter dem bisher vorliegenden Entwurf der PCI zurückbleiben. Auch die italienische Bewegung gegen das Abtreibungsverbot muß sich also auf einen langen Kampf einrichten. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Keine Revolution ohne Befreiung der Frau – Keine Befreiung der Frau ohne Revolution

Zwangssterilisierung in den USA: „Schlechtes Erbgut ausrotten!"

In den USA werden schwarze und weiße Frauen der Arbeiterklasse ungefragt sterilisiert.

Unter den Ärzten und Gesundheitsbehörden ist es eine weitverbreitete Tendenz, *„eine von Rassen- und Klassenvorurteilen geprägte Beihilfe zur ‚Lösung' sozialpolitischer Probleme zu leisten"* („Weltwoche", 29.1.75).

Denn, *„während die durchschnittliche Kinderzahl der weißen Frauen 2,9 beträgt, ist sie bei Negerfrauen fast doppelt so hoch. Noch ärger steht es mit den unehelichen Kindern: nach den letzten verfügbaren Statistiken entfallen auf 1.000 Mütter 12,5 illegitime Geburten bei Weißen, jedoch 89,5 bei Farbigen, mehr als das siebenfache also"* (s.o.).

So werden viele schwarze Frauen eingeschüchtert, sie seien „geistig zurückgeblieben" und deshalb sei es besser, das Kind abzutreiben. Dabei werden viele ohne ihr Wissen sterilisiert.

Eine weiße Frau, die im fünften Monat schwanger war, fand keinen Arzt, der sich bereit erklärte, sie bei der Geburt ihres Kindes zu betreuen, wenn sie sich nicht sterilisieren ließe. Ihr Mann saß zu der Zeit im Gefängnis!

Zehn bis 20% der Ärzte drängen Frauen zu einer Sterilisation. Während der Wehen, wenn die Frauen große Schmerzen haben, werden sie gefragt, ob sie sich sterilisieren lassen, oder aber der Eingriff wird bei einem Kaiserschnitt gleich mit durchgeführt, ohne die Frau zu fragen.

Ein Gynäkologe aus Texas: *„Ich ging meistens knapp nach der Entbindung daran, als die Betäubung nachließ: wollen Sie mehr Kinder? Nein, nein. Nun, wir können ihnen sehr leicht helfen, schon morgen"* (s.o.).

Über andere Möglichkeiten der Empfängnisverhütung werden diese Frauen nicht aufgeklärt.

Ein Arzt propagiert die brutale Unterdrückung und Entmündigung der Frau: *„Denkt daran, eine jede, die sich heute unterbinden läßt, verhindert, daß sich in einem Jahr ein armer Hund mehr mit dem Leben rumschlagen muß ... wenn wir schon für sie zahlen, sollen wir sie auch kontrollieren"* (s.o.).

Diese Praktiken sind die gleichen wie unter dem Faschismus in Deutschland, als es mit Zwangsabtreibungen und „Euthanasie" (= Ermordung von „Lebensunwerten") um die „Verhinderung eines Völkerbreis", die „Reinerhaltung der deutschen Rasse" und um die „Ausrottung schlechten Erbguts" ging.

Der Spruch vom „Schutz des ungeborenen Lebens" entlarvt sich vor diesem Hintergrund auf's Neue als blanker Hohn! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Bevorzugt" werden die Frauen nur bei der Vergabe der stumpfsinnigsten Arbeiten.

Das neue Berufsförderungsgesetz – ein Schlag ins Gesicht aller Frauen

Seit längerem läuft in der bürgerlichen Presse eine gezielte Diffamierungskampagne gegen die Arbeitslosen. Mit dem Ziel, die rechtliche Situation der Arbeitslosen zu verschlechtern (daß sie künftig jede Arbeit annehmen müssen), ihr Lebensniveau zu senken (Zahlung nur noch am Tariflohn gemessen) und die Kosten der Bundesanstalt für Arbeit zu verringern, geistern die Schreckensmärchen von den „Arbeitsscheuen" durch die Zeitungen. Die Kapitalistenpresse arbeitet systematisch darauf hin, daß eine verschärfte gesetzliche Regelung durchgesetzt wird und die staatlichen Unterhaltszahlungen drastisch gesenkt werden.

Die ersten Schritte auf diesem Wege können die Kapitalisten bereits als erfolgreich abgeschlossen verbuchen. Die SPD-FDP-Regierung hat neue Richtlinien für die Berufsförderung verabschiedet, wodurch die Möglichkeit arbeitsloser Kollegen, durch Umschulung bessere Berufschancen zu erhalten, stark eingeschränkt wird. In besonderem Maße sind davon die Frauen betroffen.

Der SPD-„Sozial-Experte" gab am 20. September in der „Hamburger Morgenpost" bekannt, daß in Zukunft „Hausfrauen ohne Berufsaussichten" keine Unterstützung mehr für eine Umschulung erhalten würden.

Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen!

Als erstes ist die Einschränkung „..ohne Berufsaussichten" natürlich nur Tarnung, denn so gut wie jeder Wirtschaftszweig bietet heute „keine Berufsaussichten". Betroffen sind also:

- die Frauen, die von ihren Eltern darauf getrimmt waren, statt etwas zu lernen, nach einem Mann zum Heiraten zu suchen;
- die Frauen, die in den Nachkriegsjahren keine Möglichkeit hatten, einen Beruf zu erlernen oder mit einem x-beliebigen Vorlieb nehmen mußten;
- die Frauen, die ihrem Mann zuliebe ihre Ausbildung abgebrochen haben, vielleicht auch noch, weil der Mann die reaktionäre Phrase drosch: "Meine Frau hat das nicht nötig!";
- die Frauen, die wegen einer Schwangerschaft ihre Berufsausbildung verschoben oder vernachlässigt und sich jahrelang um die Kinder gekümmert haben;
- die Frauen, die früher einen typischen „Frauenberuf" erlernt haben wie Näherin, Schneiderin, Friseuse, in dem sie heute schlechte Arbeitsbedingungen und wenig Lohn vorfinden würden;
- Frauen, die nach langen Hausfrauenjahren den „Anschluß" in ihrem Beruf verpaßt haben.

Die neuen Vorschriften zwingen damit einen großen Teil der Frauen, entweder als „ungelernte Kräfte" irgendwo unterzukommen, was bei den Entlassungen, Kurzarbeiten und Einstellungsstops so gut wie unmöglich sein dürfte, oder aber sich mit ihrem Hausfrauendasein abzufinden.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch die gleichzeitig laufende Kampagne in der Kapitalistenpresse, die die Parole vom „Schönen Weiblichen", von „Zurück an den Herd" und vom „Glück in der Ehe" propagiert.

Die Zahl der Frauen im Produktionsprozeß soll nach dem Willen der Kapitalisten stagnieren, möglichst gesenkt werden, auf keinen Fall aber sollen Frauen in den Produktionsprozeß nachdrängen.

Durch wirtschaftliche Ketten werden viele Frauen gezwungen, lieber in einer für sie unerträglichen Ehe zu verbleiben. Ohne Aussicht auf Änderung soll für viele Frauen bleiben, was Clara Zetkin in aller Schärfe formulierte: *„Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht. Die unerläßliche Bedingung für diese ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Arbeit".*

Und selbst die Frauen, die ins Berufsleben zurückwollen, nicht um auf eigenen Füßen zu stehen, sondern, um das Haushaltsgeld aufzubessern, sind mitsamt ihren Männern und Kindern schwer getroffen. Die Familien, wo der Mann bisher Alleinverdiener war, sind vielfach gezwungen, sich mit den ständigen Angriffen des Kapitals auf die Existenzgrundlage und das Lebensniveau der Arbeiterklasse abzufinden, ohne die Ausweichmöglichkeit zu haben, daß die Tätigkeit der Frau wenigstens ein bißchen die Not lindert. Mit einem Schlag ist auch vielen Frauen die Möglichkeit genommen, gleichberechtigt an der Seite ihrer Männer für bessere ökonomische und politische Bedingungen im Beruf zu kämpfen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Kampf gegen § 218
Brief der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot"

In AK 68 sind wir kurz auf eine neue Initiative gegen den § 218, die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot", eingegangen. In dieser Initiative haben sich insbesondere zahlreiche Frauengruppen sowie fortschrittliche Einzelpersonen zusammengefunden. Zu dem Artikel in AK 68 hat uns inzwischen die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" einen langen Brief geschrieben. Am Schluß werden wir aufgefordert, „aus Gründen der Fairness" diesen Brief im AK zu veröffentlichen. Wir halten eine solche Begründung für falsch. Für uns ist es allerdings eine p o l i t i s c h e Frage, diesen Brief zu veröffentlichen, weil er ein nützlicher Bestandteil zur Auseinandersetzung um den Kampf gegen den § 218 sein kann. Daß die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" offenbar zu einer ernsthaften Auseinandersetzung bereit ist, scheint auch den in AK 68 angesprochenen Verdacht zu widerlegen, daß es sich um ein links-sozialdemokratisches Manöver handle. Wir geben im folgenden den Brief wieder; daran schließt sich eine kurze Antwort der Arbeitsgruppe Frauen des KB an.

Aktion gegen das Abtreibungsverbot
c/o Gudrun Obenland, 6 Frankfurt/M
Nordendstr. 30; Tel. 0611 - 5971868

1.11.1975

Liebe Frauen,
in Eurer Zeitung „Arbeiterkampf" Nr. 68 habt Ihr zwei lange Artikel zum Kampf gegen den § 218 veröffentlicht, einen Leitartikel „Der Paragraph 218 muß restlos weg!" und einen zur Arbeitsperspektive „Wie ist der Kampf gegen den § 218 weiterzuführen? ". Wir wollen uns vor allem mit zweiterem beschäftigen, der sich speziell mit den 218-Komitees des KBW und mit uns, der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" beschäftigt. Wir haben den Eindruck, daß Ihr Euch im Gegensatz zu vielen Gruppen bemüht, ernsthaft mit dem Problem und den bestehenden Ansätzen auseinanderzusetzen, und wir halten es deshalb für wichtig, zu Eurem Artikel Stellung zu nehmen.

Ihr zitiert zustimmend aus unserem Aufruf, daß es darauf ankommt, „alle Gegner des Abtreibungsverbots auf breiter Basis zusammenzuschließen", „den Widerstand so breit wie möglich zum Ausdruck zu bringen" usw., und baut Eure Argumentation gegen die AKTION auf der These auf, daß die AKTION selbst ihrem eigenen (richtigen) Anspruch zuwider handele. Die Frage ist, wieweit Eure Kritik an uns mit der Realität übereinstimmt.

(1) Eure Behauptung: „Der Verdacht ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Versuch handelt, sich im letzten Moment an die Spitze der Bewegung gegen den § 218 zu stellen und diese aufzufangen." An dieser Behauptung hätten wir drei wesentliche Kritiken: Erstens ist sie leichtfertig diffamierend; leichtfertig, weil nicht der Schatten eines Beweises oder einer überzeugenden Argumentation dafür geboten wird, außer dem Zeitpunkt (!) der Initiative („letzter Moment"). Was sollen wir da zu Eurer Intervention sagen, die noch viel später kommt? Und diffamierend deshalb, weil sie versucht, die AKTION in den Augen aller, die wirklich gegen den § 218 kämpfen wollen, zu diskreditieren. Denn würde Eure Behauptung stimmen, wäre es natürlich politisch notwendig, die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" als ein Hindernis für den Kampf gegen den 218 zu zerschlagen. Zweitens ist Eure Behauptung von den Fakten her falsch, wie auch für Euch leicht nachzuprüfen gewesen wäre, was Ihr aber lieber gar nicht versucht habt. Die Initiative ging zunächst von Frauen aus, die seit langem in Frauengruppen gearbeitet haben, aber dabei erkannt haben, daß allein in dem engen Rahmen der neuen Frauenbewegung und der Selbsthilfe der Kampf gegen den § 218 nicht erfolgreich geführt werden kann, sondern daß versucht werden muß, eine breite Massenbewegung zu entwickeln. Diese Initiative wurde von mehreren Frauengruppen, anderen Gruppen und Einzelpersonen aufgegriffen und unterstützt. Alle Unterstützer sind durch den Aufruf öffentlich bekannt.

Eine Unterstützung seitens der SPD oder ein nennenswerter sozialdemokratischer Einfluß ist daraus wohl nicht abzulesen. Drittens spricht aus Eurer These eine totale Fehleinschätzung der gegenwärtigen Politik der SPD-Führung. Es ist eben nicht mehr die Politik der SPD, sich wie in den 50er und frühen 60er Jahren an die Spitze fortschrittlicher Bewegungen zu stellen, um diese dann abzuwürgen, sondern sie stellt sich von vornherein frontal gegen jeden Ansatz zu solchen Bewegungen, weil sich ihre Rolle im Staatsapparat und ihr politisches Konzept geändert hat. Speziell was den § 218 angeht, ist es doch offensichtlich, daß es die Politik der SPD-Führung ist, ihr Gesetz so schnell und geräuschlos wie möglich über die Bühne zu bringen und jeden Ansatz zu einem Widerstand zu ersticken, zu isolieren und notfalls zu kriminalisieren, und ist es eben nicht ihre Politik, durch verbale Unterstützung für diese Bewegung ihr Süppchen darauf zu kochen. Was ihr überseht, ist, daß das Karlsruher Urteil letztlich nicht gegen die SPD-Regierung und ihre Fristenlösung gerichtet ist, sondern eine ganz bestimmte Funktion für die Durchsetzung der Politik dieser Regierung hat – Demobilisierung und Demoralisierung jedes potentiellen Widerstandes unter den aktuellen Bedingungen der ökonomischen und sozialen Krise.

Gerade deshalb ist es aber notwendig, eine Initiative gegen den § 218 so durchzuführen, daß sie für Teile der SPD und der Gewerkschaften (beide hängen ja eng zusammen) aufgreifbar ist, daß wir diesen Teilen, die verbal den Anspruch haben, gegen den § 218 kämpfen zu wollen, nicht einfach ein Ultimatum stellen wie der KBW, welches sie ohne Schaden zurückweisen können, sondern daß wir sie veranlassen, entweder ihren Anspruch einzulösen und mitzumachen, oder sie zu zwingen, Farbe zu bekennen, daß sie gegen die Linie von SPD- und DGB-Vorstand keinen Finger krumm machen. Wenn wir auf diese Weise erreichen, daß sich daran die Geister scheiden, haben wir mehr für die Bildung eines breiten Widerstandes erreicht als durch radikale Phrasen wie die, daß dieser Kampf von vornherein gegen den bürgerlichen Staat insgesamt geführt werden müsse.

(2) Eure Behauptung: Viele Unterzeichner der „Aktion" stehen Organisationen nahe, die eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnen, folglich habe die „Aktion" ihren eigenen „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegenüber den „K-Gruppen" und lehne es ab, an diese heranzutreten, obwohl diese bisher im Kampf gegen den § 218 eine wesentliche Rolle gespielt hätten.

An dieser Behauptung stimmt überhaupt nichts. Die „Aktion" beruht auf dem Prinzip, daß niemand ausgeschlossen werden kann, der bereit ist, die Forderungen der „Aktion" zu unterstützen. Wer die Forderungen unterstützt, aber nicht unterschreiben will, weil jemand auf dem Aufruf steht, mit dem zusammen sie oder er nicht aufrufen will, muß es bleiben lassen. Solche Fälle hat es schon gegeben und wird es weiter geben.

Weiter: wir sind mit dem Aufruf sehr wohl nicht nur an andere linken Gruppen, sondern über die Redaktion Eurer Zeitung auch an Euch, d.h. den KB, herangetreten. Wenn Eure Arbeitsgruppe dies nicht bekommen hat, ist dies nicht unsere Schuld. Wir haben jedenfalls bisher nicht einmal eine Antwort auf diesen Brief bekommen, wie überhaupt Hamburg die größte westdeutsche Stadt ist, in der es uns passiert ist, daß keine der dort von uns angeschriebenen Gruppen (die Frauengruppen, GIM, Jusos, KB und einige andere) die „Aktion" aktiv unterstützt hat.

Drittens: daß die „K-Gruppen" bisher im Kampf gegen den § 218 „eine wesentliche Rolle gespielt hätten", ist ein schlechter Witz. Die einzige, für die dies gilt, ist der KBW. Wir sind deshalb auch zur Delegiertenkonferenz der 218-Komitees des KBW hingegangen und haben dort diskutiert – mit dem Erfolg, daß deren Führung einerseits unsere Arbeit gezielt boykottiert hat, daß aber andererseits an der Basis dieser Komitees durchaus Diskussionen über die Frage der Bündnispolitik initiiert werden konnten, was positiv ist. Natürlich lernen wir auch aus solchen Erfahrungen. Wir haben jedenfalls nicht vor, uns vom KBW oder irgendeinem anderen Parteiersatz hereinlegen zu lassen.

Die „Aktion" ist wie gesagt für alle offen, die ihre Minimalplattform unterstützen. Aber nur für solche, die unsere Unabhängigkeit respektieren; wir werden uns von keiner väterlichen „K-Gruppe" an die Leine legen lassen – andernfalls wäre die „Aktion" ja überhaupt kein Bündnis mehr.

(3) Eure Behauptung: Die „Aktion" hat nicht den Versuch unternommen, alle Gegner des § 218 möglichst breit zusammenzuschließen, sondern versucht, als ein Teil der Bewegung dem Rest der Bewegung seine Vorstellungen vorzusetzen.

Liebe Frauen von der KB-Arbeitsgruppe, ihr widersprecht euch selbst. Denn weiter unten schreibt ihr: „Es sollte allerdings der Kern der Bewegung gegen den § 218 auf einer diskutierten Minimalplattform zusammengeschlossen werden, die unserer Meinung nach enthalten müßte: Legalisierung der Abtreibung ohne Bevormundung durch Staat und Ärzte."

Könnt Ihr uns bitte erklären, worin sich diese Eure Formulierung unterscheidet von unserer Minimalplattform „Legale und kostenlose Abtreibung auf Verlangen der Frau"? Dies dürfte Euch schwerfallen. Und wieso widerspricht unsere Forderung „Trotz Karlsruher Urteil – Weg mit dem § 218" dem, was Ihr als „Minimalkonsens" versteht? Überhaupt nicht. Und gibt es eine Differenz zwischen unserer Forderung „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper" und der von Euch – zustimmend! – zitierten Parole der KPD vor 1933: „Dein Körper gehört Dir"?

(4) Eure Behauptung: „Der Aufruf stellt die Parole auf: ‚Trotz Karlsruher Urteil – weg mit dem § 218.' Offen bleibt die Frage, wie diese radikal formulierte Parole zu verwirklichen ist."

Genauso argumentiert uns gegenüber auch der KBW. Er hat ja die Lösung des Problems entdeckt: „Volksentscheid". Von Euch dürfte dies Argument aber bitte nicht kommen. Schreibt Ihr doch in dem Artikel – in Übereinstimmung mit früheren Artikeln im „Arbeiterkampf" –: „Es darf nicht die Anerkennung einer bestimmten Kampfform zur Voraussetzung eines Zusammenschlusses gemacht werden." Das meinen wir auch. Also soll jetzt nach Eurer Auffassung ein bestimmter Weg zur Verwirklichung des Ziels (Volksentscheid, Verfassungsänderung, Generalstreik, Warten auf die Revolution) vorausgesetzt werden oder nicht? Wir meinen: es ist klar, daß die Frauengruppen, eine Organisation, oder auch eine Initiative mit genau definiertem Programm schon versuchen müssen, eine Antwort auf die Frage des Weges zu geben. Aber will man ein breites Bündnis erreichen, kann nicht eine dieser verschiedenen Antworten (z. B. entweder Selbsthilfe oder Volksentscheid) vorgeschrieben werden.

So weit zu Eurer Kritik an unserer „Aktion gegen das Abtreibungsverbot". Wir

kommen zu dem Ergebnis, daß diese Kritik nicht besonders stichhaltig ist.

Ihr schreibt in Eurem Aufsatz:

„Worauf es ankommt, ist der Aufbau einer breiten Bewegung, die alle Menschen zusammenschließt, die gegen das Abtreibungsverbot kämpfen wollen. Wenn wirklich alle zusammengeschlossen werden sollen, die gegen das Abtreibungsverbot kämpfen wollen, muß auf einen Zusammenschluß ohne Diskriminierung einzelner Gruppen und Organisationen hingearbeitet werden, soweit diese bereit sind, einen konkreten Beitrag zum Kampf gegen den § 218 zu leisten."

Dies können wir Wort für Wort unterschreiben. Aber auf diesen konkreten Beitrag von Euch warten wir bisher vergeblich. Ihr schreibt schon zu lange Artikel über die allgemeine Notwendigkeit eines solchen Kampfes und einer solchen breiten Bewegung. Verwandelt Euren Haß gegen 218 in Taten!

Ihr schreibt weiter sehr treffend, daß diese Aufgabe des Zusammenschlusses der Bewegung gegen den § 218 vor den Problemen der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse", Kanalisierungsversuche, Spaltungsversuche und der „Jagd nach der Führung" der Bewegung steht. Davon können wir aus unseren Auseinandersetzungen mit den „separatistischen" Strömungen in den Frauengruppen, aber auch mit dem KBW usw., selbst ein Lied singen. Ob Eure Organisation, der KB, von diesen „Versuchungen" frei ist, bliebe erst noch zu beweisen.

Die Weise, wie sich der KB nicht nur mit uns, sondern auch mit der 218-Aktion des KBW auseinandersetzt, zeigt eher in die falsche Richtung. Auch wir stimmen mit den Forderungen der KBW-Komitees nicht überein, und auch wir sind bisher nicht mit diesen zu einer punktuellen Aktionseinheit gekommen. Aber wir gehen an das Problem anders heran als der KB: Während im „Arbeiterkampf" dies ausschließlich als Thema für den Organisations-Clinch dient, wobei er sogar noch einen Sinn darin sieht, an den veröffentlichten Zahlen der Demo vom 21.9. herumzumäkeln (wem nützt das?), betrachten wir auch diese 218-Komitees und diese 25.000, die von ihnen mobilisiert wurden, als einen wichtigen Teil der Bewegung, die es zusammenzuschließen gilt, und versuchen, auch ihnen gegenüber Bündnisangebote so zu machen, daß sie für diese aufgreifbar sind und nicht einfach ein Ultimatum, d.h. ein Denunzierungsmanöver darstellen.

Wir wissen, daß die „Aktion" heute nicht die Kraft darstellt, den gesamten Widerstand zum gemeinsamen Kampf zusammenzufassen. Wir wissen, daß die Frankfurter Demo am 25.10., zu der wir aufgerufen haben, mit ihren ca. 4.000 Frauen und Männern, die teilnahmen, keine sehr breite Demonstration gewesen ist. Wenn ihr meint, die Aufgabe zu erkennen und die Probleme dabei zu sehen, dann macht etwas daraus!

Wir schlagen allen Kräften, die vorgeben, den Kampf gegen den § 218 führen zu wollen, Gespräche über die Möglichkeit des Aufbaus einer breiten Bewegung, und von breiten Aktionen zur 3. Lesung des Gesetzes vor, Gespräche ohne Vorbedingungen. Und wir schlagen speziell Euch solche Gespräche auf der Basis des Schlußkapitels Eures Artikels, „Eine breite Bewegung gegen den § 218 bilden!", vor. Wir sagen nicht voraus, daß wir uns einigen werden, aber wir wollen Euch beim Wort nehmen.

Aus Gründen der Fairness erwarten wir, daß ihr unsere Stellungnahme im „Arbeiterkampf" abdruckt.

Zur Beantwortung

Wir begrüßen den Vorschlag der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot", *„Gespräche ohne Vorbedingungen über die Möglichkeit des Aufbaus einer breiten Bewegung und von breiten Aktionen zur 3. Lesung des Gesetzes"* zu führen. Wenn die „Aktion .. " es mit diesem Vorschlag ernst meint, würde sie sich positiv von den Praktiken von SPD, DKP und KBW abheben. Wir werden zur Verwirklichung dieses Vorschlags der „Aktion .. " noch ein konkretes Angebot machen und uns um die Verwirklichung dieses Vorschlags bemühen.

Zur Erläuterung unserer Kritik am Vorgehen der „Aktion .. " : Wir sind gleichfalls der Meinung, daß sich die Bewegung gegen den § 218 auf der Basis einer Minimalplattform zusammenschließen sollte. Wie eine solche Minimalplattform konkret aussehen müßte, darüber sind wir uns mit der „Aktion .." anscheinend weitgehend einig.

Wir haben aber im AK 68 ausdrücklich von einer „d i s k u t i e r t e n" Minimalplattform gesprochen, und das ist für uns ein wesentlicher Punkt. Wir sind der Meinung, daß zwischen allen Teilen der Bewegung gegen den § 218 eine offene Auseinandersetzung um eine solche Plattform, um die gesamte Vorgehensweise und um die konkreten Aktionen stattfinden muß. Wir sind auf der anderen Seite dagegen, daß i r g e n d e i n e Gruppe oder ein Teil von Gruppen dem Rest der Bewegung gegen den § 218 irgendeinen Aufruf oder irgendwelche konkreten Aktionen präsentiert, mit der Aufforderung, sich anzuschließen oder es bleiben zu lassen.

Was diesen Punkt angeht, sehen wir bei der Initiative des KBW und der „Aktion .." denselben Fehler, wobei zugegebenermaßen dieser Fehler, von der Initiative des KBW weit krasser gemacht wurde, nämlich mit seinem Versuch, die Bewegung auf den „Volksentscheid" festzulegen, ohne diesen jemals inhaltlich zu erläutern und zu begründen.

Daß die „Aktion .." nunmehr Gespräche vorschlägt, könnte zu greifbaren Ergebnissen im Sinn einer Zusammenarbeit im Kampf gegen den § 218 führen. Wir finden es jedoch schlecht, daß die „Aktion .." unsere Kritik an ihrem isolierten Vorgehen nicht bloß rundum zurückweist, sondern sogar noch mit einem demagogischen Anflug den Spieß umzudrehen versucht: W i r müßten *„erst noch beweisen"* ob wir selbst *„von diesen Versuchungen frei"* seien.

Als angeblicher Anhaltspunkt *(„zeigt in die falsche Richtung")* für diese These wird unsere Auseinandersetzung mit den Komitees des KBW angeführt. Wir sind allerdings der Meinung, daß diese Komitees und die durch sie verkörperte relativ starke Bewegung ein wichtiger Teil der Bewegung gegen den § 218 sind, und wir verstehen unseren Artikel in AK 68 auch als Bündnisangebot in diese Richtung (wozu sie leider bisher, im Gegensatz zur „Aktion", nicht Stellung genommen haben). Die ganze Erfahrung ist allerdings, daß die Komitees von der Parole „Volksentscheid" nicht zu trennen sind und daß sie die ganze Bewegung dieser Parole zu unterwerfen trachten, bzw. andernfalls eine Zusammenarbeit ablehnen. Dieser „Mangel" ist von den dahinter stehenden organisationsbornierten Interessen des KBW (sich eine „e i g e n e" Bewegung als Rekrutierungsfeld für die eigene Organisation aufzubauen) überhaupt nicht zu trennen. Wir sind der Meinung, daß der Bewegung gegen den § 218 durch dieses Vorgehen sehr geschadet worden ist und werden diese Überzeugung auch weiterhin öffentlich mit aller Entschiedenheit vertreten.

Wir halten außerdem unsere Behauptung, daß kommunistische Organisationen im Kampf gegen den § 218 eine wesentliche Rolle spielen und gespielt haben, durchaus nicht für einen „schlechten Witz" wie es im Brief der „Aktion .." heißt. Unsere Erfahrung ist z.B., daß in Hamburg die beiden Demonstrationen dieses Jahres gegen den § 218 im wesentlichen vom KB getragen wurde, wobei wir uns gegen feministische Strömungen durchsetzen mußten, die weder eine breite Mobilisierung noch eine klare politische Manifestation wollten, sondern ein Happening, das in erster Linie „Spaß" machen sollte und dessen Inhalte sich angeblich „von selbst" vermittelt hätten.

Auch anderswo ist das herzlich wenige, was gegen § 218 in diesem Jahr gelaufen ist, wesentlich von kommunistischen Organisationen getragen worden, da offenbar die SPD-Linke (Jusos etc.) weitgehend aus dem Spiel ist und die DKP zu Aktionen anscheinend entweder nicht bereit oder nicht fähig ist, möglicherweise auch beides.

Nicht richtig finden wir, wenn ihr uns vorwerft, wir hätten ja bisher kaum etwas gegen den § 218 getan, „bloß" Artikel geschrieben. Solche Vorwürfe hören wir schon seit Monaten vom KBW, der vorgibt, „etwas getan" zu haben und tun zu

Vorwürfe hören wir schon seit Mo-
naten vom KBW, der vorgibt, „etwas getan" zu haben und tun zu

können mit der Parole vom „Volksentscheid".

Unsere Meinung ist allerdings, daß in der jetzigen Phase das Hauptgewicht auf der „Agitation und Propaganda" – also Flugblätter, Artikel etc. – sowie auf der unmittelbaren Arbeit „vor Ort" – in den Betrieben, unter Bewohnern etc. – liegen muß, weil wir es gegenwärtig nicht für möglich halten, den § 218 j e t z t zu Fall zu bringen. Dies schließt Aktionen heute natürlich nicht aus – in Hamburg wird z.B. eine Großveranstaltung gegen den § 218 stattfinden, sowie eine Demonstration anläßlich der 3. Lesung.

Zu einem Punkt noch, nämlich der Einschätzung des Sozialdemokratismus und der SPD: Wir haben nicht unterstellt, daß „d i e SPD" als ganzes sich irgendwie scheinbar in eine Bewegung gegen den § 218 stellen könnte, um diese dann von innen abzuwürgen. Wohl aber schließen wir nicht aus, daß T e i l e der SPD grundsätzlich so etwas versuchen könnten, wie es u.E. anläßlich der Kampagne gegen die Notstands-Gesetze noch der Fall war, oder heute auch in solchen Initiativen wie „Aktion Kleine Klasse". O b dies im Konkreten der Fall ist, mißt sich u.a. an der Bereitschaft, wirklich eine E i n h e i t der Bewegung zu suchen, und auch an der Bereitschaft, dieser Bewegung eine Perspektive zu geben; dies war z.B. ein Mangel der Kampagne gegen die NS-Gesetze, die sofort nach der Bonner Beschlußfassung sang- und klanglos entschlafen ist. Diese Perspektive kann für die Bewegung gegen den § 218 natürlich nicht darin bestehen, sich auf ein bestimmtes Kampfmittel festzulegen (Volksentscheid, ‚Generalstreik' etc.), wohl aber in einer klaren gemeinsamen Erkenntnis der Langfristigkeit und der Schwierigkeiten des zu führenden Kampfes. ●

**Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg**

Angriffe auf das Frankfurter Frauenzentrum

Seit der Razzia der Kriminalpolizei auf das Frankfurter Frauenzentrum in diesem Sommer hat sich die polizeiliche Bespitzelung und Schikanierung verstärkt.

So werden Polizeiwagen an den Abfahrtsstellen der Busse, die einmal pro Woche ca. 25 Frauen nach Holland bringen, postiert. Kürzlich wurde ein Busfahrer vor der holländischen Grenze von der Polizei kontrolliert.

Neben dieser polizeilichen Schnüffelarbeit hat nun die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen 15 Frauen Ermittlungen eröffnet. Wegen § 218 – also Beihilfe zur Abtreibung – und § 129 – also „Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung"! Zusätzlich laufen gegen vier weitere Frauen Ermittlungen. Bei ihnen besteht, laut Staatsanwalt Winkel, Verdacht auf „vollzogene Abtreibungen".

So begann die „nationale Aktionswoche" gegen den Abtreibungsparagraphen vom 20. bis zum 25. Oktober in Frankfurt mit einem Go-in im Justizgebäude. Eine Frau war vom Gericht wegen des Verstoßes gegen § 218 geladen worden, von 70 Frauen wurde sie begleitet. Die Frauen drückten ihren Protest gegen diese Anhörung mit Transparenten „Ich vermittle Abtreibungsadressen" und Parolen wie „Wir sind alle vorgeladen!" aus. Obwohl die Polizei gerufen worden war, griff sie letztendlich nicht ein. Im Rahmen der Aktionswoche organisierte das Frauenzentrum eine „Selbstbezichtigungskampagne", 1.000 Unterschriften sollen schon gesammelt worden sein. Zum Abschluß der „Aktionswoche" wurde eine sog. „nationale" Demonstration durchgeführt, woran sich 5.000 beteiligten. Dazu aufgerufen hatten außer mehreren Frauenzentren, unsere Organisation und mehrere trotzkistische Organisationen.

Am Montag, den 3.11., fand erneut ein Prozeß wegen § 218 in Frankfurt statt. Es ging dabei um folgendes: im April 1975 wurde auf einer 218-Demonstration anläßlich des Karlsruher Urteils ein Genosse festgenommen, weil er angeblich Parolen gesprüht hätte.

Während der Gerichtsverhandlung warfen Frauen gegen die Richterbank einige „Lorbeerkränze", bzw. Trauerkränze, womit sie ihre Anerkennung für den bekannten Richter Schwalbe ausdrücken wollten – für „seinen unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen die Frau". Sozusagen Ehrenkränze für seinen Einsatz zur „Rettung des ungeborenen Lebens"!

Der Richter Schwalbe ließ willkürlich drei Frauen und einen Mann festnehmen. Bei der Festnahme beteiligten sich der Richter Schwalbe und ein Zivilbulle, der als „Zeuge" vorgeladen war, höchstpersönlich. Dem einen Mann wurden sofort Handschellen angelegt.

Alle vier wurden zu Ordnungsstrafen von sieben Tagen Haft mit sofortiger Wirkung verurteilt. Sie wurden sofort von der Polizei in die Strafanstalt abgeführt! Auch der Anwalt Knöss, Verteidiger des „Angeklagten", wurde mit Hilfe der Polizei aus dem Saal „geräumt".

Knöss veröffentlichte daraufhin sofort eine Presseerklärung:

„Das Vorgehen dieses Richter Schwalbe, der schon zuvor in diesem Bagatellverfahren gegen den Angeklagten einen Haftbefehl erlassen hatte – unter anderem mit der Begründung, er lebe in einer Wohngemeinschaft – der Fragen der Verteidigung in der Beweisaufnahme mehrmals nicht zuließ und schließlich strafprozessual völlig unzulässig den Verteidiger abführen ließ, erinnert so fatal an die Praxis des Volksgerichtshofs, daß wir ... alle Strafverteidiger in Frankfurt öffentlich aufrufen, sich gegen diese bedrohliche Entwicklung zur Wehr zu setzen" („FR", 4.11.). ●

Frauengruppe, KB/Gruppe Frankfurt

§ 218: KBW macht Späßchen

Im AK 68 (S.2) gingen wir noch einmal darauf ein, wie der KBW mit seiner bis heute niemals politisch begründeten Parole „Volksentscheid" die Bewegung gegen den § 218 zu spalten versucht. Wir wiesen darauf hin, daß der KBW auf der anderen Seite wesentliche Forderungen der Bewegung gegen den § 218 (Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung der Abtreibung, Zahlung durch die Krankenkassen etc.) weitestgehend ‚vergessen' hat.

Hierzu findet sich in der „KVZ" des KBW vom 30. Oktober ein sehr spaßiger Artikel von Almut Bilger, Mitglied des „Ausschusses" der KBW-Komitees gegen §218. Mit der beim KBW beliebten Akrobatik möchte Almut Bilger ganz gern beweisen, daß *„die Frauen vom Kommunistischen Bund"* das Recht auf Abtreibung für eine *„N e b e n s a c h e"* halten! Fesch!

Almut Bilger meint, in dem im Artikel in AK 68 entwickelten Rahmen für eine Art ‚Minimalplattform' im Kampf gegen den § 218 *„...taucht der Kampf gegen den § 218 nur (?!) noch an einem Punkt auf"*, nämlich in der Forderung *„Legalisierung der Abtreibung ohne Bevormundung durch Staat und Ärzte"*.

„Darauf", so behauptet Almut Bilger, *„kann man sich sogar mit den Organisationen einigen, die die Fristenlösung hochhalten"*. Seltsam, seltsam! War es doch gerade ein wesentlicher Punkt der ‚Fristenregelung', die Bevormundung durch Staat und Ärzte a u f r e c h t z u e r h a l t e n ! Und war es doch außerdem ein wesentlicher Punkt der ‚Fristenregelung', die Abtreibung nicht generell zu legalisieren, sondern nur in den ersten drei Monaten. – Man kann sich nur immer wieder wundern, was für schwachsinnige Behauptungen die „KVZ" ihren Lesern aufzutischen wagt!

Nachdem Almut Bilger den „Frauen vom Kommunistischen Bund" erst einmal die ‚Fristenregelung' untergejubelt hat, kommt die nächste akrobatische „Schlußfolgerung" schon ganz von selbst: Wir würden *„die Beseitigung des § 218 als Kampfziel völlig aufgeben"*, und wir würden uns *„'Leichterem' zuwenden"*! Nämlich mit den erwähnten Forderungen nach Zahlung der Abtreigung durch die Krankenkassen etc. Sehr spaßig! Almut Bilger vertraut darauf, daß die Leser ihres Artikels den AK schon nicht gelesen haben werden und daß sie ihr also glauben, wenn sie behauptet, wir hätten uns vom Kampf gegen den § 218 abgewendet und dem Kampf um Reformen auf der Grundlage des § 218 zugewendet.

Tatsache ist, daß wir die genannten Forderungen auf der Grundlage der B e s e i t i g u n g des § 218 und der L e g a l i s i e r u n g der Abtreibung stellen und nicht etwa als Ersatz für diese. Andererseits ist es so, daß der KBW die genannten Forderungen schon lange nicht mehr zum Gegenstand seiner zentralen Parolen macht. Dazu äußert sich Almut Bilger mit keinem Wort.

Der „KVZ"-Artikel, der über eine halbe Seite geht, ist ein anschauliches Beispiel für die Methode des KBW, wortreich an der Sache vorbeizuturnen und gegnerische Positionen total zu verdrehen. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung um die Frage, wie der Kampf gegen den § 218 weiterzuführen ist, ist der Artikel von Almut Bilger leider nicht. ●

**Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg**

Anzeige



Oman - Solidaritätswoche mit der PFLO

Im November soll in der BRD und Westberlin eine Solidaritätswoche mit dem Befreiungskampf des Volkes von Oman durchgeführt werden. Eine Delegation der PFLO, Volksfront für die Befreiung Omans, wird eine Rundreise machen, um ihren Kampf zu erläutern und zu propagieren.

Veranstalter sind in erste Linie diverse Nahost- und Palästina-Komitees, ferner auch der iranische Studentenverband, CISNU, und die Generalunion arabischer Studenten, GUAS.

Den Aufruf zu der Solidaritätswoche veröffentlichen wir in diesem AK. Zugleich kritisieren wir die Vorbereitung dieser Kampagne, insofern sie lediglich über die meist politisch irrelevanten 'Komitees' (davon viele dem KBW nahestehend) gelaufen ist. Für jeden, der die Situation in der BRD kennt, liegt es auf der Hand, daß eine wirkungsvolle Kampagne mit einer möglichst breiten Mobilisierung nicht über irgendwelche Komitees laufen kann, sondern nur über die relevanten politischen Organisationen. Wir sind nicht damit einverstanden, wenn irgendwelche Komitees, e r s t eine Kampagne in allen Einzelheiten planen und festlegen, und sich d a n n beispielsweise an unsere Organisation wenden, mit der Aufforderung, sich 'anzuschließen'. Jede wirkungsvolle Kampagne setzt die v o r h e r i g e Konsultation derjenigen fortschrittlichen Organisationen voraus, die als Träger und mobilisierender Faktor einer solchen Kampagne in Frage kommen. Alles andere läuft auf politische Spaltung und Schwächung hinaus. Hierin ist vor allem der KBW mit seinen 'Komitees' für alles und jedes Meister.

Während der Vorverhandlungen unternahm der KBW mit Hilfe verschiedener 'Komitees' den Versuch, seine Wahnvorstellungen vom „Kampf gegen die Supermächte" auch konkret auf Oman anzuwenden. So war der KBW bei der Diskussion des Aufrufs

- dagegen, das Schah-Regime des Iran als faschistisch und als Handlanger des Imperialismus zu kennzeichnen (im Oman kämpfen iranische Truppen gegen die Befreiungsbewegung);
- dagegen, die DVR Jemen als Stütze des Befreiungskampfes in Oman zu bezeichnen (die DRV Jemen unterstützt materiell und propagandistisch die PFLO);
- dagegen, irgendeine Verbindung zu Palästina zu ziehen.

Als der KBW mit dieser Linie nicht durchkam, steckte er zurück.

So enthält der Aufruf nunmehr einen Hinweis auf das „reaktionäre iranische Regime" und auf die „unverändert feste Haltung" der DRV Jemen.

Dieser Vorgang zeigt klar, daß der KBW seine vor allem gegenüber Angola entwickelte pro-imperialistische Politik nunmehr auch auf andere Gebiete auszudehnen versucht, jedoch vorerst zurücksteckt, wenn er auf den Widerstand der betreffenden Befreiungsorganisationen stößt, die mit einer solchen Linie niemals einverstanden sein können. Dieser Vorgang zeigt zugleich, daß die ausländischen Organisationen gut beraten sind, Solidaritäts-Kampagnen nicht mit irgendwelchen 'Komitees' und mit Vertretern e i n e r politischen Strömung auszukunkeln, sondern solche Kampagnen v o r h e r mit a l l e n dafür in Frage kommenden Organisationen abzusprechen.

AUFRUF

der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO)

Aufruf an das Volk von Westdeutschland und an seine fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zur Unterstützung des Kampfes des omanischen Volkes

THE PEOPLE'S FRONT
FOR THE LIBERATION OF OMAN

ADEN OFFICE Maktari Bldg., Madram Street,
MAALLA, ADEN.

Zehn Jahre sind vergangen seit Beginn des Kampfes des omanischen Volkes, den es weiter führt, um die Prinzipien zu verwirklichen, deretwegen es die bewaffnete Revolution im Juni 1965 begonnen hat: Beendigung der ausländischen militärischen und politischen Präsenz, Verwirklichung der Unabhängigkeit und Aufbau einer nationaldemokratischen Herrschaft im Interesse der Volksmassen.

Oman, das in der süd-östlichen Ecke der Arabischen Halbinsel liegt, hat eine einmalige strategische Lage und besitzt

schaft im Interesse der Volksmassen.
Oman, das in der süd-östlichen Ecke der Arabischen Halbinsel liegt, hat eine einmalige strategische Lage und besitzt

große Mengen natürlicher Reichtümer. Deswegen halten die Imperialisten an ihrer Herrschaft in Oman fest und schrecken dabei nicht davor zurück, die abscheulichsten Mittel einzusetzen, um ihre Kontrolle zu behalten. Oman grenzt an drei wichtige Meere: den Arabischen Golf, das Omanische und das Arabische Meer; diese drei Meere stellen eine wichtige Wasserstraße für die Öltanker dar, die das Öl von den Golfstaaten in die westlichen Industrieländer transportieren. Deswegen ist die Kontrolle über diese Meere, speziell aber die Kontrolle über Oman, das Hauptziel des britisch-amerikanischen Imperialismus und seiner Handlanger in diesem Gebiet geworden. Oman verfügt außerdem über große Rohstoffvorkommen, z. B. das Erdöl, Mineralien und die Reichtümer des Meeres. Es ist weiterhin in der Lage, große landwirtschaftliche Erträge zu produzieren.

Trotz dieser einmaligen strategischen Lage und der großen Reichtümer lebt das omanische Volk seit Beginn der Kontrolle über Oman durch die Briten im Jahr 1798 in großer Armut und Rückständigkeit. Das omanische Volk hat sich jedoch mit diesen Zuständen nicht abgefunden, sondern sich bewaffnet und mit verschiedenen Mitteln gewehrt. Oft ist es in seinem Widerstand bis an die Grenzen der Hauptstadt Maskat vorgedrungen, aber immer wieder intervenierten die Briten mit ihren Landtruppen und mit ihrer Flotte, um das omanische Volk zu unterdrücken und ihre Handlanger, die Abu-Said-Familie, an der Macht zu halten. Einer der wichtigsten Internventionsversuche ist der verbrecherische Krieg, den sie gegen das omanische Volk während des Aufstands in Djabal el-Achdar im Jahre 1957–1959 geführt haben.

Diese elenden Zustände, unter denen das omanische Volk lebt und die ihm mit Gewalt von den britischen Kolonialisten aufgezwungen wurden, haben die nationalen Kräfte dazu geführt, die Lehren aus den vergangenen Aufständen und den Revolutionen der Volksmassen, die erfolglos geblieben sind, zu ziehen. Diese nationalen Kräfte haben sich in einer nationalen Front zusammengeschlossen, die alle nationalen und fortschrittlichen Kräfte umfaßt. So begann die bewaffnete Revolution am 9. Juni 1965 in der Südprovinz Omans, in Dhofar. Damit nahm eine bewaffnete Revolution ihren Anfang, die bis heute noch besteht und die auch weiter bestehen wird, bis die Ziele des omanischen Volkes vollständig verwirklicht sind: den ausländischen Einfluß zu beseitigen, volle Unabhängigkeit zu erreichen und die Volksherrschaft aufzubauen.

Die bewaffnete Revolution hat große Erfolge erzielt, darunter die Befreiung der ländlichen Gebiete in Dhofar, den Aufbau der Volksherrschaft in den befreiten Gebieten durch die Volksräte, die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit durch die Zerschlagung der Ausbeutung des Bodens, der Wasserstellen und der Weideplätze durch die Feudalherren. Sie wurden ohne Unterschied in Gemeineigentum verwandelt. Es sind neue Beziehungen aufgebaut worden, die auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung zwischen allen Bürgern, ob Männern oder Frauen, beruhen, indem die Sklaverei, die Stammes-, die rassischen und sippenbedingten Spaltungen innerhalb der Reihen des Volkes abgeschafft wurden.

Bürgern, ob Männern oder Frauen, beruhen, indem die Sklaverei, die Stammes-, die rassischen und sippenbedingten Spaltungen innerhalb der Reihen des Volkes abgeschafft wurden.

Es wurde eine starke Volksbefreiungsarmee aufgebaut, die den Kampf gegen die Kolonialisten und ihre Helfershelfer aufgenommen hat sowie eine Volksmiliz zur Verteidigung der befreiten Gebiete. Bildung und Wissen wurde unter den Volksmassen verbreitet, und es wird angestrebt, das Analphabetentum, dessen Rate vor der Revolution 99 % betrug, zu beseitigen und eine neue nationale Kultur zu verbreiten und die Gesundheitsfürsorge, die die Volksmassen entbehren mußten, zu sichern.

Zugleich hat sich der Einfluß der Revolution auf die übrigen Teile Omans ausgebreitet. Der Widerstand drückt sich in verschiedenen Formen aus: Streiks, Demonstrationen, verschiedene Aufstände, die von bewaffneten Operationen der Revolutionäre im Juni 1971 gekrönt wurden. All dies hat den britischen und amerikanischen Imperialismus dazu gebracht, seine Planung für das gesamte Golfgebiet und speziell für Oman zu überprüfen. Dem Imperialismus war klar geworden, daß es unmöglich ist, das Feuer der Revolution durch den brutalen Terror zu unterdrücken, weiterhin die Zersplitterung des Golfgebiets und die direkte Herrschaft des britischen Kolonialismus aufrechtzuerhalten. Der britisch-amerikanische Imperialismus begann mit der Umsetzung eines abscheulichen Planes, der die ausländische Anwesenheit in Form des Neokolonialismus aufrecht erhält, eine Anwesenheit, die brutaler und noch effektiver ist. Seit dem 10. Juni 1971 wendet der Imperialismus eine doppelseitige Politik an: auf der einen Seite hat er die Abgeschlossenheit Omans von der Außenwelt und seinen historischen Stillstand beendet und hat es mit Gewalt in die Phase des Neokolonialismus hineingezwungen. Er hat Oman den ausländischen Monopolen und dem Neokolonialismus mit all den bekannten Erscheinungen, die es mit sich bringt, geöffnet und das Land an das Rad des kapitalistischen Weltmarktes gekettet. Auf der anderen Seite hat der Imperialismus den Aggressionskrieg brutal eskaliert und direkt den US-Imperialismus und das reaktionäre iranische und jordanische Regime daran beteiligt. Er hat eine breite reaktionäre imperialistische Allianz aufgebaut, um den Krieg zu finanzieren und zu verstärken. All diese Staaten liefern Wirtschaftshilfe, Berater, materielle und militärische Unterstützung, um die Revolution in Oman zu zerschlagen. Dieses imperialistische Vorgehen ist ein Teil des imperialistisch-zionistisch-reaktionären Planes, um das palästinensische Volk in seiner Flüchtlingsexistenz zu halten, die israelische Besetzung des arabischen Territoriums zu festigen und die imperialistische Kontrolle in vielen Gebieten, die die Imperialisten räumen mußten, wiederherzustellen, den Vormarsch der Reaktion in diesen Gebieten zu sichern und die bewaffneten arabischen Revolutionen in Palästina, Oman und Eritrea zu liquidieren sowie die arabischen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.

Jedes imperialistische Land spielt seine vorgezeichnete Rolle in diesem Plan. Die westdeutschen Monopole beliefern die iranische Invasionsarmee mit den neuesten Waffen, andere westdeutsche Monopole wie Strabag und Gelsenberg beteiligen sich an der Ausbeutung des omanischen Reichtums und erfüllen damit ihren Teil an dem militärischen und poli-

westdeutsche Monopole wie Strabag und Gelsenberg beteiligen sich an der Ausbeutung des omanischen Reichtums und erfüllen damit ihren Teil an dem militärischen und poli-

tischen Plan zur Unterdrückung der omanischen Revolution.

Demgegenüber haben die Volksmassen, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und alle ehrlichen Menschen in jedem Land eine wichtige Aufgabe: die Einmischung ihrer Regierungen und der Monopole ihres Landes in Oman gegen das Volk und gegen seine Revolution zu entlarven und sich dieser Einmischung zu widersetzen.

Tatsächlich hat der Kampf des omanischen Volkes Unterstützung und Hilfe in vielen Ländern und durch mehrere fortschrittliche und demokratische Organisationen und alle ehrlichen Kräfte gefunden. Hier wollen wir besonders die unverändert feste Haltung hervorheben, die die Demokratische Volksrepublik Jemen unter Führung ihrer politischen Organisationen bei der Unterstützung der omanischen Revolution einnimmt, und daß sie Opfer und Verpflichtungen, die als Auswirkungen der ständigen Aggressionen entstehen, voll trägt.

Wir wenden uns mit diesem Aufruf an das deutsche Volk und an seine demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, die auf der Seite der Freiheit, des Fortschritts und der Interessen aller Völker gegen Ausbeutung und Diskriminierung stehen. Wir fordern sie auf, sich auf die Seite des omanischen Volkes in seinem Kampf und in seiner Revolution unter der Führung der Volksfront für die Befreiung zu stellen und sich aktiv an der Solidaritätskampagne, die im November in der gesamten Bundesrepublik stattfindet, zu beteiligen.

Informationskomitee der
Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO)





Bürgerkrieg im Libanon

Im Libanon kam Anfang November nach zwei Monaten Bürgerkrieg das 12. (!!) Waffenstillstandsabkommen zustande. Alle Barrikaden sollen beseitigt werden, alle Kämpfer sollen zurückgezogen werden, das „öffentliche Leben" soll wieder „normalisiert" werden. In den Kämpfen zuvor war die von anderen rechten Kräften unterstützte faschistische „Kataeb" (Falange) in schwere Bedrängnis gebracht worden, insbesondere nachdem sich die palästinensichen Organisationen zu einem Eingreifen auf breiter Front entschlossen hatten.
Der folgende Artikel behandelt ausführlicher die Situation im Libanon, wurde aber noch vor dem 12. Waffenstillstand geschrieben.

AK-Redaktion

Seit zwei Monaten tobt im Libanon der Bürgerkrieg. Es gibt jetzt schon an die 10.000 Tote und ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen. Scheinheilig beklagt die internationale Bourgeoisie, daß ihre „Schweiz des Ostens" in Flammen steht. Dabei sind sie es selbst, die diese Entwicklung wollten: Die faschistische Falange (Kataeb), die diesen Bürgerkrieg provoziert hat, indem sie im Frühjahr einen Bus mit Palästinensern anhielt und alle Insassen tötete – diese Falangisten bekommen internationale Unterstützung: Amerikaner und Israelis liefern ihnen Waffen. Einmal in der Woche liegt vor der Küste nördlich von Beirut ein israelisches Schiff und seine Ladung – Waffen für die Kataeb – wird bei Nacht und Nebel gelöscht. Djameil, der Vorsitzende der Kataeb, unterhält gute Beziehungen zur CDU und zu internationalen faschistischen Kreisen. In den Reihen der Kataeb kämpfen Söldner aus der BRD, Italien und USA als Scharfschützen.

Zwischen Israel und den Falangisten gibt es vielfältige Beziehungen. Diese Zusammenarbeit wird von zionistischer Seite offen zugegeben. So antwortete beispielsweise der israe-
Diese Zusammenarbeit wird von zionistischer Seite offen zugegeben. So antwortete beispielsweise der israe-
lische Ministerpräsident Rabin auf die Frage, was er gegen Aktionen der Palästinenser tun wolle, daß *„unsere Verbündeten und Freunde im Libanon"* verantwortlich seien und daß *„sie in der Lage sind, Ziele zu erreichen, die Israel außerhalb Palästinas gegen den Widerstand nicht erreichen kann"*.

Verteidigungsminister Shamon Peres antwortete auf eine Kritik der rechtsradikalen Opposition: *„Wir werden antworten durch die nationalen Reserven im Libanon und dafür sorgen, daß der Kampf arabisiert und libanesiert wird"*. Einen Monat später provozierten die Falangisten den Bürgerkrieg.

Von der Bevölkerung haben die Falangisten wenig Unterstützung. In der westdeutschen Presse wird es immer so dargestellt, als würden sie von 40 % der Bevölkerung, nämlich den Christen, unterstützt. Daß das nicht der Fall ist, erkennt man an folgendem Beispiel: In einem christlichen Viertel in Beirut hatten Kommandos der Widerstandsorganisationen Fuß gefaßt. Die PLO-Führung war der Meinung, sie sollten sich dort wieder zurückziehen und „die Christen in Ruhe lassen". Daraufhin wurde eine Abstimmung unter der christlichen Bevölkerung durchgeführt. Mit großer Mehrheit entschied sie sich für den Verbleib der Kommandos, weil sie die einzigen seien, die sie vor Angriffen schützen würden.

Ebenso haben auf dem „nationalen Kongreß der fortschrittlichen Kräfte" auch Christen der Falange eine klare Absage erteilt ...

Stark sind die Falangisten nicht in den Städten, sondern im wesentlichen auf dem Land, besonders östlich von Beirut in den Bergen, wo sich die Sommerhäuser der Beiruter „high society" befinden. Hier hängen in den Straßen Transparente mit der Aufschrift „Wir werden euch einen schwarzen September bereiten". (Gemeint ist der „schwarze September" 1970 in Jordanien, als Husseins Truppen die palästinensischen Flüchtlingslager bombardierten und innerhalb eines Monats über 20.000 Menschen abschlachteten.)

Die Rechte besteht im Libanon nicht nur aus Falangisten. Es gibt eine Reihe weiterer ebenso militanter faschistischer Organisationen. Eine davon ist die Organisation von Shamon, die südlich von Beirut in die Kämpfe eingriff und die die Falangisten aktiv unterstützt. Shamon selbst ist Großkapitalist und Innenminister.
eingriff und die die Falangisten aktiv unterstützt. Shamon selbst ist Großkapitalist und Innenminister.
Er ist hier vor allen Dingen auch dadurch bekannt geworden, daß seiner Firma Anfang des Jahres alle Fischereirechte vor der Küste zuerkannt werden sollten, was die Fischer ruiniert hätte. Die Fischer von Sidon streikten damals erfolgreich dagegen, die Regierung setzte die Armee ein.

Außerdem gibt es die Befreiungsarmee von Zgarta, die Organisation des Staatspräsidenten Franjia. Eine rein militärische Organisation, die ihre Stützpunkte in der Nähe von Tripolis hat und von dem Sohn des Staatspräsidenten befehligt wird.

Eine weitere Organisation, die in der bürgerlichen Presse immer als „gemäßigt" bezeichnet wird, die aber selbst auch in die Kämpfe eingreift, ist die Organisation von Idde.

Zwischen diesen faschistischen Organisationen bestehen natürlich Rivalitäten, was schon dadurch bedingt ist, daß es sich zum größten Teil um „Privatarmeen" einiger Politiker handelt, die jeweils für sich das meiste rausholen wollen. Einig sind sie sich aber über den gemeinsamen Feind. Ihr Ziel ist es, dem Voranschreiten der fortschrittlichen Bewegung im Libanon ein Ende zu setzen und die „Staatsautorität" wieder herzustellen.

Der libanesische Staat

Der Staat ist im Libanon sehr schwach. Es gibt vor allen Dingen im Süden undin Beirut Gebiete, die nicht mehr unter der Kontrolle des Staats stehen, sondern wo die Fedajin herrschen. Das sind vor allen Dingen die Flüchtlingslager der Palästinenser und ihre Umgebung, sowie die Gegenden, wo die Fedajin ihre Ausbildungs- und Militärbasen haben. Früher waren die Lager von libanesischen Beamten verwaltet. Sie terrorisierten die Flüchtlinge, wo sie nur konnten. Jedes politische Wort war verboten. Beim Verdacht, über Politik gesprochen zu haben, oder bei anderen willkürlich festgesetzten „Vergehen", konnte man mehrere Tage oder Wochen in den Knast kommen, je nach der Laune des Beamten. Um jede politische Beziehung oder Kontaktaufnahme zu vermeiden, mußte man es anmelden und sich genehmigen lassen, wenn man Besuch empfangen wollte. Nach und nach gelang es den Palästinensern, diese Beamten rauszu-
wenn man Besuch empfangen wollte. Nach und nach gelang es den Palästinensern, diese Beamten rauszu-
schmeißen und selber das Lager zu kontrollieren.

Materiell ging es der Bevölkerung jetzt besser, weil die Fedajin dafür sorgten, daß sich die Massen organisierten, um gemeinsam Probleme wie z. B. Kanalisation zu lösen. Und politisch ging es ihnen besser, weil sie politisch diskutierten, ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen und nicht mehr schutzlos waren. Unter solchen Bedingungen reift das Bewußtsein der Massen sehr schnell und es hat als Vorbild auch Auswirkungen auf die libanesischen Massen.

Die Bewegung unter den libanesischen Massen ist in den letzten Jahren stark geworden. Wenn die Bourgeoisie eine weitere „friedliche" Entwicklung geduldet hätte, wäre ihre Macht schrittweise immer weiter untergraben worden. Der Libanon verfügt nur über eine Armee von 15.000 Mann (Zum Vergleich: Jordanien, das weniger Einwohner hat, verfügt über 100.000 Mann Soldaten). Allein die libanesischen Faschisten haben nach eigenen Angaben 17.000 Mann unter Waffen. Die Zahl der Freiheitskämpfer ist nicht bekannt, sie dürfte aber wesentlich höher liegen.

Die libanesische Regierung ist äußerst rechts. Besonders nach der letzten Regierungskrise Anfang des Sommers, in deren Verlauf der Faschist Shamon Innenminister wurde und alle fortschrittlichen bzw. liberalen Minister aus dem Kabinett entfernt wurden. Auch der Staatspräsident Franjia ist selbst Chef einer faschistischen Mördertruppe. Ministerpräsident Karame genießt jedoch weiter ein „liberales" Image. Er hat mehrmals in der letzten Zeit mit Rücktritt gedroht. Das würde den Weg frei machen, um weitere Faschisten in die Regierung aufzunehmen.

Ähnlich sehen die Verhältnisse auch in der Armee aus. Teilweise sind Armeeeinheiten und Einheiten der Kataeb identisch, weil Kataeb-Einheiten geschlossen in die Armee einberufen werden. Es ist klar, daß den Faschisten so die Waffenarsenale der Armee offenstehen, zumal die meisten Offiziere mit der Kataeb sympathisieren.


Befreiungskämpfer


Ein maskierter Falange-Faschist

Der Terror richtet sich in erster Linie gegen die libanesische Bevölkerung

Zwei Tage (!) nach dem Abschluß des israelisch-ägyptischen Abkommens hielten die Drahtzieher offensichtlich den Zeitpunkt für gekommen, im Libanon in die Offensive zu gehen. Durch die Politik der „friedlichen Lösung" und durch die Krönung dieser Politik durch das Abkommen, hatten die Imperialisten zunächst eine Isolierung der fortschrittlichen Volkskräfte erreicht. Die Phase, die nach dem Abkommen anbrach, war der erneute Versuch, den Volkswiderstand physisch zu vernichten.

Gleichzeitig erreichten sie auch durch ein sofortiges Losschlagen nach der Unterzeichnung, daß die Aufmerksamkeit der Massen weggelenkt wurde vom Abkommen und vom ägyptischen Verrat.

Provoziert wurden die Kämpfe zunächst im Norden des Landes, vor allem in Tripolis, wo es im Verhältnis zum Süden nur wenige Palästinenser gibt. Der Kataeb gelang es nur für einige Tage, sich in Tripolis zu halten. In dieser Zeit verbreiteten sie aber einen Terror, der nur mit der faschistischen Diktatur in Chile oder mit den zionistischen Massakern gegen die arabische Bevölkerung Palästinas zu vergleichen ist. Die Faschisten trieben Frauen und Kinder auf die Straße, ließen sie zunächst fliehen und erschossen sie dann. Oder sie warfen Handgranaten in ihre Verstecke. Nach ca. 5 Tagen gelang es den fortschrittlichen nationalen libanesischen Kräften, die Stadt zu erobern; der Terror hatte ein Ende. Aber er hatte seine Wirkung gehabt: In Panik flüchteten viele Libanesen aus dem Nordlibanon nach Syrien oder weiter nach Jordanien. Ende September gab es allein in Damaskus 15.000 Flüchtlinge. Ganze Lastwagentrecks rollten täglich über die Grenze. Alles, was die Flüchtlinge mitnehmen konnten, war das, was sie auf dem Körper trugen; für andere Sachen war kein Platz auf den Lastwagen. Es ist anzunehmen, daß inzwischen bereits wesentlich mehr Menschen vertrieben worden sind.

Das Ziel des Terrors war es wohl in erster Linie, die fortschrittlichen Kräfte empfindlich zu treffen und die libanesischen Massen von den Palästinensern zu trennen.

Die militärische Lage

Die militärische Lage sieht jetzt so aus, daß alle Städte – außer Beirut, das noch umkämpft ist – von den fortschrittlichen Kräften kontrolliert werden, während die Faschisten die Verbindungswege zwischen den Städten kontrollieren, über große zusammenhängende Gebiete verfügen und sich frei im Land bewegen können. Sie werden direkt von Israel unterstützt. Immer wenn offiziell Waffenstillstand herrscht, bombardieren israelische Flugzeuge die Lager im Süden.

Am verworrensten ist die militärische Lage in Beirut. Die „Frontlinien" sind hier teilweise nur einige Straßenecken auseinander. Die Bevölkerung kann sich nicht auf die Straße wagen, weil überall geschossen wird.

Die Waffen, die bei den Kämpfen eingesetzt werden, sind leichte und schwere MGs, Handgranaten, Granatwerfer, Kurzstreckenraketen und Sprengstoff. Die Innenstadt, die traditionell Falangisten-Gebiet ist, wurde völlig verwüstet.

Die Versorgung ist in großen Teilen Beiruts völlig zusammengebrochen, es gibt keine Post, keine Verkehrsverbindungen, keine Elektrizität, kein Wasser. Die Geschäfte sind geschlossen, die Menschen hungern. Etwas anders sieht es nur in dem großen Gebiet im Süden von Beirut aus, das von den fortschrittlichen Kräften kontrolliert wird. Hier sind die Läden geöffnet. Es wird versucht, soweit wie möglich ein „normales" Leben zu sichern. Ganz anders als dort,wo die Kataeb für einige Tage herrschte.

Fortsetzung Seite 26

Bürgerkrieg im Libanon'

FORTSETZUNG VON SEITE 25


Zerstörtes Beirut

Die Situation innerhalb der fortschrittlichen Kräfte

Die fortschrittlichen Kräfte umfassen ein breites politisches Spektrum. Es gibt die Sozialdemokraten Djumblatts, die auf Raketenangriffe der Kataeb auf ihr Gebiet mit „Protestdemonstrationen" antworten und nicht am bewaffneten Widerstand teilnehmen. Dann gibt es die Kommunistische Partei Libanons, die selbst den bewaffneten Kampf führt, darüberhinaus eine Reihe bürgerlich-patriotischer Kräfte, unter denen die verschiedenen Gruppen der Nasseristen die Bedeutendsten sind. Dann gibt es die Sachwalter syrischer Interessen, den libanesischen Zweig der syrischen Baath-Partei und die Al-Saika auf palästinensischer Ebene. Bis hin zu den kommunistischen Kräften von der Arabischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Diese ganze Vielfalt der Organisationen spiegelt sich auch auf palästinensischer Ebene innerhalb der PLO wider. Hauptdifferenz zwischen diesen Strömungen besteht in der Frage, wie man auf die Angriffe reagieren soll. Die rechten Kräfte sind nur dann bereit, gegen die Falangisten vorzugehen, wenn sie selbst angegriffen werden. So erklärte beispielsweise die PLO-Führung, man solle versuchen, die Palästinenser aus den Kämpfen herauszuhalten. Ein offizielles Eingreifen der PLO würde nur den Staat zum Einsatz der Armee provozieren. Richtig daran ist sicherlich, daß man verhindern muß, daß die Palästinenser die Kämpfe allein tragen und der Reaktion eine Spaltung zwischen palästinensischen und libanesischen Massen gelingt. Falsch wird es aber dann, wenn man behauptet, man solle sich möglichst aus den Kämpfen raushalten, weil das andere Kräfte provozieren würde.

raushalten, weil das andere Kräfte provozieren würde.

Wie sich die Politik der PLO-Führung bei den Kämpfen konkret auswirkt, soll an zwei Beispielen gezeigt werden:

Fortschrittliche Kräfte hatten einen strategisch wichtigen Hügel südlich des Flüchtlingslagers Tal As-Satar in Beirut besetzt, dann bekamen sie den Befehl der PLO-Führung, sich zurückzuziehen. Sie weigerten sich, da sie befürchteten, die Falangisten würden dann sofort den Hügel besetzen und von dort aus das Lager beschießen. Die Antwort der PLO-Führung war, es sei wichtig, jetzt zu verhandeln. Die Falangisten hätten sich bereit erklärt, danach Waffenruhe zu halten und die Palästinenser nicht anzugreifen. Die Genossen wurden gezwungen, den Hügel zu räumen. Eine Stunde später lag das Lager unter schwerem Beschuß der Faschisten.

Ein zweites Beispiel ereignete sich ebenfalls in Beirut. Die Falangisten beschossen mit Raketen einen Stadtteil, der von fortschrittlichen Kräften kontrolliert wurde. Die Massen forderten, die Falange müsse sofort angegriffen werden. Der Verantwortliche der Al-Fatah weigerte sich, „um eine Zuspitzung der Lage zu vermeiden". Man solle abwarten, bis man angegriffen werden würde. Er wurde von den Massen verprügelt.

In letzter Zeit haben die fortschrittlichen Kräfte große Erfolge in Beirut errungen und fast die ganze Stadt unter Kontrolle gebracht. Das ist sicherlich zurückzuführen auf ein offensiveres Auftreten aufgrund des Druckes der Massen.

Kombinierte militärisch-politische Aktionen der Ablehnungsfront

Um den militärischen Kampf gegen die Falangisten und den politischen Kampf für die Gewinnung der Massen auf der Grundlage eines offensiven Auftretens gegen die Falangisten optimal zu verbinden, hat die Ablehnungsfront Trupps aufgebaut, die gleichzeitig militärische und politische Aufgaben erfüllen. Sie haben z. B. die Aufgabe, ein Haus zu besetzen und gleichzeitig Zeitungen zu verteilen und die Massen zu agitieren. Große Erfolge erzielten sie mit der Taktik der „wandernden Barrikade". Sie schieben eine Barrikade gegen die Falangisten vor und verteidigen sie, gleichzeitig agitieren sie die Bevölkerung der Straße und organisieren sie zum Kampf. Dann ziehen sie sich wieder zurück und bauen die Barrikade in der nächsten Straße wieder auf. Diese Taktik ist geboren aus der Not, daß die PLO-Führung oft nicht bereit war anzugreifen und die Ablehnungsfront mit ihren Kräften allein größere militärische Aufgaben nicht bewältigen konnte.


Von den USA reich aufgerüstet hält Israel sich zum Einmarsch in den Südlibanon bereit

Von den USA reich aufgerüstet hält Israel sich zum Einmarsch in den Südlibanon bereit

Wie wird es weitergehen ?

Unserer Meinung nach handelt es sich bei diesem Angriff der reaktionären Kräfte um den Versuch, den Volkswiderstand im Libanon wieder in den Untergrund zu drängen und die Macht im Staat in die Hände der Faschisten zu legen, denn sie sind die einzigen, denen zugetraut wird, den Widerstand zu zerschlagen. Bis jetzt hat die Reaktion noch nicht alle Karten ausgespielt. Israel hält sich bereit, gegebenenfalls den Südlibanon zu besetzen. Es hat diesbezügliche Drohungen bereits mehrfach ausgesprochen und sich auch schon eine Rechtfertigung dafür zurechtgelegt. Israel und die internationale bürgerliche Presse behaupten, daß Syrien beabsichtige, im Libanon zu intervenieren.

Syrien hat aber überhaupt kein Interesse an einer Intervention im Libanon und einem Krieg mit Israel. Das Regime hat bereits den Weg beschritten, der bei Ägypten im Endeffekt zum Abkommen mit Israel geführt hat: Es hat begonnen, sowjetische Berater auszuweisen; der Druck auf die palästinensischen Widerstandsorganisationen in Syrien wird immer größer; Syrien hat ein Bündnis geschlossen mit dem reaktionären jordanischen Regime; es hat erste Andeutungen gemacht, das Mandat der UNO-Truppen zu verlängern und es führt seit langem intensive Gespräche mit dem US-Imperialisten.

Israel dagegen hält sich bereit, den Süden Libanons zu besetzen. Die israelische Armee ist wohl die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Verhältnisse im Süden Libanons vorerst wieder unter die Kontrolle der Imperialisten zu bringen. Die USA haben sich nicht grundsätzlich gegen diese Pläne gewandt, sondern Israel nur davor gewarnt, im Libanon einzumarschieren „ohne vorherige Beratung mit den USA".

Reaktionäre arabische Staaten spielen z. T. schon eine Rolle im Libanon. So kämpfen jordanische Soldaten an der Seite der Falangisten. Von den fortschrittlichen Kräften sind auch wiederholt Ägypter festgenommen worden, die als Scharfschützen bei den faschistischen Kräften gekämpft haben.

Zu der Gipfelkonferenz der arabischen Liga in Rabat lag ein Plan auf dem Tisch, „Friedenstruppen" der Arabischen Liga nach Libanon zu schicken. Der Plan soll angeblich aus Kuwait gekommen sein. Da er aber einzig und allein in der ägyptischen Zeitung „Al-Ahram" veröffentlicht wurde, ist anzunehmen, daß es sich in Wirklichkeit um einen ägyptischen Plan handelt. Das palästinensische Volk hat schon einmal Erfahrungen mit derartigen „Friedenstruppen" gemacht. Im September '70 halfen sie in Jordanien mit, den Widerstand restlos zu zerschlagen. Sie veranstalteten ein Massaker unter den palästinensischen Fedajin, die in den Norden Jordaniens geflohen waren.

Es ist unsere Aufgabe, unsere Anstrengungen zu verstärken und den revolutionären Kräften des Widerstands materielle Hilfe zukommen zu lassen. ●

Nahost-Kommission
KB / Gruppe Westberlin


1958 landeten US-Truppen im Libanon, um Bürgerkriegskämpfe zugunsten der Reaktion und des Imperialismus zu entscheiden. Heute droht Israel offen mit einer Intervention im Libanon.

Italien: Kampf dem Faschismus – Weg mit der MSI!

Die Forderung nach dem Verbot der faschistischen MSI wird von der italienischen Arbeiterklasse schon seit Jahren erhoben. Im Frühjahr dieses Jahres begann auf Initiative mehrerer linker Organisationen und einiger hundert Fabrikräte eine Unterschriftensammlung, um ein Gesetz zum Verbot der MSI in das Parlament einzubringen. Die revisionistische PCI stellte sich sofort dieser Initiative entgegen. Inzwischen hat auch die Staatsanwaltschaft von Rom einen Antrag an das italienische Parlament gestellt, den Abgeordneten und Senatoren der MSI die parlamentarische Immunität abzuerkennen, um Strafverfahren gegen sie einleiten zu können.

MSI: Nachfolgerin der Mussolini-Partei

Die Geschichte der MSI ist eine Geschichte des faschistischen Verbrechens. Die „Salo-Republik" (Salo ist ein kleiner Ort in Norditalien, wo das Mussolini-Regime in seiner zweiten Ära von 1943 bis 1945 mit Hilfe deutscher Besatzung seine Terrorherrschaft fortsetzte) war gerade niedergeschlagen, da sammelten die Faschistenführer und Partisanenmörder schon wieder ihre Anhänger um sich. Die Teilnehmer der Gründungsversammlung der MSI am 26.12.1946 waren altbekannte Faschisten: Arturo Michelini, faschistischer Vizeparteisekretär, Giorgio Pini, Chef-Propagandist der „Salo-Republik", Pino Romualdi, unehelicher Sohn Mussolinis, wie Michelini, Vizesekretär der Mussolini-Partei und wegen zahlreicher Kriegsverbrechen untergetaucht. Erster Parteisekretär wurde Giorgio Almirante, der noch heute Chef der MSI ist. Almirante hatte vor seiner Tätigkeit als Innenminister der „Republik Salo" das rassistische Hetzblatt „Difesa della Razza" (Verteidigung der Rasse) herausgegeben. Er trägt nachweislich die Schuld für die Ermordung zahlreicher Partisanenkämpfer.

1947 richteten die Führer der MSI ihre Hauptaktivität auf die tisanenkämpfer.

1947 richteten die Führer der MSI ihre Hauptaktivität auf die Sammlung ihrer Getreuen. Darunter waren der Marschall Graziani, Augusto de Marsanich, ein Altfaschist, der in der „Salo-Republik" die Ämter des Präsidenten der Bank von Rom und von Alfa Romeo innegehabt hatte; der Kommandeur der faschistischen Torpedoflotte, Borghese; und viele andere, an deren Händen noch das Blut der Partisanen klebte.

Alle Aktivitäten der MSI-Faschisten verstießen gegen die Bestimmungen eines Gesetzes vom Dezember 1947. Dort heißt es u.a.: *„Wer die aufgelöste faschistische Partei in irgendeiner Form, sei es Partei oder Bewegung oder paramilitärische Organisation, wiedergründet und militärisch oder paramilitärisch Gewalt als Mittel im politischen Kampf anwendet sowie die Ziele der aufgelösten faschistischen Partei verfolgt, wird mit Gefängnis von zwei bis 20 Jahren bestraft".*

Auf dieses Gesetz beruft sich jetzt auch die römische Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift gegen die MSI-Führer.

Bis heute konnten und können die Faschisten allerdings trotz dieses Gesetzes ungehindert ihr Unwesen treiben. 1947, als die Faschisten heftige Zwischenfälle in Nord- und Mittelitalien provozierten, wurde Almirante wegen Verteidigung des Faschismus in der Öffentlichkeit zu Gefängnis verurteilt – und gleich darauf amnestiert.

Die MSI nahm bereits 1948 an den Parlamentswahlen teil. Damals erhielt sie eine halbe Million Stimmen (ca. 1,5%). In der Folgezeit versuchte sie vor allem, ihre „Honorigkeit" herauszustellen. De Marsanich, der von 1950 bis 1954 Parteisekretär war, orientierte auf ein „breites Rechtsbündnis" mit den Monarchisten und der Christdemokratie. Die Gruppe um Almirante und die alten Salofaschisten propagierten hingegen die „faschistische Revolution". Mit ihren radikalen Parolen zogen sie kleinbürgerliche und bourgeoise Jugendliche an. Nach der Gründung der FUAN („Fronte Universitario di Azione Nazionale" = faschistische „Studentenfront") verunsicherten die faschistischen Schlägertrupps die Straßen von Rom und Triest. Aus den Reihen dieser Schläger stammte Almirantes Führungsmannschaft von 1969. Seit 1969 ist Almirante wieder MSI-Parteisekretär.

MSI: Drahtzieher des faschistischen Terrors

Die MSI versuchte immer, sich den Anstrich der „Wahlpartei" zu geben. In ihrem Schatten entstanden

den Anstrich der „Wahlpartei" zu geben. In ihrem Schatten entstanden

zahlreiche faschistische Terrororganisationen, die oft von MSI-Führern gegründet wurden. Doppelt- und Dreifachmitgliedschaften in der MSI und Terrorgruppen wie „Avanguardia nazionale", „Rosa dei Venti", „Ordine nuovo", „Giustiziere d'Italia" (= „Henker Italiens"!), „Squadre di Azione Mussolini" usw. sind üblich. Hinzu kommt die faschistische „Gewerkschaft" CISNAL, die FUAN und andere Jugendorganisationen der MSI („Giovane Italia", „Fronte della Gioventu"), deren Mitglieder in zahlreiche faschistische Terroraktionen verwickelt sind.

1969 begannen die Faschisten mit ihrer „Strategie des Terrors". Es

Libanon
Genosse der PFLP von den Faschisten ermordet

Unter den Tausenden von Opfern des faschistischen Terrors im Libanon ist auch ein Redakteur der Zeitung „Al Hadaf", die von der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) herausgegeben wird.

Der Genosse war zusammen mit dem Genossen Kassem Hamid, Direktor von „Al Hadaf" und zweiter Vorsitzender der PFLP am 25. Oktober an der Straße Beirut-Sidon von Faschisten der „National-liberalen Partei" des Innenministers Schamun entführt worden. Beide wurden gefoltert. Während Genosse Hamid fliehen konnte, wurde der andere Genosse schließlich ermordet. ●


MSI-Faschisten



Die faschistischen Mörder haben zugeschlagen — nach dem Bombenanschlag in Brescia

sei hier nur an das Blutbad in der Mailänder Landwirtschaftsbank 1969, an die Anschläge auf die Gewerkschaftskundgebung in Brescia und den Italicus-Expreß 1974 erinnert, bei denen 34 Menschen getötet und über 100 verletzt wurden. Hinzu kommen zahlreiche Morde an Genossen der revolutionären Linken und an antifaschistischen Arbeitern, deren Zahl auch schon weit in die hundert gehen dürfte.

Die bürgerliche Presse, die Staatsorgane und natürlich die MSI haben lange eine Verbindung zwischen den traditionellen Faschisten der MSI und den außerparlamentarischen Terrorgruppen abgestritten. Im Gegenteil wurde Jahre hindurch die Theorie der „Extremisten von rechts und links" vertreten, wobei die Hauptverantwortung für die Terroranschläge immer wieder den Linken in die Schuhe geschoben werden sollte. Noch heute wird der Anarchist Valpreda wegen des Blutbads in Mailand angeklagt, obwohl die Verantwortung der Faschisten schon lange nachgewiesen ist.

Vor allem aufgrund der Enthüllungen der revolutionären Linken konnten die meisten dieser Lügen

lange nachgewiesen ist.

Vor allem aufgrund der Enthüllungen der revolutionären Linken konnten die meisten dieser Lügen

nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Beteiligung der MSI an den faschistischen Terroraktionen ist offensichtlich geworden. Dazu zwei Beispiele:

– Am 12. April 1973 sollte in Mailand eine MSI-Versammlung mit dem MSI-Abgeordneten Ciccio Franco stattfinden (Franco ist inzwischen als Rädelsführer der faschistischen Terroraktionen in Reggio di Calabria zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden). Die Versammlung wurde verboten, worauf die Faschisten den ganzen Tag in der Stadt Zwischenfälle provozierten und Passanten verprügelten. Schließlich warfen Faschisten eine Handgranate, die einen Polizisten tötete. Angeklagt wurden 135, meist jugendliche Faschisten. Sie sagten aus, daß die Anweisung zur bewaffneten Provokation von Almirante und dem Mailänder MSI-Funktionär Servello gegeben wurde.

– Nach dem Anschlag auf den Rom-Brenner-Express „Italicus", bei dem zwölf Menschen ums Leben kamen, präsentierte Almirante der Staatsanwaltschaft einen Zeugen, der eine Urheberschaft der Linken an dem Attentat beweisen sollte. Dieser sagte dann in der Vernehmung aus, daß ihn die MSI-Führung unter Druck gesetzt habe. Der Leibwächter Almirantes, Angelino Rossi, habe ihn mit der Drohung erpreßt, man würde andernfalls seine Kinder umbringen!

Die Tatsachen, die bereits über die faschistischen Terroranschläge und Putschversuche der letzten sechs Jahre vorliegen, lassen die Schlußfolgerungen zu, daß die MSI entweder Urheber der Terrorakte war oder die Ausführer unterstützt bzw. geschützt hat.

Verbot der MSI

Gegen 40 Abgeordnete und Senatoren der MSI wurde der Antrag auf Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität gestellt. Dadurch wäre der Weg für die Einleitung von Strafverfahren gegen die MSI-Führer

auf Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität gestellt. Dadurch wäre der Weg für die Einleitung von Strafverfahren gegen die MSI-Führer

frei. Die MSI-Führer sollen wegen Verstoß gegen das Verbot des Wiederaufbaus der faschistischen Partei angeklagt werden. In der Anklageschrift an das Parlament kommt die Staatsanwaltschaft zu dem eindeutigen Schluß, daß die MSI Nachfolgeorganisation der faschistischen Partei ist und sich des Terrors als politischer Methode bedient. Ob die MSI verboten wird, erscheint dennoch äußerst fraglich. Almirante ist schon 1973 die parlamentarische Immunität aberkannt und der „Reorganisation der verbotenen faschistischen Partei" beschuldigt worden. Bis heute führt er unbehelligt die Geschäfte der MSI.

Die bürgerliche Presse kommentiert das Verfahren gegen die MSI-Führer damit, daß man der „politischen Bekämpfung" des Rechtsextremismus vor einem Verbot den Vorzug geben sollte. Besonders zynisch hörte sich das aus dem Mund von Pino Romualdi, Vizesekretär der MSI, an, wenn er meint, ein Verbot der MSI würde „die Blöße der italienischen Demokratie offenbaren" („Il Giornale", 4.7.75).

Die Blöße offenbart sich vielmehr in dem Gewährenlassen bis zum offenen Fördern der Faschisten. Als einzige faschistische Organisation wurde bisher 1973 „Ordine nuovo" verboten, ihre Nachfolgeorganisation „Ordine nero" kann ungehindert agieren. Ein Prozeß gegen 119 Mitglieder von „Ordine nuovo" wurde Anfang '75 mit der Begründung abgeblockt, es müßten erst sämtliche Verfahren, in die Angeklagte verwickelt sind, abgeschlossen sein.

Innerhalb der MSI findet derzeit eine Diskussion um eine mögliche „Neuorientierung" statt. Die „gemäßigten" Faschisten, deren Verwicklung in die faschstischen Blutbäder noch nicht so offensichtlich ist, orientieren auf die Gründung einer neuen Rechtspartei. Diese soll „gemäßigt, aber nicht faschistisch" sein. Alle Reaktionäre, von den Monarchisten bis zu den rechten Christdemokraten, sollen sich dort sammeln. Der Name dieser

faschistisch" sein. Alle Reaktionäre, von den Monarchisten bis zu den rechten Christdemokraten, sollen sich dort sammeln. Der Name dieser

Rechtspartei steht auch schon fest: „Democrazia Nazionale" (Nationale Demokratie). Almirantes Haltung in dieser Frage ist noch nicht eindeutig. Die Gründung einer faschistischen Partei unter neuem Namen, die ein breiteres Spektrum der Reaktion umfaßt, ist jedenfalls nicht auszuschließen.

Dem Faschismus, der heute in Italien bereits eine organisiertere und brutalere Form als in Westdeutschland hat, setzt die italienische Arbeiterklasse ihren Widerstand entgegen. Dies zeigt sich in antifaschistischen Massendemonstrationen mit zehntausenden Teilnehmern, dies zeigt sich auch an der breiten Beteiligung an der Initiative zum Verbot der MSI. Ein Verbot der MSI heute wäre ein Erfolg der antifaschistischen Massenmobilisierung. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien
Konzerne kämpfen um Einfluß in der Presse

Der Markt der bürgerlichen Presse in Italien ist mit ca. 5 Mio Auflage bei Tageszeitungen schon übersättigt. Die Verluste der Zeitungsindustrie übersteigen die vergleichbaren Zahlen in der BRD um mehr als 20 %. Trotzdem werden immer neue Zeitungen herausgebracht; die neuste startet im Januar 1976 mit 300.000 Auflage: „Republica".

Sie entsteht aus einem Zusammenschluß des größten italienischen Buchverlegers G. Mondadori und der Zeitung „Espresso", einem linksliberalen Blatt, dessen Chefredakteur Scalfari ein Sozialist, dessen Hauptaktionär jedoch Carlo Carracciola, der Schwager Agnellis (!) ist.

Die Gründer der Zeitung wollen sie als „d i e linke Zeitung Italiens" verkaufen, wobei sie sich als Zielgruppe folgende Leute ausgesucht haben: *„Studenten, Gewerkschaftsfunktionäre, leitende Beamte, Unternehmer, Lehrer und Politiker mit nationalem und regionalem Wirkungskreis!"* („FAZ", 17.10.).

Eine parteipolitische Gebundenheit soll angeblich dadurch verhindert werden, daß bis jetzt schon Journalisten aus allen Lagern, so von der bürgerlichen „Voce Repubblicana" bis hin zu „Il Manifesto" unter Vertrag genommen sind (s. „FAZ", 17.10.).

Mit ihrem sozialistischen Chef und der „linksliberalen" Ausrichtung, die sich „auch dem Gespräch mit den Kommunisten stellen will" (Zit. Scalfari), stößt diese Neuerscheinung wohl in eine Marktlücke bei den Kleinbürgern und Intellektuellen Italiens. Eine Marktlücke, die sich diesmal ein Schwager des Fiatboss Agnelli unter den Nagel gerissen hat. Selbst „wenn seine Verwandschaft zu Agnelli natürlich" die Zeitung „in keiner Weise beeinflußt" (Carracciola), so reiht sich diese Neugründung in die Situation der Presse ein, durch deren Aufkauf die Kapitalisten direkt größeren Einfluß auf die Bevölkerung bekommen wollen.

Montedison kontrolliert 50 % der Tagesauflagen

– So kaufte der Chemiekonzern Montedison die auflagenstärkste Tageszeitung in Rom, „Il messagero", auf. Der Verleger Rizzoldi kaufte 1974 den hochverschuldeten „Corriere della Sera" mit Geldern von Montedisons Banken, und auch Montanelli gründete in diesem Jahr den rechtsgerichteten „Giornale Nuovo" in Mailand, mit Geldern und Krediten von Montedison.

– Agnelli besaß bis jetzt die Turiner „Stampa" und hat sich über seinen Schwager auch Einfluß auf die „Repubblica" gesichert.

– Der Reeder und Millionär Lauro besitzt zwei Zeitungen in Neapel.

– Der Chemiekapitalist Leser besitzt eine Zeitung in Sardinien, die ihm aber durch ein Konkurrenzblatt, u.a. finanziert von „Jet-Set-Milliardär Aga Khan, abspenstig gemacht werden soll.

– In Bologna kaufte sich die DC mit Geldern des Industriellen Conti den rechten „Il Nuovo Quotidiano".

Montedison kontrolliert über 2 Mio der insgesamt auf 5 Mio liegenden Auflage der Tageszeitungen.

Die anderen Kapitalisten kontrollieren noch einmal 30 %, und so ist der Markt fest in der Hand der Konzerne. „Republica" will jetzt ihren neuen Leserkreis u.a. dem „Corriere della Sera" (Rizzoli/Montedison) abspenstig machen.

Das einzige Rezept gegen diese „Kaufwut der Presse" haben schon die Kollegen und vor allem Journalisten beim Aufkauf des „Messagero" 1973 gezeigt: sie legten die Zeitung lahm, unterstützt von vielen Kollegen anderer Zeitungen und des Fernsehens, und erreichten damit, daß fortschrittliche Kollegen nicht der „Richtung der Zeitung", nämlich Montedisons, „angepaßt" oder rausgeschmissen wurden. ●

Druckbereich/Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Linke Fernsehtechniker streichen Hetze aus antikommunistischem Interview!

Mitte Oktober sendete das italienische Fernsehen RAI ein Interview mit dem in Paris lebenden sowjetischen Emigranten Andrej Sinidwski, Professor an der Sorbonne.

Doch die „Enthüllungen" dieses engen Freundes von Sacharow und Solschenizyn, die er im Interview gemacht hatte, waren in der Sendung drastisch gekürzt und zusammengestrichen worden.

Von seiner „Anklage gegen die Verfolgung sowjetischer Regimekritiker" fehlten gerade die übelsten Zitate wie z.B.:

– *„Der Staat betrachtet auch die kleinste Abweichung von einer bindend vorgeschriebenen Linie des Verhaltens als blasphemisch!"* oder

– *„ ... hier können wir in völliger Freiheit diskutieren, ich könnte mir eine ähnliche Situation in Rußland nicht einmal vorstellen"* oder

– *„ ... man versucht seit Jahren die Kirchen zu zerstören. Eine erbarmungslose Zerstörung"* und als Höhepunkt:

– *„ ... jede Bekundung des menschlichen Denkens wird zwangsweise unterdrückt und ausgelöscht!"*

Die Namen der „Zensoren" sind zwar nicht bekannt, fest steht aber, daß diese sehr sauberen „Korrekturen" von fortschrittlichen Technikern des RAI als Bedingung für die Montage der Sendung gefordert wurden.

„Empörung" bei den bürgerlichen Parteien

Die Reaktion der Rechten war ein einziger Aufschrei der Empörung.

Fünzig Senatoren, an der Spitze der Fraktionsführer der DC, Bartolomei, sowie zahlreiche Abgeordnete der Liberalen und der Sozialdemokraten forderten eine Parlamentsdebatte über diese „Ungeheuerlichkeit willkürlicher Zensur" und drängen auf die Entlassung und Bestrafung dieser „ideologischen Attentäter". So meinte der DC-Abgeordnete Speranza, es gelte gegen den um sich greifenden „Links-Faschismus" zu „reagieren".

Diese Aktion der Fernsehtechniker macht deutlich, daß auch die Linken und Antifaschisten Italiens sich gegen die antikommunistische Hetze der Bourgeoisie energisch zur Wehr setzen. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wieder ein faschistischer Mord

Der politische Mord gegen einzelne ebenso wie das kaltblütig kalkulierte Blutbad z.B. mit Bomben in vollbesetzten Zügen, ist ein bevorzugtes Mittel des italienischen Faschismus, wie natürlich überhaupt des Faschismus.

Das jüngste Verbrechen dieser Art ist die Ermordung von Antonio Corrado, einem 21jährigen Jugendlichen, im römischen Stadtteil San Lorenzo. Corrado wurde am 30. Oktober, als er nachts vom Kino heimkehrte, in der Nähe seiner Wohnung durch drei Pistolenschüsse getötet.

Corrado war in keiner Weise politisch aktiv gewesen. Vielmehr war ihm offenbar seine starke Ähnlichkeit mit dem Genossen Emilio Petrucceli von der kommunistischen Organisation Lotta Continua zum Verhängnis geworden. Dieser wohnt im Haus neben dem Ermordeten. Genosse Petrucceli, Funktionär von LC (er hat z.B. häufiger Demonstrationen bei der Polizei angemeldet) hatte sich am Abend des Mordes lange im Büro der Organisation aufgehalten und war selbst erst wenige Minuten vor dem faschistischen Mordüberfall nach Hause gekommen.

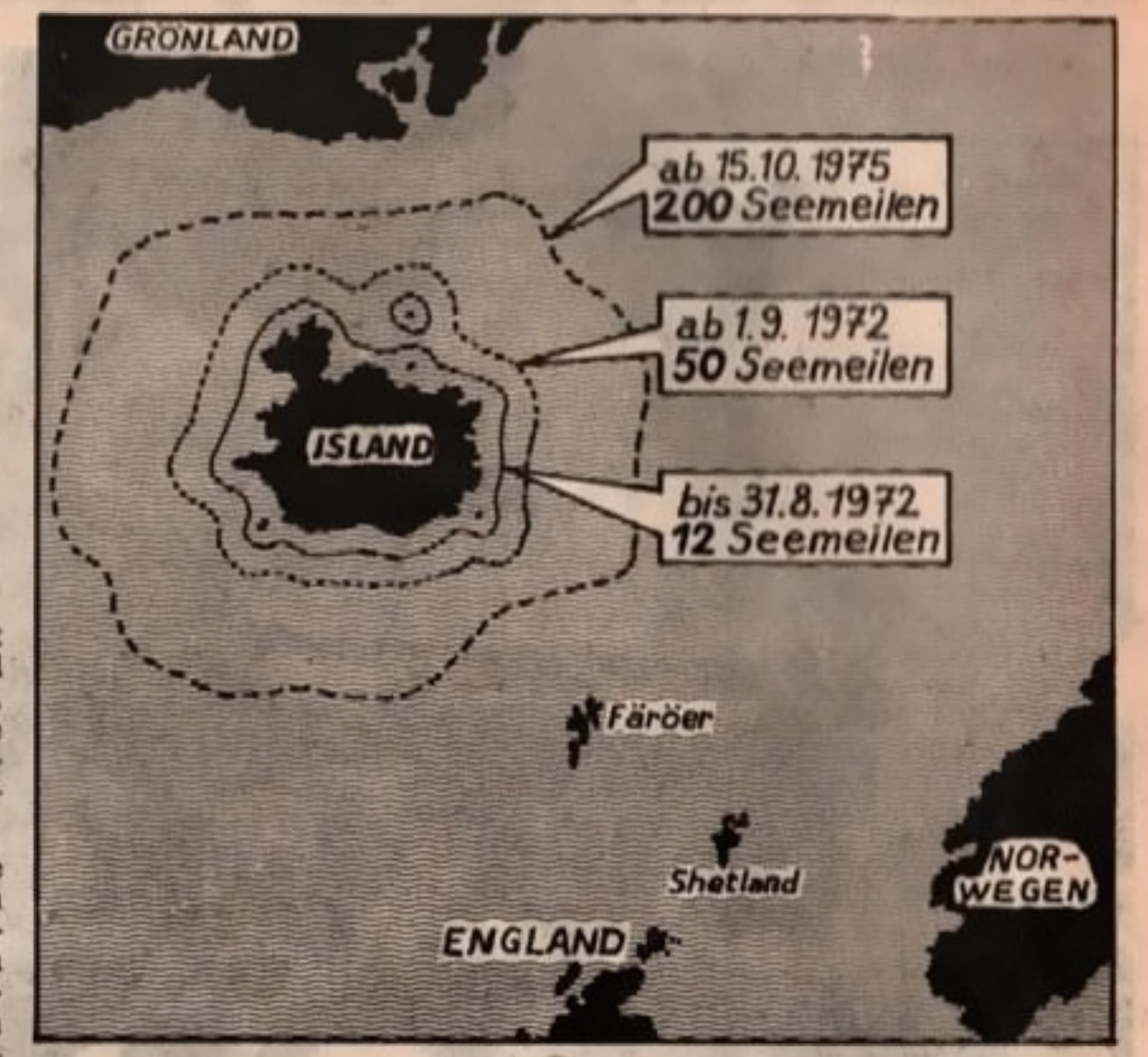
Der neue Mord wird als faschistischer „Vergeltungsschlag" für einen bisher ungeklärten Vorfall kurz zuvor angesehen. Dabei waren vor einem MSI-Büro im römischen Stadtteil Prenestino von einem Auto aus Schüsse auf zwei Jugendliche – 17 und 15 Jahre alt – abgegeben worden. Einer der beiden Jugendlichen, Mitglied der MSI, starb und der andere wurde schwer verletzt.

Überfälle dieser Art auf vom Faschismus verführte Jugendliche sind ganz sicher nicht die Politik der italienischen Linken, was aber Polizei und Faschisten nicht hinderte, von „linken Terroristen" als Täter zu sprechen. Die Linken gehen dagegen davon aus, daß es sich bei dem Mordanschlag auf die beiden Jungfaschisten um eine faschistische Provokation gehandelt hat. Die Faschisten sind noch nie davor zurückgeschreckt, den Mord an Unbeteiligten oder sogar an ihren eigenen Gefolgsleuten einzukalkulieren, wenn sie sich davon politischen Nutzen versprachen.

Die Schüsse vor dem MSI-Büro wurden zum Ausgangspunkt faschistischer Krawalle in vielen Teilen Italiens, vor allem im Süden. In Rom versuchten faschistische Banden bereits Minuten nach dem Überfall ein nahe gelegenes PCI-Büro zu stürmen, wo sie aber abgeschmettert wurden. In Neapel gab es am Tag nach dem Überfall dutzende von Verletzten bei faschistischen Schläger-Einsätzen, insbesondere vor Schulen, wo linke Schüler mit Eisenstangen, Fahrradketten etc. angegriffen wurden. Am 31. Oktober fand in Rom eine Faschistenkundgebung mit MSI-Chef Almirante statt; anschließend daran zogen faschistische Horden randalierend durch die Innenstadt, ohne von der Polizei gestört zu werden. ●

Island

Erfolgreicher Kampf im „Fischereikrieg" – Etappensieg für Island



Am 15. Oktober vollzog Island die seit längerem angekündigte Ausdehnung seiner Fischereigrenze auf 200 Seemeilen. Dieser Schritt gründet auf wissenschaftlichen Untersuchungen Islands, in denen eine Überfischung in isländischen Gewässern nachgewiesen wurde. Überfischung bedeutet für Islands Bevölkerung Existenzbedrohung. Mahnendes Beispiel ist die in den 60-er Jahren erfolgte fast totale Abfischung des Herings, der selbst heute noch – nach strikten Fangverboten – kaum zu finden ist.

Die Fischgründe um Island sind wegen ihrer Nähe insbesondere für englische und westdeutsche Trawler bevorzugtes Fanggebiet (kurze Reisen = geringe Kosten), so kommt es, daß fast die Hälfte des in den isländischen Fischbänken gefangenen Fisches in die Netze eben dieser Trawler geht.

Als 1972 Island zum Schutz seiner Fischgründe die Fischereigrenze auf 50 sm festlegte, setzten die Engländer Kriegsschiffe gegen isländische Schutzboote ein, um weiterhin vor Island fischen zu können. Daraufhin drohte die damals linksorientierte isländische Regierung mit Austritt aus der Nato und damit Aufhebung des strategisch wichtigen amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Keflavik. Die Engländer mußten einlenken und schlossen einen Vertrag mit begrenzten Fangquoten. Ähnliche Verträge wurden auch mit Belgien, Norwegen und den Färöer-Inseln abgeschlossen. Mit der BRD kam es zu keiner Einigung.

Besonders übel: der BRD-Imperialismus

Die westdeutschen Fischereikapitalisten waren bislang nicht bereit, zugunsten der Existenz der Isländer wesentliche Abstriche von ihren bisherigen Fangmengen und -methoden zu machen. Die Folge waren zunehmende Provokationen und Sanktionen gegen Island (siehe auch AK 23 und 50 sowie insbesondere AK 54), u.a.:

– Seit 1972 wurden mindestens 800 sogenannte „Zwischenfälle" vor Island gezählt. D.h. mindestens 800 Mal mußten die kleinen isländischen Wachboote gegen westdeutsche Trawler, die teilweise tief in die 50 sm-Grenze eingedrungen waren und dort Raubfang in isländischen Gewässern betrieben, vorgehen. Da die Kapitäne der Trawler auf Anweisung ihrer Reederein („Nordsee", „Hanseatische" und „Nordstern") nicht freiwillig in internationale Gewässer zurückkehren, sind die Wachboote gezwungen, u.a. die Fangnetze zu kappen. Da Island nur wenige Wachboote hat, können wir davon ausgehen, daß gar nicht alle Grenzverletzungen durch ausländische Trawler, die vor Island in ganzen Rudeln fischen, festgestellt werden, daß das ganze Ausmaß der systematischen Provokationen nur zu ahnen ist.

Angemerkt sei hier das kaltblütige Vorgehen der Fischereikapitalisten, die ganz bewußt eine Gefährdung der Trawlerbesatzungen in Kauf nehmen, wenn sie Befehl zum Fischen in Islands Fischereizone geben: eine durchschnittliche Kurrleine fliegt mit ungeheurer Wucht auf's Schiff und kann u.U. einen Matrosen töten. Hinzu kommt die unzureichende ärztliche und medizinische Versorgung durch die sogenannten Fischereischutzboote.

– Am 30.11.74 trat für isländische Importer ein Anlandeboykott in BRD-Häfen in Kraft. Die Fischereikapitalisten in der BRD konnten sich die Hände reiben: ihre Trawler erzielten aufgrund der somit erreichten Rohwarenverknappung höhere Erlöse. Für Island bedeutete der Boykott für einige Zeit erhebliche finanzielle Einbußen, da in anderen europäischen Häfen nur begrenzt zusätzliche Anlandungen aufgenommen werden konnten und zudem dort durch die plötzliche Angebotserhöhung die Preise gedrückt wurden.

Unterstützung bei der Durchsetzung des Boykotts erhielten die Fischereikapitalisten bezeichnenderweise von einigen Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, die mit Parolen wie „Gefährdung der Mannschaften der Trawler und der Arbeitsplätze in der Fischindustrie" die Kollegen zu verhetzen suchten. Wenn es allerdings um handfeste Rationalisierungsmaßnahmen – wie z.Zt. gegen die „Nordsee"-Angestellten – geht, verlieren diese Herren Spezialdemokraten kein Wort über „Gefährdung der Arbeitsplätze".

– Die BRD-Regierung sperrt in der EG den in Islands Handelsvertrag mit der Gemeinschaft vorgesehen Zollabbau für Fischereiprodukte.

Existenzgrundlage für Island: die Fischerei

Die Fischerei ist für die etwa 200.000 Isländer Existenzgrundlage. Die Fischverarbeitungsanlagen sind die einzige nennenswerte Industrie des kleinen Inselstaates. Über 80% des isländischen Exports besteht aus Fisch und Fischprodukten (hier wird deutlich, welche Gewichtung der Sperrung des Zollabbaus zukommt!). Von daher sind die Anstrengungen der Isländer zu verstehen, ihre Existenz zu sichern, indem ihre Fischgründe erhalten und geschützt werden. Dieser Kampf ums Überleben wird geführt seit 1944 – als Island unabhängig wurde. Seit der Zeit wurde die Fischereigrenze schrittweise von drei über vier, zwölf und 50 sm auf heute 200 sm ausgedehnt, weil sich zeigte, daß sonst der Fisch schutzlos den hochtechnisierten ausländischen Fischereiflotten ausgeliefert ist.

Es sei bemerkt, daß Island heute mit der 200 sm-Grenze nur eine Entscheidung vorwegnimmt, die 1976

auf der internationalen Seerechtskon-

scheidung vorwegnimmt, die 1976 auf der internationalen Seerechtskonferenz ohnehin fallen wird. Auch heute gibt es bereits eine Reihe von Staaten, die schon seit längerem eine 200 sm-Grenze proklamiert haben (z.B. einige südamerikanische Staaten). Übrigens wollen neuerdings auch die USA auf 200 sm gehen und auch England will seine Grenzen erweitern, doch das wird bislang kaum erwähnt. Natürlich nicht; die BRD-Kapitalisten würden sich auch nicht einfallen lassen, mit den USA-Imperialisten einen „Fischereikrieg" anzuzetteln, denn da würden die sehr schnell in ihre Schranken verwiesen.

Immer wieder neue Provokationen und Hetze

Die Fischereikapitalisten schickten provokativ am Tag des Inkrafttretens der 200 sm-Grenze mindestens zehn Trawler bis 20 sm vor Islands Küste, also noch 30 sm tief in die bestehende 50 sm-Zone, um zum einen ihr „Gewohnheitsrecht" zu demonstrieren und zum anderen dann eine Hetzkampagne gegen Island loszulassen, als isländische Wachboote diese Trawler vertrieben. So hetzte das „Hamburger Abendblatt" vom 16.10.: *„Fischereikrieg voll entbrannt Aufregung an der Küste: das ist Piraterie!"*; *„Fischereikrieg auf Leben und Tod"* („Hamburger Morgenpost" vom 13.10.); „Bild" vom 16.10.: *„Isländer jagen Bremer Kutter"* und heizt gleich weiter ein: *„Was wird Bonn nun tun?"*. Und tatsächlich: Bonn tat was.

Zugeständnisse der BRD-Kapitalisten

Trotz Demagogie und Erpressung ließ Island sich nicht einschüchtern und verteidigte bislang erfolgreich seine Existenzgrundlage – den Fisch – selbst gegen britische Kriegsschiffe. Basis dieses Erfolgs ist das Eintreten breiter Teile der Bevölkerung Islands für seine Existenz.

Dem müssen die BRD-Imperiali- für seine Existenz.

Dem müssen die BRD-Imperialisten heute Rechnung tragen, d.h. sie müssen eine neue Taktik einschlagen und Island dabei Zugeständnisse machen.

So kam es, daß am 16. Oktober der Anlands-Boykott aufgehoben wurde. Er hatte ohnehin nichts mehr gebracht, da Island mittlerweile in Nordamerika seinen Fisch absetzen konnte und sich der Markt in Osten- de eingependelt hatte, so daß isländischer Fisch von dort direkt in den westdeutschen Handel ging. Letzteres wirkte sich negativ auf die Seefischmärkte Bremerhaven und Cuxhaven aus, die von den Produktionsstätten und Reedereien der beiden Fischereikonzerne Unilever („Nordsee") und Oetker („Hanseatische") beherrscht werden (4/5 der Arbeitsplätze der Fischwirtschaft!).

In der anberaumten Verhandlungsrunde BRD–Island am 28./29.10. akzeptierte der BRD-Vertreter Wischnewsky wesentliche isländische Forderungen:

- Begrenzung der Maschenweiten beim Fang
- Schonung einer von Island bevorzugten Fischart
- Zurücknahme des Vetos gegen die EG-Zollvergünstigungen
- Bereitschaft zum Verzicht auf den Einsatz von Vollfrostern vor Island
- Anerkennung des isländischen Vorrechts in der 200 sm-Zone.

In einer zweiten Verhandlungsrunde muß noch die „Einigung" über entscheidende Fragen – insbesondere über Fangmengen und Fangdauer – herbeigeführt werden.

Gleichzeitig zur offiziellen Verhandlungsrunde wurden allerdings Gespräche zwischen isländischen und westdeutschen Reedern geführt. Inhalt der Gespräche waren Möglichkeiten der Einbeziehung der isländischen Reeder in die Seefischmärkte der BRD. D.h. die westdeutschen Reeder locken mit gewissen Vergünstigungen. Ziel dürfte es sein, von der Politik der Demagogie und Erpressung zur Politik der „Umarmung" überzugehen: den Isländern zwar das Verfügungsrecht über ihren Fisch zuzugestehen, dafür aber die isländische Fischerei auf die BRD und EG auszurichten, dadurch Bindungen und Abhängigkeiten zu schaffen.

Es bleibt abzuwarten, ob die isländische Bevölkerung ihren Existenzkampf als Kampf um weitere nationale Unabhängigkeit fortführt oder ob es auf die veränderte Taktik der BRD-Imperialisten eingeht. ●

KB/Gruppe Bremerhaven



„Kaper"-Flaggschiff „Ägir", mit dem Island seine 200-Meilen-Zone verteidigt

Italien

Glatter Mord im Militärhospital

Am 15. Oktober starb in Casale der Genosse Crelio Ramadori an den Folgen seiner Zuckerkrankheit. Die Militärärzte hatten sich geweigert, ihm eine Diät zu geben, womit heute die Diabetes leicht zu behandeln ist.

Dieser glatte Mord kaltschnäuziger Stabsärzte ist nicht der erste in Casale gewesen.

So starben in den letzten zwei Jahren ein Soldat an einer „zu spät" erkannten Verletzung, die er sich bei einer Übung geholt hatte und ein anderer an einer Nierenentzündung, die man wegen angeblicher „Simulierung" nicht behandelt hatte. Insgesamt liegt die Todesrate in den Militärhopitälern im Vergleich mit denselben Altersgruppen und „Berufsrisiken" um 10 % höher als in den staatlichen allgemeinen Krankenhäusern (Lt. „NDR").

Das Recht auf medizinische Versorgung und Betreuung steht für die Soldaten praktisch nur auf dem Papier, und das MDS (Movimento Democratico dei Soldati) berichtet, daß in Turiner Lazaretten schon häufiger die Soldaten geflohen seien, aus Angst vor Falschbehandlung der Ärzte und Brutalität.

Der Kampf der Soldaten gegen die verschärfte Disziplinierung

Gleich nach Bekanntwerden des Mordes an Gen. Celio versammelten sich die Soldaten und Unteroffiziere von Casale, verweigerten den Dienst, boykottierten die Kantine und forderten vom Kommandanten die offizielle Ausrufung einer Schweigeminute auch in anderen Kasernen zum Gedenken an Celio, gleichzeitig die Erlaubnis zur Durchführung einer Spendensammlung für seine Familie.

Unter dem Druck der Versammelten gab der Kommandant nach.

Die Schweigeminute wurde in mindestens acht Kasernen in Norditalien durchgeführt. In vielen Städten fanden Kundgebungen statt. Mehr als 2000 Soldaten und Unteroffiziere demonstrierten gegen den Mord, der sich einreiht in die ständige Verstärkung der Disziplinierung der Soldaten, die mit der Einführung des reaktionären „Regolamento di disciplina" eine neue Qualität bekommen hat.

An der Spitze der Protestbewegung stehen die demokratischen Soldaten des MDS und der „Organisation zur Verteidigung der zivilen und politischen Rechte im Militär", die einen wachsenden Einfluß auf die linken und antifaschistischen Soldaten und Unteroffiziere gewonnen haben.

Im nächsten AK wollen wir ausführlicher über das Disziplinargesetz und die Mobilisierung der Soldaten berichten. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien:

Breite Solidarität mit der MPLA

Das italienische antiimperialistische Cabral-Komitee (Cabral: von den Imperialisten ermordeter Führer der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao) hat einen Aufruf an *„an alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte"* Italiens gerichtet, *„eine Kampagne der Mobilisierung, Solidarität und Information zugunsten der MPLA und ihres Kampfes durchzuführen."*

Diesem Aufruf haben sich bisher die drei Gewerkschaftszentralen CGIL, CISL und UIL angeschlossen, die „Kommunistische" und die „Sozialistische" Partei (PCI und PSI), die drei bedeutendsten Organisationen der nichtrevisionistischen Linken – Lotta Continua, Avanguardia Operaia und PDUP („il manifesto"), sowie die linkskatholische Organisation ACLI.

In dem Aufruf wird erklärt, daß die MPLA *„die einzige wirkliche Befreiungsbewegung"* Angolas ist, während die sie bekämpfenden FNLA und UNITA *„nichts anderes als Instrumente für das Eindringen der multinationalen Konzerne und des Imperialismus"* sind. *„Heute mehr denn je"*, heißt es in dem Aufruf, *„braucht die MPLA konkrete, militante internationalistische Unterstützung"*, da *„die nächsten Wochen entscheidend sein werden."*

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung:

„1. Druck auszuüben, damit die italienische Regierung die MPLA als einzige Vertreterin des angolanischen Volkes anerkennt.

2. Wachsam zu sein gegen jeden möglichen Versuch einer Teilung Angolas, in welcher Form auch immer, auch unter Aufsicht internationaler Organisation wie der UNO.

3. Eine Sammlung zugunsten der MPLA einzuleiten.

4. Solidaritätsadressen zu schikken, die der MPLA die Teilnahme der italienischen Demokraten zeigen". ●

(nach „Lotta Continua", 27.10.75)

Tory-Parteitag:

Ruck nach rechts!

Unmittelbar nach dem Parteitag der Labour Party Anfang Oktober in Blackpool (s. AK 68) hielten die Tories ebenfalls in Blackpool ihren Parteitag ab. Mit „Ruck nach Rechts" („FAZ", 8.10.75) ist ein passendes Resumee dieser Tory-Veranstaltung gezogen. Die Abwahl von Edward Heath (letzter Tory-Premierminister) vom Parteivorsitz und die Neubesetzung dieses Postens mit Margaret Thatcher – einer Rechtsaußen – vor einigen Monaten leiteten diesen Rechtsruck ein. Der Parteitag bekräftigte die Richtung durch Reden und Resolutionen.

Seit dem Frühjahr 74 laufen in der Tory-Partei intensive Diskussionen über den weiteren Kurs der Partei. Damals mußte die Tory-Regierung unter Heath zurücktreten, nachdem ihr Versuch gescheitert war, die Arbeiterklasse durch Erpressung (Dreitagewoche), Bedrohung und Appelle („Alle müssen zusammenhalten"...) zu befrieden. Die Bergarbeiter streikten über zwei Monate, setzten ihre Forderungen durch und bewirkten den Rücktritt Heaths.

Die anschließende Wahlniederlage der Tories schwächten die Positionen von Heath und seiner Partei erheblich. Bereits damals wurde die Forderung laut, er solle vom Parteivorsitz zurücktreten. Aber erst nach der zweiten Wahlniederlage der Tories im Oktober '74 war sein Schicksal besiegelt. Seine Gegner, die ihn als „zu weich" und „unentschlossen" kritisiert hatten, setzten die Wahl Margaret Thatchers durch.

Bezeichnend für den ideologischen Standort der Gruppe um Thatcher ist die Tatsache, daß eines ihrer führenden Mitglieder kein anderer ist als Sir Keith Joseph, der „*ideologischen*
ist die Tatsache, daß eines ihrer führenden Mitglieder kein anderer ist als Sir Keith Joseph, der „*ideologischen*
rechten Hand von Frau Thatcher" („SZ", 7.10.75).

Sir Keith Joseph hat sich vor etwa einem Jahr durch seine rassistisch-faschistischen Reden bekannt gemacht: wir berichteten damals im AK von seinen „Theorien", daß der „Untergang der britischen Gesellschaft" nur zu verhindern sei, indem man in den „sozial niedrigen Schichten des Volkes", sprich in der Arbeiterklasse, eine staatliche Geburtenkontrolle einführt. Sozial „niedrige und ungeeignete Mütter" müßten daran gehindert werden, Kinder in die Welt zu setzen, da diese asozial und kriminell werden würden. Auf eine Welle der Empörung hin nahm Faschist Joseph seine Äußerungen nicht etwa zurück, sondern meinte lediglich zynisch, er habe wohl „zuviel" gesagt.

Zur Programmatik der Joseph-Thatcher-Gruppe gehört als Kern die „Zurückdrängung des Sozialismus", der Kampf gegen den „Kollektivismus" und für „das Vorrecht des Individuums" („SZ", 7.10.75), gegen die „*Sozialisten, die zu glauben scheinen, daß die Leute Nummern in einem Staatscomputer sein sollten*" („Guardian", 11.10.75) und für die „*Ungleichheit als Menschenrecht*" („SZ", 7.10.75).

Man müsse die „sozialistische Plan- und Staatswirtschaft" nicht nur eindämmen, sondern auch aktiv bekämpfen usw.

Dagegen vertreten die Anhänger von Heath, die sich inzwischen in der „Tory-Reform-Group" zusammengeschlossen haben, die „weichere Welle": sie sprechen davon, daß „*das zentrale Problem des modernen Englands die Überwindung der Klassenschranken*" sei und streben einen „Konsensus" zwischen den Klassen an. Sie gehen davon aus, daß zur Befriedung der Arbeiterklasse die Methode des Betrugs und des sozialen Anstrichs gegenwärtig geeigneter ist.

Diese Ansichten werden von Joseph-Thatcher als „kollektivistisch" und „prinzipienlos" verurteilt (!!).

Auf dieser Welle lief dann der Parteitag ab:

– In einer verabschiedeten Resolution forderte der Parteitag zu einem verstärkten „Kampf gegen Links" in den Gewerkschaften auf. Man dürfe nicht zusehen, wie Kommunisten die Posten besetzen. Kommunisten könnten nur Erfolge erzielen, wenn die anderen Mitglieder passiv seien. Die Tories müßten mehr Schwergewicht auf die Gewerkschaftsarbeit legen, um diese Entwicklung zu verhindern. Das Ziel müsse es sein, so führte ein Tory-Delegierter aus, die „*Revolution der kommunistischen Arbeiter durch die Revolution (!) der konservativen Arbeiter zu vereiteln*".

– Offen wurde gefordert, daß eine Tory-Regierung die Sozialhilfe bei Streiks streichen solle (in England zahlen nicht die Gewerkschaften Streikgeld, sondern der Staat). Die, die „*gegen die Gemeinschaft streiken*", sollten nicht „*von dieser Gemeinschaft unterstützt*" werden. („Guardian", 10.10.75).

– Thatcher verlas eigens eine Grußadresse an die „Nationale Föderation der Selbständigen" anläßlich deren Gründung und betonte dabei, sie selbst sei eine Kaufmannstochter und der Parteitag zeige, daß die Tories für eine „Wiedergeburt des freien Unternehmertums" einträten.

– Es wurde eine Resolution für die Verteidigung von „Recht und Ordnung" verabschiedet, in der ausdrücklich die „direkte politische Aktion" als „Gefahr für die Gesetzlichkeit" bezeichnet wird. Als Beispiel solcher „direkten politischen Aktionen" wurde Clay Cross genannt, das kleine Bergarbeiterstädtchen, in dem linke Stadträte zusammen mit der Arbeiterbevölkerung über drei Jahre lang mit Mietstreiks, Demonstrationen usw. gegen das Mietgesetz der Tories kämpften.

– Die bekannte Demagogie, mit der die offenen Reaktionäre die Sozialdemokraten als „Kommunisten" usw. hinstellen, durfte nicht fehlen: so bezeichnete ein Delegierter England unter der Labour-Regierung als den „*Wunschtraum eines Anarchisten*" (!!). Statt daß die Labour-Regierung die „Nöte des Volkes" im Auge habe, ginge es ihr nur um den „Sozialismus" und „ihre Dogmen" („Guardian", 9.10.75). So sei z. B. die Misere im Wohnungsbau nur auf die Verstaatlichungspläne der Labour-Regierung zurückzuführen: „*Alles, was damit erreicht wurde, ist ein weiterer Schritt zu dem Tag, an dem jeder den Staat als Vermieter hat*" und „*Es ist ein Wunder, daß überhaupt noch Häuser gebaut werden*" („Guardian" 9.10.75).

Gleichzeitig spielen sich die Tories als Anwälte des kleinen Mannes auf: „*Die Behauptung, die Inflation sei auf eine jährliche Rate von 8,4 % reduziert worden, verdient es, als die größte politische Lüge eingestuft zu werden.*" (Sir Geoffrey Howe im „Guardian" am 9.10.75).

Oder die Thatcher in ihrer Schlußrede: „*Wir Konservativen hassen die Arbeitslosigkeit. Wir hassen den Gedanken, daß Männer und Frauen ihre Fähigkeiten nicht einsetzen können.*"

Ein besonderes Ganovenstück an Demagogie leistete sich die Thatcher in ihrer Schlußrede, als sie auf den Gesundheitssektor einging, der ja in den 50er Jahren von der Labour-Regierung verstaatlicht wurde, nicht ohne jedoch einen großen, sehr einträglichen privaten Bereich ungeschoren zu lassen (gerade dieser private Sektor in staatlichen Krankenhäusern wird immer wieder von Krankenschwestern und Pflegern bestreikt). Thatcher meinte, der private Sektor würde die besten Ärzte in England halten und führte dann weiter aus: „... *wir werden den dummen und gehässigen Angriff von Frau Castle* (Labour-Gesundheitsministerin) *auf die Privatbetten rückgängig machen. Wir Konservative akzeptieren nicht, daß, weil einige Leute keine Wahl haben, keiner die Wahl haben soll (!).*

Jede Familie soll das Recht haben, ihr Geld, wenn sie Steuern bezahlt hat, auszugeben, wie sie es wünscht (!!), nicht wie es ihr eine Regierung diktiert. Laßt uns die Auswahl vergrößern, den Willen zu wählen und die Chance zu wählen."

Als ob ein Arbeiter überhaupt die Wahl hat, zu einem staatlichen <u>oder</u> privaten Arzt zu gehen!

Bei der politischen Ausrichtung der Tories, zeigt sich, was nur allzugut von ihrer westdeutschen Schwesterpartei (CDU/CSU) bekannt ist: daß nämlich Wahlverluste gegenüber „den Linken" (den Sozialdemokraten) nicht durch politische Zugeständnisse an den Reformismus wieder aufgeholt werden, sondern durch Steigerung der rechtsradikalen Demagogie und Volksverhetzung, der generellen Absage an jede Reform etc.

Und zum Schluß versprach Thatcher allen (?) das Paradies auf Erden – (im Falle, daß die Konservativen die nächste Regierung bilden, versteht sich): „*Das private Unternehmertum muß zurück auf den Weg der Genesung gebracht werden. Dieser Weg der Genesung geht durch Profite, führt zu hohen Investitionen, gutbezahlten Jobs und einem höheren Lebensstandard morgen.*"

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute ... ●

England-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Polizeiaktion gegen linkes Schulungszentrum

In der Nacht vom 27.9. auf den 28.9. überfielen rund 100 uniformierte Polizisten und Beamte des Special Branch (Spezialeinheit zur „Bekämpfung von politischem Terrorismus") das Schulungszentrum „Red House" („Rotes Haus") der trotzkistischen Organisation „Workers revolutionary Party" in Derbyshire.

Der „Morning Star", Zeitung der revisionistischen Communist Party berichtet: „... *weibliche Polizistinnen durchsuchten gezielt weibliche Schulungsteilnehmer unter den ca. 50 Anwesenden. Unter denen, die sich der Leibesvisitation unterziehen mußten, war eine Großmutter, die zu Besuch war. Zwei Studenten wurde erklärt, sie seien festgenommen, als sie sich weigerten, Fragen zu beantworten*".

Die Bullen blieben insgesamt sechs Stunden, bis halb fünf Uhr morgens, verhörten die Menschen einzeln und ließen sie nicht nach Hause gehen. Sie beschlagnahmten Papiere und fanden auch (!) Munition: neun Patronen vom Kaliber 0,22.

Im „Socialist Worker", Wochenzeitung der ebenfalls trotzkistischen Organisation „International Socialists" wird auf den Zusammenhang zwischen dieser Polizeiaktion und einem Artikel im „Observer" am nächsten Tag (Sonntag) hingewiesen. In diesem Artikel ließ sich ein bürgerlicher Schmierfing namens Colin Smith in widerlichstem antikommunistischen Stil über angebliche Orgien und Exzesse im „Red House" aus. „Socialist Worker" schreibt: „*Dieser Mann ist ein ehemaliger Armee-Offizier, der als Journalist in Nord Irland gearbeitet hat. In republikanischen Kreisen ist er einschlägig bekannt für seine guten Beziehungen zum Special Branch.*" („SW", 4.10.)

Scheinbar unabhängig von der Polizeiaktion lieferte Smith mit seiner Hetze so noch im Nachhinein die Legitimation für den Überfall.

Von der Solidarität der englischen Revisionisten mit den Genossen der WRP könnte sich die DKP eine dicke Scheibe abschneiden. Der „Morning Star" schrieb am 30.9.75: „*Der Polizeiüberfall ... ist ein unglaublicher Fall von politischer Einschüchterung. ... Wie sehr man die Politik und die Taktik der WRP auch ablehnen mag, dieser brutale Mißbrauch polizeilicher Macht muß gestoppt werden. Er ist eine Bedrohung für alle Demokraten in Großbritannien.*"

Weiter berichtet der „Morning Star" davon, daß sogar auf dem Parteitag der Labour Party, der zur selben Zeit gerade stattfand, eine Unterschriftenliste mit einer Protestresolution herumging. Darin wird festgestellt, das Argument, es ginge darum, terroristische Anschläge zu verhindern, sei „völlig hergeholt". Gefordert wurde, bekannt zu geben, wer den Überfall zu verantworten habe. Man stelle sich ähnliches hier in der BRD vor ... ●

England-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Urlaub in Spanien

Nebenstehenden Kasten fanden wir in der Zeitung „Socialist Worker", Wochenzeitung der englischen Trotzkistenorganisation „International Socialists". Unter der Überschrift „Woher hast Du Deine Sonnenbräune, Joe?" heißt es: „Warum hat Joe Gormley, Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, (...) auf dem Trade Union Congress (Tagung der Dachorganisation der englischen Gewerkschaften) nicht die Forderung der Bergarbeiter eingebracht, den Faschismus in Spanien zu verurteilen und zu einer Arbeiter-Solidaritäts-Kampagne mit denen aufzurufen, die gegen ihn kämpfen?

Kann das etwas damit zu tun haben, daß Gormley gerade erst von seinem Urlaub in Spanien zurück war, wo er andere Urlauber durch seine verschwenderischen Ausgaben erstaunte? Offensichtlich hat er sich Zeit genommen für einen Besuch bei der spanischen „Bergarbeitergewerkschaft", die total abhängig ist von der faschistischen Regierung und sich beständig darum bemüht hat, den Widerstand unter den spanischen Bergleuten zu unterdrücken ..." ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Where did you get the suntan, Joe?

WHY didn't Miners' Union president Joe Gormley, seen here voting last week on behalf of a quarter of a million miners, move the miners' motion at the Trades Union Congress condemning fascism in Spain and calling for a workers' solidarity movement with those fighting against it?

Could it have anything to do with the fact that Gormley had only just returned from holidaying in Spain, where he surprised fellow-holidaymakers by his lavish spending. It seems he took time off to pay a visit to the Spanish 'miners' union' which is a captive of the fascist government, and has consistently striven to put down any resistance among Spanish miners . . .



aus: „Socialist Worker", 20.9.75

US-Landemanöver in Griechenland

Anfang September fand in Jithio (Peloponnes) ein großangelegtes 5-tägiges Landemanöver der 6. amerikanischen Flotte, eins der „Paradepferde" des US-Imperialismus, statt. Ein schlagendes Beispiel für die Glaubwürdigkeit des Austritts Griechenlands aus dem „militärischen Skelett" der NATO: Ein „unabhängiges, selbständiges Land" erlaubt der größten Militärmaschinerie der Welt an seiner Küste zu proben, wie man sie am schnellsten besetzt!

Indes verstärkt sich der Unmut der griechischen Bevölkerung besonders der mit dem Landemanöver direkt konfrontierten Gebiete: Im Bereich Mani, einer der politisch eher rückständigen Provinzen Griechenlands, stießen die US-Söldner auf allgemeine Ablehnung. Überall an zentralen Orten hingen Transparente mit der Aufschrift „Go home", „Amis raus" („Exo i amerikani"), „Nieder mit den Stützpunkten", „Raus aus der NATO", u.ä. In vielen Hotels hingen Warnungen wie: „Wir nehmen keine Amerikaner auf." Zum Schutz der „Verbündeten" konzentrierte die reaktionäre Karamanlis-Kamarilla starke Polizeikräfte in der Region.

Groß ist auch die Empörung über die angerichteten Flurschäden: Bei der Jagd nach dem „Feind" walzten die Truppen rücksichtslos Felder
der Jagd nach dem „Feind" walzten die Truppen rücksichtslos Felder
und Ölhaine nieder. Die Bauern sind entsprechend sauer. Größer bekannt wurde der Fall einer Bäuerin, die sich vor ein paar Panzer stellte und lautstark die Eindringlinge vom Betreten ihres Grundstücks abhielt. Aufschlußreich für die herrschende anti-amerikanische Stimmung ist, daß die liberale Presse (die Mehrzahl der bürgerlichen Zeitungen) solche Berichte aufgreift und auch die sehr zahlreichen Proteste gewerkschaftlicher Gremien, Parteiorganisationen, Stadträte (z.B. Athen und Piräus) und Bürgermeister abdruckt.

Der „Austritt" aus der militärischen Organisation der NATO ist eine solche Schmierenkomödie, daß sogar die „Süddeutsche Zeitung" (2.5.75) befriedigt schreiben konnte:

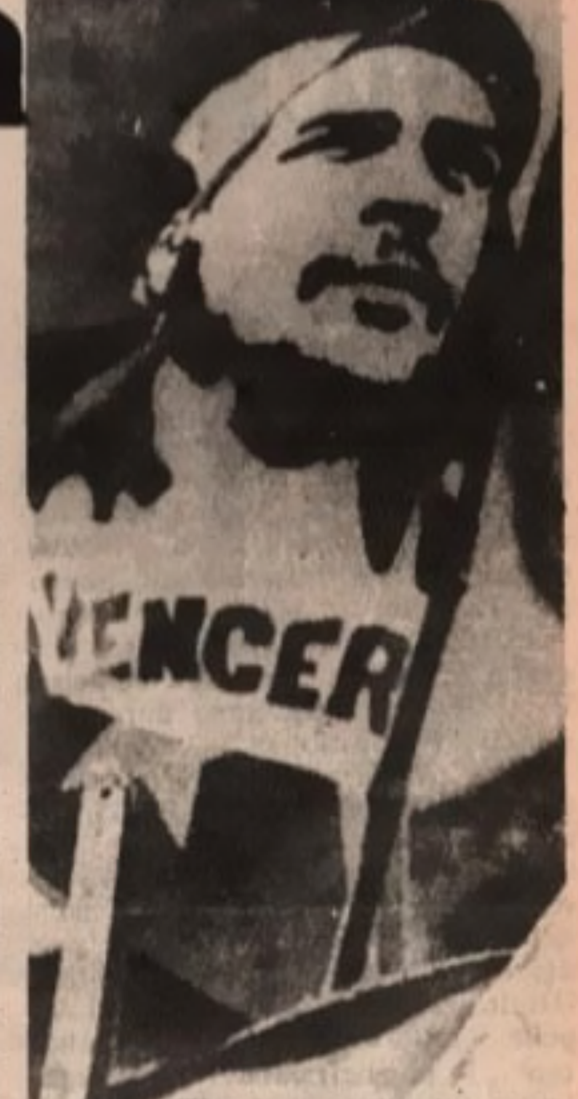
„*In der Substanz und vom Geostrategischen her gesehen ändert sich nicht viel. So wird zwar das Sternenbanner auf dem Militärflughafen von Athen Ellinikon eingezogen, doch dessen ungeachtet sollen ‚gewisse amerikanische Einrichtungen' selbst auf diesem Stützpunkt erhalten bleiben, ‚soweit sie griechischen Verteidigungsnotwendigkeiten entsprechen'. Mit dieser Formel läßt sich manches arrangieren.*" So zum Beispiel das Radar-Frühwarnsystem „nadge" und diverse Raketenstationen, besonders auf Kreta. Die „Änderung" besteht darin, daß jetzt über allem die griechische Staatsflagge flattert. Lediglich die Sonderrechte für die 6. Flotte und die stationierten Truppen (mit Familienangehörigen 10.000) wurden aufgehoben.

Dafür wird die „Militärhilfe" wieder reichlich fließen - 155 Millionen Dollar winken fürs nächste Jahr. Auch die BRD ist dabei. Die FAZ schrieb am 2o.5.75: „*Nach in Athen vorliegenden Informationen hat Bonn Überschußbestände der Bundeswehr im Werte von 1oo Millionen Mark für Griechenland bereitgestellt, die als Soforthilfe* (!) *die Zeitspanne überbrücken sollen, bis Mittel für eine Verteidigungshilfe an Griechenland im Bundeshaushalt eingesetzt und vom Bundestag genehmigt werden können.*" Bei sowas ist man sehr großzügig. Von „Sparpolitik" keine Spur.

Das Landemanöver in Jithio macht sehr offensichtlich, was von Karamanlis angeblichem NATO-Austritt zu halten ist: nicht mehr als eine Beruhigungspille für die breiten antimilitaristischen und antiimperialistischen Strömungen im griechischen Volk! Was bereits die sog. „antifaschistischen" Prozesse gegen die ehemaligen Juntaführer deutlich machten, zeigt sich natürlich auch an der Frage des Austritts aus der NATO - Das griechische Volk muß selbst aktiv werden! ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Argentinien im inneren Kriegszustand



Vencer o Morir – Siegen oder Sterben

Mitte Oktober fand Isabel Perons umstrittene Rückkehr nach einem längeren „Erholungsurlaub" statt.

Erwartungsgemäß brachte sie aber keine Lösungsmöglichkeit für die Krise der argentinischen Bourgeoisie aus dem Urlaub mit: *„Das von Wirtschaftskrise und inneren Machtkämpfen ausgehöhlte peronistische System vermag sich wohl nur deshalb noch auf den Beinen zu halten, weil niemand die Kraft zu der Entscheidung aufbringt, nach welcher Seite es stürzen soll – und weil die Streitkräfte noch immer kein Konzept zu entwickeln vermochten, wie es nach diesem Sturz weitergehen soll."* („SZ", 5.11.75)

Inflation, 20% Arbeitslose, Auslandsverschuldung, Kapitalmangel sind nach wie vor unlösbare wirtschaftliche Probleme. *„Nicht nur der Mann auf der Straße, sondern auch versierte Fachleute stehen dieser Konjunktur ratlos gegenüber"* („FR", Aug. 75). (Vergl. zur Einschätzung der Krise in Argentinien AK 65)

Dabei zeigt die Arbeiterkasse immer weniger Bereitschaft, die Experimente zur Lösung der Krise auf ihren Schultern länger hinzunehmen.

Während Isabel recht hilflos versucht, die Situation durch die Neuauflage alter peronistischer Rezepte in den Griff zu bekommen, treiben die Militärs ihre Vorbereitungen für einen Putsch und die Errichtung einer faschistischen Diktatur voran.

Wesentliches Hindernis für die Durchführung dieser Pläne ist die starke Massenbewegung und der intensive bewaffnete Kampf der linken und revolutionären Organisationen.

Argentinien ist das Land in Lateinamerika, wo es der Arbeiterklasse möglicherweise gelingen könnte, die Entwicklung zur faschistischen Militärdiktatur aufzuhalten, eventuell vorerst zu verhindern oder aber, es stünde eine solche Diktatur von Anfang an auf sehr schwachen Füßen (vergl. Artikel von L. Cerda in diesem AK).

Schwache Position Isabels

Pünktlich zum 17. Oktober, dem 30. Jahrestag der Peronisten, kehrte Isabel Peron zurück. (Am 17.10.1945 erzwangen die Massen in einer Demonstration von Hunderttausenden von Menschen die Freilassung Perons aus dem Gefängnis. Er war von Militärs verhaftet worden, um seinen Machtantritt zu verhindern). Die Kundgebung am 17.10.1975 auf der Plaza de Mayo verlief weniger machtvoll, vor nur 40.000 Menschen.

Isabels Rede, eine der ersten Amtshandlungen nach ihrem „Urlaub", machte deutlich, daß sie keine neue Variante ihrer Politik anzubieten hat. Sie beschwor die *„nationale Einheit"*, dankte den Streitkräften – von denen kein Vertreter anwesend war (!) – für ihren Kampf gegen die Subversion und rief alle Bürger auf, das Militär in diesem Kampf zu unterstützen („SZ", 21.10.75).

Im weiteren setzte Isabel als erstes einen neuen Wohlfahrtsminister als Nachfolger des berüchtigten Lopez Rega ein. Mit Annibal Demarcos, der schon unter seinem Vorgänger im Wohlfahrtsministerium gearbeitet hatte, erweiterte Isabel den *„engen Kreis von persönlichen Freunden und Vertrauten"* in der Regierung, der erst vor wenigen Wochen durch den Abgang von Rega stark zusammengeschmolzen war. Zu den Neuen gehören ihr Privatsekretär Gonzales und ihr Leibarzt Vasquez, der gleichzeitig Staatssekretär für Sport und Tourismus ist. Beide gelten als Vertreter des sogenannten Neo-Lopez-Regismus, der sich entschieden für die Beibehaltung von Isabel als Präsidentin und für die „harte Linie" gegen das Volk einsetzt.

Isabel ist es aber nicht gelungen, diese „Vertrauten" als Minister ins Kabinett zu bugsieren – ein Anzeichen für ihren immer mehr schwindenden Einfluß und auch für die Zerstrittenheit zwischen den verschiedenen Flügeln der peronistischen Bewegung.

Auch Isabels Erklärung (in der Rede am 17. Oktober), daß sie bereit sei, das Prinzip der Verticalidad (absolutes „Führerprinzip") innerhalb der peronistischen Bewegung zugunsten von mehr Auseinandersetzung und Diskussion einzuschränken, ist ein eher hilfloser als erfolgversprechender Versuch, die verschiedenen Flügel zu integrieren.

Inzwischen ließ es sich auch nicht mehr verhindern – trotz des monatelangen Widerstandes der peronistischen Fraktion – daß der Kongreß eine Untersuchungskommission zur Aufklärung der Korruptionsfälle in höchsten Regierungskreisen bildet. („NZZ", 31.10.75).

Isabel hatte im Juli über 31 Mio. Pesos von einer öffentlichen Stiftung auf ihr Privatkonto umgebucht – angeblich ein *„bedauerlicher Irrtum"*. Inzwischen kam aber heraus, daß besagte Stiftung direkt der Präsidentin untersteht und vorwiegend aus Geldern des Wohlfahrtsministeriums finanziert wird. Im Bereich des Wohfahrtsministeriums (der zuständige Minister war bis zu seinem Sturz Lopez Rega) sind angeblich bereits 3.000 (!) Deliktfälle, Veruntreuung von öffentlichen Geldern, festgestellt und zum Teil sind bereits gerichtliche Untersuchungen eingeleitet worden. Außerdem wurden *„Unregelmäßigkeiten in der Nationalen Hypothekenbank"* aufgedeckt, wodurch vor allem die Tochter von Lopez Rega und Frau des ehemaligen Interimspräsidenten Lastiri belastet wird („NZZ", 31.10.). Die Spitze eines ganzen Eisbergs von Korruption, Vetternwirtschaft und privater Bereicherung wird hier sichtbar. (Dies sind die Grundlagen, auf denen Peron, der relativ mittellose Offizier 1944, sein heute unschätzbares Vermögen „erwirtschaften"

Fortsetzung Seite 31

Griechenland

Antifaschisten vor Gericht!

Am 14. Oktober fand in Athen ein Prozeß gegen drei Mitglieder des „Zentralrats der E.K.K.E." („Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands") Petros Chistos Stangos, Christos S. Bistis und Anna Filini sowie gegen den 17jährigen Schüler Andonios P. Schultze, A.A.S.P.E.-Mitglied, statt. Letzterer war angeklagt, wegen „Zerstörung fremden Eigentums und Beschimpfung einer Behörde". Er war am 21. April 1975 in der US-Botschaft verhaftet worden und soll einen Knüppel in der Hand, den Polizeidirektor Karathanassis mit den Worten „Faschist Karathanassis, damit wirst du sterben" bedroht haben! Obwohl der Schüler dies abstritt und der Bulle keine weiteren Zeugen nennen konnte, wurde P. Schultze zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt! Die Genossen der E.K.K.E. erhielten 18 Monate Gefängnis, da sie in einem Flugblatt die Aktionen gegen die US-Botschaft unterstützten!

Wie kam es zu dem Prozeß: Am achten Jahrestag des Putsches fand in Athen eine Massendemonstration Hunderttausender unter Beteiligung aller demokratischen Organisationen (aber auch der „JU"-Griechenlands, der O.N.N.E., Jugendorganisation der Karamanlis-Partei „Neue Demokratie") statt.

Als der Zug an der US-Botschaft vorbeizog, drangen einige Genossen ein, verzierten die Eingangshalle mit roten Eiern und säuberten die Räumlichkeiten von diversem Kitsch-Pozellan. Die Polizei antwortete mit einer Massenknüppelei – der 17jährige Schüler A.P. Schultze wurde als einziger in der Botschaft verhaftet. Ihm wird der Gesamtschaden angelastet!!

Die E.K.K.E. hatte in einem Flugblatt den Sturm auf die US-Botschaft als „Ausdruck des gerechten Volkszorns" bezeichnet. Diese Meinungsäußerung war dann Anlaß zur Verhaftung der E.K.K.E.-Genossen, da sie damit ja die Urheberschaft an den „Ereignissen" auf sich genommen hätten. Im einzelnen wird ihnen vorgeworfen:

- *„moralische Täterschaft" („Tithikji aftoujia") aller „Vergehen"*
- *„Verletzung von 24 Polizisten und Bürgern"* (letztere Opfer des Polizeiterrors!)
- *„Amtsbeleidigung, Beschädigung fremden Eigentums mit besonderer Frechheit"* (die roten Eier offensichtlich!).

Dafür erhielten die drei E.K.K.E.-Genossen 18 Monate und zehn Tage (!) Gefängnis! (Zur Demonstration hatte die E.K.K.E. aufgerufen, als „symbolischen Akt", die US-Flagge vom Botschaftsgebäude zu entfernen, weil sie „auf griechischem Boden eine besondere Provokation" darstellt – angesichts der Rolle des US-Imperialismus und des CIA in Griechenland seit dem Putsch eine korrekte Sache!.)



Weitere reaktionäre Urteile gab es am 17.9.75 vor dem Landgericht in Thessaloniki, als die Studenten K. Mitropoulou und K. Kjirtazoghlou wegen „Schürung der politischen Leidenschaften" gemäß Notstandsgesetz zu je zehn Tagen Haft verurteilt wurden. Sie hatten im Februar auf die Treppen der polytechnischen Fakultät in Thessaloniki geschrieben: „Vereintes, unabhängiges Zypern!", „Tod dem Faschismus".

Zur gleichen Zeit wurden in Athen zwei Flugblattverteiler der ESAK zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatten Aufrufe für die 1.-Mai-Demonstration verteilt.

Diese „papadopoulos'schen Urteile" entlarven denn auch das demagogische Demokratie-Gefasel der reaktionären Karamanlis-Clique: die Putschisten und Faschisten des 21. April 1967 werden für ihre grauenhaften Verbrechen, Morde, bestialischen Foltereien an Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten großenteils freigesprochen und begnadigt. Hingegen werden Antifaschisten wegen lächerlichster und unbewiesener (in der Sache allemal gerechtfertigter) Aktionen gegen den US-Imperialismus und deren faschistische Lakaien in Griechenland zu Höchststrafen verknackt. Das ist die bürgerliche Demokratie! ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Prozesse in Griechenland:

Je harmloser die Urteile, desto offener die Faschisten!

Am 16. Oktober begann im Gefängnis von Korydallos in Athen der Prozeß gegen 33 Faschisten wegen der Niederschlagung des Aufstandes vor dem Athener Technikum im November 1973. U.a. sind Papadopoulos, Ioannidis, Geheimdienstchef Roufogalis, Generalmajor Karajannis, Generalleutnant Warnawas, der Ex-Oberkommandierende der Streitkräfte General Zagorianakos und Brigadegeneral Dertilis angeklagt, am 17. November 1973 mindestens 34 Studenten und Arbeiter, die sich in der Technischen Hochschule verbarrikadiert hatten, ermordet zu haben. Ca. 1.000 Menschen wurden in der Nacht zusätzlich z.T. schwer verletzt. Der Aufstand der Studenten richtete sich zuerst lediglich gegen die Pläne des damaligen Regierungschefs Markezinis, den Termin für die fälligen Universitätswahlen zu verschieben. Sehr schnell entwickelte sich jedoch der Protest der Studenten gegen das faschistische Regime insgesamt. Über einen selbstgebastelten Sender verkündeten die Studenten: *„Heute abend stirbt die Junta, wir haben Hunger und wollen die Junta fressen"*.

Überall in Athen gingen Bewohner auf die Straßen und machten den 17.11.73 zum deutlichsten Zeichen des Volkswillens für Demokratie, gegen Faschismus.

Am ersten Verhandlungstag erschienen zahlreiche Frauen, die ganz in schwarz gekleidet waren und damit ihre Trauer über die ermordeten Angehörigen zum Ausdruck brachten.

Obwohl einige Zeugen mehreren Angeklagten nachwiesen, daß sie vorsätzlich gemordet hatten, so z.B. der Panzerfahrer Konstantelos, der damals das eiserne Eingangstor zum Polytechnikum niederwalzte und dabei ein Mädchen und einen Kameramann tötete, oder der bullige Ex-Brigadegeneral Dertilis, der mit seiner Pistole eigenhändig den bereits am Boden liegenden Studenten Myroynnis erschoß, ist auch in diesem Prozeß nicht mit Todesstrafen oder sehr hohen Gefängnisstrafen zu rechnen.

Die verharmlosende Gangart der reaktionären Karamanlis-Regierung in der Verurteilung der Faschisten, reizt diese wiederum zu immer neuen Provokationen während der Verhandlungen. So lachte der oben bereits erwähnte Faschist Dertilis über die weinenden Mütter der ermordeten Studenten, die Panzeroffiziere erschienen sogar in voller Militäruniform, Papdopoulos erzählte, er habe mit diesen Verhandlungen doch garnichts zu tun, schließlich sei er immer noch der Regierungschef Griechenlands, und außerdem sei die „Vermeidung von Blutvergießen stets meine Sorge gewesen". Man solle ihm „lieber ein Denkmal setzen".

Weitere Prozesse

Seit dem 13. Oktober wird ebenfalls in Athen in dem sog. zweiten Folterprozeß gegen 36 Offiziere, Leutnants und Oberstleutnants verhandelt. Interessant ist hierbei, daß die Presse von ehemaligen und a k t i v e n Angehörigen der griechischen Armee spricht!

Ende September fand in einem Extraprozeß die Verhandlung gegen den Rittmeister a.D. Albanis statt. Er hat am 21.4.1967 nachmittags in der Patision-Straße in Athen vom Panzerturm aus mit seiner Pistole die 25-jährige Maria Kalavrou erschossen. Als Begründung vor Gericht führte Albanis an:

„Die ‚zwei Frauen zeigten keine Anzeichen von Schrecken und Unterordnung, als sie die Panzer sahen."

Laut Zeugenaussage sagte er am selben Abend in der Kaserne in Ghoudhi: *„Diese alte Mutti, der hab ichs ordentlich gegeben, weil sie so eine mißbilligende Bewegung gemacht hat."* Leider wissen wir nicht, wie das Urteil lautet, aber mit Sicherheit wird es sich nicht viel unterscheiden von den acht Jahren Zuchthaus, die der Bulle Kotsaris vor einigen Wochen erhielt. Ihm wurde nachgewiesen, daß er im Athener KZ-Stadion mehrere politische Gefangene erschossen hatte!

Endgültig: Alle Minister des Faschismus gehen straffrei aus!

Auf Beschluß des Oberlandesgerichtes in Athen vom 5.11.75 kann gegen die 115 Minister und drei Ministerpräsidenten (unter ihnen auch Markezinis, der federführend in der Niederschlagung des Aufstandes vom November 1973 war und dennoch selbst nicht im bereits eingangs erwähnten Prozeß angeklagt ist) nicht wegen Hochverrats verhandelt werden. Die „Logik" sieht so aus, daß nur die Putschisten von 1967 etwas für den siebenjährigen Faschismus können, der Hochverrat sei ein „zeitlich befristetes Vergehen" – alle nachfolgenden Faschisten somit straffrei!

Gegen die 118 faschistischen Amtsträger wird eventuell nur noch wegen Amtsmißbrauch verhandelt – allerdings dürfte mit obiger Logik auch dies demnächst hinfällig sein.

Währenddessen häufen sich Gerüchte über faschistische Befreiungsaktionen der Obristenführer. Am 21. Oktober sprachen einige Athener Zeitungen davon, daß die Militärbehörden eine Aktion von Papadopoulos-Anhängern in der Armee aufgedeckt hätten. In den nächsten Tagen wurden sämtliche Wachen verdoppelt. Vor dem Korydallos-Gefängnis, in dem gegen Papadopoulos und andere verhandelt wird, fuhr gar eine motorisierte Einheit von Marinetruppen mit schweren Waffen auf.

Auf Flugblättern faschistischer Gruppen, die sich z.T. als Offiziersorganisationen bezeichnen, stand letzte Woche: *„Wir werden das letzte Wort sprechen, denn wir haben die Waffen."*

PS: Der Gendarmeriechef des früheren Verbannungsortes Samothraki ist heute Polizeihauptmann auf Kreta!

Das sind die Verhältnisse, die unsere bürgerlichen Politiker, Schmidt, Brandt, Genscher und Co. meinen, wenn sie in Portugal von „pluralistischer Demokratie" sprechen und Spanien die „griechische, friedliche Lösung" anpreisen.

Ohne uns! ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

konnte). Die Tatsache, daß diese schmutzigen Affären überhaupt an die Öffentlichkeit gedrungen sind, lassen sich als weiteres Anzeichen für die schwache Position Isabels und die Widersprüche in der Bourgeosie werten. Denn in der Regel hackt in dieser Beziehung keine Krähe der anderen ein Auge aus.

Isabels Aufruf, eine Neuauflage des „Sozialpaktes" zu schaffen, wurde kaum Folge geleistet (Peron selber hatte 1973 den „Sozialpakt", ein Stillhalteabkommen und Vereinbarungen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden, geschaffen, um Lohne und Preise in ein „gerechteres Gleichgewicht" zu bringen, d.h., einen Lohnstopp zu beschließen). Zahlreiche Unterorganisationen des Nationalen Unternehmerverbandes und die beiden wichtigsten Landwirtschaftsverbände blieben Isabels Aufruf fern.

Zum einen offenbar aus der richtigen Einschätzung heraus, daß die rechtsperonistische Gewerkschaftsmafia heute nicht mehr in der Lage ist, der Arbeiterklasse einen solchen Pakt zu verkaufen, da es schon '73 unter dem viel einflußreicheren Peron zahlreiche Kämpfe gegen den Sozialpakt gegeben hatte.

Zum andern sind Teile der Bourgeoisie zur offenen Sabotage – ähnlich wie in Chile 1972/Anfang '73 – übergegangen, um einer faschistischen Entwicklung den Weg zu bereiten. So haben die Viehzüchter einen 18-tägigen Verkaufsstreik begonnen, um gegen die angebliche „Billigpreispolitik" der Regierung (Verordnung staatlicher Höchstpreise) zu protestieren. Die Fleischvorräte reichen aber nur für eine Woche. Da Rindfleisch in Argentinien zu den Hauptnahrungsmitteln gehört, wird dieser Streik vor allem das Volk treffen, Unruhe und Empörung vergrößern („NZZ", 28.10.). *„Unternehmeri-*

(„NZZ", 28.10.). *„Unternehmeri-* *ten."* („SZ", 21.10.75)



Juan und Jorge Born brachten – von den Montoneros entführt – mehrere Mio. Dollar Lösegeld ein (die Familie Born ist eine der reichsten und berüchtigsten in Argentinien)

scher Widerstand" („NZZ") wurde ebenfalls sichtbar, als die Fabriken Materfer (gehört zu Fiat) und Hilanderias Olmos (gehört zur holländischen AKZO) ihre Tore schlossen und die Arbeiter aussperrten – dies ohne sonst übliche Absprache mit dem Arbeitsministerium. Ergebnis waren Streiks und Demonstrationen der Arbeiter (dazu weiter unten). Das Arbeitsministerium mußte auf die Wiedereröffnung der Fabriken hinwirken.

Die Regierung hat in dieser Situation nicht einmal ein Konzept, das wenigstens eine „Ruhepause" für die Bourgeoisie bringen könnte, sonder verfährt nach dem alten arbeiterfeindlichen Muster: Mitte Oktober wurden alle Tarifvereinbarungen für ungültig erklärt, die eine automatische Angleichung der Löhne an die Preissteigerungen vorsahen.

Ziel dieser Maßnahme sei, die Inflation zu stoppen („SZ", 23.10.), und die starken Lohnunterschiede auszugleichen, die aufgrund der unterschiedlichen Stärke der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen in den letzten Verhandlungen entstanden seien („NZZ", 28.10.).

Gleichzeitig wurde dem Kongreß ein Gesetzentwurf vorgelegt, der für das nächste halbe Jahr (rückwirkend ab 15. Oktober!) *„wilde"* Streiks und Arbeitsniederlegungen und gleichzeitig *„ungerechtfertigte Entlassungen"* verbietet. Welche Entlassungen *„ungerechtfertigt"* sind, entscheidet die Regierung! Der Entwurf, mit dem Ziel, den *„sozialen Frieden aufrechtzuerhalten"*, sieht außerdem Maßnahmen gegen den *„absentismo"* (kurzfristige Abwesenheit der Kollegen, Krankmachen, „schlechte" Arbeitsmoral usw.) und gegen *„jede andere Art, von kollektiver Störung der normalen Tätigkeit der Arbeiter"* vor („FAZ", 23.10.75).

Die „NZZ" lobt diesen Gesetzesvorschlag mit Skepzis: Er *„enthält zwar gute Ansätze, doch hängt seine erfolgreiche Anwendung vor allem*



Straßensperre von Polizeieinheiten

davon ab, wie konsequent die Regierung die neuen Rechtsnormen anzuwenden bereit ist" („NZZ", 28.10.). – Das heißt, wie konsequent die Arbeiterklasse bereit und in der Lage ist, diese Maßnahmen zu bekämpfen!

Über 1.000 Kollegen in einem der beiden argentinischen Chrysler-Werke legten bereits Ende Oktober aus Protest gegen diesen Gesetzentwurf ihre Arbeit nieder. Außerdem stehen in Kürze die neuen Tarifverhandlungen und damit eine weitere Intensivierung der Arbeitskämpfe an.

„Ohne Zweifel hat sich Maria Estela de Peron keinen bequemen Sitz ausgesucht, als sie sich entschloß, den Platz des Präsidenten wieder einzunehmen. Es fehlt nicht an Stimmen, die vermuten, sie werde es nicht mehr lange auf ihm aushalten." („SZ", 21.10.75)

Militär vor dem Putsch

Während Isabel – wenn auch noch so pathetisch – betont, daß sie *„nicht kampflos aufgeben werde"*, *„sie können mich loswerden, aber nur als Tote"* („Spiegel", 15.10.75), arbeiten die Militärs weiter an den Vorbereitungen einer faschistischen Machtübernahme.

An den Feierlichkeiten am 17. Oktober nahm kein Vertreter der Streitkräfte teil. Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte fuhren vielmehr gleichzeitig und überraschend auf „Inspektionsreise". *„Es gilt als sicher, daß es eigentlicher Zweck der Reise ist, eine gemeinsame Linie der überwiegend antiperonistischen Generäle herzustellen: Der Putsch wird vorbereitet."* („Spiegel", 15.10.)

So ist auch in den öffentlichen Stellungnahmen der Militärs nicht mehr – wie noch vor einigen Monaten – von der *„unbedingten Loyalität der Streitkräfte"* und der *„Nichteinmischung in politische Angelegenheiten"* die Rede. Vielmehr äußerte General Buassos in einer Ansprache an seine sechste Brigade: *„Mit oder ohne Zustimmung des Volkes werde die Armee ihre Pflicht tun, aber nicht zum Schutz einer Gesellschaft, in deren Führung Anständigkeit und Moral durch Korruption verdrängt werden"* („SZ", 21.10.).

(Die Korruption nahmen auch schon die Militärs in Uruguay zum demagogischen Anlaß, eine der blutigsten Militärdiktaturen in ganz Lateinamerika zu errichten).

Ebenso deutlich – und in der für putschwillige Militärs üblichen Ausdrucksweise – sagte Militärkaplan Bonamin in seiner Trauerpredigt für einen Offizier, der in einem Volksgefängnis der ERP umgekommen war: *„Die Armee hat die historische Pflicht, die Rettung des Vaterlandes in ihre eigenen Hände zu nehmen"* („SZ", 21.10.75).

Von ihrem Kampf gegen die „Subversion" melden die Streitkräfte täglich „Erfolge". Allein in Tucuman sollen in den letzten Wochen über hundert Genossen, vorwiegend von der Landkompanie der ERP, ermordet worden sein („SZ", 31.10.). Abgesehen davon, daß diese Zahlen gefälscht sind (*„Beobachter nehmen die amtlichen Zahlenangaben mit Vorsicht zur Kenntnis"* schrieb selbst die „FR", 9.10.), bleibt die Tatsache, daß Polizei und Streitkräfte bei allen bewaffneten Aktionen der Linken zahlreiche Verluste hinnehmen müssen.

Trotz der Repression nehmen die revolutionären bewaffneten Kämpfe zu. Auch in den Betrieben werden mehr und mehr militante Kampfformen angewandt (Geiselnahme von Managern usw., dazu unten).

Das heißt, das Militär hat im

Managern usw., dazu unten).
Das heißt, das Militär hat im

Kampf gegen die Massen und ihre Organisationen noch keinen entscheidenden Durchbruch erzielt. Ein solcher Durchbruch, die wesentliche Eindämmung der Arbeiterkämpfe und des „Terrorismus", ist aber Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Putsch der Militärs und die Errichtung eines faschistischen Regimes, wenn es nicht gleich von den Massen hinweggefegt werden soll.

Deswegen werden die Maßnahmen und die Brutalität gegen die Guerilla und die Massen ungeheuer verschärft:

- Von den Ausgangssperren, Razzien, der Errichtung eines KZ's in Tucuman haben wir in AK 65 berichtet.
- Vor kurzem haben in Melchor Romero Polizei- und Militäreinheiten ein ganzes Haus in die Luft gesprengt, weil es ein angeblicher Schlupfwinkel von „Terroristen" war. Ein Hausbewohner wurde dabei umgebracht. („SZ", 21.10.)
- In Florencio Varela wurde Artillerie (!) gegen ein angebliches Guerillaquartier eingesetzt („Deutsche Wochenzeitung", 19.9.).

Ideologische Schützenhilfe für diese Maßnahmen bietet die Kirche, wenn zum Beispiel der Erzbischof von Buenos Aires *„im Rahmen des Notwendigen die Anwendung von Gewalt gegen jede (!) Form der Abweichung, die gegen das Wohl der Gemeinschaft gerichtet ist, rechtfertigt"* („FAZ", 27.10.).

In diesem Klima wird der Terror der faschistischen Banden begünstigt und nimmt weiter zu. Einige Beispiele:

- Allein am 31. Oktober ermordeten die drei A („Antikommunistische Argentinische Allianz") fünf Menschen, davon drei Frauen („NZZ", 1/2. 11.).
- Mitte Oktober wurde in Cordoba ein Mann aus seiner Wohnung verschleppt und wenige Stunden später von Kugeln durchsiebt aufgefunden. Er soll Beziehungen zur ERP gehabt haben. („SZ", 22.10.)
- In einer argentinischen Tageszeitung erschien die Anzeige eines anonymen Bürgerkomitees, das die Bevölkerung aufrief, Verteidigungsbrigaden zu bilden, um gemeinsam mit den Streitkräften gegen die „Subversion" zu kämpfen („NZZ", 31.10.).

Bewaffnete Aktionen zur Unterstützung streikender Arbeiter

Am 29. Oktober wurde der Personalchef der argentinischen Fiat-Werke, Alberto Salas, in Cordoba liquidiert. Vorausgegangen war ein Streik in den beiden Fiat-Fabriken Materfer und Diesel Motors, für die Salas zuständig war. Die Arbeiter begnügten sich nicht damit, nur durch Arbeitsniederlegung für ihre Forderung nach Lohnerhöhung und Wiedereinstellung entlassener Kollegen zu kämpfen, sondern sie nahmen leitende Angestellte als Geiseln und hielten sie mehrere Stunden lang fest! Daraufhin wurden die beiden Werke von der Geschäftsleitung geschlossen, eine Entscheidung, die aber inzwischen auf Vermittlung des Arbeitsministeriums wieder rückgängig gemacht werden mußte („NZZ", 30.10.).

Am 24. Oktober entführten die Montoneros den Produktionsdirektor der Mercedes-Benz-Argentina in Gonzales Catan, nahe bei Buenos Aires.

Hauptforderung der Genossen ist die Wiedereinstellung von 117 (200?) Kollegen, die nach einem Streik entlassen wurden, den das Arbeitsministerium für illegal erklärt hatte („FAZ", 29.10.). Weitere Forderungen sind Lohnnachzahlungen, Verzicht auf Repressalien gegen die Arbeiter und Anerkennung der Betriebsgewerkschaftsorganisation. Dabei handelt es sich offensichtlich um eine gegen die peronistische Gewerkschaftsbürokratie gerichtete unabhängige und kämpferische Gewerkschaft. („FR", 31.10.)

Die Arbeiter von Mercedes streikten bereits seit dem 10.10. für die Wiedereinstellung ihrer Kollegen, als die Entführung zu ihrer Unterstützung durchgeführt wurde. Ende Oktober demonstrierten 3.000 Mercedes-Arbeiter (bei einer Gesamtbelegschaft von 4000) vor dem Arbeitsministerium in Buenos Aires für die gleichen Forderungen.

Die Mercedes-Geschäftsleitung hat inzwischen angekündigt, daß sie zumindest die Forderung nach Wiedereinstellung erfüllen wolle („FR", 31.10.).

Zahlreiche Streiks gab es außer in Cordoba und Buenos Aires in Santa Fe, insbesondere in der Auto- und Textilindustrie und im Bankgewerbe. Die Forderungen beziehen sich immer wieder auf Lohnerhöhungen, gegen Entlassungen und für die Zulassung und Anerkennung (vom Staat und den Rechtsperonisten) un-

lassung und Anerkennung (vom Staat und den Rechtsperonisten) un-

abhängiger Gewerkschaftsorganisationen.

„Kein Wunder, daß Guerilla und linke Subversion in diesem sozialpolitischen Chaos sich mit Erfolg festsetzen konnten. Die Guerilla ist heute in den Fabriken mindestens so wirksam wie in den unwegsamen Landgegenden von Tucuman oder im Dickicht der Großstädte. Die traditionellen Gewerkschaften werden von linksextremen Agitatoren unterlaufen, die es angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit und der galoppierenden Inflation nicht schwer haben, die Gunst der Arbeiterschaft zu gewinnen." „Die an allen Ecken aufflackernde soziale Unrast droht die letzten noch verbleibenden Restbestände der staatlichen Autorität wegzuspülen". („NZZ", 28.10.).

Was die „NZZ" hier für sich und ihre Kreise in bedrohlichen Farben schildert, ist für uns Beweis für die Kampfkraft des argentinischen Volkes und die Stärke seiner Organisationen. Dies begründet die Hoffnung, daß es in Argentinien gelingt, den Vormarsch faschistischer Diktaturen in Südamerika aufzuhalten, wenn nicht ganz zu verhindern. ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD ist stolz auf deutsche Faschisten in Südamerika

„Luder am Ruder" hieß die Überschrift in der faschistischen „Nationalzeitung" vom 26. 9. 75. Italo Luder war Interimspräsident in Argentinien während des „Urlaubs" von Isabel Peron. Außerdem ist er deutscher Abstammung – und das war Anlaß für die NPD, sich mit ihm zu befassen. Luder, ein Gegner der Lopez-Rega-Linie und allgemein als „Mann des Ausgleichs" in der peronistischen Bewegung bezeichnet, taugt in den Augen der westdeutschen Faschisten natürlich überhaupt nichts. Aber beruhigt wird festgestellt, daß die argentinischen Generäle *„die Hand gewissermaßen am Abzug haben"* und aufpassen werden, daß *„Argentinien nicht verludert"*. Italo Luder blieb, wie die NPD mit Genugtuung feststellte, eine Ausnahme unter den deutschstämmigen Regierungschefs in Südamerika – alle anderen sind Präsidenten blutiger faschistischer Regime. Die NPD zählt voll Stolz auf: Geisel in Brasilien, Strössner in Paraguay und Banzer in Bolivien. Da bleibt nur zu bedauern, daß Pinochet in Chile, *„der sein Land nicht nur vom roten Ausschlag heilt, ... sondern sich auch das Vertrauen und die Zuneigung (!) der eigenen Bevölkerung verschafft hat,"* nicht in diese deutschstämmige Faschistengarde einzureihen ist.

Abschließend heißt es: *„Die von Pinochet und Bordaberry (Uruguay) verstärkte Liga aus Deutschland stammender Präsidenten im Süden Südamerikas kann von keinem Luder gesprengt werden"* – aber sie kann gesprengt werden von den Völkern Lateinamerikas, und das hoffentlich bald. ●

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chile
MIR bestätigt Tod des Genossen Peres

Der MIR hat offiziell bestätigt, daß der Genosse Dagoberto Peres, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, im Kampf gegen den Faschismus gefallen ist (siehe Meldung im AK 68).

Nach einem Kommunique des MIR wurde der Genosse Peres in einem Landhaus in der Umgebung von Santiago zusammen mit anderen Kämpfern des MIR eingekreist. Nach einem vierstündigen Kampf konnten die meisten MIR-Genossen die Einkreisung durch die faschistische Polizei durchbrechen. Zwei Polizisten wurden getötet. Genosse Peres fiel, während er den Rückzug der anderen Genossen deckte.

Nach Meldungen chilenischer Zeitungen wurde ein Genosse des MIR bei dem Vorfall gefangen genommen. Der Genosse Pascal Allende, Generalsekretär des MIR, soll sich diesen Meldungen zufolge gleichfalls in dem belagerten Haus befunden haben und daraus entkommen sein. ●

Was wurde aus den gefangenen Frauen vom KZ „Tres Alamos"?

Im Zuge der Vorbereitungen, die die faschistische Militärjunta in Chile anläßlich des geplanten Besuches der UNO-Menschenrechtskommission, die sich über die Zustände in chilenischen Gefängnissen Ende Juni informieren wollte, wurden die im KZ „Tres Alamos" eingekerkerten Frauen nach Pirqué, einem kleinen Dorf in der Nähe von Santiago, in ein freundliches Haus mit Swimming-Pool (!) gebracht und wurden noch schnell einer Intensivpflege für ihre Foltermale unterzogen.

Am 7.7.75 berichtete die „Welt", daß Pinochet seine frühere Genehmigung zurückgezogen habe mit der Begründung, daß der „internationale Marxismus" in Chile eine Schlacht verloren habe und deshalb zu Lügen Zuflucht nehme (wir berichteten darüber in AK Nr. 63 und 64). Der wahre Grund für die Verweigerung der Einreise dürfte wohl darin liegen, daß der erschreckende physische und psychische Zustand der Frauen, die durch die Folter oft völlig verstümmelt sind, in der Weltöffentlichkeit wohl noch stärkere Proteste hervorgerufen hätte und die Gorillas somit als kreditwürdige Partner in ein noch schlechteres Licht geraten wären.

So sieht die Wirklichkeit in Pirqué aus

- Das Wasser ist verseucht durch Rattenkadaver.
- Die Frauen können nicht mehr davon trinken und sich nicht mehr waschen. Sie haben bereits gefährliche Hautausschläge bekommen.
- Eine Gefangene bekam durch die Vergewaltigungen, die zur alltäglichen Foltermethode gehören (Gruppenvergewaltigungen und Vergewaltigungen durch eigens dafür abgerichtete Hunde!) ein Kind, das vom Roten Kreuz Nahrung erhielt. Nunmehr wurde auch dem Roten Kreuz der Eintritt ins KZ verweigert, womit für das Baby das Todesurteil gesprochen wurde.
- Ferner werden die Frauen gezwungen, sich ständig im Freien aufzuhalten, wo eisige Temperaturen herrschen.

Während die kirchliche Organisation „Friedenskomitee" (Comité Por La Paz), die inzwischen von Pinochet und Konsorten illegalisiert wurde, sich aktiv für die politischen Gefangenen, insbesondere für die Verschwundenen einsetzte (siehe hierzu „Fall 119", AK Nr. 65) ist das Rote Kreuz, dem die Zustände in den chilenischen KZs nicht unbekannt sein dürften, unseres Wissens nach niemals mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten. Aufgrund des internationalen Charakters dieser Organisation wäre es ihr ein Leichtes gewesen, die Weltöffentlichkeit über die ständig geleugneten Brutalitäten der Junta zu informieren. ●

Eine Genossin des
KB/Gruppe Westberlin

Das atomare Wettrüsten der USA und der UdSSR

Kein Ende abzusehen

Seit November 1974 verhandeln die USA mit der Sowjetunion über ein zweites Salt-Abkommen, das angeblich zur „Begrenzung der atomaren Rüstung" dienen soll. Die Verhandlungen über das zweite Abkommen, das ausdrücklich eine qualitative und quantitative Aufrüstung vorsieht, sind ins Stocken geraten, da beide Seiten ihre inzwischen neu entwickelten atomaren Waffen nicht in das Abkommen miteinbeziehen wollen. Konkret wollen die US-Imperialisten den neuen sowjetischen Atombomber „Backfire" zu den strategischen Nuklearträgern zählen, was die SU ablehnt. Auf der anderen Seite haben die USA eine kleinere, sehr zielgenaue Rakete, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden kann, entwickelt („Cruise missile"), die die Sowjetrevisionisten zu den strategischen Kernwaffenträgern zählen und die USA nicht. Da beide Seiten grundsätzlich vereinbarten, „nur" jeweils 2.400 Interkontinentalraketen zu stationieren, geht es beiden Seiten darum, die beiden Neuentwicklungen außen vorzulassen, um eben mehr als 2.400 Langstreckenraketen oder vergleichbares zu produzieren. Insgesamt geht es gegenwärtig in der Diskussion um die atomare Strategie um die Frage, die „Erstschlagskapazität", den „First Strike", zu erreichen, um somit das „Gleichgewicht der Abschreckung" – das darauf beruht, daß beide Seiten nach einem erfolgten atomaren Angriff über eine vernichtende Zweitschlagskapazität verfügen – zu durchbrechen. Das hat natürlich ein ungeheures atomares Wettrüsten zur Folge.

Zum gegenwärtigen Stand der atomaren Rüstung

„Die USA besitzen zur Zeit nach ihren eigenen Angaben über 30.000 Nuklearwaffen, die sich auf amerikanischem Boden, auf allen Meeren, in Europa und Asien befinden. Davon sind 8.500 als strategische und 22.000 als taktische Waffen eingestuft. Der Hauptunterschied zwischen den strategischen und den taktischen Nuklearwaffen liegt in der Reichweite. Die taktischen Waffen haben eine kürzere Reichweite, sind aber in ihren Auswirkungen z.T. viel gewaltiger als die strategischen Waffen. Mitte 1975 sind von den 8.500 strategischen Nuklearwaffen mit Mehrfachsprengköpfen geeigneten Trägermitteln ausgerüstet:

- *die 1.054 in den USA zu Land stationierten Minuteman und Titan-Raketen,*
- *die 656 Polaris/Poseidon-Raketen auf 41 atomaren U-Booten und*
- *500 strategische Bomber (B-52), in Kürze die weiterentwickelte B-1.*

(„Atomic Scientists", Mai 75)

Anmerkung

Wenn wir im folgenden versuchen, einen Überblick über das atomare Wettrüsten zu geben, dann muß dabei beachtet werden, daß diese Angaben im wesentlichen Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse entnommen sind. Bei den angegebenen Rüstungsvergleichen ist allerdings davon auszugehen, daß Angaben, die von der Wirklichkeit abweichen, eher das Potential des US-Imperialismus zu niedrig angeben und eher das Potential der Sowjetunion zu hoch. Denn häufig dienen Rüstungsvergleiche dazu, neue eigene Rüstungsanstrengungen der Imperialisten zu begründen und selbst Presseorgane, die nicht für den Betrug der Massen da sind, müssen sich auf entsprechende Angaben der Kriegsministerien stützen.

Laut zitierter Zeitschrift produzierten die USA in den letzten vier Jahren rund drei strategische Nuklear-Waffen täglich. Bis 1985 werden die USA über 21.000 strategische Nuklear-Waffen verfügen. Trotz Salt-Abkommen produzierten *„die USA 1973 etwa siebenmal so viel Atomwaffen wie 1969 beim Amtsantritt Nixons".* („MoPo", 20.11.1973). Dabei haben die US-Imperialisten einen riesigen Vorsprung vor der Sowjetunion, die selbst nur über ca. 2.500 strategische Atombomben verfügt („Atomic Scientists", Mai 75).

So stieg die Anzahl der Interkontinentalraketen in der Zeit von 1971 bis 1974 bei den USA um 390, bei der Sowjetunion auf 80, bei den Sprengköpfen liegt das Verhältnis im gleichen Zeitraum 1.170 zu 160.

Bei den atomaren Seestreitkräften (SLBM) stieg die Anzahl der Träger (U-Boote, Zerstörer, Flugzeugträger) in den USA auf 758, bei der SU auf 492 an. Die Anzahl der von den Schiffen und U-Booten aus abgeschossenen Atomsprengköpfe stieg in den letzten vier Jahren bei den USA um 4.850, bei der Sowjetunion um 572 (Angaben aus „Sicherheitspolitik heute").

Dazu bemerkte Kissinger am 26.4.74: *„Wenn man nicht auf die Trägerwaffen, sondern auf die abschießbaren Sprengköpfe sieht, dann hat sich der Vorsprung der USA gegenüber der Laufzeit des Salt-Abkommens (!) vergrößert und wird sich noch weiter vergrößern. Und man wird schließlich von Sprengköpfen getroffen – nicht von Trägersystemen"* (Nach „Sicherheitspolitik heute").

Von den 22.000 taktischen Atomwaffen sind allein 7.200 Atomsprengköpfe in Europa gelagert, und zwar in der BRD, Belgien, Griechenland, der Türkei, Island, Italien, Holland, Portugal, Spanien und England. In Asien sind ca. 1.700 Sprengköpfe gelagert und zwar auf den Philippinen, Guam, Südkorea und auch Japan (Nach „Sicherheitspolitik heute" und „Spiegel" vom 23.6.75). Nach amerikanischen Berechnungen besitzen die 7.200 Atomsprengköpfe in Westeuropa eine Explosionskraft von 460 Megatonnen – 35.000 mal stärker als die Hiroshima-Bombe. Die Trägerwaffen, die größtenteils sowjetischen Boden treffen können, bestehen u.a. aus 500 strategischen Bombern (Phantom), aus verschiedenen Boden-Boden-Raketen wie Pershing, Lance und Sergeant und aus Nuklear-Artillerie-Granaten.

Den 7.200 Atomsprengköpfen der USA stehen rund 3.000 der Sowjetunion gegenüber, die auf europäischem Boden gelagert sind.

Welch verheerende Folgen der Einsatz solcher Waffen hat, verdeutlicht ein sog. „Nato-Planspiel", „Carte-Blanche". Die Militaristen gingen dabei vom Einsatz von 268 taktischen Nuklearwaffen auf westdeutschem Boden innerhalb von 48 Stunden aus. Dabei würden 1,7 Mill. Menschen getötet und rund 3,5 Mill. Menschen verletzt (im zweiten Weltkrieg kamen in sechs Jahren 3,05 Mill. Deutsche ums Leben und 780.000 wurden verwundet). Desweiteren sind 7.043 taktische Nuklearwaffen im Atlantik oder im Pazifik auf Schiffen (meist Flugzeugträger) stationiert.

Im atomaren Kräfteverhältnis zwischen den USA, Frankreich und Großbritannien einerseits und der Sowjetunion andererseits ergibt sich folgender Stand:

	USA	Frankreich	Großbritannien	Sowjetunion
Strategische Atomwaffen	8.500	?	?	2.500
taktische Atomwaffen	22.000	?	?	?
Interkontinentalraketen	1.054	–	–	1.575
Interkontinentalraketen auf (U-Booten):	656 (41)	48 (3)	64 (4)	720 (70)
Langstreckenbomber:	500	?	?	140
Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 800-6.500 km:	0	18	0	600
Mittelstreckenbomber mit einer Reichweite von 4.000-6.500 km:	66	54	50	700

Der amerikanische Senator Mc. Intyre, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der USA, ging auf die sehr fragwürdigen Rüstungsvergleiche ein und stellte dazu fest:

„Auch Senator Mc. Intyre beklagt die Einseitigkeit, mit der von westlicher Seite Rüstungsvergleiche betrieben würden. Er wandte sich gegen die unkritische Litanei, die immer wieder gegen die eigenen Fortschritte in der Rüstungstechnologie unterbewerte, die sowjetischen Fortschritte dagegen in den bedrohlichsten Farben schildere. Die sowjetischen U-Boote seien nicht so leise wie die amerikanischen (und damit leichter aufzuspüren); ihre Sprengköpfe weniger effizient, ihre Computer nicht so weit entwickelt, ihre U-Boot-Bekämpfung nicht so wirksam wie die eigene; ihre seegestützten Raketen hätten keine Mehrfachsprengköpfe und ihre Bomber seien keine echten interkontinentalen Systeme". („Sicherheitspolitik heute" 1/75, S. 289).

Zur Diskussion um die atomare Strategie in den imperialistischen Ländern

Die gegenwärtig bestehende „atomare Abschreckung" zwischen den beiden „Supermächten" beruht darauf, daß *„keiner den anderen mit dem Ersten Schlag (First Strike) zu entwaffnen vermöchte, weil beide voneinander wissen, daß der andere mit dem Zweiten Schlag (Second Strike) Rache üben könnte. Die Fähigkeit der USA wie der UdSSR, noch im Sterben zu töten, beruht auf den Flugzeugen und Raketen für den Second Strike . Sie schließt den First Strike ohne Zweifel aus den Betrachtungen aus. Wer wollte denn einen Mord begehen, der gleichzeitig ein Selbstmord wäre"* (von Raven in der „Welt" vom 9.7.1975).

Doch weiter führt von Raven aus: *„Es gilt freilich, den Begriff „First News" davon zu unterscheiden. Damit ist gemeint, daß der Verteidiger die Bereitschaft und das Vermögen hat, atomare Kampfmittel gegen den Angreifer ins Treffen zu schicken, wenn dieser mit konventionellen Truppen in überwältigender Menge zur Schlacht antritt. Die Amerikaner würden dann ‚Selected Strikes' gegen die Sowjets führen, genau dosierte und präzise treffende Schläge mit taktischen oder strategischen Nuklearwaffen gegen ausgewählte Ziele. Das entspricht den Planungen der NATO, die nach den Prinzipien der ‚Flexiblen Antwort' jeder offensiven Aktion des Ostens mit einer defensiven Reaktion des Westens auf angemessene Weise begegnen wollen".*

Damit sind im wesentlichen die Aussagen von Schlesinger und auch Leber nach der Niederlage der USA in Indochina gemeint, wo beide ankündigten, ggf. als erste Atomwaffen einzusetzen. Dazu ist der Westen bestens gerüstet. Gleichzeitig jedoch gehen die Imperialisten daran, die atomare Schwelle zu senken und die konventionellen Streitkräfte verstärkt aufzurüsten, um auch auf diesem Gebiet eine Überlegenheit zu erzielen, um so für längere militärische Auseinandersetzungen ohne den Einsatz atomarer Waffen gerüstet zu sein (vgl. AK 68).

Atombombenträger B 52: Strategische Luftflotte des US-Imperialismus

Die zwei Maßnahmen der USA zur Erringung einer atomaren Überlegenheit

Der US-Imperialismus gibt sich natürlich nicht mit dem atomaren Gleichgewicht zufrieden, sondern versucht mit allen Mitteln, den entwaffnenden First Strike zu erreichen, um einen Gegenschlag der Sowjetunion auszuschalten.

Dazu haben die USA gerade in letzter Zeit, mit Widersprüchen auch in den eigenen Reihen z.B. zwischen Schlesinger und Kissinger, erhebliche Anstrengungen unternommen, die sich grob in vier Bereiche einteilen lassen.

Erstens zielt die atomare Strategie der USA darauf ab, nicht so sehr die zivilen Bereiche, Industriezentren usw. atomar zu vernichten, sondern die atomaren Stellungen wie z.B. die Raketensilos in der Sowjetunion „kampfunfähig" zu machen. Zweitens sind die USA gerade dabei, ihr atomares Potential verstärkt auf maritime Träger umzurüsten – vor allem auf Atom-U-Boote, da sie bewegliche und schwer zu vernichtende Basen darstellen.

Zu dem erstgenannten Punkt läßt sich feststellen, daß die USA ihre Rüstungsanstrengungen im wesentlichen auf zwei Gebieten forcieren:

1. Die Modernisierung und Weiterentwicklung der Langstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen, die unabhängig voneinander sich selbst automatisch in ein programmiertes Ziel steuern. Dabei werden zwei Arten dieser Systeme entwickelt, wobei das eine System gegen die Raketensilos in der Sowjetunion, das andere gegen die Zivilbevölkerung und Industrieanlagen gerichtet ist. Dazu schrieb die „Welt" vom 19.6.75:

„Die USA wollen eine Reihe ihrer ballistischen Fernraketen mit einer möglichst großen Anzahl der sog. Mehrfachsprengkörper MIRV bestükken. Damit ist es möglich, mehr Ziele anzugreifen, ohne die in den Ost-West-Verhandlungen eingefrorene Zahl der Trägerraketen zu steigern.

Selbst wenn es den Sowjets gelänge, bei einem Überraschungsschlag eine große Anzahl der 1.000 Minuteman-Raketen zu vernichten, könnte eine kleine Raketenstreitmacht mit diesen ,Vielzahl-Atombomben' ausgerüstet ist, noch Hunderte von ,weichen' ungeschützten Zielen in der Sowjetunion bekämpfen. Nach Mitteilung des Pentagon würden selbst 50 so bestückte Fernraketen eine sehr große Anzahl von Gefechtsköpfen ins Ziel bringen können. Das US-Verteidigungsministerium geht offensichtlich davon aus, daß sich die Anzahl der Mehrfachsprengköpfe von gegenwärtig drei pro Minuteman-Rakete auf vielleicht 8 - 10 Atombomben kleineren Kalibers steigern ließe. Zwar sinkt dabei die Energieausschüttung der gegenwärtigen Mehrfachsprengköpfe von rund 200 Kilotonnen auf etwa 20 Kilotonnen, also auf die Größe der Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Dafür aber würden gleich zehn ,Hiroshima'-Bomben von einer Rakete gestartet, ihre Ziele suchen."

Auf der anderen Seite „*setzen die USA alles daran, die Energieausschüttung ihrer Gefechtsköpfe zu steigern. Dies ist das Projekt ,Mark-12-A'. Hier wird durch Miniaturisierung des Zündmechanismus und anderer Komponenten mehr Gewicht frei. Statt mehr Bomben mit einer Rakete ins Ziel zu befördern, versuchen die Atomwaffenforscher bei gleichbleibender Stückzahl eine höhere Vernichtungsenergie einzubauen. Die Flugerprobung dieser wirksameren Atombomben soll im Sommer 1977 abgeschlossen sein*".

In der Militärzeitschrift „Interavia 8/75" heißt es zu den Maßnahmen der USA zutreffend: „*Die Maßnahmen zur Treffgenauigkeit und größerer Sprengkraft laufen ebenso wie die Forderungen Schlesingers nach mehr Flexibilität und Genauigkeit der Zielzuweisung darauf hinaus, daß die USA ihre traditionelle Doktrin der gegenseitigen und sicheren Abschreckung fallenlassen und dafür eine Doktrin einführt, die im wesentlichen darin besteht, verbunkerte sowjetische Interkontinentalraketen und sonstige Ziele durch einen Erstschlag auszuschalten*".

Die Entwicklung von Bomben mit größerer Treffsicherheit und höherer Energie, die die sowjetischen Silos ausschalten sollen, werden begleitet von Maßnahmen, die darauf abzielen, elektronische Steuerungsmechanismen einzubauen, die es der sowjetischen Raketenabwehr erschweren, die Bomben zu treffen und unschädlich zu machen. Dazu General Philips, Direktor des amerikanischen „Minuteman-Programms": „*Unsere Steuersysteme sind denen der Sowjets überlegen. Mit Hilfe eines neuen Systems ... können wir innerhalb weniger Minuten das Ziel wechseln*". Dazu merkt die „Welt" an: „*Diese Fähigkeit ist äußerst wichtig, da das strategische Bomberkommando der USA ja seine Raketen nicht gegen leere Sowjetsilos starten will*".

USA ja seine Raketen nicht gegen leere Sowjetsilos starten will".
(„Welt", 22.5.75).

In die gleiche Richtung fällt die Entwicklung einer neuen Nuklearrakete, der „Cruise-missile" – Streitobjekt bei den SALT-Verhandlungen. Sie hat eine Reichweite von 2 - 3200 km und ist in der Lage, Radaranlagen zu unterfliegen. Diese Raketen können von Bombern, U-Booten und Kriegsschiffen abgeschossen und mit taktischen und strategischen Sprengköpfen versehen werden.

Gleichzeitig konzentrieren sich die USA auch auf die verstärkte Sicherung ihrer eigenen Raketenbunker, die zusätzlich verstärkt werden, um einem sowjetischen Angriff besser zu überstehen.

Insgesamt jedoch halten beide Seiten anscheinend nicht viel von aufwendigen Sicherungsmaßnahmen der landgebundenen Silos; im ersten SALT-Abkommen 1972 beschränkten beide Seiten ihre „Antiraketen-Systeme" auf die Anzahl von 100. Dabei hat die Sowjetunion nur 64 der 100 möglichen Abschußrampen um Moskau herum stationiert.

„*Auch die USA haben erkannt, daß es nicht möglich ist, im Falle eines Angriffs mit Interkontinentalraketen zwischen atomaren Gefechtsspitzen und zuvor ausgestoßenen Ködern zu unterscheiden. Deshalb haben die US-Militärs beschlossen, das ursprünglich zur Verteidigung der 150 Raketen in Dakota gebaute Abwehrsystem in ein systemorientiertes Entwicklungsprojekt umzuwandeln*". („Welt", 13.6.75). Klar ist natürlich, daß beide Seiten an der Entwicklung „wirksamerer" Abwehrsysteme arbeiten.

Die Problematik der Atom-U-Boote

Mit dem Ausschalten der Silos, in denen beiden „Supermächte" ihre strategischen Atomwaffen untergebracht haben, ist jedoch noch lange keine Erstschlagskapazität erreicht; sowohl die Sowjetrevisionisten als auch die USA haben einen Teil ihres Atomwaffenpotentials auf Flugzeugträgern, Kriegsschiffen und vor allem U-Booten untergebracht. Die amerikanischen Poseidon und die neueren Trident-Langstreckenraketen sind z.T. mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet. Gerade U-Boote sind im Gegensatz zu den Silos sehr beweglich, schwer zu orten und der Zeitpunkt des Abschusses läßt sich nicht so schnell feststellen. „*Mit dem Aufbau ihrer SLBMs (seegebundene Interkontinentalraketen) verfügt die Sowjetunion über eine unverwundbare Zweitschlagkapazität und die amerikanische Nuklearplanung änderte sich*". („Sicherheitspolitik heute", 1/75)

Um die Bedeutung der seegestützten Atomstreitkräfte richtig beurteilen zu können, sind folgende Verhältnisse wichtig:

„*Das Arsenal der strategischen Kernwaffen der USA enthält ca. 500 strategische Bomber, 41 strategische Atom-U-Boote und 1054 landgestützte strategische Raketen. Das sowjetische Kernwaffen-Arsenal enthält 140 strategische Kernwaffen-Bomber, 42 strategische Atom-U-Boote und 1540 landgestützte strategische Raketen* (vergl. Tabellen). *Berücksichtigt man die Mehrfachsprengköpfe auf den Raketen, dann sind die amerikanischen strategischen Verbände in der Lage, ungefähr 6000 Sprengköpfe von Raketen und ungefähr 2000 weitere von Bombern, insgesamt also etwa 8000 strategische Sprengköpfe abzuschießen. Die sowjetischen strategischen Kernwaffen-Verbände können etwa 2600 Sprengköpfe von Raketen und Bombern abwerfen*" („SIPRI-Jahrbuch" 1975 v. Stockholmer Friedenforschungsinstitut).

In der gleichen Zeitschrift heißt es dann weiter: „*Die amerikanische Marine hat mindestens 2500, mögli-*

es dann weiter: „*Die amerikanische Marine hat mindestens 2500, mögli-*
cherweise viel mehr Kernwaffen im Atlantik und im Pazifik stationiert".

In diesem Punkt zeigt sich die amerikanische atomare Überlegenheit: das Atomwaffenpotential der Marine entspricht dem gesamten sowjetischen Atomwaffenpotential! Das riesige Atomwaffenpotential beider Staaten würde ausreichen, um sich gegenseitig 100 mal zu vernichten! („SIPRI") Doch zurück zu den U-Booten.

„*Die amerikanischen strategischen Nuklearstreitkräfte bereiten eine Umrüstung vor. Die getauchten Atomträger der Kriegsmarine erhalten mehr Raketen vom Typ Poseidon*" („FAZ", 19.6.75). Konkret erhalten 30 U-Boote (von 41) je 16 Poseidon-Raketen. Jede dieser Raketen ist mit Vierfach-Sprengköpfen ausgerüstet. Das heißt, danach sind allein 30 U-Boote mit insgesamt 1920 Atomsprengköpfen ausgerüstet. Ab 1979 sollen weitere zehn U-Boote auf die Fernrakete Trident-I umgerüstet werden. Ein U-Boot kann sogar 24 dieser Mörderwaffen aufnehmen. Jede Trident-Rakete ist ebenfalls mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet. (Angaben nach „Welt", 13.5.75)



Sowjetischer Raketenkreuzer vom Typ „Kreta II"

Zur politischen Bedeutung der vollzogen Umrüstung schreibt die „FAZ": „*Dennoch ist hier eine Entscheidung getroffen worden, die nicht nur am Rande verzeichnet werden sollte. Europa verliert als strategische Gegenküste Amerikas durch den stürmischen Vormarsch der technischen Entwicklung an Bedeutung. Wir sind nicht mehr die unersetzliche, vorgeschobene Sicherheitsbasis der Vereinigten Staaten. Die USA können sich heute von ihrem Festland aus verteidigen. Die ganze Ostküste des amerikanischen Kontinents ist als eine einzige federnde Bastion zu begreifen, von der aus elastisch die mit Raketen bestückte Unterseebootwaffe im Sinne einer wirksamen Abschreckungsstrategie offensiv angesetzt werden kann*". („FAZ", 19.6.75)

Das bedeutet natürlich auch, daß die USA ihre strategischen Überlegungen gegenüber seinen „Verbündeten" klarer durchsetzen kann und dies auch tut, da die USA in keiner Weise in der atomaren Frage von der EG abhängig ist.

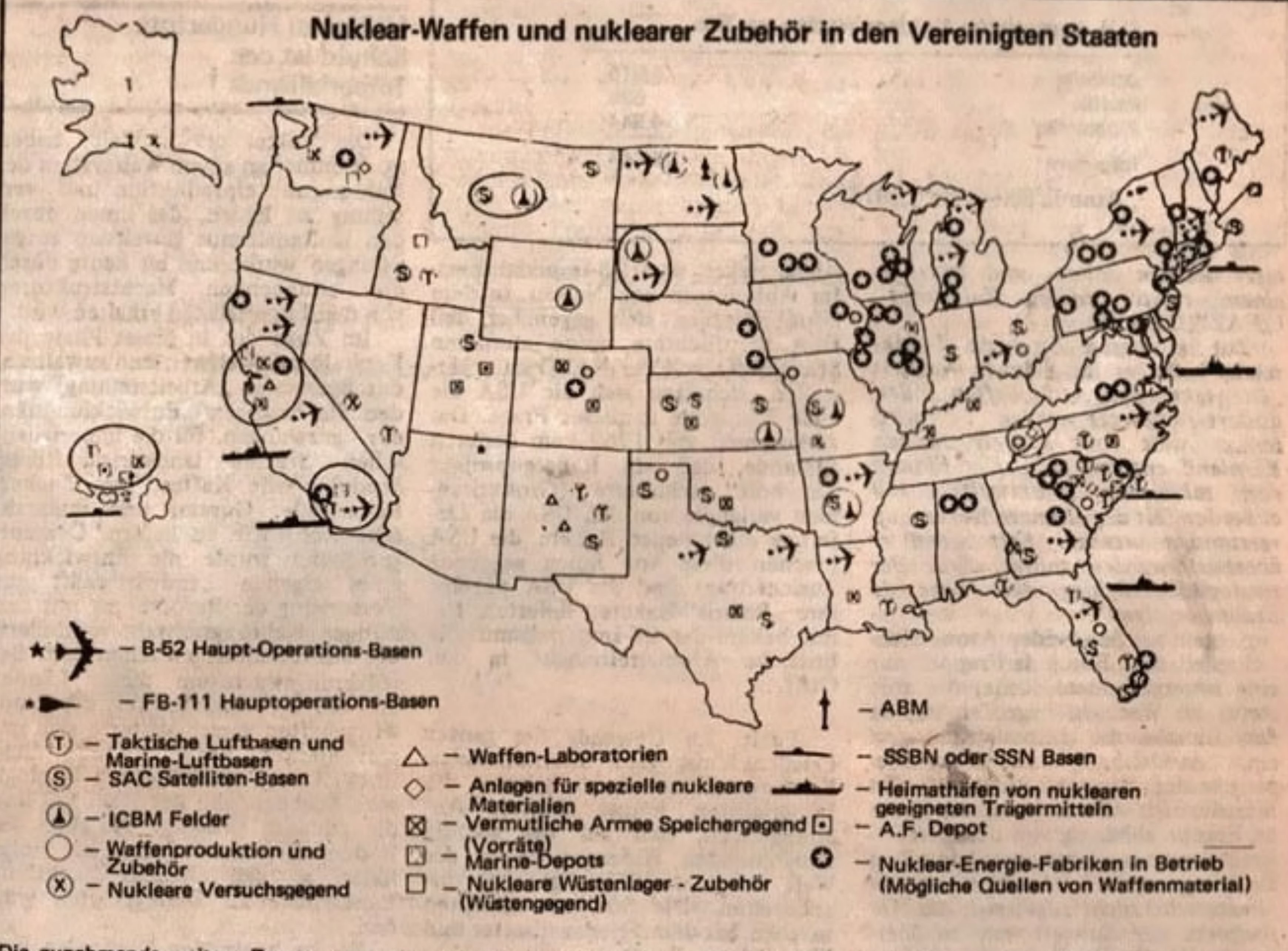
Wo sie zu Zugeständnissen gezwungen werden, betrifft das Stützpunkte gerade im Mittelmeerraum, im Nahen Osten (Spanien, Türkei), wo die USA sich auf militärische Interventionen unterhalb der atomaren Schwelle bzw. verbunden mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen vorbereiten. Hierbei sind sie auf Stützpunkte angewiesen und müssen auch einen Preis dafür bezahlen.

Der zweite Aspekt dabei ist, daß die US-Imperialisten absichtlich über keine Mittelstreckenraketen verfügen, die Sowjetunion aber eine erhebliche Anzahl solcher Atomwaffen gegen Westeuropa und die VR China gerichtet hat. Bürgerliche Presse und „Vaterlandsverteidiger" konstruieren daraus sogleich eine „atomare Bedrohung Europas" usw. Der Punkt dabei ist jedoch, daß die amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa mit Kurzstreckenraketen kombiniert mit den strategischen Bombern und U-Booten überall in der Welt ihre „flexible" Strategie anwenden können. Im Fall eines Einsatzes von Atomwaffen und einer daraus folgenden Eskalation haben die USA nicht das politische und militärische Risiko, von Westeuropa aus Mittelstreckenraketen gegen die Sowjetunion einzusetzen, sondern können sich ganz auf ihre U-Boot- und Bomber-Flotten verlassen.

Die Sowjetunion zieht voll mit

Wie aus der graphischen Darstellung ersichtlich, ist die Sowjetunion in der Lage, nach einem atomaren Angriff mit einem zweiten Schlag den USA erhebliche Verluste beizufügen. „*Nach den neusten Berechnungen des Pentagon würde ein (sowjetischer) Angriff auf die ,Minuteman'-Abschußrampen allein bis zu 10 Millionen Menschen durch direkte Einwirkung, Hitzewelle und Strahlenvergiftung töten ... Die Gesamtauswirkung könne bis zu 22 Millionen Tote fordern*". („FAZ", 17.9.75)

Nach Angaben westlicher Presseerzeugnisse sind die sowjetischen Langstreckenraketen stärker und mit einer größeren Reichweite ausgestattet, die Atomsprengköpfe sind ebenfalls größer. Ferner können die sowjetischen Raketen größere Nutzlasten (sprich: Atomwaffen) tragen und abschießen. Allem Anschein nach sind auch die Sowjetrevisionisten bestrebt, über Atomwaffen zu verfügen, die die amerikanischen Silos treffen und „kampfunfähig" machen sollen. Dazu sind die waffentechnischen Entwicklungen sehr ähnlich (Mehrfachsprengköpfe, U-Boot-Umrüstung usw.). Eine genauere Darlegung über die sowjetischen Pläne und Absichten kann aufgrund des spärlichen Materials nicht erfolgen. Die „Untersuchungen" in der westlichen Presse sind meist stark übertrieben bis gelogen. Dabei kommt nicht viel heraus.



Die zunehmende weitere Zerstreuung nuklearen Betriebes präsentieren ein wachsendes Sicherheitsproblem. Jedes Symbol (Zeichen) repräsentiert eine fixierte Örtlichkeit für Materialien von allerhöchster Gefährlichkeit. Quelle: Informationsamt des Verteidigungsministeriums, Defense Monitor (Verteidigungs-Ermahner) vom Februar 1975. Aus „the bulletin of the Atomic Scientists", Juni 1975 auf Seite 30. Gegründet 1945, Verlagsort Chicago.

Frankreichs „Force de Frappe"

„*Die atomare Entwicklung Frankreichs geht weiterhin auf Kosten der konventionellen Kapazitäten, was sich das Land nur deshalb leisten darf, weil es auch nach seinem Ausscheiden aus der militärischen NATO-Integration durch die Existenz der Allianz und durch das Vorhandensein alliierter Truppen in der BRD abgedeckt bleibt. Hinter dem Schirm, der ihm auf westdeutschem Gebiet geboten wurde, ließ Frankreich seine Kernwaffenverbände heranwachsen, die sich derzeit in folgendem Umfange darbieten:*

- *36 ,Mirage IV A-Bomber' in neun Staffeln, die bereits seit 1964 im Dienst sind, haben nur mit Unterstützung von 11 amerikanischen (!) Tankern eine Reichweite von 2000 sm, darüber hinaus stehen 18 Bombenflugzeuge dieses Typs in Reserve.*
- *18 ,S 2-Raketen' in zwei Staffeln, die, in unterirdischen Silos auf de Plateau D'Albion stationiert, zur Klasse Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von rund 1900 sm gehören, verfügen bis jetzt lediglich über nukleare Ladungen bis 150 MT (MT = Megatonnen).*
- *48 seegebundene Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 1900 sm, die in drei atomgetriebenen U-Booten gelagert sind. Die Raketen besitzen Sprengköpfe mit relativ niedriger Wirkung, Mehrfachsprengköpfe besitzt Frankreich ebenfalls (noch) nicht*". (von Raven in: „Sicherheitspolitik heute", 1/75).

Wichtige Angaben über den Bestand der USA-Streitkräfte in den Finanzjahren von 1961 - 1974

	Finanzjahr					
	1961	1964	1968	1972	1973	1974
Personal, Mio. Mann						
Militärangehörige	2,484	2,685	3,547	2,322	2,288	2,223
Reservisten	1,068	1,048	1,001	0,979	0,970	0,994
Zivilangestellte	1,042	1,035	1,287	1,050	1,012	1,013
Strategische Angriffskräfte						
ICBM	28	854	1054	1154	1054	1054
Ballist. U-Boot-Raketen	80	336	656	656	656	656
Strateg. Bombenflugzeugstaffeln	125	88	40	30	30	28
Gesamtzahl der strategischen Kernwaffen	4800	5400	4500	5300	6800	8100
Luftstreitkräfte allgem. Zweckbestimmung						
Staffeln der LSK	61	73	85	74	72	70
Staffeln der SSK	84	85	78	66	68	69
Staffeln der Marineinfanterie	28	28	27	27	27	27
Gesamtzahl der Flugzeuge	2840	3000	3010	2760	2790	2790
Transportkapazität der Flugzeuge in Mio kg	19,5	23,6	29,8	32,9	34,1	33,9
Fliegerkräfte der strateg. Beweglichkeit						
Staffeln	31	32	30	17	17	17
Transportkapazität in Mio kg	10,7	12,9	15,9	17,9	19,6	19,6
Ausgaben (in den laufenden Preisen) Mrd. Dollar	50,2	50,7	75,6	77,7	80,9	85,0

Fortsetzung Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

Ergänzend heißt es dazu in der „FAZ": *„Seit kurzem verfügen die Franzosen über nationale taktische Atomwaffen, die von einer beweglichen Rampe verschossen werden. Das Raketengeschütz für den Erdkampf heißt Pluto. Es kann mit taktischen Atomsprengköpfen Ziele in einer Entfernung von mehr als hundert Kilometern bekämpfen. Um diese Waffe wird die ganze Erste Französische Armee gruppiert. Wird diese alarmiert, ist dem möglichen Feind das entscheidende Signal gegeben: die Abschreckung verliert das Abstrakte der Friedenszeit, die Drohung mit der atomaren Waffe wird konkret. Denn von der Pluto verschossene ‚taktische Atomwaffen' sind sowohl Abschreckungswaffe wie Gefechtswaffen. Diese Formulierung (von Premierminister Chirac) läßt die Deutung zu, daß sie eingesetzt werden sollen, und zwar zu einem relativ frühen Zeitpunkt"* („FAZ", 23.6.75).

Zur atomaren Strategie Frankreichs heißt es im gleichen Artikel: *„Die taktischen Atomwaffen sollen dosiert eingesetzt werden ... Es wird immer weit vom sowjetrussischen Kernland entfernt sein. Der Einsatz von taktischen Atomwaffen soll außerdem als der atomare Warnschuß verstanden werden. Erst wenn er überhört werden sollte, würde der strategische Schlag der Force de Frappe erfolgen"*.

Gegenüber den beiden Atommächten spielt die „Force de Frappe" nur eine untergeordnete Rolle, die aber stetig im Wachsen begriffen ist, da der französische Imperialismus an einer Ausdehnung und Modernisierung seiner atomaren Streitkräfte interessiert ist. Allerdings ist die Force de Frappe abhängig von dem NATO-Frühwarnsystem und amerikanischen Tankflugzeugen. *„Den französischen Mirage wird nicht zugetraut, das Abfangnetz der Sowjetunion zu überwinden"*, schreibt Raven in „Sicherheitspolitik heute". Der französische Imperialismus betrachtet die „Force de Frappe" im wesentlichen als sehr wichtige Trumpfkarte im Zuge einer imperialistischen Einigung Westeuropas, insbesondere gegenüber dem BRD-Imperialismus. So spekuliert und hofft der „Militärexperte" von Raven: *„Die Force de Frappe ist zwar kein europäisches Potential, aber eine europäische Möglichkeit, die dann Bedeutung erlangt, wenn sich die EG unter dem Druck der Notwendigkeit doch noch entschließt, nicht nur von europäischer Solidarität zu reden, sondern auch nach ihr zu handeln"*. („Sicherheitspolitik heute").

Ohnehin ist klar, das hat der französische Imperialismus immer wieder betont, daß Frankreich in einer militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion auf der Seite seiner Freunde, den anderen imperialistischen Staaten, stehen wird.

Die Atomstreitkräfte des britischen Imperialismus sind z.T. schon veraltet (wie die 50 Mittelstreckenbomber „Vulcan B 2"), z.T. mit den Potentialen Frankreichs vergleichbar. Der entscheidende Unterschied zu Frankreichs Force de Frappe liegt in seiner politischen und militärischen Abhängigkeit vom US-Imperialismus. Im Abkommen von Nassau, in dem Großbritannien sich gegenüber den USA verpflichtete, seine atomaren Streitkräfte voll der NATO zu unterstellen, sicherten sich die USA die volle Kontrolle in dieser Frage. Das Abkommen von 1962 kam dadurch zustande, daß ein Raketenprojekt „Skybolt" scheiterte (Großbritannien verlangte von den USA die Lieferung einer neuen Rakete, die USA brachen diese von ihnen gegebene Zusicherung) und die USA prompt ihre „Polaris"-Raketen lieferten. Damit bekam der US-Imperialismus die britische Atomstreitmacht in den Griff.

Fazit: Im Gewande der ganzen Friedensdemagogien, internationalen Konferenzen usw. unternehmen die Imperialisten immer größere Anstrengungen, sich auf die ständig zunehmenden Widersprüche in der Welt bis an die Zähne gerüstet vorzubereiten. Die Sowjetrevisionisten machen bei dem Friedenstheater und Wettrüsten voll mit.

Den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen kann nur das internationale Proletariat verhindern! ●

Antimilitarismuskommission
KB / Gruppe Hamburg

U.S. taktische Nuklear-Waffen außerhalb der USA

Europa	7.000
Atlantische Flotte	1.000
Asien	1.700
Flotte im Pazifik	1.500
Zusammen	11.300

U.S. strategische Nuklear-Waffen zur See

Atlantik	4.015
Pazifik	528
Zusammen	4.544
Insgesamt	15.844

„Atomic Scientists", 1975

Kräfteverhältnis im Bereich der strategischen Waffen

I. Supermächte (derzeitiger Stand)	USA	UdSSR
ICBM	1054	1575
SLMB (in U-Booten)	656 (41)	720 (70)
LRB	437	140
MRBM/IRBM	0	600
MRB	66	700
II. Grenzen nach dem SALT I - Abkommen	**USA**	**UdSSR**
ICBM	1000	1618
SLBM (in Atom-U-Booten)	710 (44)	950 (62)
III. Potentiele europäischer Mächte	**Frankreich**	**GB**
SLBM (in Atom-U-Booten)	48 (3)	64 (4)
IRBM	18	0
MRB	54	50

Erläuterungen:

SALT (Strategic Arms Limitation Talks) = amerikanisch-sowjetische Gespräche über die Begrenzung der strategischen Waffen.
MIRV (Multiple Independently Targetable Reentry Vehicles) = unabhängig voneinander, selbständig eigene Ziele bekämpfende Mehrfachgefechtsköpfe.
MRV (Multiple Reentry Vehicles) = Mehrfachgefechtsköpfe, die nach dem Streuungsprinzip Flächenziele bekämpfen.
ICBM (Intercontinental Ballistic Missile) = Interkontinentalraketen, Reicheweite: 6.500 bis 13.000 km.
SLBM (Submarine-Launched Ballistic Missile) = Raketen auf U-Booten, Reichweite: 600 bis 4.500 km.
LRB (Long-Range-Bomber) = Langstreckenbomber, Reichweite: 10.000 bis 20.000 km.
MRBM (Medium-Range Ballistic Missile) = Mittelstreckengeschosse, Reichweite: 800 bis 2.400 km.
IRBM (Intermediate-Range Ballistic Missile) = Mittelstreckenraketen, Reichweite: 2.400 bis 6.500 km.
MRB (Medium-Range Bomber) = Mittelstreckenbomber, Reichweite: 4.000 bis 6.500km.
ULMS (Undersea Long-Range Missile System) = Interkontinentalgeschosse auf oder an Unterseebooten.
FBS (Forward Based System) = Amerikanische Kernwaffen auf europäischen Boden, die russisches Gebiet erreichen.
SRAM (Short-Range Attack Missile) = Kurzstrecken-Kampfrakete, Reichweite: bis 800 km.
sm (Statute Mile) = 1,609 km.

Auf dem Weg zu einer „neuen Nahrungsmittel — eine

Wenn in diesen Monaten die imperialistischen Staaten, die Öl- und „Entwicklungsländer" um die Schaffung einer sog. „neuen Weltwirtschaftsordnung" (s. letzten AK) verhandeln, dann spielen dabei Nahrungsmittel eine entscheidende Rolle. Denn während heute immer noch karitativ getarnte Organisationen wie etwa „Brot für die Welt" die Bekämpfung des Hungers zu einer Frage der „moralischen Verantwortung jedes Einzelnen" hochspielen, sind Nahrungsmittel in Wirklichkeit längst zu einer politischen Waffe der Imperialisten geworden, um ihre Interessen in den Ländern der „3. Welt" durchzusetzen. Obwohl es hierfür genügend Belege gibt, hat die westdeutsche Presse davon bezeichnenderweise so gut wie gar keine Notiz genommen. Der Grund liegt auf der Hand: Hier legt der Imperialismus offen seine Maske vom Friedens-, Demokratie- und Wohlstandsbringer ab. Außer bei den Massakern und Völkermorden zeigt das imperialistische System hier am deutlichsten seine tiefe Menschenverachtung und Menschenfeindlichkeit.
In der „FAZ" hieß es zu den Verhandlungen zwischen den imperialistischen Staaten und der „3.Welt" auf der Pariser „Energiekonferenz": „Wenn die

Millionen Hungertote — Schuld ist der Imperialismus !

Die Völker der „3.Welt" haben noch immer an einem Weltsystem der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung zu leiden, das ihnen durch den Kolonialismus gewaltsam aufgezwungen wurde und bis heute durch die bestehenden Machtstrukturen von den Imperialisten erhalten wird.

Im Zuge der in dieser Phase des Kapitalismus weltweit und gewaltsam durchgesetzten „Arbeitsteilung" wurden die heutigen „Entwicklungsländer" gezwungen, für die imperialistischen Staaten landwirtschaftliche Produkte wie Kaffee, Tee, Zucker, Baumwolle, Gummi und mineralische Rohstoffe zu liefern. Dementsprechend wurde die Entwicklung einer eigenen Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Nahrungsmitteln verhindert, das Mißverhältnis zwischen dem Bevölkerungswachstum dieser Länder und der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaften verschlechterte sich immer stärker. Vertieft wurde diese Entwicklung zudem durch ökologische Schäden, die der Raubbau und die zumeist einseitige Nutzung des Bodens für Monokulturen zur Folge hatte, so daß ehemals fruchtbare Landstriche zu Dürregebieten wurden.

So ist heute der Nordosten Brasiliens, ein ehemals fruchtbares Gebiet mit einem für die Landwirtschaft günstigen Boden und Klima zu einer Hungerzone geworden, weil die Zuckerindustrie allen Boden an sich gerissen hat. Die gleichen Erscheinungen finden sich in Afrika und Asien: *„Die Exportproduktion ist nicht nur deswegen für die Eingeborenen verhängnisvoll, weil sie die regionale Produktion von Nahrungsmitteln verhindert, sondern auch, weil sie durch eine verstärkte Erosion den Boden ruiniert"* (Josue de Castro, zitiert nach E. Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, S.477).

Der Hunger in der Welt wird heute oft von den Verteidigern des Imperialismus mit der Unfruchtbarkeit des Bodens erklärt. Tatsächlich ist aber diese Unfruchtbarkeit in vielen Fällen eine direkte Folge der einseitigen und starken Beanspruchung des Bodens allein für ein Anbauprodukt (Monokultur), was zwangsläufig bei jedem Boden auf eine Auszehrung und Verödung hinausläuft.

Auch heute noch begünstigen die ausländischen Direktinvestitionen in der Landwirtschaft der „3.Welt" den Anbau von marktgängigen Export-Früchten, anstatt die Nahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung zu erhöhen. Durch restriktive Handels- und Zollbestimmungen der kapitalistischen Staaten gegenüber den landwirtschaftlichen Produkten der „Entwicklungsländer" (zumeist Früchte, Zucker etc.), bleiben die Einnahmen dieser Länder auf diesem Sektor äußerst gering.

Die Hungerkatastrophen und der ständige Nahrungsmangel in den Ländern der „3.Welt" ist so allein dem imperialistischen System zuzuschreiben.

„Gegenwärtig gelten etwa 500 Millionen Menschen (!) vom Hungertod bedroht". Den grausamsten Blutzoll fordert der Hunger von den Kindern: *„Nach einer Schätzung der Weltbank sterben ca. 75 Mio. (!) Kinder in der Dritten Welt vor ihrem fünften Geburtstag an den Folgen der Mangelernährung oder an durch Ernährungsschäden begünstigten Krankheiten"* (Entwicklungspolitische Korrespondenz, 1/75).

Aber so erschütternd allein diese Zahlen auch sind, so geben sie doch nur ein unvollständiges Bild der wirklichen Situation: Zahlen können gar nicht die ganze Hoffnungslosigkeit und das Elend eines Lebens ausdrükken, das für Hunderte Millionen Menschen allein im Kampf um das tägliche Überleben besteht und in dem jährlich Millionen Menschen grausam unterliegen.

Für die Zukunft wird mit einer weiteren Verschlechterung dieser Situation, mit Hungerkatastrophen riesigen Ausmaßes gerechnet.

Die imperialistischen Staaten könnten heute mit ihren Nahrungsmittelüberschüssen sofort Millionen von Menschen vor dem drohenden Hungertod retten und weitere Millionen von Hungerelend befreien. Aber dann wäre der Imperialismus eben nicht Imperialismus; seiner inneren Logik folgend benutzt er die ihm gegebenen Möglichkeiten nicht zur Beseitigung des Hungers, sondern verwandelt seine Nahrungsmittelüberschüsse ganz im Gegenteil in eine fürchterliche Waffe, um die bestehenden Abhängigkeiten aufrechtzuhalten und die Staaten der „3.Welt" zu erpressen.

Beim US-Imperialismus, der aufgrund seiner Stellung in der Welt alle Waffen auf die Spitze treibt, wird dies am deutlichsten.



Hunger„Katastrophe" in der afrikanischen Sahel-Zone

„American way of life": Hunger für die Welt

Die USA und mit etwas geringerer Bedeutung Kanada, sind heute die größten Nahrungsmittelproduzenten und -exporteure. Für 1974/75 wird nach Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums mit einem Brot- und Futtergetreideexport von 52,2 Mio. Tonnen gerechnet, davon 25,8 Mio. Tonnen Weizen („FAZ", 11.11. 1974). Diese überragende Bedeutung des US-Imperialismus wird allerdings erst durch einen Zahlenvergleich aus der US-Handelsbilanz vollends deutlich: **1973 gaben die USA 14,1 Mrd. Dollar für sämtliche importierten Mineralien und Treibstoffe aus und verdienten gleichzeitig durch den Verkauf von Nahrungsmitteln nach Übersee 17,1 Mrd. Dollar!**

Eine ähnlich bedeutende Stellung haben die USA im Export landwirtschaftlicher Maschinen und Zubehörteile inne.

Diese Monopolstellung wird zur Erzielung von Monopolprofiten ausgenutzt. US-Landwirtschaftsminister Butz erklärte 1974, also nach (!!) der sog. „Energiekrise": *„Wir (die USA) und andere reiche Mitglieder unseres Clubs (!) bestimmen die Weltmarktpreise: statt einer Tonne Gummi oder Tee, die in den fünfziger oder sechziger Jahren nötig waren, um einen Traktor von uns zu kaufen, werden heute zwei Tonnen verlangt."* (zitiert nach Talbot: Nahrung als politische Waffe, S.123). Anstelle von Traktor kann man auch Weizen, Reis oder Futtergetreide einsetzen. Während heute die Preise für mineralische Rohstoffe fallen, steigen gleichzeitig die Preise für landwirtschaftliche Produkte. **1973 stieg der den „unterentwickelten" Ländern vom US-Imperialismus abverlangte Preis für Nahrungsmittel um 53%! 1974 stieg der Wert der Agrarexporte um fast 15% auf rund 20 Mrd. Dollar, während sie mengenmäßig sogar um 6% abnahmen.**

Nahrungsmittel wurden schon sehr früh von den USA als eine politische Waffe eingesetzt, was insbesondere nach dem 2.Weltkrieg ausgebaut und in den letzten Jahren perfektioniert wurde.

„Nahrung – das war eine alte Waffe im antikommunistischen (!) Arsenal des amerikanischen Kapitalismus. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte (Präsident) Herbert Hoover sie gegen die 'bolschewistische Erhebung' in Osteuropa eingesetzt – indem er Lebensmittellieferungen zur Unterstützung der antikommunistischen Kräfte hier anbot und dort vorenthielt... Nach Beendigung des 2.Weltkrieges gingen große Lebensmittellieferungen nach Frankreich und Italien, um die Hungersnot und die wachsende, von Kommunisten geschürte (?) Unruhe zu bannen" (Harry Cleaver, ebenda, S. 92).

Anfang der Fünfziger Jahre gingen dann diese Lieferungen zurück, die steil angestiegene Produktion fand keinen Absatz mehr, die Lebensmittelpreise fielen. In dieser Situation wurde 1954 das 'Public Law 480' verabschiedet, ein Gesetz, das wesentlich zur heute dominierenden Stellung der USA auf dem Ernährungssektor beigetragen hat. Hubert Humphrey, späterer US-Vizepräsident, beschrieb 1957 die Funktion dieses Gesetzes: **„Ich höre..., die Leute könnten von unseren Lebensmitteln abhängig werden. Ich weiß, daß dies nicht als eine erfreuliche Nachricht gilt. Für mich aber war es eine gute Nachricht, denn bevor die Menschen irgendetwas tun können, müssen sie zu essen haben. Und wenn man möchte, daß die Leute einem Vertrauen schenken und abhängig (!) von einem sind, ich meine im Sinne von Zusammenarbeit** (papperlapapp – d.Red.), **dann scheint mir solche Abhängigkeit von Lebensmitteln als eine fabelhafte Sache..."** (zitiert bei Cleaver, S.92).

Ziel dieses Gesetzes war es einmal, den durch die hohe Produktion und den plötzlichen Exportrückgang eintretenden Preisverfall von Lebensmitteln zu verhindern. Im Rahmen

Weltwirtschaftsordnung"? (Teil II) politische Waffe der Imperialisten

Entwicklungsländer ihre Wünsche nach Einbeziehung aller Rohstoffe ... durchsetzen, kann kaum ausbleiben, daß die Industrieländer, die ja außer Industrieprodukten auch Nahrungsmittel ausführen, ihrerseits das Problem (!) der Nahrungsmittelproduktion und -bezahlung anschneiden werden." Und dann kommt die unverhohlene Drohung der Imperialisten mit dem millionenfachen Hungertod in der „3.Welt": „Die Dritte Welt steht gerade in dieser Beziehung am Rande des Abgrunds (!). Nicht allein Bangladesh ist ohne ausländische Hilfe zum Hungern verdammt" (11.4.75).

Auf der Vollversammlung der UNO im September 1974 drohte Ford den dort versammelten Delegierten der „Enwicklungsländer": „Täuschen wir uns nicht, wenn wir nicht in Fragen des Öls, der Ernährung (!) und der Inflation zusammenarbeiten, so kann dies für jede in diesem Raum vertretene Nation die Katastrophe bedeuten" (zitiert nach Steve Talbot: Nahrung als politische Waffe, in: Weissmann: Das trojanische Pferd, Die „Auslandshilfe" der USA, S. 120).

dieses Gesetzes wurden die hohen Überschüsse entweder an andere, natürlich „westlich" orientierte, Staaten verschenkt oder in lokaler Währung verkauft. Den Lebensmittelmonopolen in den USA gelang es so, den eigenen Markt von Überproduktion freizuhalten und einen Preisverfall zu verhindern. Vor allem aber diente dies Programm dem US-Imperialismus dazu, eine „freie Welt" von „Entwicklungsländern" zu schaffen, die von amerikanischer Technik, amerikanischer Nahrung und US-Dollars abhängig ist. Außerdem half das Programm, neue Märkte für US-Güter und -Investitionen zu erschließen. In den Jahren von 1954 bis 1973 wurden von der US-Regierung für die Erschließung neuer Märkte für US-Landwirtschaftsprodukte 116 Mio. Dollar bereitgestellt. Die Exporte stiegen in Dollar von 1955 bis 1968 von 2,1 Mrd. auf 5 Mrd.

Ab Mitte der 60er Jahre trat unter der Johnson-Regierung bereits eine Verschärfung der Bedingungen für die Lieferungen ein. An die Lieferung von Lebensmitteln im Rahmen des Gesetzes wurden offen politische Bedingungen der US-Imperialisten gekoppelt: Nahrungsmittel erhielten nur die Länder, die den Schwerpunkt nicht auf die Industrialisierung, sondern auf die Landwirtschaft legten, Bevölkerungsprogramme aufstellten und dem US-Kapital Investitionen zu günstigen Bedingungen einräumten. Erstmals wandte Johnson die verschärften Vergabebdingungen während der Dürrekatastrophe 1965-67 gegenüber Indien an, wo Millionen Menschen vom Hungertod bedroht waren. Die USA machten eine „Hilfe" von günstigen Anlagebdingungen und Investitionsmöglichkeiten für US-Kapital abhängig. Die indische Regierung gab nach, und das US-Kapital strömte ins Land.

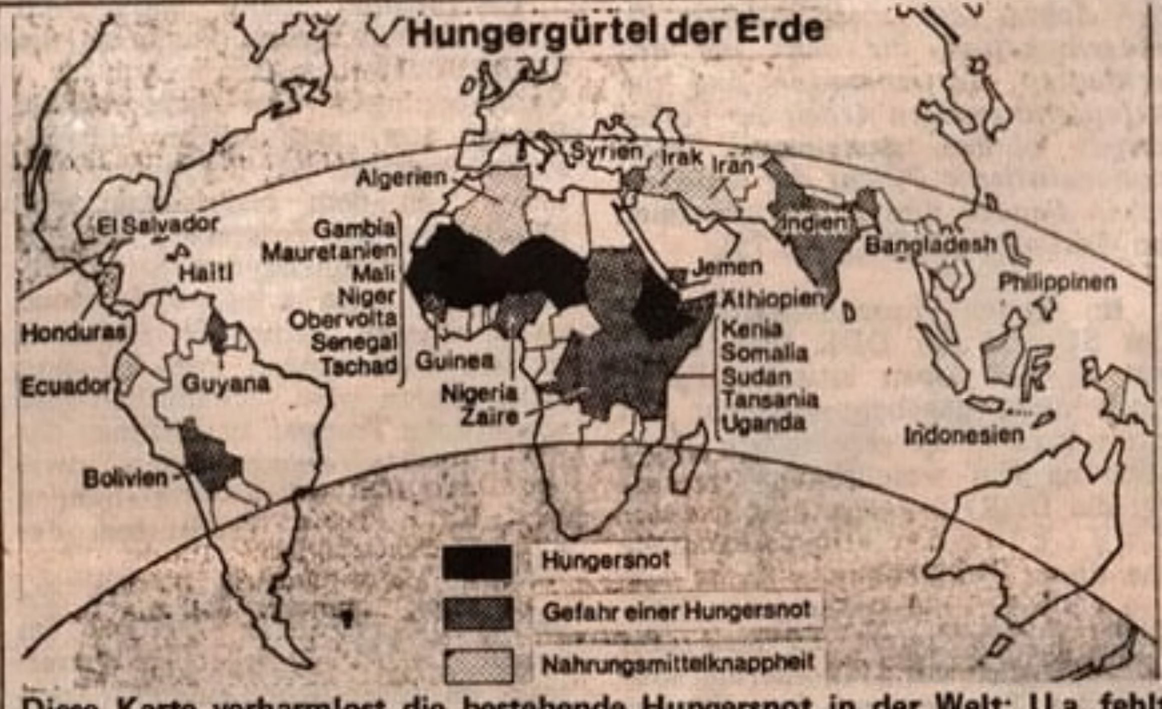
Dies markiert gleichzeitig eine Änderung in der Nahrungsmittelpolitik der US-Imperialisten gegenüber der „3.Welt". Zwar dient das Gesetz 'PL 480' noch heute dazu, für das amerikanische Agrarkapital neue Märkte zu erschließen, Länder von teuren Landmaschinen, chemischem Dünger, hochgezüchtetem Saatgut usw. aus den USA abhängig zu machen. Eine weitere Absicht allerdings, nämlich die Überschüsse in der Welt abzuladen, hat sich längst überlebt.

Heute verfolgt die Ernährungspolitik der USA offen zwei vorrangige Ziele: Erstens die Zahlungsbilanz der USA dadurch auszugleichen, daß weniger Nahrungsmittel verschenkt, stattdessen verkauft werden; zweitens *„Nahrung – in einer Zeit der weltweiten Knappheit – als politische Waffe einzusetzen, um die Ziele der US-Außenpolitik zu erreichen"* (ebenda, S.122). Dieses letztgenannte Ziel hat auch in der Vergangenheit die Agrarpolitik des US-Imperialismus mitbestimmt, es ist allerdings in den letzten Jahren, angesichts der allgemeinen Verschlechterung der Ernährungssituation in der Welt, mehr und mehr in den Vordergrund getreten und dürfte heute absolute Priorität besitzen.

Um die Profite aus den Agrarexporten zu erhöhen, wurde die Nahrungs-Hilfe der USA, die in besonders bedüftige Länder gegeben wurde, radikal und systematisch abgebaut. Diese Lieferungen sind von 18 Mio. Tonnen 1965 auf ganze 3,3 Mio. Tonnen 1974 zurückgegangen. Selbst bei Hungerkatastrophen großen Ausmaßes lehnen die USA heute Hilfelieferungen ab. Als 1974 die Delegierten der „Entwicklungsländer" auf der Ernährungskonferenz die USA zu Hilfeleistungen an die hungernde Bevölkerung in Afrika und Indien aufforderten, meinte Landwirtschaftsminister Butz dazu: *„Wir wollen doch nicht hysterisch (!!!) werden"* (zitiert ebenda, S. 117). Während der riesigen Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone in Afrika, bei der 25 Mio. Menschen vom Verhungern bedroht waren, ließen sich schließlich die US-Imperialisten dazu herab, Viehfutter (!) für den menschlichen Konsum zu schicken. In einem internen Bericht der US-„Entwicklungs"behörde AID hieß es dazu: **„Die ersten Hilfslieferungen bestanden zum großen Teil aus minderwertiger Mohrenhirse, die in diesem Land (USA – d.Red.) nur als Viehfutter verwendet wird. Sie enthält einen relativ hohen Prozentsatz an Verunreinigungen – Spreu, Tierkot (!!!) usw."** (zitiert ebenda, S. 126).

Diese Staaten spielen in der Globalstrategie des US-Imperialismus keine entscheidende Rolle – Tierkot und Viehfutter ist da gerade gut genug, um der Weltöffentlichkeit eine „humanitäre Hilfe" der USA vorzugaukeln.

Als politische Waffe werden die Nahrungsmittel dagegen heute in verschiedener Weise eingesetzt. Zum einen sollen durch bewußt herbeigeführte Preissteigerungen die ärmsten Länder der Welt gegen die OPEC- (Ölproduzierenden) Staaten aufgehetzt werden: *„Schultz* (US-Finanzminister – d.Red.) *und Kissinger sprachen davon, steigende Nahrungsmittelpreise für die LDC* (less developed countries – wenig entwickelte Länder – d.Red.) *als Hebel gegen die OPEC einzusetzen. Je stärker die LDC durch die Nahrungsmittel- und Treibstoffschere bedrängt würden, desto eher würden sie auf die OPEC Druck in Richtung auf die Rücknahme der Ölpreise ausüben... Der leitende Gedanke war offenbar: sollten doch die armen Länder den Stachel spüren, damit die Araber den Schrei hören"* (zitiert nach ebenda, S. 124).



Diese Karte verharmlost die bestehende Hungersnot in der Welt: U.a. fehlt hier Chile, Peru usw. Im übrigen scheint für die vollgefressenden Imperialisten nur dann eine „Hungersnot" zu bestehen, wenn bereits täglich Millionen Menschen sterben. Warum sonst wird z.B. Indien, wo täglich Tausende den Hungertod sterben und Millionen an Unterernährung leiden, nur als ein Gebiet mit „Gefahr einer Hungersnot" eingestuft?!

Daneben werden die Nahrungsmittelströme aus den USA bewußt nach den strategischen US-Interessen in der Welt kalkuliert und reguliert. Regionen, an denen der US-Imperialismus ein elementares Interesse hat, bekommen begünstigt „Hilfen", um bestehende Abhängigkeiten auszubauen und zu vertiefen oder neue zu errichten. Durch eine zu Anfang des Jahres bekannt gewordene CIA-Studie (s. AK 60, S.17), wurde bestätigt, daß durch das Getreide *„den USA bereits in naher Zukunft eine Macht in die Hand gegeben wird, wie sie sie noch nie besessen hat, – selbst direkt nach dem Zweiten Weltkrieg nicht"* (zitiert nach „SZ", 26.3.75.).

Diese Macht der USA erhöht sich aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung innerhalb der vom Imperialismus beeinflußten Welt ständig. Nach einer Schätzung des US-Landwirtschaftsministeriums werden die reichen kapitalistischen Staaten 1985 über einen Nahrungsmittelüberschuß von 51,9 Mio. Tonnen verfügen (ohne Futtergetreide u.ä.), während sich das Nahrungs„defizit" der „Entwicklungsländer" auf annähernd 48 Mio. Tonnen erhöht haben wird.

Es kann angesichts der Aggressivität des US-Imperialismus absolut kein Zweifel daran bestehen, daß er diese Waffe auch benutzen wird, um seine imperialistischen Ziele gegen die Völker und Staaten der „3. Welt" durchzusetzen und dafür den Hungertod von Millionen Menschen bewußt herbeiführt. Das unterstreicht noch einmal, daß der US-Imperialismus der größte und grausamste Feind der gesamten Menschheit ist. Für die Völker der „Dritten Welt" aber wird es mehr zu einer Frage des physischen Überlebens, den Imperialismus in ihren Ländern zu stürzen und damit die Grundlagen für die endgültige Beseitigung des Hungers, dieser Geißel der Menschheit, zu legen.

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg ●

BRD-Imperialismus:

Bundesregierung verweigert Landwirtschaftshilfe für die Dritte Welt

Wie wenig die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bereit ist, ihre großspurigen Versprechungen auf eine „Kooperation" und „Solidarität mit den Armen" in den „Entwicklungsländern" einzuhalten, stellte sie erneut bei der Einrichtung einer Weltlandwirtschaftsbehörde unter Beweis.

Die Einrichtung eines solchen Fonds war eine der Hauptforderungen der „Entwicklungsländer" auf der Welternährungskonferenz in Rom an die imperialistischen Staaten – damit diese zumindest teilweise „ihre alleinige Schuld an dem Hungerproblem in den Entwicklungsländern" begleichen.

Nach einer Studie der „Vereinten Nationen" (UNO) werden gegenwärtig in den „Entwicklungsländern" jährlich zwischen acht bis zehn Milliarden Dollar in der Landwirtschaft investiert. Um aber eine weitere drastische Verschlechterung der Ernährungssituation in diesen Ländern zu verhindern, wäre danach ein jährlicher Investitionsbedarf von 16 bis 18 Mrd. Dollar notwendig – ein Betrag der von diesen Staaten niemals alleine aufgebracht werden kann. Diese Staaten sind daher fürs erste auf unmittelbare Hilfe der imperialistischen Staaten angewiesen, um riesige Hungerkatastrophen zu vermeiden.



Tut mir leid, aber die Weltbank ist kein Entwicklungsinstitut und schließlich erfordert der Wohlstand der Industrieländer unsere eigenen Opfer und harte Arbeit.

Aus den von den „westlichen Industrieländern" zur Verfügung gestellten Geldern sollten „landwirtschaftliche Projekte" gefördert und „Landwirtschaftshilfen" gegeben werden. Auf der Konferenz erkärten sich jedoch nur die „erdölproduzierenden Länder" bereit, Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Die imperialistischen Länder – allen voran die USA und die BRD – wiesen diese Forderungen zurück.

Inzwischen wurde der „Landwirtschaftfond" eingerichtet, da nun doch auch einige imperialistischen Länder, *„darunter Großbritannien, Holland, Belgien und die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft zur Finanzierung erklärt"* hatten.

Der BRD-Imperialismus *„verhielt sich bisher ablehnend, (die Bundesregierung) halte, so erklärte sie, eine Beteiligung an einem weiteren (?) Fond für unzweckmäßig"* („FAZ", 15.10.75).

In der Hauptsache beruht diese kategorische Ablehnung der westdeutschen Imperialisten, den „Entwicklungsländern" bei der Lösung der Ernährungsprobleme zu helfen wohl nicht auf finanziellen Erwägungen (obwohl dies sicherlich auch eine Rolle spielen dürfte). Im wesentlichen beruht die Ablehnung der Bundesregierung darauf, daß die „Entwicklungsländer" einen Einfluß auf die Anlage der Gelder verlangen. Auch die übrigen imperialistischen Staaten, die der Errichtung dieses Fonds bereits im Prinzip zugestimmt haben, lehnen einen maßgeblichen Einfluß der Staaten der „3. Welt" ab.

Bisher wurden Kredite zur landwirtschaftlichen Entwicklung durch die „Weltbank" vergeben. Die „Weltbank" ist jedoch fest in den Händen der Imperialisten. Über die Vergabe der Gelder entscheiden allein die „westlichen Industrieländer" und zwar entsprechend ihrer Interessen und Finanzlage.

Bezeichnenderweise steht der ehemalige US-Kriegsminister MacNamara, der unter der Johnson-Regierung einer der Hauptkriegstreiber gegen die indochinesischen Völker war, der „Weltbank" als Vorsitzender vor. *„Die Weltbank ist kein 'Entwicklungsinstitut'; es geht ihr in erster Linie um die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität, um eine pro-westliche Einstellung der Regierungen in den unterentwickelten Ländern und um die Wahrung des heutigen internationalen Handels und der Investitionsbedingungen in der kapitalistischen Welt"* (Bruce Nissen, Der Aufbau der Weltbank, in: Rotbuch 135, S.46).

So ist die von den Imperialisten als sog. „Entwicklungsbank" bezeichnete „Weltbank" in Wirklichkeit ein Instrument des Imperialismus, um die „Entwicklungsländer" etwa durch die Drohung des Kreditentzugs gefügig zu halten.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die „Entwicklungsländer" gegen die „Weltbank" ein *„tiefverwurzeltes Mißtrauen"* hegen, und sich bemühen, sich von der imperialistischen Erpressung auf diesem Gebiet zu befreien.

Der neue "Landwirtschaftsfond" sollte deshalb nach dem Prinzip der Gleichberechtigung aller beteiligten Staaten aufgebaut werden. Jedes Land sollte einen Sitz und eine Stimme bei allen Entscheidungen erhalten, unabhängig davon, wieviel ein Mitgliedsland dem Fond finanziell beisteuert. Über die Vergabe von Krediten und die allgemeine Politik des Fonds soll die Vollversammlung der Mitgliedsländer („Gouverning-Council"), zu der jedes Land einen Vertreter entsendet, entscheiden. Dort wird auch der geschäftsführende Ausschuß („Executive-Director") und der Vorsitzende („Management-Director") gewählt.

Es ist gerade diese Struktur, die die *„meisten westlichen Länder"* ablehnen, mit der demagogischen Begründung, daß hier ein *„in grotesker Form aufgeblähter und aufwendiger Apparat"* geschaffen werde, der nur als Pfründe für die *„angehenden Würdenträger"* diene („FAZ", 15.10.75).

Es ist bezeichnend, daß gerade die BRD-Imperialisten bei der Verweigerung der Hilfszusagen an die hungerleidenden Staaten in der Welt diesmal an erster Stelle stehen und offen im Interesse aller Imperialisten versuchten, eine Beibehaltung der Erpressungsmöglichkeiten durch die „Weltbank" durchzusetzen.

Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang empfahl der Bundeskanzler auf seinem USA-Trip Anfang Oktober den „Entwicklungsländern", *„nicht ungeduldig auf eine schnelle Umverteilung der Reichtümer zu drängen. Sie könnten nicht in wenigen Jahren den Entwicklungsstand erreichen, der in den Industrieländern das Ergebnis von mehreren Generationen Arbeit und Opfer sei. Es gebe keine magische (?!) Formel, die die eigenen Opfer und harte Arbeit ersetzen könnten"* („FAZ", 4.10.75). – Diese demagogischen Schweinereien sind wohl kaum noch an Zynismus zu übertreffen!

Die Sozialdemokratie, die den „Entwicklungsländern" mit Vorliebe mit Schlagwörtern wie der „internationalen Kooperation mit den Armen dieser Erde" gegenübertritt, erweist sich auch hier als Partei, die die Interessen des Imperialismus im allgemeinen und die des BRD-Imperialismus im besonderen zu ihrem Programm gemacht hat.

BRD-Wirtschafts-Kommission
KB / Gruppe Hamburg ●

„Freundschaftsvertrag“ DDR – Sowjetunion

Am 7. Oktober, dem 26. Jahrestag der Staatsgründung der DDR, unterzeichneten Leonid Breschnew für die Sowjetunion und Erich Honecker für die DDR einen neuen „Freundschaftsvertrag" zwischen beiden Staaten, der den derzeit gültigen aus dem Jahre 1964 vorzeitig ablöst. Der westdeutsche Revanchismus sah sich anläßlich dieses Aktes wieder einmal in seinem Element. Des Langen und Breiten wurde in der westdeutschen Presse – allen voran der Springerschen – insbesondere über die „Streichung der Einheit der deutschen Nation" und über einen im Vertrag enthaltenen „Beistandspakt" gegeifert.

Die CDU ließ durch ihren außenpolitischen Sprecher Werner Marx erklären „*der neue Vertrag werde nichts an dem Willen des deutschen Volkes ändern, die von außen aufgezwungene Spaltung Deutschlands nicht als endgültig hinzunehmen*" („Welt", 8.10.75).

Für die CSU erklärte ihr stellvertretender Vorsitzender der Bonner Landesgruppe, Friedrich Zimmermann, der Vertrag sei ein „*weiterer Schritt zur Verfestigung sowjetischer Herrschaft in einem Teil Deutschlands*". Er dokumentiere den „*Kolonialstatus*" der „*sogenannten DDR*" etc.p.p. („Frankfurter Rundschau", 9.10.75).

Einerseits nun reden die Demagogen der CDU/CSU von „Kolonialstatus" der DDR, andererseits pöbeln sie heuchlerisch darüber, daß in dem Vertrag von SU und DDR die sogenannte „Vier-Mächte-Verantwortung" über „Gesamtdeutschland" mit keinem Wort mehr erwähnt wird, die SU also offenbar auf ihre sich daraus herleitenden Interventionsrechte gegenüber der DDR v e r z i c h t e t, während die US-Imperialisten dies gegenüber der BRD bisher nicht getan haben! Bislang ist allerdings der CDU/CSU nicht eingefallen, aus diesem Grunde von der BRD als einer „Kolonie der USA" zu reden ...

Sowohl die Führung der VR-China, die zwei Tage vor Ankunft des BRD-Kanzlers Schmidt in Peking noch rechtzeitig eine Stellungnahme zum „Freundschaftsvertrag" abgab, als auch ihre westdeutschen Nachbeter, die Vaterlandsverteidiger von „KPD/ML" und „KPD/AO" und „last not least" der KBW sind sich mit der CDU/CSU zumindest darin einig, daß „*der Sozialimperialismus diktiert*" („Kommunistische Volkszeitung", 16.10.75) bzw. die DDR eine „*Kolonie* (ist), *die ausgeplündert und beherrscht wird von den neuen Zaren im Kreml*" („Roter Morgen", 18.10.75), und daß die SU-Revisionisten die ganze Chose nur inszeniert haben, um „ ... *ihre aggressiven und expansiven Pläne gegenüber Westeuropa zu verwirklichen, und den ganzen Kontinent zu beherrschen*" („Hsinhua", chinesische Nachrichtenagentur, nach „Welt", 28.10.75) ...

„Schutz der sozialistischen Errungenschaften" = „beschränkte Souveränität"?

Der jetzt zwischen SU und DDR ausgehandelte „Freundschaftsvertrag" ist der dritte seiner Art und besteht insgesamt aus zwölf Artikeln, in denen beide Staaten die Schwerpunkte ihrer gegenseitigen Beziehungen formulieren. Zunächst wird im Vorwort erklärt, daß zwischen DDR und SU „ ... *ein enges brüderliches Bündnis entstanden*" sei, daß die DDR ein „ ... *souveräner unabhängiger sozialistischer Staat geworden ist* ...", daß man sich zur „*Entspannung*" bekennt und auch zur „*Charta der Vereinten Nationen* ..." usw. usf. Einzig interessanter Teil in der Präambel ist der Hinweis darauf, daß „*die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, die dank der heldenhaften Anstrengungen und der aufopferungsvollen Arbeit der Völker erzielt wurden, gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder sind* ..." (Abkommen im Wortlaut, „FAZ", 8.10.75).

Im ersten Freundschaftsvertrag der SU mit der DDR (von 1955) hat es den oben zitierten Passus noch nicht gegeben; vielmehr war k o n k r e t die gegenseitige Unterstützung (im wesentlichen der SU für die DDR) festgelegt, und a u s d r ü c k l i c h die Inanspruchnahme dieser Unterstützung als s o u v e r ä n e Entscheidung der DDR-Regierung bestimmt. Es hieß dort z.B. bezüglich der Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR:

„ ... diese Truppen bleiben zeitweilig in der DDR mit Zustimmung der Regierung ... zu Bedingungen, die durch eine zusätzliche Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und der Sowjetunion festgelegt" würden (Artikel 4). Ferner würden die sowjetischen Truppen sich nicht „in die inneren Angelegenheiten der DDR und das gesellschaftspolitische Leben einmischen".

Die Tatsache, daß im neuen „Freundschaftsvertrag" diese ehemals k o n k r e t gefaßten Passagen in die verwässerte Formel von der „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften" umgewandelt sind, deutet die bürgerliche Presse Westdeutschlands als „Beweis" für die Verankerung der sogenannten „Breschnew-Doktrin", als „Hegemoniestreben" der SU bzw. als Indiz für den „Kolonialstatus" der DDR (CDU/CSU) etc.

Nun ist es allerdings eine ziemlich absurde Vorstellung, daß etwa die DDR eines Tages mit ihren Truppen in der SU zwecks „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften" einmarschiert, aber andererseits benötigte die SU wiederum bei dem von ihr wesentlich initiierten Einmarsch in die Tschechoslovakei eine v e r t r a g l i c h e Absicherung überhaupt nicht!!

Wir wollen damit sagen, daß es schlicht hirnrissig ist, einen „Kolonialstatus" der DDR oder eine „begrenzte Souveränität" etc. aus dem oben zitierten Vertragstext herleiten zu wollen.

Festzuhalten bleibt einzig und allein, daß in diesem Punkt an die Stelle früherer k o n k r e t e r Vereinbarungen eine schwammige Passage von „gegenseitiger Hilfeleistung" getreten ist, deren Interpretation von dem realen Kräfteverhältnis und den Interessen der beiden vertragsschließenden Seiten abhängen wird, die a k t u e l l jedoch zu überhaupt keiner Veränderung in den Beziehungen von SU und DDR führen wird (bekanntlich sind sowjetische Truppen im Rahmen der „Vier-Mächte-Vereinbarungen" sowie der „Warschauer-Pakt"-Beziehungen ohnehin auf dem Territorium der DDR stationiert).

Es dürfte einleuchten, daß die unterstellte „Breschnew-Doktrin" im neuen DDR-SU-„Freundschaftsvertrag" im wesentlichen eine Propaganda-Lüge des Revanchismus ist.

Es ist wohl auch gar nicht die Formel von der „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften", sondern eher eine im neuen Vertrag gegenüber allen vorher datierten Übereinkommen erweiterte sog. „Beistandspflicht" gewesen, die konkreter Anlaß zur Aktualisierung des DDR-SU „Freundschaftsvertrages" war.

Uneingeschränkte „Beistandspflicht gegen Aggression von außen ..."

Die im ersten und auch noch im zweiten „Freundschaftsvertrag" von DDR und SU vereinbarte „Beistandspflicht" war ausdrücklich auf das Territorium Europas beschränkt – ebenso wie übrigens auch in dem 1955 vereinbarten Warschauer Vertrag („Warschauer Pakt"), der immer noch die Grundlage des Militärbündnisses der RGW-Länder bildet.

An die Stelle dieser genau eingegrenzten Bestimmungen, wo zudem von einer gemeinsam abzuwehrenden „imperialistischen *Aggression*" gesprochen wurde, ist in Artikel 8 des neuen Vertrages die folgende Passage getreten: „*Im Falle eines bewaffneten Überfalles i r g e n d e i n e s Staates oder i r g e n d e i n e r Staatengruppe auf eine der hohen vertragschließenden Seiten wird die andere hohe vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr u n v e r z ü g l i c h jeglichen Beistand, einschließlich militärischem, leisten, und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen*" („FAZ", 8.10.75).

Diese Vereinbarung ist im Zusammenhang mit der oben zitierten Formel von der Verteidigung der „sozialistischen Errungenschaften" aller „sozialistischen Bruderstaaten" etc. geeignet, jeglichen Anspruch der SU-Revisionisten auf „Beistand" der DDR bei allen ihren bisher offenbarten militärischen Aktivitäten zu legitimieren. Sowohl eine DDR-Unterstützung beim Einmarsch in die CSSR, eine militärische Unterstützung bei den sowjetischen Grenzprovokationen gegen die VR China am Grenzfluß Ussuri vom Februar und März 1969, als auch eine Unterstützung bei einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus ist mit dieser Passage des „Freundschaftsvertrages" vereinbar.

Die SU-Revisionisten haben inzwischen in den „Freundschaftsverträgen" mit sämtlichen RGW-Ländern in diesem Sinne die Vereinbarungen des „Warschauer Paktes" ausgedehnt. So in Artikel 7 des Vertrages mit Bulgarien vom 12.5.67 zuerst, dann folgten Ungarn (1967), CSSR (1970) und selbst – wenn auch widerstrebend – am 12.11.1970 Rumänien. Einzige Ausnahme ist noch die VR Polen.

Ein Vertrag zwischen bürgerlichen Staaten – nichts weiter!

Insgesamt gesehen ist der neue DDR-SU-„Freundschaftsvertrag" schlicht ein Vertrag zwischen zwei bürgerlichen Staaten – viel Schaum, wenig Faßbares. Als Schaum ist beispielsweise der verbleibende Rest der zwölf Vertragsartikel zu werten, auf die einzugehen sich hier nicht lohnt. Dort wird im wesentlichen der altbekannte (z.B. von der KSZE) Kram von „Entspannung", „friedlicher Koexistenz" etc. wiedergekäut, sowie in Artikel 2 noch einmal auf die Notwendigkeit einer „sozialistischen ökonomischen Integration" hingewiesen, die – trotz vermehrter gegenteiliger Tendenzen – bei jeder RGW-Sitzung fromm dahergebetet wird.

Aus dem Vertrag a l l e i n eine „Ausplünderung" der DDR oder „Kolonialstatus" oder ähnliches herzuleiten, ist kompletter Schwachsinn, da er für Aktionen in diese Richtung überhaupt nicht notwendig ist (siehe Intervention in CSSR, für die kein Vertrag benötigt wurde!). Es wäre im Gegenteil ziemlich töricht von der SU, wenn sie auf koloniale Unterwerfung der DDR aus wäre, daß auch noch öffentlich durch „Schandverträge" („KPD/AO") zu dokumentieren. Vielmehr entspringen diese Dinge weitgehend den übersteigerten „Interpretationen" des westdeutschen Revanchismus und seiner „vaterländischen" Nachbeter des „ML"-Sumpfes. Beide sind krampfhaft bemüht, jede auch noch so normale bzw. kleine Begebenheit im RGW als Beweis für das „Hegemonie-Streben" der SU über den „ganzen Kontinent" hochzustilisieren. Selbst aus der einzig wirklich gravierenden Abänderung im neuen Vertrag gegenüber den bisherigen – der Neuregelung der „Beistandspflicht" – lassen sich nicht u n m i t t e l b a r etwa Kriegsvorbereitungen der SU o.ä. ableiten (z.B. gegen China, wie die bürgerliche Presse orakelt), da es schon seit 1967 Praxis der SU ist, derartige Klauseln in ihren „Freundschaftsverträgen" mit den RGW-Ländern unterzubringen. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

US-Getreide für die UdSSR

Bankrotterklärung – oder normaler kapitalistischer Handelsvertrag?

Am 20. 10. ist zwischen den USA und der UdSSR ein Fünfjahresvertrag über die Lieferung von Getreide abgeschlossen worden. Dieser sieht vor, beginnend mit dem 1. 10. 76 bis zum 30. 9. 81 jährlich etwa 6 Mio. Tonnen Getreide im Exportwert von rd. 1 Mrd. US-Dollar an die Sowjetunion (SU) zu liefern. Bei durchschnittlicher Ernte in den USA können bis zu 8 Mio. to gekauft werden, bei schlechter Ernte kann die USA die Liefermenge reduzieren. Unter Einschaltung der betreffenden Washingtoner Stellen ist eine Verhandlung über größere Exporte möglich. Das Getreide soll zum Weltmarktpreis gehandelt werden.

Der Versuch der USA, als sowjetische „Gegenleistung" die Lieferung von täglich 200.000 Barrel Rohöl („HB", 22.10.75) an dieses Abkommen zu koppeln, ist vorerst gescheitert. Der sowjetische Außenhandelsminister N.S.Patolichew gab es lediglich eine allgemeine „Absichtserklärung" ab, die beide Regierungen „... *bindet, die Kooperation beider Seiten im Bereich der Energie zu intensivieren*" (ebenda).

Die bisherige Entwicklung:

die UdSSR tritt seit Jahren sowohl als Getreideexporteur, wie auch als -importeur auf. Mehrere RGW-Staaten, darunter auch Cuba, erhalten aus der Sowjetunion regelmäßig die zur Versorgung ihrer Bevölkerung notwendigen Liefermengen. Die gleichzeitige Einfuhr erklärt sich im wesentlichen bisher aus Kostengründen: „*Es ist . . . für Moskau vorteilhaft, immer einige Mio. Tonnen Getreide in westlichen Ländern zu kaufen, die es für den eigenen Bedarf in seinen fernöstlichen Provinzen benötigt für Cuba, aber auch für andere Kunden, gegenüber denen es Lieferverpflichtungen eingegangen ist, es spart auf diese Weise die hohen Transportkosten*" („FAZ" 30.11.74).

Einen vergleichsweise hohen Import mußte die UdSSR 1972 vornehmen, als wegen einer Rekord-Mißernte rund 17 Mio. to Getreide in den USA gekauft werden mußten. Die Tatsache, daß die SU diesen Kauf vorher nicht in die westliche Welt hinaus posaunte, sondern es durch mehrere kleinere Bestellungen erreichte, die Ware zu „Normal"preisen kaufen zu können, führte zu Verleumdungen durch die bürgerliche Presse und zu Aktivitäten der US-Regierung. Die „Neue Züricher Zeitung" bezeichnete diesen Handel als „Großen Getreideraub" (12.7.75), und US-Presse und Gewerkschaften schworen, daß den Kommunisten kein Weizen mehr geliefert würde. Als Grund geben sie die enormen Preiserhöhungen an, die dem Exportgeschäft '72 folgten. Damals nutzten die Kapitalisten die Chance, um erhebliche Preiserhöhungen der Sowjetunion in die Schuhe zu schieben. Daß sie das – trotz Vertrag – doch weiterhin vorhaben, zeigt die Vermutung von „Experten", „Industrie und Handel könnten nunmehr unter dem Motto: ‚Die Russen sind an allem schuld', ihre Gewinnspannen ausdehnen" („FR" 15.9.).

Die Verhandlungsphase

Begleitet wurden die jüngsten Verhandlungen durch ein Spiel mit verteilten Rollen seitens der Kapitalisten, der Farmerorganisationen und der Gewerkschaften, die teilweise vorgaben, ganz gegen Lieferungen an die UdSSR zu sein, und zum anderen um die günstigsten Bedingungen bei einem längerfristigen Vertrag rangelten.

Durchgängig wurde die Meinung vertreten, daß man „*aus der Not der Russen ein Geschäft für die Amerikaner*" machen solle („SZ" 24.8.) und daß die USA hierbei zusätzlich den „*Verhandlungsspielraum bei den SALT II Gesprächen (Raketenabrüstung) gegenüber der UdSSR verringern*" könnte.

Getreidelieferungen sollten außerdem an Erdöllieferungen der UdSSR gekoppelt sein und zwar zu einem Preis, der um 15 % unter dem der OPEC-Staaten liegen sollte! Der „Spiegel" Nr. 44 schildert die Massenmobilisierung zur Absicherung der US-Pläne so:

„*Von Meany ermuntert, boykottierten amerikanische Hafenarbeiter die Ladung von Getreideschiffen für die Sowjetunion. Meany und die Hafenarbeiter ließen sich nicht einmal durch einstweilige Verfügungen, mit denen sie zum Beladen der Getreideschiffe gezwungen wurden, von ihrem Kurs abbringen*",

Dazu Meany persönlich: „*Amerikanische Beziehungen dürfen nicht länger auf der faulen Politik der Entspannung basieren, unter der wir fortlaufend einseitige Konzessionen machen . . . . Warum sagen wir ihnen nicht: So wie ihr es mit eurem Öl haltet, halten wir es mit unserem Weizen?*"

Der Grund für den relativ schnellen Abschluß des Vertrages durch die USA, ohne ihre weiterreichenden Pläne wirkungsvoll ausspielen zu können, lag in der kurzfristigen Bestellung der UdSSR in anderen Ländern, so daß den USA ihr Geschäft zu platzen drohte.

Die Situation in der UdSSR

Die Notwendigkeit, längerfristig Getreide zu importieren, begründete Radio Moskau dieser Tage so: „*Dem Getreidebau in der SU sind enge geographische Grenzen gesetzt. In der SU macht das gesamte Ackerland nur 9 % der Landesfläche aus, in den USA dagegen können 25 % der Gesamtfläche für den Ackerbau genutzt werden. Hinzu komme, ... daß in den Hauptanbaugebieten . . . . . die jährliche Niederschlagsmenge zu gering sei*" („HA" 1.11.).

Dies ist auch der Grund dafür, daß gegenwärtig rund 25 % des Staatshaushaltes für die Landwirtschaft verwendet werden. „*Um eine gewisse Stabilität der Ernte sicherzustellen, wurden die Bewässerungsarbeiten in verschiedenen Teilen der SU vorangetrieben, so daß inzwischen rd. 12 Mio. to Getreide von bewässerten Gebieten gewonnen werden*". („HB" 16.7.).

Übrigens muß selbst das „Handelsblatt" anerkennen, daß die enormen Ernteausfälle in diesem Jahr in erster Linie „*auf das Zusammentreffen verschiedener äußerst ungünstiger meteorologischer Faktoren zurückzuführen*" sind.

Das US–sowjetische Getreide-Abkommen – ein normales Geschäft zum „gegenseitigen Vorteil" . . .

Insgesamt ist das Abkommen entgegen allen bürgerlichen Schauermärchen als ein normales Handelsabkommen zwischen SU und USA zum „gegenseitigen Vorteil" einzustufen.

Allerdings ist es die ü b l i c h e Praxis der Imperialisten, alljährlich in unterschiedlichen Variationen das Lied von der „Hungersnot" in der Sowjetunion anzustimmen, sobald die Sowjetunion beginnt, Getreide auf den internationalen Märkten zu sondieren. Je nach politischer Opportunität wird diese Stimmungsmache gegebenenfalls eskaliert zu Versuchen von direkter Erpressung in dieser oder jener anstehenden Frage (z.B. Zusagen von Auswanderung sowjetischer Juden, diesesmal die Forderungen nach Rohöl).

Daß die UdSSR überhaupt Getreide auf internationalen Märkten einkauft, rührt noch aus der Zeit des „Kalten Krieges" her, wo die Praxis im RGW vereinbart wurde, daß die SU die für den Gesamt-Verbrauch im RGW fehlenden Getreidemengen zentral ersteht, um von einer gewissen Stärkeposition aus zu verhandeln, und nicht jedes kleinere RGW-Land den US-Imperialisten einzeln entgegenzustellen.

Daß die SU diese Importe für den Eigenbedarf überhaupt nicht nötig hätte, wird schon allein darin deutlich, daß sie in den Jahren 1960 – 1971 etwa rd. 35 Millionen Tonnen importiert, aber 70 Millionen Tonnen exportiert hat. ●

RGW-Kommission /
KB Gruppe Hamburg

DDR – „Der Entspannung eine feste materielle Grundlage schaffen"

In ihren eigenen Publikationen stellt sich die DDR als Staat mit wirtschaftlicher Stabilität und Unabhängigkeit dar. Richtig ist, daß die DDR ökonomisch seit der Nachkriegsphase außerordentliche Leistungen vollbracht hat, auch wenn dies gern von den bürgerlichen Schreiberlingen geleugnet wird.

Seit dem KSZE-Treffen ist von der DDR eine erhöhte Bereitschaft und Initiative zur Zusammenarbeit mit imperialistischen Ländern festzustellen. Oskar Fischer, Minister für auswärtige Angelegenheiten in der DDR, stellte fest: „*Wir teilen die Auffassung, daß die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geeignet sind, die internationale Zusammenarbeit allseitig voranzubringen ... Je besser es gelingt, der Entspannung eine feste materielle Grundlage zu schaffen, um so stabiler werden die ökonomischen zwischenstaatlichen Beziehungen.*"

Schon vor dieser denkwürdigen Einschätzung der „Ergebnisse der KSZE", die Fischer mit allen Revisionisten teilt (siehe auch Artikel zur KSZE, AK 66) war die DDR um mehr Zusammenarbeit mit den Imperialisten bemüht.

Solange der Kapitalismus existiert und einen erheblichen Teil der Weltressourcen unter seiner Gewalt hat, ist es auch für ein sozialistisches Land u n u m g ä n g l i c h , mit den Kapitalisten Handel zu treiben. Naturgemäß muß dieser Handel so gering wie möglich gehalten werden, um die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die eigene Wirtschaft gleichfalls so gering wie möglich zu halten.

Von der revisionistischen Führung der DDR werden hierbei n i c h t n u r F e h l e r gemacht, wie Werner Lamberz vom ZK der SED glauben machen will: „*In krisenhafte Schwierigkeiten geraten wir nur, wenn wir den Einflüsterungen des Gegners folgen würden und unsere Möglichkeiten falsch einschätzen*" („SZ", 22.8.75), sondern es wird seit längerem ausdrücklich auf forcierte Integration in den kapitalistischen Weltmarkt orientiert. Produziert wird zunehmend nicht mehr nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, „*sondern nach kapitalistischen „Markterfordernissen", in der Hoffnung, bestehende Handelsbilanzdefizite mit den Imperialisten durch verstärkte Anpassung der Produktion an deren „Bedürfnisse" auszugleichen. Erich Honnecker hatte bereits auf der 14. Tagung des Zentralkomitees nicht mehr die Steigerung, sondern die Sicherung des erreichten Lebensniveaus an erster*

tralkomitees nicht mehr die Steigerung, sondern die Sicherung des erreichten Lebensniveaus an erster

Stelle des Aufgabenkatalogs genannt." („FAZ", 7.8.75).

Die DDR, wie alle RGW-Länder, u n t e r w i r f t sich nicht etwa, sondern o r i e n t i e r t sich an kapitalistischen Marktverhältnissen, was kapitalistische Produktionsweisen im eigenen Land mit sich bringt.

Das bislang größte Handelsbilanzdefizit ...

Die DDR hat zur Zeit das größte Handelsbilanzdefizit in ihrer Geschichte gegenüber den kapitalistischen Ländern. „*Nach offiziellen Angaben aus Ost-Berlin sind die Importe der DDR aus westlichen Industrieländern 1974 um rund 29 Prozent auf 11,5 Milliarden Valutamark gestiegen. Obwohl die Exporte nach dem Westen um rund ein Drittel auf 8,3 Millarden gesteigert worden sind, hat die DDR ein neues Rekorddefizit mit den westlichen Industrieländern von über 3,1 Millarden Valutamark hinnehmen müssen. Damit hat sich das Defizit der DDR im Westhandel seit 1970 auf über 10 Millarden Valutamark erhöht.*" („FAZ", 2.8.75). Im Verhältnis dazu ist der Export in RGW-Länder zurückgegangen. „*Der Anteil der sozialistischen Länder am gesamten Außenhandel der DDR ist im letzten Jahr weiter auf 64 Prozent zurückgegangen, während die westlichen Industrieländer ihren Anteil dem Umsatzwert nach auf über 30 Prozent erhöht haben.*" („FAZ", 2.8.75).

Die DDR versucht, das Außenhandelsdefizit durch erhöhte Exporte auszugleichen. Die Ursache des enormen Defizits liegt zum Teil in den Preiserhöhungen für Rohstoffe, die die DDR nur schwer über den Export abbauen konnte. Hinzu kommt, daß die DDR „*.... viel mehr im Gegensatz zur Sowjetunion, zu Rumänien, Polen oder Ungarn ein rohstoffarmer Staat (ist), bei dem sich Preiserhöhungen auf den Ost- und Weltmärkten voll auswirken ... Schon jetzt reichen die Öl- und Rohstoffimporte aus der Sowjetunion nicht mehr aus*" („Welt", 8.8.75). So ist z.B. die DDR mit dem Irak und Saudi-Arabien in Verhandlungen getreten, um zu weit höheren Preisen als in der Sowjetunion Erdöl zu kaufen.

Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Imperialisten

Die DDR hat in letzter Zeit mit den Imperialisten erfolgreich Kooperations- und Handelsabkommen abgeschlossen:

▶ Im Juli 1975 wurde ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich geschlossen. „*In den Verhandlungen wurde laut ADN ,übereinstimmend festgestellt, daß gute Voraussetzungen bestehen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verstärken, mit dem Ziel, den Warenaustausch innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu verdoppeln bzw. zu verdreifachen'* " („HB", 15.7.75).

▶ Mit dem italienischen Fiat-Konzern wurde über die Errichtung einer Auto-Fabrik in der DDR verhandelt. „*Fiat wäre demzufolge nach der staatlichen Energie-Holding ENI und dem Chemiekonzern Montedison die dritte große italienische Gruppe, die in der letzten Zeit über bedeutende Projekte mit der DDR verhandelt*" („HB", 13.8.75).

▶ Im September dieses Jahres empfing Honnecker Wirtschaftsgrößen aus Japan. Dieser Empfang diente der Ausweitung des Handels mit Japan. Honnecker stellt dazu fest: „*Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit und interessiert, die Beziehungen zu Japan auf politischem, staatlichem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet umfassender zu gestalten. Wir wünschen, daß dazu allseitig die Aktivitäten vergrößert und Jahr für Jahr bessere Ergebnisse zu beiderseitigem Vorteil erzielt werden*" („ND", 10.9.75).

▶ Im Frühjahr 75 wurde mit Krupp ein Abkommen über langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Die Finanzierung eines Anlageprojektes in Höhe von „mehreren 100 Millionen DM" soll von der Dresdner Bank mit einem „Kredit in der Größenordnung um 500 Mil-

reren 100 Millionen DM" soll von der Dresdner Bank mit einem „Kredit in der Größenordnung um 500 Mil-

lionen DM" übernommen werden. „*An dieser Finanzierung der Krupp-Lieferungen werden auch die* (gewerkschaftseigene!, d.Red.) *Bank für Gemeinwirtschaft und die Westdeutsche Landesbank beteiligt sein, so daß man mit Fug und Recht von einem Konsortialkredit sprechen kann, den die DDR aufnimmt*" („HB", 12.3.75).

▶ Hoechst wird „*mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 600 Millionen DM ... schlüsselfertige Chemieanlagen in der DDR bauen*" („HB", 9.5.75).

▶ „*Zwischen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (M.A.N.) und VEB Dieselmotoren Rostock (DMR) wurde jetzt ein neuer Lizenzvertrag zur Fertigung von M.A.N.-Zweitakt-Schiffsdieselmotoren abgeschlossen*" („HB", 10.6.75).

▶ „*Die Degussa (Frankfurt) hat mit dem Außenhandelsunternehmen Chemie-Export-Import einen Dreijahresvertrag geschlossen, wonach die Degussa in diesem Zeitraum chemische Grundstoffe im Wert von 3 Mio. DM beziehen wird ... Durch den jetzt geschlossenen Vertrag wird das Ungleichgewicht zwischen Lieferungen und Bezügen zwar gemindert, aber nicht ausgeglichen*" („HB", 5.9.75).

▶ Anläßlich der diesjährigen Leipziger Herbstmesse stellte das „Neue Deutschland" vom 4.9.75 fest: „*Längerfristige Zusammenarbeit spielt eine immer größere Rolle. Nachdem nun zwischen der DDR und nahezu allen kapitalistischen Industrieländern zwischenstaatliche Abkommen unter Dach und Fach sind, haben Außenhandelsbetriebe unserer Republik mit einer Reihe Konzerne Vereinbarungen über langfristige Zusammenarbeit im Maschinenbau, in der Chemie, der Elektrotechnik/Elektronik und der metallurgischen Industrie abgeschlossen, die teilweise gemeinsames Auftreten in Drittländern einschließen. Solcherart geregelte Kontakte bestehen beispielsweise mit Rhone Poulenc, Creusot Loire, Montedison, ENI, GKN, VÖEST, Mitsui, ACEC und der Farmosgruppe. Bekannt sind einschlägige Rahmenvereinbarungen mit der Frid. Krupp GmbH und der Hoechst AG. Die Weiterentwicklung dieser Verbindungen ist ebenso eines der erklärten Messeziele wie das Bemühen, mit weiteren Konzernen wie SNIA, VISKOSA, AKZO, VMF, Coutaulds, British Steel, Misubishi sowie Brown Boveri Wege zu einer für beide Seiten vorteilhaften, weitsichtigen (?) Zusammenarbeit zu ebnen.*"

Beim Handel mit den kapitalistischen Ländern steht die DDR vor der Wahl, diesen durch Riesenkredite westlicher Banken abzudecken, was einer Erhöhung des Handelsbilanzdefizits gleichkommt, oder auf ein Geschäft auf der Basis des Warenaustausches einzugehen. In der letzten Zeit hat die DDR mehr auf Gegengeschäften bestanden, was von den Kapitalisten nicht allzu gern gesehen wird. „*Das heißt, die Unternehmen sollen zum Teil auf Zahlungen verzichten und dafür Waren abnehmen. Eine Lösung, die im Ost-West-Geschäft immer wieder auftaucht, von westlichen Firmen aber nur ungern akzeptiert wird.*" („Welt", 8.8.75)

Sofern sich die Kapitalisten auf ein Geschäft auf der Basis des Warenaustausches einlassen, geschieht dies auch in ihrem Interesse. Die kapitalistischen Unternehmen nehmen nur Produkte ab, die in den RGW-Ländern billiger produziert werden, womit deren Abhängigkeit gegenüber dem Imperialismus verstärkt wird. So beschränken sich die Warenlieferungen der DDR auf Halbwaren und z.B. in der chemischen Industrie auf Lösungsmittel u.ä. Die Betriebe der DDR werden so zum Zulieferer kapitalistischer Unternehmen und müssen ihre Produktion teilweise abhängig machen von deren Bedürfnissen. Da diese Geschäfte auf relativ geringer Basis laufen, ist es für die DDR nicht möglich, auf diesem Weg den Ausgleich der Handelsbilanz zu erzielen. „*Die Praxis der DDR, gegenüber Westkonzernen bei Globalverträgen jeweils mit einer Art ,kompensatorischer Automatik' Gegengeschäfte zu verbinden, wird von Bonn als ,grober Unfug' bezeichnet.*" („SZ", 3.9.75).

Verstärkter Handel mit den Entwicklungsländern

Verstärkter Handel mit den Entwicklungsländern

Die DDR ist zunehmend bemüht, mit den sog. Entwicklungsländern Handelsbeziehungen aufzunehmen bzw. zu intensivieren.

„*Im ersten Halbjahr 1975 wuchs unser Handelsvolumen mit den Entwicklungsländern erneut um rund 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ... Von 1972 bis 1974 stieg z.B. der Außenhandel mit Irak um das Sechsfache und mit Algerien um das Dreifache. Bedeutend erweitert hat sich der Warenaustausch auch mit Indien, Ägypten, Syrien, Brasilien und Kolumbien.*"

„*Insgesamt bestimmen zunehmend Lieferungen schlüsselfertiger Anlagen und technologischer Linien die Handelsbeziehungen der DDR mit den Entwicklungsländern. Heute sind schon rund 40 Prozent der Ausfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet für diese Staaten bestimmt. Die DDR importiert ihrerseits Rohstoffe für einige Bereiche der verarbeitenden Industrie und bezieht auch in steigendem Maße Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse.*"

Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Anzahl der sog. Entwicklungsländer verdoppelt, mit denen die DDR Wirtschaftsbezeihungen unterhält. Z. Zt. bestehen mit 36 dieser Staaten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen aufgrund langfristiger Regierungsabkommen.

„*Auch künftig wird der Außenhandel mit den Entwicklungsländern überdurchschnittlich zunehmen. Horst Sölle nannte auf der internationalen Pressekonferenz neue Faktoren, die das begünstigen: die Tätigkeit der gemeinsamen Wirtschaftsausschüsse mit Irak, mit Syrien, Indien, Algerien, Kuwait; die jüngsten bilateralen Handelsabkommen mit Irak, Syrien, Argentinien, Kuwait, Libyen, Libanon, Sudan und Marokko; die langfristigen Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Algerien und Libyen.*" (alle Zitate aus „ND", 5.9.1975).

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern liegt zum einen in der schon genannten Rohstoffknappheit der DDR. Zum anderen suchen die Revisionisten neue Absatzmärkte für ihre Industriegüter, um auf diese Art und Weise ihre Handelsbilanz auszugleichen. Doch haben gerade die Rohstoffpreiserhöhungen der letzten Zeit bewiesen, daß auch auf diesem Wege die Inflation importiert wird.

Absatzmarkt RGW ...

Innerhalb des RGW gilt die DDR als Hauptlieferant von Investitionsgütern und Industriewaren. Der Hauptanteil des DDR-Exportes liegt bei Maschinen und Ausrüstungen, chemischen Erzeugnissen und industriellen Konsumgütern. Rund ein Drittel aller Maschinenerzeugnisse kommen aus der DDR.

Die Revisionisten möchten gerne glauben machen, daß der RGW ein „sozialistischer Wirtschaftsblock" ist und ziehen dazu u.a. das Abstimmen der Fünf-Jahres-Pläne der einzelnen RGW-Länder untereinander als „Beweis" heran.

Dieses Abstimmen bezieht sich größtenteils auf Kooperationsabkommen, sog. Spezialisierungsabkommen, die Parallelproduktionen vermeiden und Kostensenkungen durch Großserien ermöglichen sollen.

Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen RGW-Länder stößt, allerdings auch hier trotz alledem, der DDR-Export zunehmend auf Schwierigkeiten. Die Sowjetunion z.B. verfügt über einen derart großen Binnenmarkt, daß sie in einigen Bereichen allein für den Inlandverbrauch schon Großserienproduktion aufnehmen kann. Die weniger entwickelten RGW-Länder, z.B. Rumänien sind z.Zt. vor allem am Ausbau ihrer eigenen Industrie interessiert und haben nur wenig Interesse an Spezialisierungsabkommen. Dies hat zur Folge, daß der Stand der Kooperations- und Spezialisierungsabkommen für die DDR unbefriedigend ist. Vor allem im Industrie- und Anlagensektor verfügt die DDR noch über Exportpotential, da die RGW-„Bruderländer" in der Regel größeres Interesse an Einführung westlicher Maschinen, Anlagen, Technologien etc. haben.

Auf dem Rücken der Arbeiterklasse!

Die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse haben seit jeher auf ihre Fahnen geheftet, die DDR als ein Land darzustellen, in dem die Bevölkerung quasi nach Lebensmitteln schreit und zugleich einer ungeheuren politischen Unterdrückung ausgesetzt ist. Das Ziel ist, eine antikommunistische Haltung in der BRD aufrecht zu erhalten und weiter zu schüren. Zugleich soll die Bevölkerung der DDR ideologisch infiltriert werden, was teilweise auch auf fruchtbaren Boden fällt.

Da auch die DDR-Revisionisten mit konkreten Informationen über ihre Politik zugunsten vieler „schöner Worte" in ihrer Presse spärlich umgehen, ist es überaus schwer, authentisches Material über die innere Situation der DDR zu erhalten.

Die DDR hat in ihrer Wirtschaftspolitik wie o.g. einen Schwerpunkt auf die Produktion für den Export gelegt. Dabei ist sie darauf bedacht, den Export weiter zu steigern. Dies läßt sich aber nur durchführen, wenn eine Erhöhung der Produktion erfolgt. „*Um die wachsenden Verbindlichkeiten in erträglichen Grenzen zu halten und den inzwischen erreichten Lebensstandard der Bürger zu sichern, haben die Regierenden in Ost-Berlin ein umfangreiches Programm zur Intensivierung der Wirtschaft verkündet. ,Für stabiles Wachstum der Produktion sind volkswirtschaftliche Reserven in neuen Dimensionen zu erschließen', forderte Agitationschef Lamberz. Die Werktätigen sollen nicht länger arbeiten müssen, aus ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit von 8 3/4 Stunden jedoch mehr als bisher herausholen.*

Inzwischen weht in vielen Betrieben ein schärferer Wind ... Wirtschaftsfunktionäre achten mehr darauf, daß die Maschinen besser ausgelastet werden, und sparsamer Umgang mit Materialien ist für jeden Arbeiter absolute Pflicht." („SZ", 22.8.75).

In einem sozialistischen Staat besteht natürlich die Notwendigkeit, die Produktion zu erhöhen um auch den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Nur ist es eben vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten immer stärkeren Orientierung der DDR auf kapitalistische Märkte so, daß mit den durch großen propagandistischen Aufwand erhofften Produktionssteigerungen eben die verstärkt wieder auf die DDR übergreifende kapitalistische Inflation bezahlt werden soll. So wird derzeit

Fortsetzung Seite 38

Anteil der DDR an der Gesamtproduktion der RGW-Länder (in Prozent)

Braunkohle 42

Plaste, synth. Harze 13,8

PLASTE

Mineraldünger 13,6

Chemiefasern 16,2

Chemiefasern

DDR – „Der Entspannung..."

FORTSETZUNG VON SEITE 37

seitenweise in der Massen-Presse der DDR („Neues Deutschland" etc.) von den „Fortschritten" beim „sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 9. Parteitages" geredet, eine e h r l i c h e , o f f e n e Berichterstattung über die Hintergründe und Folgen der forcierten West-Geschäfte aber wird umgangen.

Einher mit der größeren Auslastung der Produktion geht die Kampagne zur Durchsetzung „sozialistischer Sparsamkeit"! Sie wurde in den „zehn Aufgaben zur Intensivierung der Produktion" folgendermaßen dargelegt: „ – *entscheidend ist auch die volle Ausnutzung der Arbeitszeit und die weitere Senkung der Ausfallzeiten, zumal sich das wertmäßige volkswirtschaftliche Gewicht jeder Minute unentwegt vergrößert: 1975 bedeutete eine Arbeitsstunde in der Industrie einen fast doppelt so hohen Produktionswert wie im Jahre 1965*".Und seit langem läuft eine Kampagne, die die Arbeiter zu sog. „Initiativschichten" aufruft. (Honecker-Referat; „Tribüne", 6.10.75).

„*Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt*" gilt für Honecker zur „*Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft.*" „*Jeder politische und ökonomische Erfolg unseres Landes dient im Sinne des proletarischen Internationalismus auch unserer Völkerfamilie als ganzem.*" Soweit so gut. Im gleichen Zusammenhang läßt er jedoch die Katze aus dem Sack. **„1975 zeigte sich besonders deutlich, daß unsere Betriebe der Industrie und des Außenhandels noch besser lernen müssen, sich auf den tatsächlichen Bedarf der Außenmärkte** (vor allem der kapitalistischen, d. Red.) **kurzfristig (!!) einzustellen.** ...*Um die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe auf den Weltmärkten zu erhöhen, ist in erster Linie eine hohe Beweglichkeit in der Produktion notwendig, damit schnell auf Lieferwünsche ausländischer Kunden reagiert werden kann.*"

Diese „Maßhalte-Appelle" sollen angeblich ebenfalls sichern, die inländischen Preise stabil zu halten. Trotz der „stabilen Preise" ist eine „schleichende Inflation" in der DDR festzustellen. Um Mieten und Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel stabil zu halten, muß



Sogen. „Wettbewerbsinitiativen" treffen sich (wie hier in der Berliner Kongreßhalle). Das von der SED-Führung ausgegebene Motto lautet: „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!"

jährlich enorm subventioniert werden, mehr als ein Zehntel des Gesamtetats! Bei einigen Gebrauchsgütern wurde das Produkt vom Markt gezogen, und später wieder mit der gleichen Qualität, unter anderem Namen, zu einem höheren Preis verkauft. „*Den Verbrauchern drüben macht aber viel mehr zu schaffen, daß immer mehr Waren der unteren Preisgruppen aus dem Angebot verschwinden und, wenig verändert, aber zu erheblich gestiegenen Preisen als 'Neuheiten' wieder angeboten werden. Diese Art ‚schleichender Inflation' soll es künftig nicht mehr geben:‚Für Erzeugnisse, die mit dem laufenden Sortimentsumschlag auf den Markt kommen und keine wesentlich höheren Gebrauchseigenschaften aufweisen, dürfen keine höheren Preise gefordert werden', dekretiert das DDR-Organ.* (gemeint ist „Einheit" 10/75, theoretisches Organ der SED, die Red.)" *(„FAZ", 11. 9.75)*

„*Freilich räumt auch die ‚Einheit' ein, daß für neue Erzeugnisse, die wesentlich höhere Gebrauchswerte verkörpern, die Verbraucherpreise unter Berücksichtigung der höheren Gebrauchseigenschaften und des dazu notwendigen Aufwands der eigenen Produktion oder für den Import* (hier eben vor allem aus den kapitalistischen Ländern!, d. Red.) *festzulegen seien. Höheren Ausgaben der Bevölkerung, die der Kauf solcher Waren erfordere, stünde eine höhere Befriedigung der Bedürfnisse gegenüber, so daß der Lebensstandard weiter steige.*" (ebenda)

Wie anfangs erwähnt, ist es auch für ein sozialistisches Land, solange der Kapitalismus existiert, unumgänglich, mit den Kapitalisten Handel zu treiben. Jedoch orientieren die Revisionisten in der DDR ausdrücklich auf ein wirtschaftliches „Zusammenwachsen" mit dem Kapitalismus, wobei sie heuchlerisch vorgeben, „*der Entspannung eine feste materielle Grundlage zu schaffen, umso stabiler werden die ökonomischen zwischenstaatlichen Beziehungen*" etc. pp. (siehe eingangs zitierten O. Fischer.

Einen neuerlichen Beweis, um welche Art „stabiler Beziehungen" es hier tatsächlich geht, lieferte vor kurzem eine „Dumping-Aktion" der DDR: „*3.300 Herrenanzüge zum Stückpreis von 7 DM und Oberhemden für 65 Pfennig ...*" wurden Ende August in die BRD geliefert. Dieses Angebot übertraf „jedes Billigangebot aus Fernost" und die „Fertigungskosten der Bundesrepublik" natürlich allemal (lt. „FAZ", 3.9.75). Die DDR-Revisionisten bestritten lediglich die von den BRD-Kapitalisten publizierten Mengen und den Stückpreis allein der Oberhemden.

DDR – auch im Chile-Geschäft aktiv!

Ein „diskretes Millionengeschäft" hat darüberhinaus nach Aussagen der chilenischen Botschaft in Bonn die DDR mit der chilenischen Junta abgeschlossen. Es handelt sich hierbei um den Kauf von „10.000 Tonnen Feinkupfer" und „nur um den ersten Schritt einer langfristigen Liefervereinbarung von 10 Millionen Tonnen Kupfer für die DDR". Ein Geschäft von „rund 30 Milliarden DM". Diese langfristigen Lieferungen entsprechen mindestens der „Weltproduktion eines ganzen Jahres . Die chilenische Regierung wäre damit zum großen Teil ihrer erdrückenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten enthoben" (zitiert nach „Hamburger Abendblatt", 8. 10. 75).

Dieses Geschäft – von den DDR-Revisionisten b estätigt, wie aus nachfolgendem Zitat gleich deutlich wird – dient dem springereigenen „Hamburger Abendblatt" dann auch dazu, sich über die Solidarität mit dem chilenischen Volk lustig zu machen: „*Noch vor wenigen Tagen hatte die DKP-Zeitung ‚UZ' ... den 10 Millionen-Dollar-Kredit einer westdeutschen Großbank an Chile ... als verabscheuungswürdige Unterstützung der Militärjunta angeprangert*" (ebenda).

„Der Entspannung eine feste materielle Grundlage zu schaffen ..." rechtfertigt nach Meinung der DDR-Revisionisten auch derartige politische „Blüten": „*Fischer erklärte vor der Presse, es bestehe kein Widerspruch zwischen den Handelsbeziehungen der DDR mit Chile und der grundsätzlichen Solidarität Ost-Berlins mit den Gegnern der Militärjunta. Bei dem jüngsten Kauf chilenischen Kupfers durch die DDR handele es sich um langfristige Verpflichtungen. Fischer sprach sich gegen einen Ausschluß Chiles aus der UNO aus, weil die Universalität der Vereinten Nationen erhalten bleiben müsse.*" („Welt", 13.9.75).

Die kapitalistische Wirtschaftspolitik der Revisionisten bei Orientierung an kapitalistische Märkte bringt es mit sich, daß Krisenerscheinungen und Inflation sich in den RGW-Ländern breit machen. Für die Arbeiterklasse bedeutet dies – wie auch immer begründet – Steigerung der Produktion für den „freien Handel" (vorwiegend Export usw.) bei gleichzeitiger Senkung des Lebensniveaus, was sich z. Zt. in der DDR durch „Sicherung des Erreichten" und „Maßhalteappelle" bemerkbar macht. Einher mit dieser Entwicklung geht die von den revisionistischen Führern betriebene Abtötung des politischen Lebens und der Masseninitiative, die weitgehende Einengung auf „Steigerung der Produktion", „aus jeder Mark einen höheren Nutzeffekt" usw. Der „Entspannung eine feste materielle Grundlage schaffen" ist ins Reine gesprochen eben nichts anderes als die Pseudo-„sozialistische" Phrase für den immer hemmungslo seren Marsch in den bürgerlichen Sumpf. ●

RGW-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

GEW Hamburg

REKORD! „Linker" Vorsitzender schon nach vier Wochen umgefallen

Am 23.9. hatte die 1. Vertreterversammlung des Hamburger Landesverbandes der GEW den „linken" Sozialdemokraten Lemke zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Lemke war ausdrücklich in Opposition zum reaktionären GEW-Bundesvorstand und seinen Hamburger Vertretern gewählt worden: Er hatte sich als Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, als „kleineres Übel" usw. profiliert. In diesem Zusammenhang hatte es die LVV (ebenso wie die letzte Hauptversammlung des Hamburger Landesverbands) abgelehnt, dem Bundesvorstand mehr als eine allgemeine Anerkennung der undemokratischen Bundessatzung (der Landesverband vollzieht „seine Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der Satzung der GEW") zuzugestehen. GEW-Boß Frister und seine rechte Mafia argwöhnen jedoch, daß die Landesverbände ihre A u s s c h l u ß tätigkeit gegen linke Mitglieder nicht „konsequent" genug vollziehen. Daher beanspruchen sie absolute Vollmachten in der Praktizierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse für den Hauptvorstand der GEW (Bund) selbst, ohne daß die Mitglieder in den Landesverbänden auch nur die geringste Möglichkeit haben, die völlige Ausschlußwillkür (wie sie in anderen DGB-Gewerkschaften bereits vorherrscht) wirksam zu verhindern. Diese Vollmacht konnten Frister und Co. in Westberlin im dritten Anlauf durchsetzen, nachdem dem anfänglich heftigen Widerstand des Landesverbandes durch massive Drohungen mit seinem Ausschluß aus der GEW begegnet worden war. Nun steht zur Abwechslung wieder mal der Hamburger Landesverband – übrigens zum dritten Mal nach unserer Zählung – unter dem Damoklesschwert (Frister pflegt auf die Landesvertreterversammlungen zu reisen und dort alsbald den Ausschluß des Landesverbandes anzukündigen, wenn er sich nicht durchsetzt).

In dieser Situation brauchte der neue Hamburger Vorsitzende Lemke keine vier Wochen, um voll zu kapitulieren und einen „Kompromiß" vorzulegen. der dem Hauptvorstand die geforderten Ausschlußvollmachten zubilligt. Lemkes „Kompromiß" findet offenbar die Unterstützung der AsL (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer)und der DKP. Einerseits ist es natürlich zu begrüßen, daß Lemke so rasch „Klarheit" über seine Rolle als frischgebackener Gewerkschaftsführer schafft. Andererseits erstaunt es doch immer wieder, wie schnell und reibungslos die „linken" Sozialdemokraten umkippen, und wie gering sie das „Erinnerungsvermögen" der Mitglieder an ihre Versprechen von gestern einschätzen.

Mit der Erarbeitung des „Kompromisses" war eine Fünfer-Kommission beauftragt worden, der außer Lemke und dem ehemaligen „Chefkläger" Schmitz (in Hamburg mußte die Einhaltung der Satzung vor Gericht erzwungen werden) auch der ehemalige Vorsitzende Wunder, Lemkes Gegenkandidat Norden und der Geschäftsführer der Hamburger GEW Wolkenhaar angehörten. Diese illustre Gesellschaft hatte (wie es der Norddeutsche Rundfunk in einem Kommentar treffend ausdrückte) die Aufgabe, etwas „Zucker für die bittere Pille" zu suchen.

Das Ergebnis – einstimmig bei einer Enthaltung vom Hamburger Landesvorstand gebilligt – ist ein Antrag an die nächste LVV, den Vorrang der Bundessatzung „in ihrer jeweiligen Fassung" (also auch bei einer zukünftigen weiteren Verschärfung derselben!) in der Hamburger Landessatzung zu verankern.

Da die Mitglieder diesen Vorrang bereits *zweimal* abgelehnt haben (auf der Hauptversammlung vom 22.5. und auf der ersten LVV), einmal als § 55, einmal als § 2 verkleidet, wird wieder einmal neu geschminkt: die „Abhängigkeitsklausel" tritt jetzt als „Ergänzung" zu § 1 auf – an der Formulierung der Sache ist nichts geändert worden. Ob die Delegierten dieses mehr als durchsichtige Manöver nicht merken? ?

Etwas wenig Zucker für die bittere Pille!

„Ausgenommen" werden von der Abhängigkeit die „formale" Selbständigkeit des Landesverbandes (Finanzhoheit und Auflösungsrechte des Verbandes). Dieses tolle „Zugeständnis" steht bereits in der Bundessatzung selbst drin. Ein Beschluß darüber ist also unnötig und ändert nichts daran, daß die **politische Selbständigkeit des Landesverbandes** aufgehoben werden soll, insbesondere das Recht, über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern selbst zu entscheiden.

Wenn die Gewerkschaftsführer – zu denen man Lemke und Schmitz nun füglich rechnen darf – die formale Selbständigkeit des Landesverbandes nicht angreifen und sogar aus ihrer Bestätigung einen Beweis ihrer „Kompromißbereitschaft" ableiten, so machen sie nur aus der Not eine Tugend. Denn für die Beseitigung der formalen Selbständigkeit brauchen sie eine 75-%-Mehrheit auf der LVV – die ist zur Zeit für sie unerreichbar.

Als weitere „Zuckerkruste" hat sich die Expertenkommission – deren „Kompromiß" inzwischen auch von GEW-Boß Frister abgesegnet worden ist – zwei völlig unverbindliche Erklärungen ausgedacht, die aus Gründen der „Psychologie" vor der Abhängigkeitsklausel beschlossen werden sollen: in der ersten Erklärung wird wortradikal den Bundesgremien der GEW „verboten", sich in Landesangelegenheiten einzumischen – es sei denn, es handele sich um „Grundsatzfragen". Auf deutsch: in allen w i c h t i g e n Fragen hat der Hauptvorstand freie Hand.

Diese Erklärung ist keinen Pfifferling wert! In der zweiten Erklärung wird – unverbindlich – festgelegt, daß Ausschlüsse aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses durch den Bundesvorstand vorher auf Landesebene durch ein unkontrollierbares Fünfer-Gremium (Landesschiedskommission) „vorbereitet" und „geprüft" werden sollen. Da das offenbar auch nach Meinung der Verfasser überaus kärglich als „Kompromiß" ist – schließlich erhält ja der Bundesvorstand das Recht auf Ausschluß! – wird zusätzlich noch versprochen: Ausschlüsse sollen sich nur auf Tatsachen stützen, die sich auf die Zeit nach der Hauptversammlung vom 22. Mai 75 beziehen.

Wie gesagt, diese lächerlichen Erklärungen sollen nicht einmal in die Satzung aufgenommen werden, etwa als „Korrektur" der Abhängigkeitsklausel, sondern sie bleiben folgenlose Meinungsäußerungen der LVV – falls sie angenommen werden.

Diese jämmerliche Zusammenstellung ist nun der groß angekündigte „Kompromiß" im „Satzungsstreit" – die Zustimmung des Juso-Flügels der SPD-Mitglieder in der GEW dokumentiert wieder einmal, daß diese Leute das – ihrer Meinung nach – „Machbare" anbeten, von Demokratie und demokratischem Kampf aber nichts halten. Mit keinem Wort geht der „Kompromiß" auf die Forderungen der Hamburger GEW-Mitglieder nach innergewerkschaftlicher Demokratie ein. Vielmehr zielt auch dieser „Kompromiß" darauf ab, selbst mit seinen als Zucker gedachten „Modifizierungen" des Ausschlußverfahrens, die Mitglieder weiter aus den Entscheidungsprozessen in der GEW auszuschließen und in ihr eine absolutistische Hierarchie zu errichten.

Für die Spezialdemokraten zählt das nicht – für sie zählt nur die „Mehrheitsfähigkeit". Und von ihrem „Kompromiß" erwarten sie – wie sie in einem Brief von Lemke an die „Genossinnen und Genossen" schreiben – daß er eine breite Mehrheit erhält. Wenn sie sich da man nicht täuschen!! Die Fachgruppe Gymnasien, verschiedene Betriebsgruppen und Kreisvertrauensleutekonferenzen haben sich bereits gegen den „Kompromiß" ausgesprochen – auch gegen den eindringlichen Appell der SPD-„Genossen", daß eben „nicht mehr drin" sei.

GEW-Hauptausschuß beschließt „fördernde Mitgliedschaft"

Sozialdemokraten werben für ihren „Kompromiß" mit der GEW-Reaktion häufig mit dem Argument, bei Nichtannahme desselben drohe der Ausschluß des Landesverbandes aus GEW und DGB. Daß selbst die Übernahme der Bundessatzung Frister und Co. nicht zufriedenstellt, zeigt der von uns veröffentlichte Brief Fristers in der vorletzten AK-Nummer. Mittlerweile hat die GEW-Führung verwirklicht, was in dem Brief von Frister gefordert wurde. **Am 24.10.** beschloß der Hauptausschuß die Einrichtung der „*fördernden Mitgliedschaft*" in der GEW (direkte Mitgliedschaft in der Bundes-GEW, ohne im zugehörigen Landesverband Mitglied zu sein – also Spaltung des LV!). Diese Entscheidung erfolgte äußerst knapp (mit 24 zu 23 Stimmen), da offenbar auch dem Hauptausschuß – in dem nur einige Liberale sitzen – Fristers Vorgehen etwas zu atemberaubend schnell erscheint. So kam die knappe Mehrheit auch nur zustande, weil Frister bereit war, sein Tempo zu verlangsamen: so gilt die „fördernde Mitgliedschaft" uneingeschränkt erstmal nur für den westberliner Landesverband – das ist der „Dank", den die dortigen „linken" Sozialdemokraten für ihre Unterwerfung unter die Bundessatzung ernten – und auch nur für eine begrenzte Zeit. Für alle anderen Landesverbände gibt es die „fördernde Mitgliedschaft" vorläufig nur für außerordentliche Mitglieder (z. B. Studenten).

Der Clou dieser fördernden Mitgliedschaft – Vorbild dafür ist offenbar die fördernde Mitgliedschaft in der Waffen-SS, wie ein Vorstandsmitglied richtig bemerkte – liegt in § 1 der „Richtlinien". Dort heißt es **„Förderndes Mitglied der GEW kann sein, wer ... die freiheitlich demokratische Grundordnung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der GEW ohne jede Einschränkung bejaht"!!**

Damit wird hier auch offen von der GEW-Führung der Kurs auf eine staatstragende Gewerkschaft eingeschlagen. Früher wurden die „Gewerkschaften" auf den „völkischen Staat" ausgerichtet, heute heißt es halt vornehmer: „freiheitlich demokratische Grundordnung".

Mit dem Instrument der „fördernden Mitgliedschaft" haben die GEW-Führer das Mittel in der Hand, um bei jedem Konflikt mit der Basis mit Hilfe ihrer Parteigänger die Gewerkschaft zu spalten.

Für alle Demokraten in der GEW ist es eigentlich selbstverständlich, diesen Kurs abzulehnen und auf der nächsten LVV am 26.11. gegen jede, wie auch immer verzuckerte Abhängigkeitsklausel zu stimmen. Dies ist darüber hinaus nicht nur eine Frage des „demokratischen Gewissens" der

Fortsetzung Seite 39

Fachschaftsratswahlen an der Uni Hamburg

Eine revisionistische Hochburg bröckelt ab

An der Universität Hamburg finden z.Z. die Wahlen zu den Fachschaftsräten (FSR) statt, den Organen der studentischen Selbstverwaltung in den einzelnen Fachbereichen. Die dominierende Stellung von MSB und SHB (der DKP, bzw. dem „Stamokap"-Flügel der Jusos nahestehende Studentenorganisationen) in AStA und Studentenparlament, die an der Uni schon „traditionell" bis zur Studentenbewegung Anfang der 70er Jahre zurückgeht, stützt sich u. a. darauf, daß die meisten FSRe von diesen Organisationen getragen wurden. Nur in wenigen Bereichen verstanden es die Linken, eine Mehrheit der fortschrittlichen Studenten für ihre Politik zu gewinnen. Hier zeichnet sich nun eine Änderung ab: am mit Abstand größten Bereich der Universität (Erziehungswissenschaften mit 9000 Studenten) wurde der alte revisionistische FSR abgewählt und mit 460 : 417 Stimmen die „Liste Demokratischer Kampf" gewählt, die getragen wird vom SSB (Sozialistischer Studentenbund, Sympathisanten des KB), BDJ-Hochschulgruppe und Unorganisierten. Auch an anderen Bereichen wurde, z. T. auf Anhieb, ein FSR der Linken gewählt (Mathematik, Psychologie) oder der alte MSB-FSR nicht wieder gewählt (Physik). Von wenigen Beispielen abgesehen, konnten die linken Listen überall das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern. Von den vier wichtigsten FSRen an der Universität werdennun drei von linken Kollektiven gestellt, in denen der SSB mitarbeitet.

Besonders der MSB hat sich in den letzten Semestern zunehmend den Unwillen der demokratischen Studenten zugezogen, weil er sich immer wieder weigerte, den Kampf der Studenten zu unterstützen, wenn diese nicht vorher ein Bekenntnis zu seiner Linie, der Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung", ablegten. Solche Studenten mußten es sich im Gegenteil häufig gefallen lassen, als „Chaoten", „Provokateure", „Freunde von Strauß" usw. beschimpft zu werden. Mit seinen berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüssen, deren Ziehmutter die These 41 der DKP ist, torpedierte der MSB, und in seinem Gefolge meist auch der SHB, jedes Zusammengehen aller demokratischen Studenten. Für die Auseinandersetzungen mit dem verschärften Leistungs- und Prüfungsdruck, den immer schlechteren Ausbildungsbedingungen an der Universität (Überfüllung der Seminare, Streichung von Praktikumsplätzen und Lehraufträgen usw.) blieb oft keine Hand des MSB mehr übrig.

Auch seine Weigerung, Solidarität mit allen vom Berufs- und Ausbildungsverbot Betroffenen zu leisten, schuf ihm unter den fortschrittlichen Studenten viele Gegner. MSB-FSRe bedruckten sogar viel Papier, um zu begründen, warum man mit „Chaoten" niemals solidarisch sein dürfe.

Sehr „rührig" waren MSB-Studenten dagegen, wenn es galt, das „Bündnis" selbst mit reaktionären Professoren und Dozenten in den diversen Gremien und Ausschüssen herzustellen, von denen ein großer Teil 1969 eigens zu dem Zweck geschaffen wurde, Mitbestimmungsillusionen zu fördern und die damals noch relativ starke Studentenbewegung ins reformistische Fährwasser zu lotsen. (Diese politische „Strategie" des MSB trug ihm seitens der Studenten die Charakterisierung ein: *„MSB:Arsch in den Gremien, Faust in der Tasche"*).

Entsprechend wurde die Abwahl des MSB-FSR-PI (Pädagogisches Institut, s.o.) von den fortschrittlichen Studenten mit großer Begeisterung aufgenommen. Dieser FSR war schon einmal im Sommer 74 – von einem Bündnis SSB/KSV erobert worden, scheiterte aber ebenso wie das Bündnis nicht zuletzt an der beschleunigten Rechtsentwicklung von „KPD"/KSV hin zur Vaterlandsverteidigung.

Nach diesem schweren Schock zu Beginn des Semesters versuchte der MSB zu retten, was zu retten war. Die Hamburger Universität gilt in ganz Westdeutschland zusammen mit der Uni Marburg als seine Hochburg und so mobilisierte er für die kommenden Vollversammlungen mit allen Kräften. Das führte u. a. dazu, daß MSB-Mitglieder, von denen es der Zahl nach sehr viele in Hamburg gibt, die aber nur zu einem kleinen Teil aktiv sind, von VV zu VV hetzen, da sie ja auf mehreren wahlberechtigt sind (wobei es sich kaum nachprüfen läßt, ob jeder dieser Schar jedesmal tatsächlich wahlberechtigt war). Hauptsächlich dadurch gelang es dem MSB überhaupt, den vierten großen FSR (soz.-pol.) zu verteidigen. Selbst diese hervorragende Taktik klappte aber nicht mehr überall.

DGB-Demo am 8. 11.: „Wahlschlager" der Revisionisten

Auf allen Vollversammlungen versuchten MSB-Demagogen, die z. T. extra vom Bundesvorstand des MSB und vom VDS-Vorstand (VDS = Dachverband aller Studenten der Unis und Fachhochschulen) aus Bonn eingeflogen waren, den anwesenden Studenten weiszumachen, daß die Frage, ob ein Kollektiv die DGB-Demonstration am 8.11. in Dortmund unterstützt oder nicht, der Gradmesser für eine Wahl sein sollte. Einmal abgesehen davon, daß es völliger Blödsinn ist, die Teilnahme an einer Demonstration zum einzigen Entscheidungkriterium machen zu wollen, versuchen die Revisionisten dadurch vor allem, vom tatsächlichen Bankrott ihrer Politik abzulenken. In den Bereichen, wo MSB/SHB einige Semester lang „regieren" konnten, ist eine aktive FSR-Politik i. a. völlig auf den Hund gekommen. Stattdessen gibt es einmal im Semester eine „zentrale Aktion" (deren timing sorgfältig mit den studentischen Wahlen abgestimmt ist), zu der der MSB in einer wahren Papierflut den Studenten „erklärt", daß es sich hierbei um die erste und einzigartige Gelegenheit handelt, das Bündnis mit der Arbeiterklasse herzustellen, den Tageskampf mit dem sozialistischen Ziel zu verbinden (unter der Führung von DGB-Vetter und bei strikter Anwendung der „Extremistenerlasse" ...?) usw. usf.

Nachdem die Wahlen unter Dach und Fach sind, die alljährliche Heerschau in Bonn, Dortmund oder sonstwo gelaufen ist, spricht außer einigen notorischen MSB-Stänkerern niemand mehr von der „Superaktion". Für die Revis freilich ist es das ganz große Ereignis, wenigstens einmal im Jahr bei ansonsten fast völlig fehlender Massenarbeit ganz groß herauszukommen (Motto: „...die DKP Seite an Seite mit dem mächtigen DGB...").

Machtpolitik im Stil der CDU

Einmal von ihren FSR-Sesseln gestürzt, denken die Revisionisten nicht im Traum daran, demokratisch zustandegekommene Wahlergebnisse zu respektieren. Regelmäßig lautet der MSB-Kommentar zu einer verlorenen Wahl: „ Wir geben euch keine vier Wochen" oder „in 14 Tagen (!) sind wir wieder dran" (so jetzt am PI) oder ähnlich. Typisch für dieses Vorgehen ist der Fachbereich Germanistik (der zweitgrößte FB an der Uni), wo der MSB im letzten Semester nach jahrelanger „Herrschaft" aus dem FSR abgewählt und durch ein SSB-Unorganisierten-Kollektiv ersetzt wurde. Sofort nach der Wahl (der FSR wird dort für ein Jahr = zwei Semester bestimmt) inszenierte sie eine Unterschriftensammlung zum Sturz des neuen FSR. Nachdem sie damit auf heftigen Widerstand der Studenten gestoßen waren und einen kläglichen Rückzieher machen mußten, sannen sie darauf, bei der erstbesten Gelegenheit ein „Mißtrauensvotum" zu landen. Auf der Germanistik-VV vom 7. 11. sahen die Revis jetzt ihre Chance gekommen, da sich eine knappe Mehrheit für die DGB-Demo vom 8. 11. ergab. Sofort unterbrach der MSB die Tagesordnung der VV, um ein „Mißtrauensvotum" behandeln zu lassen. In dem darauffolgenden Chaos behielten die „Spontis" die besten Nerven und riefen aus Protest gegen diese Machenschaften zum Auszug aus der Vollversammlung auf, um sie beschlußunfähig zu machen. So konnte der MSB sein Ziel nicht erreichen.

Das gesamte Vorgehen des MSB ist schlicht als skandalös zu bezeichnen. Der FSR-Germ. wurde mit 230 Stimmen gewählt. Das hinderte den MSB nicht daran, auf einer wesentlich s c h l e c h t e r besuchten VV mitten in der Amtszeit mit Hilfe von nur 130 Stimmen seiner Anhänger den Versuch eines „Mißtrauensvotums" zu unternehmen, ohne den Nachweis zu führen, daß dieser FSR das Vertrauen der Studenten in schwerwiegender Weise verletzt hat. Bezeichnenderweise werden solche „Mißtrauensanträge" von den Revis nicht einmal in der VV öffentlich a n g e k ü n d i g t – denn das könnte ja den unerwünschten Effekt einer stärkeren Mobilisierung auf der Gegenseite haben.

So kann jedes demokratische Zustandegekommene Wahlergebnis praktisch in einem Putsch hinter dem Rücken der Studenten mit Hilfe von zufälligen Mehrheiten rückgängig gemacht werden. Diese bürgerliche Machtpolitik, bei der sich der Vergleich zum CDU/CSU-Mistrauensvotum vom April 72 nicht zufällig aufdrängt, wirft ein bezeichnendes Licht auf das „Demokratieverständnis" der Revisionisten. Darüberhinaus ist es äußerst schädlich, wenn der politische Inhalt der studentischen Vollversammlungen jedesmal de facto auf eine Wahl-VV reduziert wird. Allerdings wollen wir auch nicht verschweigen, daß die linken FSRe vor dem Problem stehen, die relativ breite spontane Empörung der fortschrittlichen Studenten gegen die Machenschaften des MSB in eine kontinuierliche Unterstützung einer kämpferischen Interessenvertretungspolitik umzuwandeln. Das zeigt sich an der mangelnden Mobilisierung zu der betreffenden Germ.-VV.

KBW – auweh !

Die noch vor zwei Jahren recht einflußreiche SSG (KBW-Studentenorg.) mußte in diesem Semester den offenen Bankrott anmelden. In zwei FSRen waren sie zusammen mit Nichtorganisierten bisher vertreten gewesen, in beiden konnten sie nach einem Semester noch nicht einmal wieder ein Kollektiv aufstellen (Anglistik, Psychologie). So konnte sich bei den Anglisten der MSB knapp gegen ein vom SSB unterstütztes Kollektiv durchsetzen, bei den Psychologiestudenten dagegen SSB/Unorganisierte.

Ansonsten bemühte sich die SSG, unter dem Ruf der „Einheit aller Studenten" und auf einer möglichst unpolitischen Plattform gemeinsam mit dem SSB als „Trittbrettfahrer" mit in die FSRe gewählt zu werden. Bei Ablehnung dieser „Strategie" wurde dem SSB dann lauthals „Spaltertum" vorgeworfen. Das Einheitsgeschrei der SSG ist allerdings demagogisch, wenn man sich vor Augen hält, daß bisher nicht einmal ein punktuelles Zusammengehen möglich war (z.B. die exklusive „Volksentscheid"-Politik des KBW zum § 218). Originell ist auch, daß gerade SSG/KBW als ausgemachte Programmfetischisten noch vor nicht allzulanger Zeit darauf bestanden, völlig sektiererische Forderungen („Wahl der Lehrer durch das Volk"!) zur Bedingung eines Bündnisses zu machen. Heute dagegen meint die SSG nahezu jede inhaltliche Differenz als „für den Kampf der Studenten unwesentlich" ausklammern zu können.

Immerhin ist es zu begrüßen, daß die SSG meistens dazu aufrief, in einer St ichwahl die FSR-Kollektive der LDK (SSB u.a.) zu wählen, was noch im letzten Semester von ihr abgelehnt worden war.

Vaterlandsverteidiger: Zackig

Mit dem Rekordergebnis von fünf Stimmen (bei ca. 900 Anwesenden und sechs eigenen Kandidaten!) beendete das KSV („KPD")–Kollektiv die FSR-Wahl am PI. Es wurde vom KSB/ML („KPD/ML"–„Massen"–organisation) unterstützt (eine Stimme). Besonders herausragend waren auch diesmal wieder die Beiträge zur Frage, wieso es sich beim MSB um die „5. Kolonne Breschnews und Honeckers" handelt, wieso dieser daher der gefährlichste Feind der Studenten sei (weil sie nämlich „sturmreif für den Sozialimperialismus" macht; KSV-Flugblatt) usw. Der als Spitzel anwesende CDU-Studentenverband RCDS mochte sicher angesichts dieser Beiträge selbst nichts mehr sagen, um nicht durch bloße Wiederholung aufzufallen. Bedenkt man, daß vor eineinhalb Jahren noch SSB und KSV zusammen den FSR-PI für ein Semester stellten (siehe AK 44), so sagt dieses Ergebnis eigentlich alles über die klare Antwort aus, die die fortschrittlichen Studenten dem KSV für seinen Schwenk zur Vaterlandsverteidigung erteilt haben. ●

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

FORTSETZUNG VON SEITE 38

Delegierten, sondern eine eindeutige V e r p f l i c h t u n g gegenüber der letzten Hauptversammlung, auf der genau diese Verschärfung der Abhängigkeitsklausel klar gescheitert war.

Dabei steht jetzt schon fest, daß der Vorstand absolut keine sachlichen Argumente vortragen wird, sondern die Diskussion einzig und allein auf die „Alternative" zuspitzen wird: Entweder Zustimmung oder Ausschluß des Landesverbandes aus der GEW. Mit dieser Erpressung werden mittlerweile a l l e Auseinandersetzungen in der GEW (zugunsten Frister und Co.) „entschieden". Daß dieses Vorgehen für die Gewerkschaftsführer immer noch die stärkste Waffe ist, liegt leider auch an der lokalen Beschränktheit der bisherigen Politik der GEW-Linken. Zweifellos sind diese Drohungen nicht nur als leeres Wortgerassel anzusehen. Ob Frister aber einen solchen Ausschluß eines ganzen Landesverbandes praktisch durchsetzen kann, hängt auch vom Widerstand und der Solidarität in anderen Landesverbänden ab. Dies konkret zu organisieren, ist bisher von der GEW-Linken nicht gesehen worden.

Dabei müßten die Chancen für einen solchen Protest etwa im Westberliner Landesverband (der die Abhängigkeitsklausel selber nur mit großen „Bauchschmerzen" verabschiedet hat) eigentlich nicht schlecht sein. ●

Bündniskommission
KB/ Gruppe Hamburg

GEW-Führer schmeißen DKP stückweise aus der Gewerkschaft

Die Führer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben in der letzten Zeit wiederholt deutlich gemacht, daß sie den Weg der Säuberung der GEW von Linken und Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie mit aller Macht fortsetzen werden. Diese Herren sind es auch, die innerhalb des DGB die Aufgabe übernommen haben, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP auszudehnen.

Im Beschluß des Hauptvorstands vom 15.6.75 heißt es: *„Zukünftig erhalten GEW-Mitglieder, die wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht eingestellt werden, in Einstellungsverfahren nur noch Rechtsschutz für Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerf. G.) ... Mit diesem Beschluß zog die GEW die Konsequenz aus der Weigerung der DKP, den Fall Lenhard in letzter Instanz vom Bundesverfassungsgericht entscheiden zu lassen"* (Erklärung der GEW vom 15.6.75).

Diese Maßnahme bedeutet nicht nur, daß in Zukunft auch DKP-Mitglieder bei Berufsverbotsverfahren ohne Rechtsschutz dastehen, sondern die GEW-Führer wollen damit ein Grundsatzurteil des BVerf.G. gegen die DKP-Mitglieder im öffentlichen Dienst provozieren. Es liegt auf der Hand, daß bei einem solchen Verfahren nicht nur über Berufsverbote für DKPler entschieden wird, sondern grundsätzlich über die Verfassungsmäßigkeit der DKP. Man erinnere sich an den Ausspruch des Vorsitzenden des 1. Senats des BVerf.G. Benda (CDU), der sinngemäß sagte, wenn die DKP noch nicht für verfassungsfeindlich erklärt sei, müsse man dafür die Voraussetzungen schaffen! Eben dies versuchen die GEW-Führer mit ihrem Beschluß.

Einen weiteren Vorstoß, die DKP in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzubeziehen, hat der Vorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen, Gisbert Gemein, im dortigen Landesverband (LV) gestartet. Unter der Note „Nicht zur Veröffentlichung bestimmt!" legte er dem LV eine Beschlußvorlage vor, in der es heißt: *„Betrifft: Schulungen des AjLE (Ausschuß junger Lehrer und Erzieher). Der LV legt fest: Der Anteil von Mitgliedern von DKP und MSB darf bei Schulungen des AjLE – vorerst – fünf Prozent nicht übersteigen"* („paed.extra" v. 15.10.75).

In der Begründung heißt es, die DKP sei in der Vergangenheit „überrepräsentiert" gewesen, was nicht im Einklang mit den HV-Beschlüssen stehe. *„Bei 0,5% Stimmenanteil der DKP bei den letzten Landtagswahlen ist die DKP mit dem o.g. Prozentsatz mehr als angemessen berücksichtigt. Andererseits sprechen praktische Gründe dafür, schrittweise (!) den o.g. HV-Beschluß zu realisieren"* („paed.extra", 15.10.75).

Hier demonstriert ein reaktionärer Gewerkschaftsführer erneut, wie die Auseinandersetzung mit „Linken" in der Gewerkschaft geführt wird. Mit administrativen Mitteln werden sie schrittweise (s. Gemein) herausgesäubert. Deutlich wird hier aber auch wieder einmal die illusionäre Haltung der DKP, sie könne den Angriffen entgehen, wenn sie sich bei der Gewerkschaftsführung nur genug anbiedert. Die Bestrebungen im Landesverband Nordrhein-Westfalen sollten vielleicht auch einer Reihe DKP-Leuten klarmachen, daß wir diese Angriffe auf die innergewerkschaftliche Demokratie nur abwehren können, wenn wir ihnen konsequent entgegentreten. ●

KB-Studenten
an der PH-Flensburg

Justiz deckt Lüge und Hetze der „Bild"zeitung

In der vorigen Woche fällte der 9. Zivilsenat des Kammergerichts in Westberlin ein ebenso skandalöses wie bezeichnendes Urteil gegen den Lehrer Jürgen Baatz: Dieser verlor einen Rechtsstreit gegen den Axel-Springer-Verlag und bekam sämtliche Kosten, auch die der Vorinstanzen, in Höhe von mehreren tausend Mark aufgebürdet.

Zur Vorgeschichte:

Am Freitag, dem 31. Januar 1975, hatte die „Bild"-Zeitung mitten in der Phase des Wahlkampfes in Westberlin die Hauptschlagzeile gebracht: *„Kommunisten trieben einen Berliner Rektor in den Tod"*. Aus einem angeblichen Abschiedsbrief des tags zuvor freiwillig aus dem Leben geschiedenen Heinz Baatz (Vater des obengenannten Lehrers) „zitierte" die „Bild" weiter: *„Die Intrigen kommunistischer Lehrer trieben mich in den Tod."*

Die Wahrheit freilich sah anders aus: In dem Abschiedsbrief fand sich weder im Wortlaut noch dem Sinn nach etwas derartiges. Es handelte sich um eine „politisch motivierte freie Erfindung".

Eine Berichtigung bringen oder eine Gegendarstellung akzeptieren wollte der Verlag freilich nicht, denn *„nur der Betroffene selbst"* (d.h. der tote Rektor!) *„könne die Gründe angeben, weswegen er aus dem Leben schied"*, so Springer nach „FR" vom 2.11.1975.

Abgesehen von dem Zynismus, der in dieser Stellungnahme steckt, soll damit vor allem auch übergangen werden, daß auch der Lehrer Baatz „betroffen" ist – betroffen nämlich von Verdächtigungen der Schulbehörde, er selbst habe den antikommunistischen Abschiedsbrief an die Zeitung weitergegeben.

Nachdem Baatz über zwei Einstweilige Verfügungen endlich eine Gegendarstellung durchsetzen konnte, reagierte der Springer-Verlag mit sofortiger Beschwerde, Widerspruch und Berufung, so daß die Auseinandersetzung bis zur letzten Instanz vor den 9. Zivilsenat des Kammergerichts getrieben wurde. Und da schließlich – angeblich wegen eines juristischen „Formfehlers" des Anwaltes von Baatz – bekommt der Springer-Verlag „Recht", Baatz muß die gesamten Kosten aller Verfahren tragen, abgesehen davon, daß durch das Urteil natürlich der Eindruck der „korrekten Berichterstattung" durch die „Bild" entsteht – geradezu grotesk angesichts der systematischen Hetz- und Lügenpraxis dieses Revolverblattes.

Man halte sich demgegenüber einmal die Diffamierungskampagne gerade der CDU/CSU, Springer & Co. gegen die „manipulierten Zeitungen und Medien" in Portugal (z.B. „Republica"), ihre Hetze gegen die „Manipulierung des Wählerwillens" u. dergl. vor Augen!

Wie gut, daß wir in einer demokratischen Gesellschaft leben... ●

Ein Kieler Genosse

Gericht ordnete als Zwangsverteidiger den Anwalt von Göring bei

In Kiel findet zur Zeit ein Prozeß gegen den „KPD/ML"-Genossen Martin P. statt. Er ist als presserechtlich Verantwortlicher für den Raum Kiel angeklagt, die Sicherheit der Bundeswehr untergraben und zur Tötung aufgerufen zu haben.

Der Prozeß, der im Juli beginnen sollte, wurde verschoben, als sich Martin weigerte, an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen: Im Gerichtssaal war ein uniformierter Polizist mit Sprechfunkgerät.

Am 21.10. wurde der Prozeß wieder aufgenommen. Diesmal ohne uniformierte Bullen, aber mit einer neuen Provokation des Gerichts. Dem Genossen, der einen Wahlverteidiger hatte, wurde vom Gericht ein Pflichtverteidiger aufgezwungen. Als Begründung wurde angegeben, daß die Gefahr bestehe, daß der Verteidiger weiterhin den Prozeß sabotiere (!). Der Zwangsverteidiger trat dann auch gleich in Aktion. Als der Verteidiger Martins die Einstellung des Verfahrens nach dem Parteienprivileg forderte, erklärte der Zwangsverteidiger Bross: *„Ich bin dagegen, im Interesse* (!) *meines Mandanten"*.

Wes Geistes Kind dieser „Rechtsanwalt" Bross ist, wurde noch am selben Verhandlungstag enthüllt. **Bross war Verteidiger Hermann Görings bei den Nürnberger Prozessen. Aus seinem Buch „Gespräche mit Göring", das dem Gericht vorgelegt wurde, geht eindeutig hervor, daß Bross Göring und seine Verbrechen aus voller Überzeugung verteidigt hat!** ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Staatsanwalt: Anwendung von Gewalt gegen Angeklagte ist „rechtmäßig"

Jürgen Ische, Untersuchungsgefangener in West-Berlin, wird seit dem 20.8.75 in strengster Einzelhaft gehalten. Er hatte eine Petition aktiv unterstützt, in der die U-Gefangenen die unmenschlichen Knastbedingungen aufzeigen und konkrete Forderungen aufstellten.

Die daraufhin verhängte Einzelhaft wurde von Richter Pagel als legal befunden (s. AK 68, S. 44). Derselbe Richter nutzte nun auch den begonnenen Prozeß gegen Ische und den Mitangeklagten B. Gaedekke, um sein Rechtsverständnis zum Ausdruck zu bringen. Beide hatten sich zu Beginn der Verhandlung vor Gericht geweigert aufzustehen, was nur allzu verständlich ist bei dieser abverlangten „Ehrfurchtserklärung". Richter Pagel nahm dieses „**ungebührliche**' Verhalten zum Anlaß, mit Gewalt gegen die Angeklagten vorzugehen und befahl den Wachtmeistern: **„Bringen Sie die Leute zum Stehen"**. *„Die Justizdiener drückten darauf den Angeklagten von hinten auf die Ohren und schraubten ihnen die Daumen in die bekannt schmerzempfindlichen Stellen zwischen Kiefer und Gehörgang'* („Spiegel", Nr. 42, S. 85). Erst als die Zuhörer lautstark protestierten, winkte Pagel ab. Die Verteidiger J. Brückner und U. Grönheit lehnten daraufhin Pagel wegen Befangenheit ab und erstatteten Strafanzeige wegen Nötigung und Körperverletzung im Amt.

Anträge der Verteidiger abgeschmettert

Laut Gesetz steht es dem „Vorsitzenden" zu, für „Ordnung" im Saal zu sorgen. Bei Nichtbefolgung seiner Anweisungen kann das Gericht – und nicht der Vorsitzende allein – nur die beiden vorgeschriebenen Sanktionen verhängen: „Entfernung und Ordnungshaft".

Das hinderte die 52. Berliner Strafkammer nicht, „die Anordnung körperlichen Zwangs" einfach für „rechtmäßig' zu erklären und den Befangenheitsantrag abzulehnen. Der Westberliner Staatsanwalt Saß zog nach: Die Anwendung von körperlicher Gewalt sei das „am wenigsten einschneidende Mittel (!)" gewesen bei so „ungebührlich ordnungswidrigem Verhalten' („Spiegel' a. a. O.). Ergebnis: Das Verfahren wurde „ohne weitere Ermittlungen" eingestellt.

Es kam aber noch ein weiterer Vorfall hinzu, der gegen das geltende Gesetz, nachdem ein U-Gefangener als unschuldig gilt, verstößt. Der „Berliner Extra Dienst" berichtet, daß J. Brückner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Klaus Hübner, Westberlins Polizeipräsidenten, mit folgender Begründung erhoben hat: *„Polizeipräsident Hübner übergab am 20.10.75 dem Polizeimeister Schoeneberg aus Hannover das Buch ‚Die gnadenlose Jagd'. Schoeneberg hatte ... nach einem Feuergefecht meinen Mandanten ... festgenommen. Über die Buchübergabe wurde in der Berliner Tagespresse sehr ausführlich mit Bild berichtet .... Durch sein Verhalten hat sich der Polizeipräsident in gröbster Weise einer Verletzung seiner dienstlichen Zurückhaltungspflichten bezüglich Eingriffen in laufende Strafverfahren ... schuldig gemacht"* („ED", S. 24).

Nicht zuletzt aufgrund der vorherigen unrechtmäßigen Behandlung von Jürgen I. ist zu erwarten, daß auch dieser Antrag der Verteidigung auf Einhaltung gesetzlicher Prinzipien, abgelehnt wird und von einem „fairen" Verfahren gegen Jürgen gar nicht mehr die Rede sein kann. Diese Beispiele aus der alltäglichen Klassenjustiz zeigen, wie „gewähnlichen" Gefangenen ihre Rechte genommen werden. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

„RAF"-Prozeß
Bundesgerichtshof



(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Saal zu sorgen. Bei Nichtbefolgung seiner Anweisungen kann das Gericht – und nicht der Vorsitzende allein – nur die beiden vorgeschriebenen Sanktionen verhängen: „Entfernung und Ordnungshaft".

kann. Diese Beispiele aus der alltäglichen Klassenjustiz zeigen, wie „gewähnlichen" Gefangenen ihre Rechte genommen werden. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

„RAF"-Prozeß Bundesgerichtshof bestätigt den Ausschluß der Angeklagten



In der bürgerlichen Demokratie kommt der Justiz nach der Verfassung die Aufgabe der „unabhängigen Dritten Gewalt" zu. Die „unabhängige" Rechtsprechung soll kontrollieren, ob die Regierung und die anderen staatlichen Stellen wie Polizei usw. die Gesetze einhalten.
In der BRD wird die Justiz jedoch zunehmend zu einer Rechtfertigungsinstanz für die Einschränkung der demokratischen Grundrechte durch den Staatsapparat. Das wird an der jüngsten Entscheidung des BGH (Bundesgerichtshof) in Sachen „Baader-Meinhof" überdeutlich.

Der BGH hat in seinem Beschluß vom 22.10.75 die Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart bestätigt, die Angeklagten der „RAF" von der Hauptverhandlung auszuschliessen.

Die Bundesrichter beziehen sich dabei auf den aus Anlaß des BM-Prozesses extra neugeschaffenen § 231 a der Strafprozeßordnung.

Gleich zu Beginn seiner Entscheidung stellt der BGH klar, daß er diese Vorschrift vorbehaltlos sanktionieren will: *„Bei der Bestimmung des sachlichen Geltungsbereiches des § 231 a STPO sind zunächst die Absichten ins Auge zu fassen, die der Gesetzgeber mit der Einführung dieser Vorschrift verfolgte* (!)".

Der BGH beschließt *„im Namen des Volkes"*, daß *„die Auslegung nicht dazu führen* (darf), *daß die Absicht des Gesetzgebers vereitelt wird, dem Tatrichter* (d. ist das Oberlandesgericht Stuttgart,AK) *die Durchführung der Hauptverhandlung auch gegen solche Beschuldigte zu ermöglichen, die den staatlichen Organen jede Achtung versagen* (!!) *und mit allen Mittel den geordneten* (?) *Ablauf des Verfahrens zu stören suchen"*.

Der BGH hat die Frechheit, die neuen Gesetze, die wesentliche Grundrechte, wie z.B. Anwesenheit im Prozeß, außer Kraft setzen, als Ausfluß der *„Idee der Gerechtigkeit"* aufzublasen.

Es entspreche dieser Idee, für die *„Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Rechtspflege"* zu sorgen, ohne die *„der Gerechtigkeit nicht zum Durchbruch verholfen werden kann"*.

Das „Gebot der Gerechtigkeit", das dazu dienen sollte dem einzelnen Angeklagten Schutz vor Übergriffen des Staates zu gewähren, wird hier in sein genaues Gegenteil pervertiert: es dient als Begründung für die Einschränkung der Rechte der Angeklagten.

Rückwirkungsverbot aufgehoben – der Zweck heiligt die Mittel

In Art. 103 des Grundgesetzes ist bestimmt, daß jemand wegen einer Tat nur bestraft werden kann, wenn deren Strafbarkeit vor ihrer Begehung gesetzlich festgehalten war.

Damit soll verhindert werden – wie es im Faschismus der Fall war – daß nachträglich für bestimmte Vergehen Strafen angedroht oder verschärft werden. Der BGH stellt nun schlicht fest, daß dieses Grundrecht nicht mehr gilt: die Angeklagten dürfen auf die frühere Gesetzeslage nicht vertrauen. *„Sie müssen vielmehr damit rechnen, daß der Gesetzgeber alsbald die verfahrensrechtlichen Mittel zur Verfügung stellt, mit denen solchem Verhalten* (Hungerstreik= „Mißachtung der Staatsorgane", AK) *wirksam begegnet werden kann."*

Grundrechte gelten also nur solange, wie sie dem Staat ins Konzept passen.

„Kurzer Prozeß"

Nach der Verfassung hat jedermann das Recht, daß sein Prozeß von den Gerichten zügig bearbeitet und nicht unnötig verschleppt wird. Dieses Recht ist in Form eines *„Beschleunigungsgebotes"* in den Prozeßordnungen festgehalten.

Im Stuttgarter Prozeß liegen die Dinge anders. Die Strafverfolgungsbehörden haben die Ermittlungen über drei Jahre verschleppt, weil die ganzen „Beweise" erst gemacht werden mußten. Das dauerte natürlich seine Zeit.

Damit dies nicht aufgedeckt wird, soll der Proezß jetzt um so schneller über die Bühne gezogen werden.

Die Bourgeoisie schafft sich das Recht auf einen „kurzen Prozeß", um politische Gegner nach faschistischer Manier im – möglichst – schnellen Verfahren fertigmachen zu können; zur Begründung dieser Willkür muß das „Beschleunigungsgebot" herhalten, das ursprünglich den Schutz des Angeklagten, und nicht seiner Verurteilung im Schnellverfahren, sicherstellen sollte.

Isolationshaft: „selbst verschuldet"?

Wie wir schon im letzten AK berichtet haben, kamen die vom Gericht beauftragten medizinischen Gutachter zu dem Ergebnis, daß die Verhandlungsfähigkeit der „RAF"-Angeklagten wesentlich durch die Isolationshaft gelitten habe. An diesem Ergebnis kann auch der BGH nicht vorbei.

Da ein Angeklagter aber nur aus der Hauptverhandlung ausgeschlossen werden kann, wenn er seine Verhandlungsunfähigkeit „selbst verschuldet" hat, konstruiert der BGH jetzt, daß die Angeklagten die Haftbedingungen sich selber zuzuschreiben hätten. „ ... *Die Gefährlichkeit der Beschwerdeführer* (=Angeklagten, AK), *... ließ den für die Gestaltung der Untersuchungshaft verantwortlichen Stellen keine andere Wahl als die, dem durch eine entsprechende Verschärfung der Haftbedingungen Rechnung zu tragen, ... zumal die Haftbedingungen in ihrem Ausmaß und ihrer Dauer den Behörden erst aufgezwungen worden sind."*

Tatsache ist, daß die Verantwortung für die Isolationshaft beim Bundeskriminalamt und den anderen Staatsschützern liegt. Diese Stellen erfinden eine „besondere Gefährlichkeit" der Angeklagten und verschärfen unter dem Vorwand, die Bevölkerung vor diesen „Volksschädlingen" schützen zu müssen, die Haftbedingungen bis zum gesundheitlichen Ruin der Gefangenen. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Karl-Heinz Roth in Isolierhaft

Seit ihrer Festnahme am 9.9.1974 sitzen Karl-Heinz Roth und Roland Otto in Isolierhaft. Beide waren nach einer Schießerei auf einem Kölner Parkplatz verhaftet worden. Werner Sauber und ein Polizist wurden dabei getötet, Karl-Heinz Roth durch Brust- und Bauchschüsse schwer verletzt. Nach diesem Ereignis verhängte die Polizei eine absolute Nachrichtensperre, die sich sowohl auf die Einzelheiten des Tathergangs als auch auf die prozessualen Absichten bezieht. Die totale Nachrichtensperre besteht heute noch.

Seit ihrer Verhaftung sind die Genossen von der Außenwelt total isoliert. Sie sind in strenger Einzelhaft: das bedeutet ständige Beleuchtung, ständige Kontrollen, fast totale Reizabschirmung, Betätigungsverbot etc.

Karl-Heinz Roth wird z.B. immer noch die Besuchserlaubnis seiner Verlobten verweigert, obwohl er bereits zweimal in akuter Lebensgefahr schwebte. Als Begründung muß die sogenannte „Verdunkelungsgefahr" herhalten, was schon von daher absurd ist, daß ein Besuch nur 15 Minuten dauert und von mindestens vier Beamten überwacht wird.

Weiterer Bestandteil der Isolierung von Roth ist die Tatsache, daß er bis heute keine Bücher von außen (vier Bücher sind seit dem 3.10. genehmigt, aber noch nicht zugestellt) und in den ersten vier Monaten auch keinerlei Zeitungen und Zeitschriften erhalten hat. Briefe in beide Richtungen werden mit mindestens vierwöchiger Verzögerung übermittelt. Alle Briefe, in denen Roth seine Haftbedingungen schilderte, wurden ihm ohne Begründung zurückgegeben.

Ein besonderer Skandal ist die medizinische Versorgung Roths. Bei seiner Festnahme hatte er neben schweren Hundebissen und einer Glassplitterverletzung eines Auges zwei schwere Schußverletzungen erlitten: Einen Schrägdurchschuß durch die Lunge und einen Bauchdurchschuß. Nach der ersten schweren Operation gleich nach seiner Festnahme wurde er bereits am siebenten Tag in die Gefängnisklinik Düsseldorf verlegt. Eine Chance auf Ausheilung der Bauch- und Lungenverletzungen war dadurch zunichte gemacht.

Am 7.8.75 mußte Roth wieder operiert werden. Als Spätfolge der Schußverletzungen hatte sich ein lebensgefährlicher Darmverschluß gebildet. Nach der Operation lag Roth auf der Intensivstation, wo er 24 Stunden am Tag von Bullen mit geschulterten Machinenpistolen bewacht wurde. Die Bullen versuchten, ihn zu verhören oder durch üble Sprüche mürbe zu machen. Ihren besonderen sadistischen Spaß fanden sie darin, immer dann ins Krankenzimmer zu kommen, wenn Roth gewaschen wurde oder Einläufe gemacht wurden. Auch das wurde vom ärztlichen Personal geduldet.

Auf Betreiben der Bundesanwaltschaft sollte Roth bereits am vierten Tag wieder in ein Knastkrankenhaus verlegt werden. Nur dem Sträuben der Ärzte ist es zu verdanken, daß er dieser Maßnahme, die seinen Tod hätte bedeuten können, entging.

Karl-Heinz Roth verdankt sein Leben nicht zuletzt der Tatsache, daß er Arzt ist. Er besitzt die fachliche Qualifikation zur Selbstdiagnose und konnte dadurch einiges an medizinischer Versorgung für sich durchsetzen. Wir denken an den Tod von Katharina Hammerschmidt, ein Beispiel für die menschenzerstörerischen Verhältnisse im Knast. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Streikberichte

Kämpfe gegen Weihnachtsgeldstreichungen

Im Mittelpunkt vieler betrieblicher Kämpfe standen in den letzten (und mit Sicherheit auch noch in den nächsten) Wochen Abwehrmaßnahmen gegen Kürzungen oder gar totalen Wegfall des Weihnachtsgeldes. Die BDA (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände) gab ihren Mitgliedern Ende Oktober das Startzeichen zum Generalangriff auf diese z.T. bedeutsamen Lohnbestandteile. Den Kapitalisten kommt dabei zunutze, daß in vielen Branchen und Betrieben das Weihnachtsgeld nicht oder nur zum Teil tariflich abgesichert ist. *„Grundsätzlich ist zu sagen, daß weder kraft Gesetzes noch aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers ein Rechtsanspruch auf Gratifikationszahlung gegeben ist."* („Handelsblatt", 16.10.75)

Doch auch beim tariflich gesicherten Teil haben die Kollegen in diesem Jahr in der Regel erhebliche Einbußen. So berechnet sich das Weihnachtsgeld („betriebliche Sonderzulage") z.B. im Bereich der IG Metall Norddeutschlands in Prozenten vom Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate (40%). Durch zum Teil drastischen Überstundenabbau und Kurzarbeit liegt der Auszahlungsbetrag erheblich niedriger als im letzten Jahr.

Besonders haben es die Kapitalisten aber auf die ungesicherten übertariflichen Bestandteile abgesehen. Für 40% der 22 Mio. Beschäftigten in Westdeutschland gibt es überhaupt noch kein tarifliches Weihnachtsgeld! („UZ", 3.11.75)

Was bedeutet das konkret?

„Nicht selten beträgt es (das Weihnachtsgeld) ungefähr einen Monatslohn, wovon 40 bis 50 Prozent tariflich vereinbart sind. Verdient also ein Arbeiter 1.200 Mark netto im Monat und bekommt er zum Jahresende das gleiche noch einmal, so sind das aufs Jahr umgerechnet 100 Mark pro Monat, oder acht Prozent des Monatslohns. Tariflich abgesichert ist davon aber höchstens die Hälfte, also 600 Mark oder monatlich 50 Mark, also vier Prozent. Streicht der Kapitalist den übertariflichen Teil, so bedeutet das eine Lohnkürzung von vier Prozent monatlich" („KVZ", 30.10.).

den übertariflichen Teil, so bedeutet das eine Lohnkürzung von vier Prozent monatlich" („KVZ", 30.10.).

Auf diese Weise hätten die Kapitalisten die in den anstehenden Tarifrunden zu erwartenden Lohn„erhöhungen" schon wieder raus ...

Die Zahl der Betriebe, die Weihnachtsgeld kürzen, läßt sich z.Z. noch gar nicht übersehen, hier nur einige Beispiele: Bauknecht und Neckermann kürzen um 50%, BASF um 30%, Hoechst um 25% usw.

Andererseits provozieren diese Angriffe aber auch den Widerstand der Arbeiter: z.B. bei Brauer, bei SEL, bei Eles, bei Hüller, bei Walker und bei Pohlschröder, wie die folgenden Berichte zeigen:

Schirmfabrik Brauer & Co., Aachen

In einen unbefristeten Streik traten nach einer Urabstimmung am 14.10.75 120 von 150 Kolleginnen und Kollegen. Sie forderten die tarifliche Absicherung ihres Weihnachtsgeldes. Der Kapitalist war bisher lediglich bereit, 25% eines Durchschnittslohnes „freiwillig", d.h. ohne Rechtsanspruch zu zahlen. Den Kapitalisten der Schirmindustrie war es seit Mai dieses Jahres gelungen, die Tarifverhandlungen ergebnislos zu verschleppen. Daraufhin führte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine Urabstimmung bei Brauer durch, bei der sich 95,4% der Gewerkschafter für Streik aussprachen.

Bei Brauer sind hauptsächlich Frauen (wie oft in der Textilindustrie) beschäftigt. Die Durchschnittslöhne in der Schirmindustrie liegen noch niedriger als in der Bekleidungsindustrie, die Kolleginnen erhalten 5,50 DM (!) die Stunde und müssen im Akkord arbeiten, um überhaupt einigermaßen zu verdienen (nach „Aachener Arbeiterzeitung", 22.10.75).

Deshalb platzte auch den Kolleginnen der Kragen, als ihnen noch nicht einmal das Weihnachtsgeld sicher war. Streikposten wurden aufgestellt, eine Streikleitung gebildet, ein Streiklokal eröffnet und am ersten Streiktag fand eine Streikversammlung statt.

Im Streikverlauf versuchten Brauer & Co., mit einigen Tricks die Belegschaft vom Streiken abzubringen: sie schrieben an den Hauptvorstand der IG Textil Bekleidung, längst hätten sie allen Forderungen zugestimmt; in einem Brief an alle Streikenden behaupteten die Kapitalisten, es wäre alles klar und jeder, der weiterstreike, müsse mit Entlassungen rechnen. Die Streikleitung gab sofort ein Flugblatt heraus, worin der wahre Sachverhalt dargelegt wurde. Weiterhin versuchten Brauer & Co., per einstweiliger Verfügung beim Arbeitsgericht Aachen den Streik zu beenden. Das Gericht lehnte ab. (Nach „Aachener Arbeiterzeitung", 22.10., hat das Gericht allerdings nachträglich ohne Begründung den Streik doch (?) für rechtswidrig erklärt!)

Nach einer Woche Streik hatten die Kolleginnen und Kollegen ihr Ziel erreicht: tarifliche Absicherung des Weihnachtsgeldes von 25% ihres Monatslohnes. *„Nicht nur für sich, sondern für die Beschäftigten der Schirmindustrie im ganzen Bundesgebiet"* („UZ", 30.10.75).

29.10.75: Eles, Taunusstein/Bleidenstadt

Mit 98 von 101 abgegebenen Stimmen beschloß die Belegschaft der Feinstrumpffabrik Eles einen Streik, um ihre Forderung nach Anwendung des Tarifvertrages der hessischen Textil- und Bekleidungsindustrie. Der Unternehmer Szor, der nicht Mitglied des Unternehmerverbandes ist, hat den Kollegen seit Jahren untertarifliche Löhne gezahlt und andere Leistungen vorenthalten. Dabei geht es um einiges: sieben Tage mehr Urlaub, Urlaubsentgeld, 39 DM vermögenswirksame Leistungen und die Weihnachtsgratifikation (nach „UZ", 31.10.75).

Hüller (Rheinstahl), Ludwigsburg

Gegen den Abbau sozialer Leistungen (vor allem Kürzung des Weihnachtsgeldes um 20%) streikten am Donnerstag, den 23.10. rund 800 Kollegen der Ludwigsburger Maschinenfabrik Hüller.

Walker, Viernheim/Mannheim

Einen Tag streikten 400 Arbeiter der Walker-Betriebe gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes von 75% auf 40%. Darüber hinaus sollen übertarifliche Leistungen wie Treueprämie, Weihnachtsgeld für Bundeswehrsoldaten und Alterspensionäre, gestrichen werden. Die Kollegen forderten Weihnachtsgeld mindestens in der Höhe des Vorjahres und keine Streichung der übertariflichen Leistungen. Die Kapitalisten erklärten sich nach dem Streik zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat bereit (nach „KVZ", 30.10.75).

Standard Elektrik Lorenz (SEL), Stuttgart

Um sich gegen eine in diesem Jahr *„geringere Ergebnisbeteiligung"* (d.h. ca. 10% weniger Weihnachtsgeld, „UZ", 24.10.75) bei ganz SEL zu wehren, streikten rund 1.000 von 5.000 Kollegen des SEL-Werkes Stuttgart-Zuffenhausen. *„Der Betriebsrat habe ‚Mühe gehabt, die Leute von einem Marsch auf das Verwaltungsgebäude abzuhalten'"* („FAZ", 24.10.75). Der SEL-Vorstand hat daraufhin seinen Beschluß noch nicht offiziell verkündet, sondern bot den 70 IGM-Vertrauensleuten Verhandlungen über die Höhe des diesjährigen Weihnachtsgeldes an. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor (nach „KVZ", 30.10.75).

Pohlschröder, Dortmund

„Durch einen befristeten Warnstreik verhinderten die Arbeiter der Büromaschinenfabrik Pohlschröder, Werk Dortmund-Körne, den geplanten Abbau von Sozialleistungen. Nach einem einstündigen Streik der Arbeiter nahm die Werksleitung nahezu alle von ihr geplanten Streichungen übertariflicher Leistungen an Weihnachtsgeld zurück" („UZ", 3.11.75).

Lehrlinge der Kaiserslauterer Gehlenwerke protestierten am 8.10.75 gegen die Vernichtung ihrer Ausbildungsplätze mit einem Demonstrationsmarsch.

Lehrlinge der Kaiserslauterer Gehlenwerke protestierten am 8.10.75 gegen die Vernichtung ihrer Ausbildungsplätze mit einem Demonstrationsmarsch.



Streikposten vor der Schirmfabrik Brauer

Streiks zur Erhaltung der Arbeitsplätze

Hungerstreik ausländischer Kollegen

Im Ausländerlager Zirndorf bei Nürnberg traten 75 ausländische Kollegen in den Hungerstreik. Sie protestierten dagegen, daß sie erst mit großen Hoffnungen in die BRD gelockt werden und dann teilweise viele Monate im Lager bleiben müssen, ehe sie Arbeit bekommen (nach „Kölnische Rundschau", 29.10.75).

Essener Eisenwerke: Erfolgreiche Streikaktionen trotz Kurzarbeit!

„*‚Durch die Solidarität und durch die Kampfbereitschaft der Belegschaft'* (so der Betriebsrat der Essener Eisenwerke) konnte jetzt in diesem Werk die geplante Entlassung von 40 Arbeitern verhindert werden. Mit Proteststreiks und Demonstrationen reagierte die Belegschaft auch auf die angekündigten Lohnkürzungen schließlich nahm die Firmenleitung sowohl die Entlassungen als auch die Lohnkürzungen zurück. Ein dritter Punkt der Auseinandersetzung war die Streichung des Zusatzurlaubs für länger als 20 Jahre im Betrieb Beschäftigte. Hierüber soll die Einigungsstelle entscheiden.

Bemerkenswert an diesen Protestaktionen ist, daß sie in einem Betrieb stattfinden, in dem seit Beginn des Jahres kurzgearbeitet wird. Betriebsrat und Vertrauensleute erklärten, daß das Beispiel der Essener Eisenwerke zeige, daß auch und gerade in solchen durch Angst um den Arbeitsplatz gekennzeichneten Situationen gemeinsame Ziele durchgesetzt werden können. *‚Hier hat sich die alte gewerkschaftliche Erkenntnis bestätigt, daß nur durch eine solidarische und kampfbereite Belegschaft eine erfolgreiche Interessenvertretung für Arbeitnehmer möglich ist.'"* („Berliner Extra-Dienst", 17.10.75)

Siemens-Kollegen kämpfen um ihre Arbeitsplätze!

Gegen die drohende Vernichtung ihrer Arbeitsplätze demonstrierten am 30.10. die Kollegen des Siemens-Zweigwerkes in St. Wendel (Saar). 450 Kollegen, größtenteils Frauen, verließen um 16.00 Uhr das Werksgelände und zogen durch St. Wendel (nach „UZ", 18.10.75). Die beiden saarländischen Betriebe St. Wendel mit 450 und St. Ingbert mit 200 Beschäftigten werden bis Sommer 1976 stillgelegt. Etwa 90% der zur Entlassung kommenden Kollegen werden Frauen sein. Neue Arbeitsplätze wird es im Saarland, das an der Spitze der Arbeitslosenskala steht, nicht geben (nach „UZ", 18.10.75).

Philips, Limburg

Mit einem fast dreistündigen Streik und auf dem Betriebsgelände angebrachten Transparenten protestierte die Belegschaft des Limburger Philips-Zweigbetriebes gegen die geplante Stillegung des Betriebes. Der Betriebsrat hatte von den Plänen nur inoffiziell erfahren (nach „UZ", 18.10.75).

Trafo-Union, Nürnberg

Die Trafo-Union will die Produktion von Kleintrafos nach Westberlin verlegen, weil dort steuerliche Vorteile locken. 150 Kollegen dieser Abteilungen droht Entlassung. Vor kurzem streikten 300 bis 400 Arbeiter mehrerer Abteilungen gegen die Verlagerungsabsichten. Die Kollegen verlangen eine außerordentliche Betriebsversammlung (nach „UZ", 22.10. und „KVZ", 30.10.75).

Protest gegen Sozialabbau bei Montanwerke Kälble, Tübingen

500 Arbeiter und Angestellte protestierten mit einem einstündigen Streik gegen die Pläne der Geschäftsleitung, die Betriebsküche stillzulegen, die Streichung des Fahrgeldzuschusses, den Wegfall des Zuschusses von DM 50,– pro Beschäftigten und Jahr für einen Betriebsausflug sowie Einstellung von Paketsendungen an Betriebsrentner (nach „UZ", 29.10.75).

Elektrohandwerk, Kassel

Gegen das 4-%-Angebot der Handwerkskammern Hessens protestierten über 300 Elektrohandwerker auf rund

Gegen das 4-%-Angebot der Handwerkskammern Hessens protestierten über 300 Elektrohandwerker auf rund

30 Baustellen in Kassel mit einem einstündigen Warnstreik (nach „UZ", 20.10.75).

Hessischer Buchhandel

Für die 40-Stunden-Woche, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt und höhere Löhne demonstrierten ca. 100 Kollegen des hessischen Buchhandels. Anläßlich der Verleihung des „Friedenspreises des Deutschen Buchhandels" trugen die Kollegen ihre Forderungen vor der Frankfurter Paulskirche vor. Im hessischen Buchhandel gibt es bisher keinen Tarifvertrag, so daß Arbeitszeit, Überstundenbezahlung und Urlaubsgeldregelung im Gutdünken der Kapitalisten liegen. Zu der Demonstration hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen aufgerufen (nach „KVZ", 16.10.75).

Streik der Offsetmontierer im „Druckzentrum" Hannover

Um ihrer Forderung nach Einstellung von neuen Kollegen Nachdruck zu verleihen, streikten die Offsetmontierer am Donnerstag, den 30.10., ab 18.00 Uhr. Sie forderten, daß außerdem in den hannoverschen Tageszeitungen eine Stellenanzeige für neue Schriftsetzer erscheinen soll.

Die streikenden Kollegen mußten Überstunden leisten und sollten durch Erhöhung der „Arbeitsintensität" den größeren Umfang der zwei Tageszeitungen auch noch bewältigen. Wobei zu berücksichtigen ist, daß in Hannover über 100 Drucker arbeitslos sind!

So erschien am Freitag in Hannover keine Tageszeitung. Da die Kollegen drohten, den Streik weiterzuführen bzw. auszuweiten, kam es nach Verhandlungen des Betriebsrates und der IG Druck und Papier mit den Kapitalisten des Madsack-Konzerns (wozu das „Druckzentrum" gehört) zu einem Kompromiß, der in einer Betriebsvereinbarung festgelegt wurde: eine paritätisch besetzte Kommission aus Mitgliedern des Betriebsrates und der Kapitalisten soll innerhalb von 14 Tagen einen konkreten Plan für Neueinstellungen vorlegen. Ab sofort wurden zwei neue Kollegen eingestellt (nach „UZ", 3.11.75). ●

Metaller-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Kampfaktion der Setzer bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung"

Am Freitag, dem 31.10.75 mußten die Bürger Hannovers auf ihre gewohnte Morgenlektüre verzichten: Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" („HAZ"), die „Neue Hannoversche Presse" („NHP"), die „Schaumburger Nachrichten" und die Lokalseiten der „Bild", sämtlich im Madsack-eigenen Druckzentrum in Kirchrode gedruckt, erschienen nicht. Ebensowenig 16 weitere Zeitungen, die Matern oder Mantel durch die „HAZ" beziehen.

Stattdessen wurden notdürftig zusammengestoppelte Flugblätter verteilt, auf denen sich der Verlag für das Nichterscheinen der Zeitungen entschuldigte und sich von der „längeren Arbeitsunterbrechung in einem Teil unseres technischen Betriebes" distanzierte.

Mit „längeren Arbeitsunterbrechung eines Teils unseres technischen Betriebs" war eine Aktion gemeint, die von etwa 60 Setzern ausging, um ihre bereits seit langem aufgestellte Forderung nach Einstellung weiterer Kollegen zu bekräftigen.

Die Aktion der „HAZ"-Kollegen war die erste dieser Art in der Zeitungsgeschichte der BRD, aber darüberhinaus auch eine der wenigen, in der heute Arbeiter bereits offensive Forderungen aufstellten und dafür kämpften.

Was führte nun zu diesem Ereignis?

Der Madsack-Konzern

Der Hannoversche Madsack-Verlag (ca. 1.300 Beschäftigte) hatte in der Vergangenheit mehrere erfolgreiche Vorstöße gemacht, sich den Niedersächsischen Raum zu erobern.

Ähnlich Springer in Norddeutschland, hatte Madsack zuerstmal durch Anzeigengeschäft ein dickes Profitpolster geschaffen.

Das wär die Grundlage für weitere Vorstöße in ganz Niedersachsen.

▶ Das Druckzentrum am Stadtrand Hannovers wurde 1973 mit großem Aufwand und Kapazitäten, die für ganz Niedersachsen ausreichen, gebaut.

▶ Kleinere Zeitungen hielten dem Druck der großen Konkurrenz nicht mehr Stand und machten mit Madsack Verträge für Maternbelieferung, Übernahme des Mantels der „HAZ" und Anzeigenkooperation.

▶ Ähnlich ließ sich auch die größte Konkurrenz der „HAZ" in Hannover, die „NHP" in die Knie zwingen, wobei hier das Verhalten der SPD-eigenen Verlagsgesellschaft, „HDVG", der die „NHP" gehörte, bezeichnend war.

Als Madsack sich mit dem Bau des Druckzentrums erheblich verkalkuliert hatte, sprang u.a. die SPD mit Kapitalhilfe bei. Mit 20 Mio. stützte sie den reaktionären Zeitungsriesen (der sich neben Niedersachsen über die ganze BRD erstreckt) und half so das Imperium retten.

Kurze Zeit später schluckte Madsack auch die „NHP" (wodurch deren Eigner nun Miteigner bei der reaktionären „HAZ" wurden!) mit dem Erfolg, daß die sozialdemokratische „NHP" nun mehr als Karikatur ihrer selbst weiterexistiert und während des ganzen Prozesses an die 1.400 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren.

Der Ausbau des Imperiums trifft natürlich nicht nur andere Zeitungen und Arbeitsplätze anderer Kollegen. Es trifft nun auch die Kollegen der „HAZ" selbst.

Die enormen Druckkapazitäten, die in der Druckerei des Druckzentrums geschaffen wurden, sollen ausgelastet werden. Möglichst viele Druckobjekte müssen angeheuert werden. Demgegenüber ist die Kapazität in der Satzherstellung beinahe „veraltet". Bei voller Auslastung der Druckerei reicht diese nicht mehr aus. Die Folgen:

Die Geschäftsleitung hat vor, in der Satzherstellung neue Systeme einzuführen, was für die Kollegen nicht Arbeitserleichterung bedeuten wird, sondern die Einsparung von Arbeitsplätzen – ist doch ein wichtiger Aspekt bei der Einführung neuer Systeme immer auch die Senkung der „Personalkosten" – also eine doppelte Erhöhung des Profits. (Die Situation durch Einstellung weiterer Kollegen auszugleichen, kommt Madsack daher überhaupt nicht in den Sinn). Zum anderen trifft die Kollegen in der Satzherstellung, aber auch in anderen Abteilungen, bei wachsendem Anzeigenaufkommen und wachsender Auslastung der Druckkapazität immer größere Arbeitsbelastung.

Hier ergibt sich nun die absurde Situation, daß auf der einen Seite die Arbeiter in der Technik in ständigem Streß stehen, daß mehr und mehr Überstunden gemacht werden müssen, daß freie Tage verlegt werden sollen – während auf der anderen Seite hunderte von Kollegen arbeitslos auf der Straße stehen – die typische gewollte Auswirkung kapitalistischer Wirtschaftspolitik.

Die Kollegen

Ebenso, wie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine wichtige Grundlage der spontanen Aktion der Kollegen war, war eine solche aber auch die Entwicklung des eigenen Bewußtseins.

In meist weniger spektakulären Aktionen hatten die Kollegen der Satzherstellung schon in der Vergangenheit gezeigt, daß sie bereit sind, ihre Interessen zu verteidigen und darüberhinaus verstanden, daß auch Belange anderer Kollegen in ihrem eigenen Interesse sind. Dabei zeigten sie sich entsprechend ihrer eigenen Kräfte immer recht einfallsreich.

▶ 1973 hatte die IG-Drupa-Führung einen zweistündigen Streik verordnet. Die Kollegen bei der „HAZ" verstanden diese Verordnung auf ihre Weise. Alle Abteilungen streikten nur zwei Stunden, aber hintereinander!

▶ Beim letzten Bundestagswahlkampf war unter einer Kornanzeige in der „HAZ" zu lesen: *„Lieber reiner Korn, als Rainer Barzel"*. Die Kollegen hatten es gewagt, zur Pressefreiheit einen kleinen Teil beizusteuern, was erhebliche Stürme seitens der Geschäftsleitung auslöste. Ein „Täter" konnte aber trotz intensiver Suche mit Hilfe der Kripo nicht ermittelt werden!

▶ Im Frühjahr '75 versuchte die Geschäftsleitung das übertarifliche Urlaubsgeld um 5% zu kürzen, was ihr zuvor beim Weihnachtsgeld auch widerspruchslos gelungen war.

Die Kollegen der Satzherstellung hatten aber die Erfahrungen der „NHP"-Kollegen bewußt studiert und sich vorgenommen, keine Maßnahme zulasten der Kollegen durchgehen zu lassen. Denn ist man erstmal in der Defensive, kann man nur schwer wieder Land gewinnen.

So verweigerten sie die Überstunden in einer für die Zeitung zugespitzten Situation (Attentat auf die deutsche Botschaft in Stockholm), als sich die Nachrichten nur so überstürzten, um ihrer Forderung nach Beibehaltung des vollen Urlaubsgeldes Nachdruck zu verleihen.

Der Erfolg war geteilt: Der Geschäftsleitung war es durch Herauspicken einzelner Kollegen, die sie namentlich an die Arbeit schickte, gelungen, die Kollegen in Verlegenheit zu bringen. Die Kraft reichte noch nicht aus, darauf mit Streik zu antworten. Alle Kollegen gingen wieder an die Arbeit (obwohl nur wenige gebraucht wurden). Dennoch wurde die Forderung für alle Beschäftigten des Betriebes erfüllt.

▶ Die Erfahrungen der „NHP"-Kollegen hatten entscheidenden Einfluß auf den Kern der „HAZ"-Kollegen, was sich schon in ihrer aktiven Unterstützung (durch eigene Transparente) der Solidaritätsdemonstration für die „NHP"-Kollegen im Dezember '74 äußerte.

Der Entschluß der Setzer, bei den leisesten Anzeichen von Verschlechterungen auf dem Plan zu sein, wurde auch verwirklicht, als die Einführung neuer Systeme in der Satzherstellung ins Gespräch kam. Sie organisierten eine Versammlung ihrer Abteilung außerhalb des Betriebes in der sie feststellten: Es reicht nicht zu fordern, daß keiner entlassen werden dürfte. In ihrem eigenen Interesse und des der Viele, die vor der Tür stehen, entwickelten sie die Forderung nach Erhaltung aller Arbeitsplätze und nach Kürzung der Arbeiszeit, letzteres auch als Ausgleich für die Schichtarbeiter. Konkret stand hier die Forderung nach Erhaltung

Pressekonzentration: WAZ – Das Pressemonopol im Ruhrgebiet

Am 27. Oktober teilte der Verleger der „Neuen Ruhr/Neuen Rheinzeitung (NRZ)" Oppenberg mit, daß die „NRZ" mit dem Verlag der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)" ab 1. Januar 1976 eine gemeinsame „Kooperationsgesellschaft" bilden wird. Geschäftsführer der neuen Verlagsgesellschaft werden der „WAZ"-Verleger Erich Brost, „WAZ"Verlagsleiter Günter Grotkamp und der „NRZ"-Verleger Oppenberg.

„Noch ist nicht ausgehandelt, wie die Beteiligungsverhältnisse in der neuen Gesellschaft sein werden. Beobachter rechnen damit, daß der „NRZ" höchstens 20 Prozent, wahrscheinlich eher zehn bis zwölf Prozent der Anteile zufallen werden." („Welt", 28.10.).

Beteiligungsverhältnisse dieser Größenordnung würden auch das tatsächliche Kräfteverhältnis der beiden Verlage zueinander wiederspiegeln: Die „NRZ", 1947 auf der Basis einer SPD-Lizenz gegründet, hat eine Auflage von 245.000 Exemplaren und stellte 1974 zwei ihrer Lokalausgaben in Köln und Opladen ein, wenige Wochen, nachdem „NRZ"-Verleger Oppenberg sich mit 18,75 % an der Fusion der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" und der „Neuen Hannoverschen Presse" und dem neuen Druckzentrum Kirchrode beteiligte. Im Mai dieses Jahres, als die Gerüchte bereits kursierten, daß „WAZ" und „NRZ" kooperieren werden, schloß Oppenberg die Lokalausgabe Aachen.

Die „WAZ" wurde 1948 gegründet und hat eine Auflage von 650 - 700.000 Exemplaren. Durch Zukäufe und Kooperationsverträge, die das Ergebnis eines scharfen Konkurrenzkampfes zwischen den an Rhein und Ruhr ansässigen Presse-Kapitalisten sind, baute die „WAZ" ein Presse-Imperium auf, das eine Gesamtauflage von 1,2 Mill. aufweist.

Mit dem Zusammenschluß mit der „NRZ" haben die „WAZ"-Kapitalisten mit Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung einen weiteren Schritt zur Konzentration und Monopolisierung der Zeitungspresse in der BRD getan.

Die großen Zeitungsmonopole

Im Rahmen des Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses auf dem Zeitungssektor kristallisiert sich die Bildung regionaler Monopole heraus, die das Ergebnis scharfen Konkurrenzkampfes sind, bei dem nicht nur die kleineren Kapitalisten auf der Strecke geblieben sind, sondern tausende von Druckarbeitern den Arbeitsplatz verloren haben:

▶ Schleswig-Holstein, Hamburg und West-Berlin sind fast vollständig unter Kontrolle Springers. Einzig die SPD-eigene „Hamburger Morgenpost" mit ca. 200.000 Auflage hat noch eine größere Bedeutung.

▶ In Bremen ist der Verlag der „Bremer Nachrichten" in den größeren „Weser-Kurier" eingebracht worden. Damit befinden sich Bremens bedeutendste Tageszeitungen in einer Hand.

▶ In Hannover ging die „NHP" mit 30 % in das „Druck- und Verlagshaus Madsack & Co.", Herausgeber der „HAZ" ein. Mit Beginn der Produktion im modernsten Druckzentrum Norddeutschlands wurde die „NHP" eingestellt und erscheint als Lokalzeitung. Ca. 10 in niedersächsischen Städten erscheinende Lokalausgaben der „NHP" werden in ihrem politischen Redaktionsteilen zentral von der „HAZ" erstellt.

▶ In Stuttgart fusionierten die „Stuttgarter Zeitung" und die „Stuttgarter Nachrichten", die zusammen mit ihren Lokalausgaben den gesamten baden-württembergischen Raum abdeckten und nun über einen gemeinsamen Verlag „Stuttgarter Zeitung" kontrolliert werden.

▶ Im Saarland und in Bayern wird der Zeitungsmarkt von der Holtzbrink-Gruppe beherrscht.

„WAZ" – der „Konzentrationskrake"

Im Rhein/Ruhrgebiet hat die unter SPD-Lizenz gegründete „WAZ" einen aggressiven Expansionskurs gefahren, bei dem im Laufe der letzten Jahre viele Konkurrenten das Handtuch geworfen haben.

Folgende Zeitungen wurden von der „WAZ" aufgekauft:

1964 die „Herner Zeitung",
1966 der „Duisburger Generalanzeiger", der „Generalanzeiger Oberhausen" und die „Wanne-Eickeler Zeitung",
1967 die „Ruhrwacht" Hattingen und die Bezirksausgabe Recklinghausen der „Westfälischen Rundschau"
1972 der „Ruhranzeiger"
1974 die „Velberter Zeitung"

Ende 1974 hatte sich die „WAZ" zum größten Pressekonzern des Ruhrgebietes entwickelt und setzte zum Schlag gegen den schärfsten Konkurrenten, die SPD-eigene „Westfälische Rundschau" (Gesamtauflage 223.000) an. Dafür hatten die „WAZ"-Kapitalisten schon länger die Voraussetzungen getroffen. Ihre Profite beziehen sie aus einem ganzen Netz unterschiedlichster Betriebe. Zum kompletten „WAZ"-Konzern gehören:

▶ die „Welt am Sonnabend GmbH", Düsseldorf, die die reaktionären Frauenblätter „Welt am Sonnabend", „Frau" und „Echo der Frau" herausgibt,

▶ die „WAZ-Druck GmbH und Co KG", früher „Carl Lange-Verlag Duisburg",

▶ die „Formulardruckerei Reinhardt" in Frankfurt,

▶ die „Schloßfabrik Heiligenhaus/Rheinland" mit 1.300 Beschäftigten.

▶ Mit 50 % sind die „WAZ"-Kapitalisten an der „Reederei MS Constantia, Hamburg" beteiligt, die am VW Exportgeschäft beteiligt ist.

▶ 25 % des Hamburger Otto-Versands (1,7 Milliarden DM Umsatz pro Jahr) gehören dem „WAZ"-Konzern.

▶ Mit 25 % ist die „WAZ" an der Papierfabrik E. Holtzmann & Co beteiligt und damit in der Lage, einen günstigen Papierpreis für Zeitungspapier festzulegen, der unter dem der Konkurrenz liegt.

So gut gerüstet konnte die „WAZ", deren Anzeigenteil gegenüber dem redaktionellen Teil über 60 % ausmacht, dem Industrie-Kapital einen Anzeigenmarkt von insgesamt 750.000 Exemplaren anbieten.

Diese hohe Auflage wurde verbunden mit einem gegenüber den Konkurrenzblättern niedrigem Abonnentenpreis von 7,30 DM. Der Anteil der Abonnenten an der verkauften Gesamtauflage betrug 1974 88,3 Prozent. Damit ist die „WAZ" für die Kapitalisten an Rhein und Ruhr ein solides Instrument, um in die werktätige Bevölkerung hineinzuwirken. Diese Lage nutzte der „WAZ"-Konzern dazu, die Anzeigenpreise 50 % höher anzusetzen als die Konkurrenz.

Über Anzeigenkrieg hin zum nächsten Schritt: „Kooperation" mit der „WR"

Dazu schreiben die DRUPA-Führer in ihrem Zentralorgan „Druck & Papier" 23/74:

„Zunächst einmal dürfte auch dem Laien in diesem Zusammenhang klar sein, daß die Pro-Stückbelastung durch gestiegene technische und redaktionelle Kosten um so stärker zu Buche schlägt, je niedriger die Auflage ist. Gleiches trifft auch auf die vielzitierte enorme Papierpreissteigerung zu. Sie schlug sich für die Kleineren voll durch. Erstens können sie aus Kostengründen kein großes Lager halten, zweitens gelten sie bei den Papierfabriken als kleine Kunden.

Die großen Blätter haben weit eher die Möglichkeit, infolge der enormen Abnahme auf die Preisgestaltung einzuwirken. Steigende Kosten potenzieren sich eben, je kleiner die Auflage einer Zeitung ist. Das liegt ganz einfach daran, daß die auflagenstarken Zeitungen im Anzeigenbereich Preise verlangen können, die man (Das Industrie-Kapital, Anm. d. Red.) *dem kleinen trotz des mancherorts vorhandenen Lokalmonopols nicht abnehmen würde ...*

Nur so ist es möglich, daß die „WAZ" vom 4 Quartal 1971 bis zum 2. Quartal 1974 ihren (Anzeigen)-Preis um 70,7 % steigern konnte". („Drupa", 11.11.74)

Dieser kapitalistischen Logik entsprechend kam es dann zu einer Verlags- und Redaktionskooperation zwischen dem „WAZ"-Konzern und der SPD-eigenen „Westfälischen Rundschau". Was nach Lesart der DRUPA-Führer geradezu „Schicksal" gepaart mit „Verlegerwillkür" ist, stellt sich als planmäßig vollzogener Schritt beider Verlage heraus:

So äußerte sich der Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau" Hammer (SPD) in einem ZDF-Interview: *„Die Chance ... ist, die zwei Zeitungen auf lange Sicht zu erhalten. Ich sehe die Chance allgemein bei uns in der Presse, im Tageszeitungs-Geschäft, nur in der Bildung größerer Einheiten. Man muß also ... Konzerne bilden und im Rahmen dieser Konzerne versuchen, eigene publizistische Einheiten zu erhalten. Diese Chance steckt drin, weil diese Kooperation ganz erhebliche Ratio-*



Verbreitungsgebiet der WAZ (punktierte Fläche), der NRZ (senkrechte Linien) und der Westfälischen Rundschau (WR, waagerechte Linien).

des übertariflichen Urlaubs plus einen Tag mehr, sowie der Abbau von Überstunden an. Die 35-Stunden-Woche ist im Gespräch. Diese Forderungen wurden in Betriebs- und Abteilungsversammlungen gestellt. Zur massiven Durchsetzung fehlt allerdings noch die Kraft, waren es doch bisher fast ausschließlich die Kollegen der Satzherstellung, die die Bewegung im Betrieb ausmachten. Wenn auch ihre Forderungen in starkem Maße die Interessen der Kollegen in anderen Abteilungen berührten, so muß doch für ihre Durchsetzung erst noch viel stärkere Verbindung zu den anderen Abteilungen geschaffen werden. Regelmäßige Treffen, an denen auch die Kollegen anderer Abteilungen teilnehmen, sollen die Verbindung stärken.

Die Aktion

Wie oben beschrieben haben sich die Bedingungen für die in der Öffentlichkeit bejammerte Aktion langsam hergestellt, wenngleich auch die Aktion selbst sehr spontan war und in ihren Ausmaßen über das hinausging, was die Kollegen sich vorgestellt hatten. Aufgrund des schon erwähnten Kräfteverhältnisses im Betrieb – hohe Kampfbereitschaft der Setzer, jedoch relative Isoliertheit – hatten die Setzer gar nicht vor, einen „wilden" Streik zu machen. Sie waren auch hier erfinderisch. Um ihre Forderung durch den nötigen Druck zu unterstützen, gleichzeitig aber möglichst viele Kollegen an der Aktion zu beteiligen, stützten sie sich auf den § 39, Absatz c des Betr. VG., in dem es heißt: *„Versäumnis von Arbeitszeit, die zum Besuch der Sprechstunden oder durch sonstige Inanspruchnahme des Betriebsrats erforderlich ist, berechtigt den Arbeitgeber nicht zur Minderung des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers."* Die Kollegen zweier Schichten besuchten dementsprechend abends um 18 h den Betriebsrat, um ihre Forderung nach Einstellung weiterer Kollegen nunmehr sofort behandelt zu wissen und beauftragten ihn mit der Verhandlung mit der Geschäftsleitung.

Daß am anderen Morgen keine Zeitung erschien, war also nur das Ergebnis der Halsstarrigkeit der Geschäftsleitung, die angeblich keine Kompetenzen hatte (nach dem Motto: Niemals Kampfmaßnahmen nachgeben, das könnte Schule machen.)

Betriebsvereinbarung

Geschäftsführung und Betriebsrat kommen unter Hinzuziehung der Vertreter der IG Druck und Papier Landesbezirk Niedersachsen und des Verbandes Nordwestdeutscher Zeitungsverleger zu folgendem Ergebnis:

1. Unverzüglich wird eine paritätisch besetzte innerbetriebliche Kommission von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingesetzt. Sie hat die Organisation, die Arbeitszeitplanung und den Stellenbesetzungsplan innerhalb der Satzherstellung zu überprüfen und ein Ergebnis innerhalb von vierzehn Tagen vorzulegen. Dieses Ergebnis wird von beiden Parteien als bindend betrachtet. Im Nichteinigungsfalle werden die Tarifvertragsparteien als Sachverständige im Sinne eines Schiedsgerichts eingeschaltet. Dieser dann zu fällende Schiedsspruch wird von beiden Seiten als verbindlich akzeptiert.

2. Darüberhinaus erteilt die Geschäftsführung der Personalleitung den Auftrag, in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat sich unverzüglich um Mitarbeiter zu bemühen. Unabhängig von der Entscheidung der Kommission stellt die Geschäftsführung zwei geeignete Mitarbeiter ein.

Der endgültige Beschluß der Kommission ist für den Stellenplan verbindlich.

Hannover, 31. Oktober 1975

VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO.

Geschäftsführung (Zimmermann) (Wanke) — Betriebsrat (Richter)

ROTATION

NR. 15 · 31.10.75 — BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE KOLLEGEN DER FIRMA MADSACK & CO



Karikatur aus der Madsack-Betriebszeitung „Rotation"

Mit von der Partie war unter anderem stellvertretender Chefredakteur Nellesen, der hier auf der Seite der Geschäftsleitung den Harten spielte und dann am nächsten Tag den Lesern in einem Artikel erklärte, daß die Setzer Tags zuvor die Pressefreiheit in Gefahr gebracht hätten.

Das Gespräch dehnte sich also aus bis nach 23 h, so daß am nächsten Tage keine Zeitung erschien.

Die Kollegen hatten sich nicht gleich abwimmeln lassen. Das brachte dann mit sich, daß im Laufe der Zeit mehr als 200 Kollegen auch aus anderen Abteilungen im Raum waren und fruchtbare Gespräche über die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen mit denen der Setzer geführt werden konnten. (Ein Mitglied der Geschäftsleitung versuchte einmal den Raum zu betreten, wurde aber rausgeschmissen). Aber, wie schon gesagt, blieb auch die Geschäftsleitung hart. Das einzige Angebot, was sie den Kollegen stereotyp unterbreitete war: Verhandlungen mit dem Betriebsrat am nächsten Morgen. Die Kollegen nahmen schließlich an, was die derzeit noch angelegte Schwäche zeigt. Sie sahen sich nicht in der Lage, einer weiteren Eskalation – also Streik – schon standzuhalten.

Durch den Aufschub auf den anderen Morgen hatte die Geschäftsleitung Zeit gewonnen und es bewahrheitete sich eine alte Erfahrung: Ohne den Druck von Kollegen finden sich schnell Lücken, in die hineingestoßen wird, die Sache wird ihnen aus der Hand genommen, man setzt auf Zeit.

Der Betriebsrat nahm *ohne Rücksprache* mit den Kollegen eine Betriebsvereinbarung an, an der eine paritätisch besetzte Kommission von „Arbeitnehmern und Arbeitgebern" eingesetzt werden soll, die den Stellenbesetzungsplan innerhalb der Satzherstellung (Das geht über die Ausgangsabteilung hinaus!) *überprüfen* soll und innerhalb von 14 Tagen zu einer Einigung kommen soll. Ist dies nicht der Fall, tritt ein Schiedsgremium aus IG Drupa und dem Verband Norddeutscher Zeitungsverleger hinzu, um zu entscheiden. Damit ist die Sache dann auf der üblichen Verhandlungsebene gelandet, deren Sinn für die Kollegen ja hinreichend aus Tarifrunden etc. bekannt ist.

Die Gewerkschaftsführung hatte in den Morgenverhandlungen schnell versucht, sich an die Bewegung anzuhängen, über die sie keinerlei Kontrolle hatte. Das Ergebnis liegt vor: Statt mit dafür zu sorgen, daß die Kollegen die Verhandlungen in der Hand behalten, schlug sie zuerstmal vor, die Kommission auf der Kollegenseite mit Betriebsratsmitgliedern zu besetzen. Zweitens ist sie in der Schiedskommission mit von der Partie: Das ist der Klassenkampf, den die Gewerkschaftsführer mögen!

Als Teilzugeständnis der Geschäftsleitung ist hier die Zusage, zwei neue Kollegen sofort einzustellen, zu werten.

Ergebnis

Die Erfolge und Grenzen der Aktion sind sichtbar geworden. Anzumerken bleibt noch, daß die Kollegen der Technik bisher alle ihre Aktionen sehr selbständig durchgeführt haben. Sie versuchen so gut es geht, den Betriebsrat für ihre Interessen einzusetzen. Ebenso versuchten sie es mit der Gewerkschaftsführung, mußten aber sehr schnell erfahren, daß von dieser Seite nicht mit Beistand zu rechnen ist. Im Gegenteil!!

Die Geschäftsleitung wird sich mit Sicherheit in Zukunft mit Kraft bemühen, einen Keil in diesen festen Kern im Betrieb zu treiben. Ansätze davon sind schon jetzt zu merken.

„Man sollte ein paar rausschmeißen, dann ist der Spuk zuende" tönt es bereits von einigen ihrer Helfer in der Redaktion.

Andrerseits wird zum bewährten Mittel des Antikommunismus gegriffen, in dem von entsprechenden Typen Gerüchte über die „Kleine rote Truppe" etc. ausgestreut werden, wo auch die Sicherheit vieler Kollegen noch ins Wanken gerät. Die Kollegen werden lernen müssen, diesen „Vorwurf" mit Stolz hinzunehmen. Waren es doch von je her die „Roten", die sich für die Rechte der Kollegen einsetzten, nie aber die „Braunen" und die „Schwarzen"!! ●

Drucker-Gruppe
KB/Gruppe Hannover

---

nalisierungseffekte hat im wirtschaftlichen und im technischen Bereich..." (Nach Text intern, 22.1.75).

In der Praxis sah das dann so aus: Durch einen radikalen Einstellungsstop seit dem 1. Oktober 1973 hatte die WR-Verlagsleitung erreicht, daß bis zum Tag des Vertragsabschlusses mit der „WAZ" 65 bis 70 Redakteursplätze unbesetzt blieben – bei ca. 160 Redakteuren insgesamt. Die durch die Kooperation und Rationalisierung überflüssig gewordenen Redakteure der „WR" mußten die Zusicherung der Verlagsleitung mit Inkrafttreten des Kooperationsvertrages ab 1.1.75 nicht entlassen zu werden, mit ungeheurer Arbeitshetze bezahlen.

Wenige Tage später gab die „WAZ"-Konzernleitung aber bekannt, daß im Verlauf der nächsten drei Jahre 40 weitere Redakteure entlassen werden sollen.

Der Kooperationsvertrag zwischen „WAZ" und „WR" sah im wesentlichen die Neugründung einer gemeinsamen Dachgesellschaft vor, deren Anteile sich zu 80% auf die „WAZ" und 20% auf die SPD-Treuhändler-Gesellschaft der „WR" unter Vorsitz des SPD-Fraktionsführers im nordrhein-westfälischen Landtag, Figgen, streuten.

Des weiteren sah der Vertrag vor, daß die „WR" den Großteil ihrer 26 Lokalredaktionen zugunsten elf gemeinsamer Redaktionen unter Kontrolle der „WAZ" einstellte.

Im Verlag und Vertrieb wurden zahlreiche Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Es wurde eine gemeinsame Anzeigenzentrale geschaffen, der die CDU-nahe „Westfalenpost" in Hagen beitrat. Ab 1.1.75 erhielt die „WR" das „WAZ"-Format.

Mit dem Kooperationsvertrag und der Anzeigenzentrale verfügt der „WAZ"-Konzern über eine Gesamtauflage von 950.000 Exemplaren, die das gesamte Ruhrgebiet abdeckt.

Die Standardisierung des Zeitungsformats sowie der Beginn des Baus einer riesigen Druckerei in Hagen-Bathey lassen keinen Zweifel darüber, daß mit weiteren Entlassungen bei den Druckarbeitern des Konzerns zu rechnen ist.

„NRZ"-Oppenberg spielt mit beim Aufbau eines Pressekonzerns

Unter dem Eindruck des Verbundes „WAZ", „WR" und „WP" gründeten acht Verleger unter Führung der Giradet/Neven-Du Mont-Gruppe eine „Anzeigen-Cooperation Nordrhein" (ACN), mit einer Gesamtauflage von 1,5 Mill. Schon zu diesem Zeitpunkt galt es in der bürgerlichen Presse als schlichte Tatsache, (nur der Termin war ungewiß) daß die „NRZ"-Gruppe sich dem „WAZ"-Konzern anschließen würde. „NRZ"-Verleger Oppenberg (SPD nahestehend) hatte schon 1974 nach dem Prinzip verfahren, zugunsten des Profits als Minderheitengesellschafter in das Hannoversche Druckzentrum einzusteigen, dessen Aufbau 600 Druckarbeitern den Arbeitsplatz gekostet hat, und dafür nicht so profitable Betriebe abzustoßen.

Während er bei der „HAZ/NHP" mit 18,75 Prozent einstieg, ließ er über Nacht im Dezember 1974 die „NRZ"-Lokalausgaben von Köln und Opladen schließen.

Ein Teil der 57 Redakteure und Angestellten wurde umgesetzt, der Rest entlassen.

Für die Arbeiter im Kölner Druckhaus Deutz, das bisher die „NRZ" gedruckt hatte, bedeutete das 30 Entlassungen. Der am 27. Oktober 1975 erfolgten Gründung des „WAZ/NRZ"-„Zeitungsverlages Niederrhein" mit Wirkung ab 1.1.76 ging die Schließung der Aachener Ausgabe der „NRZ" voraus. 32 Arbeitsplätze wurden liquidiert.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß bei Zusammenschlüssen zu Kooperationen oder neuen Verlagen, Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen die Folge waren.

Die jüngste Fusion des „WAZ"-Konzerns mit der sozialdemokratischen „NRZ" bedeutet aber nicht nur verstärkte Gefahr der Entlassung vieler Druckarbeiter und Redakteure sowie weitere Rationalisierungsmaßnahmen.

Das aktive Betreiben dieser Fusion auch durch den „kleinen" „NRZ"-Oppenberg deutet vielmehr darauf hin, daß es allen Beteiligten darum geht, ein koordiniertes Presseimperium unter Kontrolle einiger weniger Kapitalisten zu schaffen, daß – wie der „WAZ"-Konzern deutlich zeigt – in vielfältigster Weise in die Arbeiterklasse hineinwirkt. Welche politischen Auswirkungen damit für die Arbeiterklasse verbunden sind, wie sich die Kapitalistenklasse zu dieser Entwicklung stellt, darauf wollen wir im nächsten AK eingehen. ●

Medien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Druckerei Severin Schmidt Flensburg:

„Rechts"sprechung – immer für die Kapitalisten!

Am 22. Oktober gewann eine Kollegin von Severin Schmidt einen Prozeß gegen die Geschäftsleitung. Die Kollegin, die als ehemaliges BR-Mitglied bis zum 30. April nächsten Jahres Kündigungsschutz hat, war am 19. August „beurlaubt" worden. Trotz Urteil ist sie bis heute nicht wieder beschäftigt. Geschäftsführer Kolsters Reaktion: „Uns ist es egal, was das Arbeitsgericht sagt!"

Mit der Beurlaubung wollte die Geschäftsleitung von Severin Schmidt die „Säuberung" des Betriebs von Kommunisten und oppositionellen Kollegen fortsetzen, nachdem schon innerhalb eines Jahres drei Jugendvertreter – trotz Kündigungsschutz – auf die Straße gesetzt und nahezu alle Lehrlinge nach den Prüfungen in den letzten Jahren rausgeworfen worden waren. Bei seinen „Säuberungsaktionen" konzentrierte sich Kolster immer auf die Kollegen, die als Jugendvertreter und im Betriebsrat gegen die scharfe Rationalisierung bei Severin Schmidt Front gemacht hatten. (Nach der Übernahme der Konkurs-Druckerei Chr. Wolff vor zwei Jahren durch Severin Schmidt wurde die Belegschaft um mehr als 100 Kollegen gesenkt – und auf Informations- und Rechenschaftspflicht der Vertretungsorgane gegenüber der Belegschaft bestanden.)

Die Geschäftsleitung machte allein bei der „beurlaubten" Kollegin drei Anläufe, um sie aus dem Betrieb zu werfen:

1. Gleich nach der Übernahme von Ch. Wolff erkundigte sich Geschäftsführer Kolster danach, „wo denn die Kommunisten im Betrieb sitzen". Kurz darauf bekam die Kollegin – noch in der Lehrzeit – ihre Kündigung. Doch dieser Versuch schlug fehl.
2. Im Februar dieses Jahres versuchte die rechte BR-Mehrheit, die Kollegin aus dem BR auszuschließen, u.a. mit dem Vorwurf der „Störung des Betriebsfriedens"! Der Ausschluß und damit der Verlust des Kündigungsschutzes hätte die sofortige Entlassung zur Folge gehabt. Doch auch dieser Versuch schlug fehl.
3. Und dann die „Beurlaubung".

Als „Begründung" führte die Geschäftsleitung an: da ein Kollege der Setzerei wieder eingestellt wurde (er hatte 1 1/2 Jahre geklagt), sei keine Arbeit mehr für die Kollegin da, ihr Arbeitsplatz „besetzt".

Wie schon in den Prozessen gegen die drei Jugendvertreter argumentierte Kapitalistenvertreter Petersen vor dem Arbeitsgericht mit der „Notwendigkeit der Rationalisierung": „Severin Schmidt muß doch rationalisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben – und dazu muß auch entlassen werden."

Als die Kollegin in der Verhandlung aufzeigte, daß Severin Schmidt weitere Rationalisierungspläne hat (Entlassungen bei den Angestellten; Abstoßen des Werkes II – ehemals Chr. Wolff) und sie u.a. beurlaubt worden war, weil sie immer im Betriebsrat und auf Betriebsversammlungen gegen diese Politik der Severin-Kapitalisten Stellung bezogen hatte, meinte Petersen: „Wo kommen wir denn da hin, wenn die Arbeiter den Unternehmern die Rationalisierung verbieten wollen? Dann haben wir ja Zustände wie in England."

Den Kapitalisten geht es u.a. in solchen Prozessen darum, ihr „Recht" zu bekräftigen, Betriebsräte zu entlassen, wann sie wollen, und die Arbeitshetze zu steigern, wie sie wollen.

Nun – die Kollegin hat den Prozeß „gewonnen": sie konnte mehrere freie Arbeitsplätze nachweisen und damit die angeblich „wirtschaftlichen Gründe" für die Beurlaubung widerlegen.

Wenn jetzt jedoch in der folgenden Revisionsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Kiel die Geschäftsleitung durchkommen sollte, würde das nicht nur der Kollegin treffen. Damit wäre ein Präzedenzfall geschaffen: in Zukunft könnten die Kapitalisten immer Betriebsräte aus dem Betrieb entfernen, mit der Begründung, es sei keine Arbeit da!

Damit wäre der Unternehmerwillkür Tür und Tor geöffnet!

Wo den Kapitalisten Gesetze im Weg stehen, setzen sie sich darüber hinweg...

Die Geschäftsleitung von Severin Schmidt denkt nicht daran, dem Urteil nachzukommen und die Kollegin zu beschäftigen. „Wir beugen uns dem Urteil nicht", erklärte Kolster. Wird jetzt die Kollegin nach einer vom Arbeitsgericht gesetzten Frist bis zum 7. November nicht beschäftigt, „droht" der Geschäftsleitung ein Zwangsgeld in Höhe bis zu 50.000 DM. Aber 1. wird dieses Zwangsgeld vom Arbeitsgericht sicher niedriger angesetzt, 2.: sollte die Geschäftsleitung in der Revisionsverhandlung durchkommen, bräuchte sie nur rückwirkend etwas zu bezahlen, 3.: durch das Zwangsgeld kommt die Kollegin nicht wieder in den Betrieb!

Die Geschäftsleitung wird sicher auch diese Summe gern noch bezahlen, um eine Kommunistin aus dem Betrieb zu kriegen. Haben sich die Severin-Kapitalisten die Sache ohnehin schon etwas kosten lassen, indem sie durch die Beurlaubung den Lohn weiterzahlen müssen. ●

Druckzelle / KB-Gruppe Flensburg

Hamburger Stahlwerke:

Kurzarbeit und Überstunden — für die Kapitalisten fette Profite

Die HSW-Kapitalisten gehen wieder einmal „in die Vollen". Mit der bisher längsten Kurzarbeitszeit des Jahres 1975 gehen sie erneut zum direkten Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Belegschaft über: Kurzarbeit fürs Stahlwerk vom 25.9. bis 9.11.75; fürs Walzwerk vom 13.12.75 bis 4.1. 1976; für Stahlwerk und Reduktionsanlage vom 29.11.75 bis 4.1. 1976(!). Das sind 5 1/2 Wochen und die finanziellen Verluste der betroffenen Kollegen erreichen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß (ca. 100.- bis 120.- netto pro Woche Kurzarbeit)!

Bei den Angestellten haben die HSW-Kapitalisten einen ‚Großversuch' eingeleitet. Mit einem Aushang vom 1.10.75 wurde allen Abteilungen der Verwaltung eine drei Monate andauernde Kurzarbeit aufgezwängt, die so ausfällt, daß jeder Kollege zwei Tage in der Woche nicht arbeitet. Die in den Abteilungen ausgearbeiteten Arbeits- und Zeitpläne werden vor den Kollegen geheimgehalten. Vor einigen Wochen hatte es in der Verwaltung ca. 30 Entlassungen gegeben. Jetzt muß neben der Arbeit der Entlassenen auch die der Kurzarbeiter miterledigt werden.

Das führt in einigen Abteilungen zu Überstunden. Obwohl die Angestellten dazu gezwungen werden, gibt es immer mehr, die auf ihrer tariflichen Arbeitszeit beharren. Denn: die Überstunden werden bei Angestellten nicht bezahlt, da gleichzeitig mit dem Beginn der Kurzarbeit durch die Geschäftsleitung ein Überstundenstopp ausgesprochen wurde. Das bedeutet, daß geleistete Überstunden abgebummelt werden müssen. Das soll aber nur bis zum Ende des Jahres erlaubt sein. Bis Ende des Jahres aber ist in der Verwaltung Kurzarbeit!

Die Kollegen arbeiten mehr und länger und werden durch die HSW-Kapitalisten auch noch um die Bezahlung der Überstunden betrogen. Um die Einschüchterung bei den Angestellten noch zu steigern, wurden die Kollegen gegen ihren Willen gezwungen, sich einer Impfung zu unterziehen. Denen, die sich weigerten, wurde angedroht, bei der nächsten Krankheit durch Grippe 200.-DM vom Gehalt abgezogen zu bekommen!

Das Stahlwerk war seit Bestehen des HSW-Werkes die Abteilung, in der die Kapitalisten die Rationalisierung und Tonnage am schärfsten hochgetrieben haben. Heute hat sich die Tagesproduktion auf 1600 to eingependelt. Das Stahlwerk ist mittlerweile allerdings die Abteilung, die am stärksten von Kurzarbeit betroffen ist.

Klar ist, daß in der Zeit vom 25.9. bis 9.11. die Entstaubungsanlage erprobt werden soll. *„Wenn sich die Konjunkturlage verbessert, kann er* (der 3.Ofen;d. Red.) *Mitte 1976 in Betrieb genommen werden. Die neue Entstaubungsanlage wird schon vorher fertiggestellt sein"* (HSW-Chef Peter Kehl, in „Die Welt", v. 21.10 75).

Insgesamt am übelsten wird aber den Kollegen im Walzwerk mitgespielt. Zu Anfang des Jahres auf die 40-Stunden-Woche im 3-Schicht-Rhythmus zurückgesetzt, werden die Kollegen heute zu Überstunden gezwungen. Eine Betriebsvereinbarung, die noch bis März 1976(!) Gültigkeit hat, führt im Walzwerk die 7-Tage-Woche ein. Die Kollegen werden nicht nach Tarif, sondern die Schichten am Samstag werden mit 90.-DM brutto, die vom Sonntag mit 150.-DM brutto bezahlt.

Die HSW-Kapitalisten mußten die Bestimmungen des Manteltarifvertrags zu Überstunden unterlaufen und eine pauschale Bezahlung durchsetzen, weil sonst die bereits angemeldete Kurzarbeit(!) vom 13.12. 75 bis 4.1.76 nicht genehmigt worden wäre. Betriebsrat und Werksleitung Walzwerk hatten sich längst geeinigt, bevor die Kollegen überhaupt erfuhren, was los war. Sie ‚durften' das fertige Ergebnis akzeptieren.

Als in der mit dem Walzwerk zusammenhängenden Qualitätsstelle einige Kollegen die Überstunden ablehnten, wurde ihnen mit der Streichung versprochener Lohnerhöhungen oder sogar mit Entlassung gedroht!

BETRIEBSRAT AN VORDERSTER FRONT GEGEN DIE KOLLEGEN!

Im Walzwerk wurde keinKollege vorher befragt, ob er mit dem Abschluß einer Betriebsvereinbarung einverstanden sei. Auf die offensichtlichen Widersprüche von Kurzarbeit im Stahlwerk und Überstunden im Walzwerk hingewiesen, kamen von Betriebsräten nur Antworten wie:*„Wir müssen doch auch an die wirtschaftliche Lage des Werkes denken"* und *„die Kollegen im Walzwerk verdienen doch auch eine ordentliche Stange Geld dabei"*. Die Kollegen im Walzwerk sehen das offensichtlich anders als einige Betriebsräte.

Im Betrieb hat es bei Bekanntwerden der neuen Kurzarbeit einige Diskussionen und Proteste gegeben. Den meisten Kollegen war klar, daß die „schlechtere Auftragslage" der Geschäftsleitung dann eine unglaubwürdige Behauptung ist, wenn ein Werksteil Überstunden macht. So richtete sich sehr schnell die Wut der Kollegen gegen den Betriebsrat, der der Geschäftsleitung nicht nur nicht entgegentritt, sondern der Politik gegen die Interessen und erklärten Forderungen der Kollegenschaft verteidigt. Daß sich der Betriebsrat angeschossen sah, ist auch das Ergebnis der jahrlangen Politik der Geschäftsleitung. Mit der Zersetzung aktiver gewerkschaftlicher Arbeit zugunsten angepaßter rechter Betriebsräte hat sich die Geschäftsleitung ein Instrument geschaffen, das zu jeder Maßnahme gegen die Belegschaft ihre Zustimmung gibt.

Der Betriebsrat in seiner Mehrheit ist nicht nur seiner Tätigkeit nach ein Instrument der Geschäftsleitung gegen die Arbeiter; die Kollegen werden von Resignation erfaßt und entwickeln antigewerkschaftliche Tendenzen. Damit haben die HSW-Kapitalisten letztendlich ihr Ziel erreicht.

HSW — Beispielhaft für andere Kapitalisten

Seit einigen Wochen werden im Werk „Hüttenfacharbeiter" ausgebildet. Hierbei handelt es sich meist um Kollegen fremder Branchen, die auch schon einige Monate arbeitslos gewesen sind. Mit der Einstellung solcher Kollegen sahnen die HSW-Kapitalisten zusätzlich ab. Umschüler erhalten in der Regel 90% ihres bisherigen Nettoverdienstes. Darin enthalten ist die „Ausbildungsbeihilfe" von HSW, die im Durchschnitt einen Stundenlohn um die 2,30 DM ergibt!

Nach wenigen Wochen schon werden die Kollegen voll in die Produktion einbezogen, bekommen dann ihre Schichtprozente auf den niedrigen Stundenlohn. Für die HSW-Kapitalisten ein dolles Geschäft!

Doch offensichtlich gibt es größere Schwierigkeiten, genügend Umschüler und Kollegen ins Werk zu locken. Heute werden arbeitslose Kollegen aus Neumünster, Flensburg, Niebüll und Sylt herangekarrt, die meist nicht allzulange bleiben. Unter der Hamburger Arbeiterschaft hat es sich bestimmt schon rumgesprochen, unter welchen mörderischen Bedingungen bei HSW gearbeitet werden muß. Das schreckt viele Kollegen berechtigterweise ab.

Die Springer-Presse macht sich auch im Falle HSW wieder einmal zum Helfershelfer der Kapitalisten. Unter der Überschrift *„Viele wollen nicht arbeiten"* („Hamburger Abendblatt", 18.10.75) wird gegen die Arbeiter vom Leder gezogen: *„Bittere* (?) *Erfahrungen haben auch die Hamburger Stahlwerke gesammelt. Das Unternehmen ... kann trotz intensiver Werbung 50 freie Ausbildungsplätze nicht besetzen. Vier Fünftel der angesprochenen Arbeitslosen, so klagt der Ausbildungsleiter des Betriebes, ziehen es vor* (!), *auch weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen"*.



Die Arbeit im Stahlwerk gehört zu den härtesten in der gesamten Industrie

Bittere Erfahrungen haben doch vor allem die Arbeiter und Angestellten gemacht, die sich gegen die Politik der HSW-Geschäftsleitung durch gewerkschaftliche Arbeit zur Wehr gesetzt haben und dafür gekündigt wurden. Heute wird die Belegschaft von einer Kurzarbeit in die andere gejagt. Wer solche Arbeitsbedingungen nicht akzeptieren will, wird gleich kübelweise mit Verleumdungen, Spott und Hohn überhäuft.

Weitere Expansionspläne!!!

Die Expansion des Korf-Konzerns (dem auch HSW gehört) schreitet weiter voran. Anfang 1976 soll in Beaumont (Texas, USA) ein weiteres Mini-Stahlwerk der Korf-Gruppe den Betrieb aufnehmen. Anfang November nahm in Montereau (bei Paris) ein Stahlwerk seine Produktion auf, an dem Willy Korf zu 50% beteiligt ist. Bei der Einweihung wurde das schon bekannte Loblied auf die Mini-Stahlwerke gesungen: *„Der Vorteil ... bestehe in ihren spezifisch niedrigen Gestehungskosten, ihrer Anpassungsfähigkeit an die Marktentwicklung und in einer zahlenmäßig begrenzten Belegschaft"* („Handelsblatt", 8.10.75). Besonders optimistisch äußerte sich Willy Korf über die Perspektive dieses Werkes und der Stahlbranche insgesamt: *„Langfristig werde der stetig steigende Stahlverbrauch eine volle Beschäftigung der jetzigen Kapazität sichern"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.10.75). Und: *„Beim nächsten Wirtschaftsaufschwung werde Stahl ... sogar noch knapper* (!) *werden, als beim letzten Boom* (!)" („FAZ", ebenda), was den Stahlkapitalisten schon heute die Freude auf fette Profite in Aussicht stellt.

Auf diesen Boom ausgerichtet werden heute bei HSW schon die vorbereitenden Schritte eingeleitet. Einerseits die Ausweitung der Produktion durch den Bau des dritten Schmelzofens; andererseits die Ausrichtung der Meister, auch schon die leiseste Regung von Protest im Keime zu ersticken. Denn nur bei einer ruhigen Belegschaft ist der nächste Aufschwung für die Stahlkapitalisten auch wirklich profitträchtig. Zur Einschüchterung und Rationalisierungsmaßnahmen dient heute schon die permanente Kurzarbeit. ●

HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB)

Die Angriffe auf die Belegschaft nehmen zu



„Anfang des Jahres sank die Belegschaftsstärke des Konzerns um 400 Mitarbeiter, bis zum Jahresende sollen weitere 600 folgen" („Süddeutsche Zeitung", zur Personalsituation bei MBB).

Dem jüngsten Bericht der Geschäftsleitung in „MBB-aktuell" zur „Wirtschaftlichen Lage bei MBB" ist zu entnehmen, daß

- ▷ im Werk Donauwörth die Belegschaftszahl seit Ende letzten Jahres um 230 gesenkt wurde;
- ▷ im Hamburger Werk im letzten 3/4 Jahr sogar um 271; zu Hamburg heißt es weiter: „Im Zuge der Beendigung der Arbeiten in Toulouse und der weiteren Rationalisierung aller Abläufe wird sich eine weitere Verringerung der Mitarbeiterzahl nicht vermeiden lassen"!;
- ▷ im Werk Manching soll vorläufig in mehreren Abteilungen Kurzarbeit eingeführt werden;
- ▷ weitere Entlassungen vor allem in den Bereichen Raumfahrt und Waggonbau drohen!

Erste Opfer dieser Maßnahmen sind die – vollkommen rechtlosen – „Leiharbeiter", dann folgen die ausländischen Kollegen! Ergänzt werden die Kündigungen durch zahlreiche Versetzungen und einer gezielten Gerüchtepolitik – beides offensichtlich mit dem Ziel, die Kollegen zu verunsichern und zur „freiwilligen" Kündigung zu bewegen!

Das ist erst der Anfang !

Bisher sind die Reduzierungen der Belegschaften weitgehend durch die sog. „natürliche Fluktuation", d.h. Nichtersetzung ausscheidender Kollegen erreicht worden! Daß die MBB-Kapitalisten sich damit nicht zufrieden geben, dafür spricht

- ▷ **daß die Bundeswehr beabsichtigt, 300.000 Wartungsstunden an der „Transall" einzusparen (in Bremen oder Hamburg),**
- ▷ **daß die Umbauarbeiten an den elektrischen Anlagen der „Transall" beendet sind,**
- ▷ **daß die HFB 320 ausläuft, daß ca. 150 Kollegen aus Toulouse zurückkehren,**
- ▷ **daß wichtige Raumfahrtprojekte an VFW in Bremen gehen,**
- ▷ **daß durch staatliche „Sparmaßnahmen" der Waggonbau zurückgegangen ist usw. usf.!**

Insgesamt verdichtet sich die Gefahr, daß es bei MBB erneut zu Massenentlassungen kommen wird! 1971 war es schon einmal im Hamburger Unternehmensbereich zur Kündigung von knapp 1.000 Kollegen gekommen!

Kapitalistische Rationalisierung: Immer auf Kosten der Kollegen!

Die Senkung der Belegschaftszahl wird begleitet durch eine ganze Latte von Maßnahmen, die allesamt darauf ausgerichtet sind, noch mehr Kollegen „überflüssig" zu machen:

- ▶ geplante Einführung von Akkord, Ausweitung der Schichtarbeit,
- ▶ Einführung der bargeldlosen Lohnzahlung,
- ▶ Zentralisierung der Lagerverwaltung und Umstellung auf EDV, enorme Senkung der Fertigungsstunden des Airbusses (z.T. um mehr als die Hälfte!) usw.

Während auf der einen Seite Kollegen gekündigt oder umgesetzt werden, haben die MBB-Kapitalisten auf der anderen Seite offensichtlich genügend Geld, um zahlreiche Neu- und Umbauten durchzuführen. Millionenschwere NC-Maschinen anzuschaffen, eine 6 %ige Dividendenausschüttung vorzunehmen usw!

Wenige schlagen — Alle treffen !!!

Schon heute versuchen die MBB-Kapitalisten sich derjenigen Kollegen zu entledigen, die in der Lage und bereit sind, ihren Angriffen auf die Belegschaft entgegenzutreten! Dabei schlagen sie offenbar im Zuge einer größeren Unternehmeroffensive – einen deutlich härteren Kurs ein:

▶ Der Kollege M. aus Halle 3, der sich mit seiner Kündigung aus „Arbeitsmangel" nicht einverstanden erklärte, dies auch mit seinen Kollegen diskutierte und die Einberufung einer Vertrauensleutesitzung forderte, wurde noch zwei Wochen vor Beendigung seines Vertrages per „Beurlaubung" aus dem Werk entfernt!

▶ Die Kollegin Evi A. aus dem Airbuslager in Fuhlsbüttel, die sich seit einiger Zeit in Betrieb und Gewerkschaft aktiv für ihre Kollegen eingesetzt hatte, wurde unter herbeigezerrten „Gründen" und unter Zustimmung des Betriebsrates gekündigt! (Der Betriebsrat hatte der Kündigung bezeichnenderweise zugestimmt, ohne sich mit der Kollegin auch nur in Verbindung zu setzen!)

▶ Der Kollege Reiner L. wurde nur einen Tag vor seiner Wahl zum IGM-Vertrauensmann von den Kapitalisten – sogar gegen den Willen des Betriebsrates – gekündigt und am folgenden Tag mit Werksverbot belegt! „Begründung" der Konzernherren: Seine Haltung zum Akkord (er war zusammen mit seinen Kollegen gegen die ständige Senkung der Zeiten angegangen) würde die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens bedrohen und damit 6000 Arbeitsplätze gefährden! Inzwischen ist aufgrund des Widerstandes des Kollegen, der rechtlichen Unhaltbarkeit der Kündigung und auf Druck der IGM-Führung (der dieses Vorgehen allzu offen war) die Kündigung zurückgenommen worden. Der Kollege wurde versetzt und bekam einen Verweis erteilt! Dieser Kuhhandel wurde ohne den Kollegen abgeschlossen! Der Betriebsrat hat dieselben Gründe, die er bei der Kündigung richtigerweise als falsch zurückgewiesen hatte, nun im Falle des Verweises durch seine Unterschrift mit abgesegnet!

▶ Bei den vier Metallflugzeugbauerlehrlingen, die im Februar '76 nicht übernommen werden sollen, handelt es sich in zwei Fällen um Kollegen, die eng mit den linken Jugendvertretern zusammen gearbeitet und sich mehrfach auf Versammlungen zu Wort gemeldet haben!

Allen diesen Kollegen ist gemeinsam, daß sie sich schon immer bemüht haben, eine Abwehrfront gegen Akkordhetze, Umbesetzungen, Entlassungen usw. aufzubauen! In diesem Sinne gilt es zu begreifen, daß die geschilderten Kündigungen und Versetzungen einen Angriff auf die gesamte Belegschaft darstellen!

Im Rahmen des Kampfes gegen die Angriffe der Kapitalisten gilt es darüberhinaus, sich derjenigen „Arbeitnehmervertreter" zu entledigen, die den Kollegen immer wieder durch kapitalfreundliches Verhalten in den Rücken fallen! ●

MBB-Betriebszelle
KB-Gruppe / Hamburg

Brutale Kündigungen bei der Bergbau AG, Niederrhein

Folgende Resolution wurde uns zugesandt, die wir hier im Wortlaut abdrucken:

Resolution

der ca. 100 Teilnehmer an der Tagung „Wer vertritt die Interessen der ausländischen Arbeitnehmer?" am 18. und 19. Oktober 1975 in Mülheim/Ruhr.

Am 12. September d.J. wurden 23 koreanische Bergarbeiter zum 15. Oktober 1975 fristgemäß gekündigt mit der Begründung, daß sog. Fehlzeiten (Krankheit) den Betriebsablauf erheblich gestört hätten. Die Kündigungen wurden ausgesprochen, obwohl die rechtsgültigen Drei-Jahres-Verträge noch nicht abgelaufen sind.

Innerhalb der letzten zwei Jahre waren diese sog. Fehlzeiten zwei- bis fünfmalige kurzfristige Krankheitsfälle. Ein Teil der Gekündigten erhielt erst drei Tage vorher eine schriftliche Aufklärung, daß sie bei häufigem Kranksein mit Kündigung zu rechnen hätten.

Nachdem 16 koreanische Kollegen einen Einspruch beim Arbeitsgericht eingelegt hatten, hat die zuständige Ausländerbehörde diese Kollegen unter Androhung von Zwangsmaßnahmen aufgefordert, die BRD sofort zu verlassen. Dagegen ist vier Kollegen die Rücknahme der Kündigung von ihrem Arbeitgeber mündlich zugesagt worden, mit der Begründung, daß sie im Untertagebau dringend benötigt würden.

Mit Befremden nehmen die hier Versammelten zur Kenntnis: Bei den als Kündigungsgrund angegebenen Fehlzeiten handelt es sich ausschließlich um Krankheiten, die ihre Ursache in der Belastung der Arbeitsplatzsituation haben. Keinesfalls handelt es sich um sog. „Krankfeiern". Dagegen spricht die jeweils kurze Dauer. In einem Fall wurde die Kündigung einem Kollegen in der Schonzeit zugestellt, der infolge eines Betriebsunfalls noch nicht genesen war.

Fragwürdig ist auch die Tatsache, daß einige Kollegen auf ihre sog. Fehlzeiten hingewiesen wurden und eine Änderung ihres Verhaltens (Arbeitsbildes) verlangt wurde, jedoch bereits nach drei Tagen wegen dieser Fehlzeiten entlassen wurden.

Die sog. Fehlzeiten als Kündigungsgrund können nur als unmenschliche Behandlung unserer ausländischen Kollegen und Arbeiter gewertet werden.

Zur Zeit melden sich jetzt schon Kollegen auch in anderen Betrieben, aus Angst wegen Krankheit ihren Arbeitsplatz zu verlieren, trotz ernsthafter Beeinträchtigung ihrer Gesundheit nicht krank.

Die ausgesprochenen Kündigungen fördern diese Entwicklung, und darum lehnen wir diese Praxis entschieden ab.

Wir verurteilen entschieden auch das Verhalten der Koreanischen Botschaft mit der Entlassung gegen sein eigenes Volk.

Wir fordern die Bergbau AG Niederrhein, Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG, auf, die 26 ausgesprochenen Kündigungen sofort zurückzunehmen.

Zu diesem Fall ist zu sagen, daß es allerdings kein Einzelfall ist, sondern daß in vielen Betrieben gerade heute Krankheitsausfall unterdrückt wird. Ein Großteil der Entlassungen bei Hanomag-Henschel beispielsweise ging gegen Kollegen, die krank waren, wobei sogar ein Kollege gekündigt wurde, der wegen eines Arbeitsunfalles zuhause bleiben mußte. In erster Linie richtet sich dies tatsächlich gegen die ausländischen Kollegen, die bei Entlassungen fast sofort mit Abschiebung bedroht sind, selbst dann, wenn sie gegen die Kündigung Einspruch einlegen – wie in der Resolution ausgeführt wird.

Hier offenbart sich einmal mehr, in welch brutaler und unmenschlicher Weise die Kapitalisten sich ihre Krise zu Nutzen machen! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Store-best in Lübeck: STRAFGEFANGENE IM BETRIEB

Im Lübecker Betrieb Store-best, dessen Belegschaft innerhalb von zwei Jahren fast um die Hälfte reduziert worden ist, arbeiten seit August dieses Jahres 15 Strafgefangene – im Laufe der Zeit ist diese Zahl auf über 30 gestiegen.

Store-best-Kapitalisten für die Resozialisierung von Strafgefangenen? Weit gefehlt. Hier wird von den Kapitalisten schamlos die totale Rechtlosigkeit der Strafgefangenen und die Tatsache, daß die Arbeit bei Store-best die einzige Möglichkeit für die Strafgefangenen darstellt, mal aus den Gefängnismauern rauszukommen, zur Ausplünderung ausgenutzt.

1,50 DM beträgt der Höchstverdienst für einen Tag für die Strafgefangenen!! Zusätzlich spart der Kapitalist die Anteile für die Sozialversicherung! Er hat die Garantie für Ruhe und Ordnung, für hohe Leistung und – wie schon geschehen – für Mehrarbeit (Sonnabends 8 Stunden).

Entsprechen diese Arbeiter nicht den Vorstellungen des Kapitalisten, kommen sie wieder in die Zelle und werden „umgetauscht". Das ist eine Arbeitsordnung, wovon der Kapitalist im großen heute nur träumen kann. Erst am 1. Oktober wurde ein Vertrauensmann bei Store-best gefeuert, in dessen Abteilung wegen Lohnkürzungen Überstunden verweigert worden waren. Im Frühjahr wurde eine Reihe von Kandidaten für die Vertrauensleutewahl aus dem Betrieb geschmissen.

Vertrauensleute feuern – ihrer Rechte beraubte Strafgefangene einstellen: Store-best praktiziert die Politik der Kapitalisten in der Zukunft! ●

Metallgenosse des
KB/Gruppe Lübeck

Henkel wieder vorne!

Henkel wieder vorne!

Vor einiger Zeit machte der Kapitalist Henkel von sich reden, als er in einem Interview für eine verstärkte politische Betätigung der Kapitalisten warb und sich insbesondere gegen die „Verteufelung" der Unternehmer wandte.

Im „Spiegel" 4/72 meinte er beispielsweise, daß *„sich viele Unternehmer ... schon früher ... ihren Mitarbeitern verpflichtet gefühlt"* haben (...wohl 1933?) und *„die Unternehmer sind apolitisch"*. Aber, er glaubt, *„das wird sich jetzt ändern"*. Denn, so meint Henkel, *„die Angriffe auf dieses System entpringen einer Ideologie, die wir als Unternehmer nicht akzeptieren können"* (das wäre ja wohl auch die Spitze!).

Im Betrieb selbigen Henkels kursiert nun folgendes **„Merkblatt für den Schutz vor Terroranschlägen"**

MERKBLATT

für den Schutz vor Terroranschlägen

Helfen Sie mit, sich und andere zu schützen, indem Sie die nachfolgenden Regeln beachten!

- Empfangen Sie nur avisierte Besucher. Lassen Sie diese in der Empfangshalle oder an den Toren abholen und in jedem Falle wieder zurückgeleiten. Sorgen Sie bitte auch dafür, daß sich kein Werksfremder ohne Begleitung im Werk aufhält. (Diese Regel ist eigentlich schon immer gültig gewesen, sie wird aber viel zu wenig beachtet!)
- Sprechen Sie Personen in Ihrem Arbeitsbereich, die dort nicht hineingehören, darauf an, was sie wollen und warum sie sich dort aufhalten.
- Achten Sie darauf, ob sich Ihnen unbekannte Personen in verdächtiger Weise an Werksanlagen zu schaffen machen.
- Beachten Sie - auch auf dem Wege von oder zur Arbeit - ob Fremde unsere Werksanlagen in auffälliger Weise beobachten oder fotografieren. Achten Sie auch darauf, was diese Personen im einzelnen tun, was sie beispielsweise beobachten oder fotografieren und wohin sie anschließend gehen.
- Merken Sie sich bei auffälligen Fahrzeugen Typ, Farbe und amtliches Kennzeichen.
- Achten Sie darauf, ob an Ihrem Arbeitsplatz Gegenstände, wie Pakete, Taschen oder geparkte Fahrzeuge stehen, die dort nicht hingehören.

  Prüfen Sie den Waren- und Posteingang, ob sich darunter Sendungen mit ungewöhnlichem Absender befinden und prüfen Sie stets, ob eine bestimmte Sendung überhaupt erwartet wird.

  Untersuchen Sie verdächtigte Gegenstände nicht selbst, sondern verständigen Sie bitte sofort den Werkschutz.
- Melden Sie auch sofort, wenn Sie außergewöhnliche Eingriffe an Produktions- oder Feuerlöschanlagen bemerken.

Bitte, informieren Sie in allen Fällen die Abteilung WERKSCHUTZ. Die Werkschutzzentrale ist unter der Apparat-Nr. 4410 zu jeder Zeit zu erreichen.

Henkel & Cie GmbH
F-PS / Werkschutz

Wunsch der Firma Henkel: Jeder „Mitarbeiter" als Werkschützer!

Hinter diesem „Merkblatt" steckt sicherlich nicht die Angst vor „Terroranschlägen" als vielmehr der Versuch eine recht scharfe Bespitzelung durch Meister etc. aufzubauen. Besonders deutlich wird dies an der Aufforderung, *„unbekannte Personen"* zu überprüfen und auf *„Pakete, Taschen und geparkte Fahrzeuge"* zu achten. Derartige Dinge kommen normalerweise in jedem Betrieb tausendfach vor. Offensichtlich soll bei Henkel & Cie. ein Bewußtsein bei den Arbeiteroffizieren geschaffen werden, daß in jeder „arbeitsfremden" Aktivität der Kollegen eine Gefährdung des Betriebes gesehen wird. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Oder: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus."

In den SE-Fahrzeugwerken wird seit einem Jahr kurzgearbeitet, über 250 Arbeitsplätze sind in diesem Zeitraum wegrationalisiert worden. Die „kämpferische" Haltung des Betriebsrates für die Sicherung der Arbeitsplätze kam auf der letzten Betriebsversammlung im Werk Jarrestraße vor Beginn der neuen „Kurzarbeitsperiode" zum Ausdruck: nachdem der Vertreter der Geschäftsleitung seinen Bericht über die „schlechte Wirtschaftslage" abgelassen hatte, bedankte er sich noch einmal vor allen Kollegen beim Betriebsratsvorsitzenden und Aufsichtsratsmitglied Hein Drost dafür, daß der Betriebsratsvorsitzende sich bemühen will, über seine „Beziehungen" (?SPD!) Aufträge für die Firma hereinzuholen ... !

Anmerkung – vielleicht ist das das neue SPD-Modell für „Investitionslenkung" auf unterer Parteiebene? ●

Genossen von SE
KB / Gruppe Hamburg

DGB-Rechtsvertretung:

Um einige Erfahrungen reicher!

Verschiedene der von Siemens in Hamburg vor einigen Wochen gekündigten Kollegen beanspruchten vom DGB die Rechtsvertretung im Arbeitsgerichtsprozeß. Die Erwartung, daß der DGB konsequent die Interessen der Kollegen in diesem Rechtsstreit vertreten würde, wurde schnell erschüttert und es stellte sich heraus, daß die Rechtsvertreter des DGB schnellstens auf Kompromisse im Interesse der „Sozialpartnerschaft" zusteuern.

Erst einmal kam die Klage des DGB beim Arbeitsgericht zu spät an. Zum Glück hatten die beiden Frauen der Kollegengruppe selber noch eine Klage eingereicht. Vor allem aber fehlte in der Klage des DGB die wichtige Forderung nach Weiterbeschäftigung!

Als sich eine Kollegin über diese offensichtliche Schlamperei beschwerte, wurde ihr ebenso dummfrech, wie unmißverständlich klargemacht, daß der DGB den Prozeß führe und sonst keiner! Wenn sie damit nicht einverstanden sei, müsse sie eben die Konsequenzen ziehen. Die Forderungen der Frauen nach einer gemeinsamen Klage wurde von den Rechtsvertretern mit dem „Argument" abgeblockt, das sei *„juristisch nicht möglich"*. Das ist erwiesenermaßen falsch, denn einige Jugendliche bei HDW, wie auch die Kollegen von Iduna haben ihre Prozesse gemeinsam geführt.

Das Gericht selber legte schließlich die beiden Klagen zu einer Verhandlung zusammen.

Die DGB-Rechtsvertretung war ebenfalls nicht bereit, eine Einstweilige Verfügung einzusetzen. Vollends raushalten wollten diese „Kollegen" die Tatsache, daß es sich bei einer Kollegin um eine politische Kündigung handelte. Immerhin war sie seit geraumer Zeit Vertrauensfrau der IG Metall!

Auf einige Beschwerdebriefe der Frauen reagierte die Rechtsvertretung mit Beschimpfungen. Schuld seien die Kollegen selber, weil sie die Forderungen angeblich „zu spät" gestellt hätten. Außerdem wurden sie wegen ihrer Beschwerde mit der Bemerkung angeblafft: *„Wie es in den Wald hineinruft, so schallt es auch heraus"*.

Den gekündigten Männern rieten diese „Rechtsvertreter" zu guter letzt, die lächerliche Abfindungssumme von 2.250 DM anzunehmen!

Für die Kollegen ist es oftmals eine Existenzfrage, wie konsequent sie dem Kapitalisten vor Gericht entgegentreten. Von daher ist es eine Unverschämtheit der DGB-„Rechtsvertreter", von vornherein und ohne jeden erkennbaren „Sachzwang" auf „Kompromisse" auszugehen.

Trotz alledem ist es unsere Aufgabe, in den Gewerkschaften den Kampf um eine den Interessen der Arbeiter dienende Politik zu führen und die arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsführer zu entlarven. ●

Betriebszelle Siemens
KB/ Gruppe Hamburg

AKZO-Enka-Glanzstoff

Massenentlassungen – Proteste

Erster Akt ging glatt über die Bühne

Am 27.10. hat der Gesamtbetriebsrat der holländischen Enka-Glanzstoff-Betriebe den Unternehmensplänen (s. AK 68, S. 39) ohne Gegenstimme zugestimmt.
Damit ist zum einen der Weg offen zur Entlassung von 1.350 Arbeitern durch die Stillegung des Werks in Arnheim und Werkstellen in Emmen. Darüberhinaus sind dadurch jedoch auch die Versuche, dem multinationalen Konzern durch eine internationale Gewerkschaftskommission beizukommen, gescheitert.

„Das Recht steht auf Seiten der AKZO"

Nach den letzten Gesprächen zwischen den AKZO-Bossen und den Vertretern des gewerkschaftlichen AKZO-Enka-Glanzstoff-Weltrates der internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeitern (ICF) am 7.10. war eine „Denkpause bis zum 20.10." vereinbart worden. Dabei betonte der Konzern von vornherein, daß es nur um Gespräche, nicht um – vom Weltrat angestrebte – Verhandlungen gehen könne. Der Weltrat der ICF erklärte, daß er die vorgelegten Maßnahmen ablehne.

Der AKZO-Konzern, der mit 105.400 Arbeitern und Angestellten einen Jahresumsatz von 10,8 Milliarden holl. Gulden erreicht, ist der zweitgrößte Chemiefaserproduzent der Welt. Die Enka-Glanzstoff AG bildet darin mit 44.500 Beschäftigten (Ende 1974) –davon allein 21.000 in der BRD – den größten Bereich.

Nachdem der ICF-Weltrat sein „großes Erstaunen" über die „weitreichenden Pläne" zur Entlassung von über 6.000 Kollegen überwunden hatte, meinte er „... *wenn es auch Probleme im Enka-Glanzstoff-Bereich gibt, so dürfen keinesfalls die Lasten der gegenwärtigen konjunkturellen Schwierigkeiten allein (?!) auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmer abgewälzt werden*" (IG Chemie-Vorstandsmitglied Werner Beck in der „gewerkschaftlichen Umschau" 5/75). Das Gewerkschaftsgremium forderte den Konzern „*zur Information über sämtliche Investitionspläne des Konzerns*" auf. Daraufhin sagte der Enka-Glanzstoff-Vorstand das Gespräch am 14. 10. ab. Wie Vorstandsvorsitzender Dr. Zempelin erkannte, wollte die „*Gewerkschaftsdelegation den Fall Enka- Glanzstoff zu einem Testfall von historischer Bedeutung... machen, um die gewerkschaftliche Kontrolle auf multinationale Unternehmen auszudehnen.*" Für die Forderung des Weltrats gebe es „*keine legale Basis*", „*Das Recht steht auf Seiten der AKZO*" („SZ", 20.10.)

„Teile und herrsche" funktioniert

Bereits am 23.10. konnte der Enka-Glanzstoff-Vorstand befriedigt verkünden, daß sich „*der Gesamtbetriebsrat in den Niederlanden positiv zu dem Anpassungsplan geäußert*" habe, der Betriebsrat in Arnheim habe der Schliessung dieser Betriebsstätte zugestimmt. Am 27. 10. schon lag dann die bedingungslose Zustimmung des Gesamtbetriebsrats vor, der offensichtlich nicht selbst von den Entlassungen betroffen ist.

Auch in der BRD zeichnet sich eine Zustimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte ab. So nahmen an den Gesprächen des Weltrates mit der Enka Glanzstoff am 7. 10. nur sechs Gewerkschafter aus der BRD, aber 40 aus Holland und 15 aus Belgien teil. Schon damals frohlockten die Bosse daß es „*in Deutschland keinen auf Unverständnis beruhenden Widerstand der Betriebsräte*" gebe.

Nach der Ablehnung internationaler Verhandlungen erklärte die Enka-Geschäftsleitung zu den Beschlüssen des deutschen Gesamtbetriebsrates: Bisher sei es üblich gewesen, alle Fragen mit den Betriebsräten und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat (!) vertrauensvoll zu besprechen. Man sehe „keine Veranlassung", von dieser „bewährten Form der Zusammenarbeit" abzuweichen.



„Die Schweinerei ist riesengroß! Wieder 800 arbeitslos!"

Zu ersten Protesten der betroffenen Kollegen kam es in Waldniel bei einer Aufsichtsratssitzung der KUAG-Textil-AG, einer Tochtergesellschaft der Enka-Glanzstoff.

Das Textilwerk Waldniel ist ein besonders gutes Beispiel für die betrügerischen Manipulationen der Kapitalisten, die „aus der Verlustzone heraus" wollen.

Während 1965 mit 1.315 Beschäftigten 3.908 to produziert wurden, sind 1974 mit 853 Beschäftigten 7.491 to geschafft worden.

Daß das Werk dabei nur Gewinn machen konnte, ist klar. Von den heute noch 791 Kollegen könnten bei einer Stillegung nur rd. 400 ins Werk Oberbruch – 25 Kilometer entfernt – überwechseln. Für alle anderen ist Sense: In ihrem Bereich ist die Arbeitslosenziffer doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Besonders schlimm dürfte die Situation für die Frauen werden, denn immerhin 391 Kolleginnen arbeiten in Waldniel!

So fuhren 400 Kollegen und Kolleginnen in sieben Bussen nach Wuppertal, um vor dem in Verwaltungsgebäude der Enka-Glanzstoff AG tagenden KUAG-Aufsichtsrat ihren Protest auszudrücken. Eine fünfköpfige Belegschaftsdelegation übergab dort eine Protestresolution und erhielt außer der frechen Abstreitung, „daß man über eine Stillegung des Werkes beraten habe", nur die „Zusicherung", daß vor dem 1. Januar 76 keine „Sanierungsmaßnahmen" getroffen würden.

Währenddessen demonstrierten die Kollegen mit Transparenten wie „*Wir sind keine Schachfiguren multinationaler Konzerne*", „*Wir wollen arbeiten und nicht verlagert werden*", „*Wichtig ist nur der Mensch*" und „*KUAG-Arbeitnehmer protestieren gegen Stillegung*". Dazu riefen sie „*Die Schweinerei ist riesengroß! Wieder 800 arbeitslos!*"

Zu den über 1.000 Angestellten in der Hauptverwaltung gab es keine Kontaktmöglichkeit: Ihre Mittagspause war kurzerhand verschoben worden. („NRZ", 24.10.75).

In weiteren Aktivitäten der Kollegen dürfte die einzige Möglichkeit liegen, den Konzernpolypen zu stoppen. Allein, die bisherigen „Gegenmaßnahmen" der Gewerkschaften und Betriebsräte lassen nur wenig Hoffnung für die betroffenen Kollegen.

Allerdings konnte die „Wuppertaler Zeitung" beruhigt melden, daß „Solidarisierungsversuche extrem linker Gruppen . . . . von den Mitarbeitern der KUAG aus Waldniel abgewehrt" wurden. ●

Chemiekomitee /
KB Gruppe Hamburg

Opel-Bochum

Gericht gegen linke Gewerkschafter

Vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Frankfurt sind jetzt die Gewerkschaftsausschlüsse gegen drei fortschrittliche Opel-Betriebsräte bestätigt worden. Die Kollegen hatten in der ersten Instanz gewonnen, worauf die Gewerkschaftsführung der IG Metall in die Berufung ging. Die zweite Instanz rückte die Angelegenheit wieder ins rechte Lot – für die Gewerkschaftsführer, versteht sich. Eine besondere Sauerei leistete sich die IG-Metall-Führung noch nach Zustellung des Urteils: IGM-Anwalt Raabe beantragte, den Streitwert von 3.000 DM auf 30.000 DM (!) zu erhöhen. Vom Gericht ist der Streitwert inzwischen auf 10.000 DM festgelegt worden. Für die Kollegen, die jetzt die Kosten des Verfahrens tragen müssen, bedeutet das eine erheblich größere finanzielle Belastung.

Das Ganze hatte bei den BR-Wahlen 1972 angefangen: Eine „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM" (GOG) hatte auf einer eigenen Liste zu den BR-Wahlen kandidiert, weil die rechte BR-Clique um Perschke, die auch den VK beherrschte, die Aufstellung fortschrittlicher Kandidaten konsequent blockierte. Entweder kamen sie gar nicht auf die Liste oder unter „ferner liefen", da die Reihenfolge der Plätze von der rechten BR-Clique festgelegt wurde (siehe dazu AK 58/59 und 61). Aufgrund dieser undemokratischen Machenschaften stellte sich die GOG mit einer eigenen Liste zur Wahl und erhielt auf Anhieb 14% der Stimmen und vier BR-Sitze. Sie ging damit als zweitstärkste von insgesamt elf Listen aus der Wahl hervor!

Von der IGM-Führung wurden daraufhin vier der GOG-Kollegen ausgeschlossen. Gegen die vollzogenen Gewerkschaftsausschlüsse klagten drei der Kollegen und hatten damit auch in der ersten Instanz Erfolg. Das Gericht begründete die Unrechtmäßigkeit der Ausschlüsse mit der Ungleichbehandlung der Ausgeschlossenen gegenüber anderen IGM-Mitgliedern, die ebenfalls auf anderen, als der offiziellen IGM-Liste, kandidiert hatten.

Die Berufungsinstanz, das OLG Frankfurt, verwarf nunmehr das Urteil und bestätigte die Gewerkschaftsausschlüsse. Revision wurde nicht zugelassen, d.h. der Ausschluß der drei Kollegen ist damit wohl endgültig.

In seiner Urteilsbegründung bezieht sich das OLG voll und ganz auf die Argumentation der Gewerkschaftsführung. So unterstützt das Gericht das undemokratische Verhalten der rechten BR-Clique bei der Listenaufstellung mit der Begründung, daß nur so ein „*arbeitsfähiger Betriebsrat*" gebildet werden könne. Die GOG hatte die Forderung aufgestellt, daß die BR-Kandidaten durch eine Mitgliederversammlung und anschließende geheime Wahl aufgestellt werden.

Die Kandidatenvorschläge waren der Vertrauensleuteversammlung von der rechten VK-Leitung vorgelegt worden; sie hatten aber gar keine Gelegenheit mehr, die Vorschläge in ihren Abteilungen von den Kollegen diskutieren zu lassen. Dieses Vorgehen wurde jetzt vom OLG mit der Begründung legitimiert, daß aufgrund von „*plebiszitären (!) Entscheidungen*" der IGM-Mitglieder nur „*zufällige Ergebnisse*" *zustande kämen*. Von daher könne auch von undemokratischem Verhalten seitens der IGM-Führung keine Rede sein. Besonders unverschämt ist die Argumentation des OLG zur Frage der GOG-Liste. Durch die Bezeichnung „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall" sei die Stoßrichtung der Liste eindeutig gegen die IGM gerichtet. Von daher sei die GOG-Liste „*vom Rang einer bloß konkurrierenden Liste in den Rang einer gegnerischen (!) Liste gehoben*" worden. Zur Last gelegt wird den Kollegen, daß sie in vier Flugblättern die undemokratische und gewerkschaftsschädigende Politik der IGM-Führer kritisierten.

„*Die Angriffe der Kläger gegen die Beklagte waren auch erfolgreich, denn die Beklagte konnte nur 28 Betriebsratssitze erstreiten, während auf die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter fünf Sitze entfielen. Dieses Verhalten der Kläger ist deshalb (??!) erwiesenermaßen (?!) als erheblich (!!) gewerkschaftsschädigend zu bezeichnen*".

Als „erschwerend" kommt für das OLG also hinzu, daß die Kollegen Erfolg hatten, daß sich ein größerer Teil der Belegschaft für die fortschrittliche Alternative ausgesprochen hat. Die Schizophrenie dieser Argumentation entlarvt das OLG in derselben Urteilsbegründung selbst. Der Anwalt der Ausgeschlossenen hatte auf ein BGH-Urteil von 1966 hingewiesen, in dem der Ausschluß von IGM-Mitgliedern, die auf einer Liste „christlicher Werkgemeinschaften" kandidierten, rückgängig gemacht wurde. Das OLG Frankfurt meint dazu: „*Dort ging es um die Interessenvertretung der christlichen Werkgemeinschaft, die entsprechend ihren bisherigen Wahlerfolgen und ihrer ziffernmäßigen Stärke bei der Aufstellung der Liste der Einheitsgewerkschaft nicht in angemessener (!) und sachgemäßer Weise berücksichtigt worden waren*".

Die Interessen der CDU, denn niemand anderes steckte hinter dieser „christlichen Werkgemeinschaft", müssen natürlich „angemessen" berücksichtigt werden. Die Interessen der Kollegen kümmern das Gericht einen Dreck.

Elf neue Ausschlußverfahren eingeleitet

Die Kollegen der GOG konnten durch ihre langjährige Betriebsratsarbeit bei den diesjährigen BR-Wahlen ihre Position noch erheblich ausbauen. Sie erhielten 36,3% der Stimmen und damit zwölf Sitze (siehe AK 65). Vier von den fünf fortschrittlichen Betriebsräten wurden wiedergewählt! Auch diesmal hat die IGM-Führung prompt reagiert: Gegen elf Kandidaten der GOG-Liste wurden jetzt die Ausschlußverfahren eingeleitet. ●

IKAH Hamburg
(„Arbeiterhilfe")

Siemens-Geschäftsleitung und Betriebsrat immer einig – gegen die Kollegenschaft

Im AK Nr. 65 berichteten wir über die Kündigung von sechs türkischen Kollegen. Diesen Entlassungen hatte der Betriebsrat mehrheitlich ohne Bedenken zugestimmt. Aufgrund des daraufforgenden Protestes einiger fortschrittlicher Kollegen im Vertrauenskörper sah sich der Betriebsrat gezwungen, gegen die zum 1. Oktober von der Siemens-Geschäftsleitung ausgesprochenen Kündigungen von acht Frauen immerhin „Bedenken" anzumelden. 12 von 14 Kollegen strebten eine Kündigungsschutzklage mit dem Ziel der Wiedereinstellung an.

Anfänglich sah es so aus, daß die Frauen gute Chancen hätten, den Prozeß für sich zu entscheiden. Dies stellte sich jedoch im Verlauf der ersten Verhandlung als Illusion heraus. Als die Frauen bei Gericht eine „Einstweilige Verfügung" beantragten, mußten sie feststellen, daß der größte Teil des Betriebsrates der Firma Siemens ausdrücklich erklärt hatte, daß ihre „Bedenken" **kein Widerspruch** wären. Daraufhin lehnte das Gericht die Zulässigkeit einer „Einstweiligen Verfügung" ab. Spätestens jetzt stellte sich das Verhalten des Betriebsrates als übles taktisches Manöver heraus. Jetzt ist auch klar geworden, daß die gekündigten Kollegen von der Seite des Betriebsrates keine Unterstützung im Prozeß erwarten können. Nicht viel anders sieht es im Vertrauensleutekörper aus. Auch hier ist die Mehrheit der Kollegen den Kündigungen nicht entgegengetreten und verhält sich gegenüber dem Schicksal der Kollegen gleichgültig. Hieran wird auch deutlich, wie tief die Spaltung zwischen westdeutschen und ausländischen Arbeitern bei Siemens noch ist. Außerdem ist es heute den meisten männlichen Kollegen noch nicht bewußt, daß die Frauen das gleiche Recht auf einen Arbeitsplatz beanspruchen müssen wie ihre männlichen Arbeitskollegen. Durch die Nichtbeachtung der Kündigungen verhinderte die Mehrheit des Vertrauenskörpers die breite Information der Kollegen, die zur Unterstützung der Gekündigten notwendig wäre.

Der Prozeß ist zwar noch nicht entschieden, aber alles deutet darauf hin, daß sich der Richter auf die Seite der Siemens-Kapitalisten stellen wird. So wurde ein Termin auf Bitten der Firma verschoben, weil der Montageinspektor, der als Zeuge auftreten sollte, im Urlaub war!

Für das Gericht war es nicht so wichtig, daß die Kollegen um ihren Arbeitsplatz kämpfen und eine schnelle Entscheidung brauchen. Überhaupt sind die Termine so spät angesetzt, daß sich die Kollegen zwischenzeitlich andere Arbeit suchen müssen, um sich über Wasser halten zu können. Während Siemens ein paar statistische Zahlen beim Gericht vorlegt, um zu „beweisen", daß die Kollegen nicht weiter beschäftigt werden können, müssen nun die Kollegen selbst herausfinden, in welcher Abteilung Arbeit für sie zu finden ist. Dies aber zu beweisen, ist nur möglich, wenn der Prozeß von der Kollegenschaft breit unterstützt wird. Es hat sich wieder einmal herausgestellt, daß der Kapitalist das Gericht auf seiner Seite hat und dagegen letztendlich nur der geschlossenen Reihen der Kollegen etwas ausrichten können. ●

Siemens Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Reynolds – HAW Hamburg:

Gericht verfügt Wiedereinstellung eines gekündigten Betriebsrates – Kapitalist weigert sich

Im letzten AK wurde über die fristlose Entlassung des BR-Mitgliedes K.H. berichtet. Die Vorwürfe der Kapitalisten wurden nicht einmal vom bürgerlichen Gericht, dessen Vorsitzender ein bekannter Reaktionär ist, aufrechterhalten. Der Antrag auf fristlose Kündigung wurde zurückgewiesen.

Der Kollege soll nach der Antragschrift zur fristlosen Kündigung mehrmals *„den betrieblichen Arbeitsfrieden unter grober Mißachtung der Interessen der Mitarbeiter schwerwiegend verletzt"* haben. Er wäre einer der „Wortführer" auf der im letzten AK beschriebenen Abteilungsversammlung gewesen, *„der unter anderem die Anwesenden aufforderte, die Versammlung nicht eher zu verlassen, als bis die Forderungen von der Geschäftsleitung akzeptiert seien"*, (so lautet die Anklage).

Am Tage der Verhandlung brachten die Kapitalisten einen weiteren Schriftsatz ein. In diesem Papier wird gesagt, daß die Aufteilung des Werkes *„eine ganz erhebliche Unruhe bei allen Arbeitnehmern der HAW verursachte. In dieser Situation, in der über die aktuellen Probleme der HAW laufend auf offiziellen und inoffiziellen Versammlungen und am Arbeitsplatz diskutiert wurde, mußte die HAW ganz besonders darauf bedacht sein, die Probleme sachgemäß (!!!) zu lösen. Es war unbedingt zu vermeiden, daß durch interne oder externe Einwirkungen das Betriebsklima emotional aufgeladen wurde, da die zahlreichen Sachfragen von allen Beteiligten nur durch Vernunft und Sachlichkeit gelöst werden können."*

Die Kapitalisten wollten diesen Prozeß offensichtlich dazu benutzen, die Empörung der Kollegen und ihre Maßnahmen gegen das Vorgehen der Kapitalisten zu kriminalisieren, den BR als Unruhestifter hinzustellen, ein Versuch, der – wie sich auch am Urteil zeigt – noch nicht einmal vor dem bürgerlichen Gericht bestehen konnte.

Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß es nicht bei diesem Versuch bleiben wird, konsequente Kollegen aus dem Betrieb zu werfen. Auch bei K.H. sind noch weitere Maßnahmen zu erwarten.

Letzte Meldung:

BR-Mitglied wird trotz gewonnenem Prozeß und vorhandener einstweiliger Verfügung nicht in den Betrieb gelassen!

Die oben angekündigten weiteren Maßnahmen gegen den Kollegen K.H. lassen sich daran erkennen, daß der Kollege am Freitag morgen nicht in den Betrieb zur Arbeit gelassen wurde. Auch das Vorweisen der „Einstweiligen Verfügung" (EV) nützte nichts. Unter Hinweis darauf, daß das Urteil noch nicht rechtskräftig und die EV noch nicht zugestellt sei, mußte er das Werk wieder verlassen. ●

Betriebszelle Reynolds,
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten raten:

„Das Vertrauen in den Werkschutz stärken"

Ein im kapitalistischen „Handelsblatt"-Verlag erscheinender „Sicherheits-Berater" für die Kapitalisten sorgte sich in der Ausgabe vom 15.6.75 um eine „Hetzkampagne gegen Werkschutzorganisationen".

Die von linken und kommunistischen Organisationen vor den Betrieben verteilten Flugblätter *„bedienen sich der gleichen Terminologie, wie sie auch aus Publikationen der RAF-Bande bekannt ist ... Die zeitliche und begriffliche Übereinstimmung läßt auch organisatorische Zusammenhänge vermuten. Zumindest wird ein großer Teil der Verfasser dieser Flugschriften von Fachleuten dem Sympathisantenkreis der gewalttätigen Anarchisten zugerechnet. Nach dem Verfahren, daß der stete Tropfen den Stein höhlt, bemühen sich die radikalen anarchistischen Autoren, das Vertrauensverhältnis, das im Laufe der letzten Jahre mühsam zwischen Belegschaft und Werkschutz aufgebaut ist, durch ... Beschimpfungen und Verleumdungen, zumeist sehr geschickt gekoppelt mit einigen Halbwahrheiten, zu unterminieren."*



Werkschutz – Taschenkontrolle bei Ford, Köln

Werkschutz – Taschenkontrolle bei Ford, Köln

Nach dieser Hetztirade fordert der „Sicherheits-Berater" die Kapitalisten auf *„das Vertrauen in die Kollegen vom Werkschutz bei der Belegschaft zu verstärken"* und zwar wie folgt:

„1. Statten Sie Ihre Betriebszeitschriften mit einem größeren Beitrag über den Arbeitstag des Werkschutzmannes aus. Schildern Sie dabei die Streife und Streifenerlebnisse, auch die Kilometerzahl zurückgelegten Weges, die Schwierigkeiten bei der Arbeit ...

2. Fassen Sie auch ruhig das heiße Eisen der Bewaffnung an. Sagen Sie gegebenenfalls auch, wann von Waffen Gebrauch gemacht werden muß, sofern Waffen vorhanden und notwendig sind (!). Eine offene Diskussion des Themas ist besser, als Ungewißheit in der Belegschaft, welche nur die Hetzparolen der Radikalen bekommt und bezüglich der Bewaffnung stets glaubt.

3. Sprechen Sie auch ruhig über die Ausbildung des Werkschutzes, nehmen Sie z.B. einen Werkschutzmann, dessen Lebensweg Sie dabei schildern. Am besten ist ein Beispiel mit abgeschlossener technischer Lehre oder Feuerwehrausbildung o.ä.

4. Zeigen Sie auf, daß alle Maßnahmen (des Werkschutzes, Anm. d. Red.) einen zivilen Charakter haben.

5. Zeigen Sie die Notwendigkeit von Sicherungsmaßnahmen an Beispielen auf. Machen Sie dabei deutlich, daß der Werkschutz eine wesentliche Funktion bei der Sicherung von Arbeitsplätzen ausübt (?!)

Zeigen Sie z.B ein Bild eines Werkschutz-Streifenmannes, wie er Umkleideräume als Sicherheitsmaßnahme gegen Kameradendiebstahl aufsucht (!).

7. Zeigen Sie den Werkschutz bei der Taschenkontrolle und gegebenenfalls auch Kraftfahrzeugkontrolle. Veröffentlichen Sie dabei Fotos, bei denen Angestellte (!) ihre **Tasche zeigen müssen.**

8. Verweisen Sie auf die Bedrohung der Belegschaften durch die radikalen Umtriebe der Anarchisten. Machen Sie an Hand von Beispielen die Bedeutung der Zugangskontrolle zum Werksgelände deutlich.

9. Fügen Sie bei dieser Reportage über den Werkschutz auch ein Gespräch oder Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden (!!) und anderen Betriebsratsmitgliedern bei. Lenken Sie das Gespräch vor allen Dingen auf die Sicherungsfunktionen des Werkschutzes zugunsten der Belegschaft".

Die Stoßrichtung dieser Anleitung für eine entsprechende Propaganda-Offensive der Kapitalisten ist klar. Entgegen den zig-jährigen Erfahrungen, die die Arbeiterklasse mit bewaffneten Werkschutzbanden bei Streikeinsätzen usw. (zuletzt bei Ford in Köln) gemacht hat, versuchen die Kapitalisten, ihre Spitzel- und Polizeitrupps ins rechte Licht zu rücken, als Bestandteil der „Belegschaft", als „Kollegen" hinzustellen. Ein weiteres trauriges Kapitel sozialdemokratischer Betriebspolitik ist es, daß die Gewerkschaftsführung und rechten Betriebsräte den Kapitalisten dabei in jeder Weise behilflich sind (siehe AK-Artikel über eine Werkschutzgruppe im DGB). ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Stahlkapitalisten wollen 4%-Abschluß!

Nachdem die Aufstellung der 8 %-Forderung der IGM-Führung unter weitgehender Ausschaltung der Kollegen und gegen die Forderungen aus den Betrieben (siehe AK 67: 8 % – ein glatter Hohn) durchgesetzt wurde, begann das jährlich wiederkehrende Ritual der Tarifgespräche auf „höchster Ebene". Inzwischen wurde auch die vierte Gesprächsrunde der Tarifparteien ohne Ergebnis abgebrochen. *„Man sei sich näher gekommen"*, hieß es in der Nacht vom 6. auf den 7.11.75.

Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen verdeutlicht die Taktik beider Seiten: Die Kapitalisten setzen auf eine üble Pressekampagne und hetzen gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter und Angestellten. Der IGM-Führung kommt dies in gewissem Sinne entgegen: durch die Dauer sich hinziehender „Verhandlungen" ist es leichter, den Kollegen die „Härte" des Tarifkampfes vorzugaukeln. Nachdem das erste Tarifgespräch in Krefeld am 7.10.75 abgebrochen wurde (dort wurden *„nur wirtschaftliche Argumente ausgetauscht"*, „Metall", 21/75) kam es auch am 23.10. zu keinem Angebot der Kapitalisten. Einziger (!) Streitpunkt war an diesem Tag die Frage, *„ob man zunächst eine Annäherung bei der Lohn- und Gehaltserhöhung suchen und dann über das Urlaubsgeld verhandeln soll oder ob die Gewerkschaft zunächst ihre Vorstellung über das Urlaubsgeld präzisiert"* („Rheinische Post" v. 24.10.75). Außerdem verlangten die Kapitalisten, daß *„die IG Metall bereits jetzt erklären würde, wie sie sich die Regelung der stahltypischen Zuschläge vorstellt, die zum Ende Januar (!) gekündigt werden können"* („Süddeutsche Zeitung", v. 28.10.).

Am 30.10. legten die Kapitalisten dann ein konkretes „Angebot" vor: Sie boten 5 % an, **„aufgeteilt in 4 % (!) Tariferhöhung, sowie 1 % zusätzliches Urlaubsgeld"** („FAZ", 1.11.75). Das Urlaubsgeld sollte nach Rechnung der Kapitalisten etwa 200,- DM ausmachen. Sie wollten damit der IGM-Führung den Schritt ermöglichen *„von der hohen 8-Prozent-Forderung herunterzukommen"* („FAZ" v. 1.11.75).

Unmittelbar vor der Verhandlung, am 7.11.75, wurde die Linie der Kapitalisten noch einmal deutlich gemacht. F.J. Weisweiler, Vorsitzender des Verbandes Eisen und Stahl und Verhandlungsführer der Kapitalisten, erklärte *„die Entschlossenheit seines Verbandes, trotz des absoluten Branchentiefs nicht völlig auf eine Tariferhöhung verzichten zu wollen. Eine solche Tariferhöhung solle sich zwar an der Inflationsrate orientieren (!), ohne diese jedoch in der Höhe zu erreichen (!)"* („Handelsblatt", 4.11.75). Und weiter: Unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen *„sei in der Tarifverhandlung die Höhe des Abschlusses über den vorliegenden Vorschlag hinaus nicht mehr diskutabel"* („Handelsblatt, ebenda). Das heißt nichts anderes, als den offenen und ungeschminkten Lohnraub bei den Stahlarbeitern durchzusetzen!

Die Kapitalisten haben es sich zusätzlich zum Ziel gesetzt, gleich mehrere, demnächst anstehende Verhandlungen in einem zu erledigen. Sie wollten über die Lohn- und Gehaltstarife, das Urlaubsgeld, die Kündigung des Sonderabkommens über ein 13. Monatsgehalt und die „stahltypischen Zuschläge" gleichzeitig und sofort ein Ergebnis erzielen. In diesem Licht betrachtet wird die Provokation des 4 %-„Angebotes" erst richtig deutlich. Wohl in einer Weise, daß es selbst den Gewerkschaftsführern (bisher jedenfalls) nicht gelingen will, auf diese Linie voll einzuschwenken.

Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung: Völlige Anpassung!

Die Verhandlungsführung der IGM-Unterhändler ist der klaren Klassenlinie der Kapitalisten angepaßt. Die IGM-Führer sehen ihre Aufgabe vor allem darin, möglichst ohne großen Schaden für sich und die Kapitalisten aus der Tarifrunde herauszukommen, und zwar mit einem Ergebnis, was sich bei den Kollegen verkaufen läßt. Die bisherigen Verhandlungen haben bereits gezeigt, daß die Arbeiter und Angestellten aus der Runde herausgehalten werden. Denn auf der Grundlage der ohnehin miserablen Forderung der IGM-Führung dauert die Aushandlung des Betruges eben länger. Markige Worte gehören dabei allerdings zum Geschäft. Nach der geplatzten dritten Runde hieß es von Seiten der Gewerkschaftsführung, man sei *„ungeduldig und unzufrieden"* mit dem bisherigen Verlauf. In der gleichen Weise geht es weiter: *„Insgesamt 5 % sind für uns unzureichend"* („Metall" 22/75 v. 4.11.75). Und *„Einkommensverluste werden die Arbeiter nicht hinnehmen"* („Metall" ebenda). Radikale Worte und die Praxis, die Kollegen an der Durchführung der Tarifrunde, am aktiven Eintreten für die Forderung und am Kampf zu hindern, sind nur die beiden Seiten sozialdemokratischer Gewerkschaftslinie.

Es ist klar, daß nur durch den aktiven Kampf der Kollegen in den Werken eine Tarifrunde erfolgreich abschließen kann. Die Gewerkschaftsführer werden sich demnächst dem Druck der Kapitalisten beugen. Auf diese Herren ist kein Verlaß! Für unsere berechtigten Interessen können nur wir selber kämpfen! ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief eines arbeitslosen Kollegen

Im Juli wurde ich nach ca. einhalbjähriger Arbeitslosigkeit auf's Arbeitsamt zwecks Arbeitsnachweis bestellt. Nach der üblichen Wartezeit von ca. einer Stunde wurde ich barsch aufgefordert einzutreten. Der zuständige Sachbearbeiter duzte mich sofort und warf mir vor, seit November nichts unternommen zu haben, um in Arbeit zu kommen. Als ich ihm erklärte, daß ich mich bei verschiedenen Stellen beworben hätte, aber abgelehnt worden sei, und daß auch die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes negativ gelaufen seien, meinte der „Herr": „Du kommst heute in Arbeit, wir sind hier keine Rentenstelle". Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ich für ihn kein „Du" sei und daß er als Angestellter des Arbeitsamtes für mich da zu sein habe und nicht umgekehrt. Daraufhin drohte er mir, mich in den Öjendorfer Park zum Holzsammeln zwangszuvermitteln! Ich lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, daß mir an einem Dauerarbeitsplatz gelegen sei. Worauf er mir mit einer „Sperre" drohte und meinte, daß er jetzt mit seinem Latein am Ende sei (!) und ich mir selber eine Stelle suchen solle!! ●

Ein arbeitsloser Kollege

Wyhl: „Freiwillige" Platzräumung durchgedrückt!

Nachdem der Verwaltungsgerichtshof Mannheim beschlossen hatte, einem sofortigen Baubeginn in Wyhl stehe nichts mehr im Wege, kam jetzt der entscheidende Schlag gegen die KKW-Gegner aus den Reihen der Bürgerinitiativen selbst: Auf einer öffentlichen Sitzung der Bürgerinitiativen am Mittwoch, 29.10., wurde beschlossen, den Platz in Wyhl freiwillig zu räumen – als Voraussetzung für Verhandlungen mit der Landesregierung!

28 von 43 anwesenden Gruppen stimmten für den Vorschlag, den die Verhandlungskommission mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Späth ausgehandelt hatte: Die KKW-Gegner räumen bis zum 7.11., also bis zum Beginn der Verhandlungen, den Platz. Die Landesregierung verspricht, daß für die Dauer der Verhandlungen und eine Woche danach keine Bauarbeiten aufgenommen werden; für die Dauer der Verhandlungen sollen zehn Vertreter der BI-en und zehn „Ordnungskräfte" (angeblich „Förster") den Platz bewachen. Verhandelt wird darüber, ob die Landesregierung in das Hauptsachverfahren zu gehen bereit ist, und ob sie bereit ist, die Strafanzeigen zurückzunehmen.



Kämpfe auf dem Baugelände des KKW Wyhl – „vergebens"?

Ausschlaggebend für dieses Ergebnis waren die Spaltungs- und Abwiegelungsmanöver einiger BI-Führer. Diese BI-Führer – alle haben sie gute „angesehene" Positionen auf den Dörfern: Pfarrer, Apotheker usw. – haben schon vor dem Sommer mit übelsten Geschäftsordnungstricks eine Verhandlungskommission „wählen" lassen, deren Aufgabe zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht festgelegt war. Seither haben sie daran gearbeitet,

– auf die Gerichte, die bürgerlichen Parteien und Verhandlungen zu orientieren (Apotheker Schött aus Endingen auf der Kundgebung gegen das Mannheimer Urteil: „Ich als Ihr Kandidat für die „Freie Demokratische Partei" ...);
– unter Beschwörung der „Einheit" der KKW-Gegner und der „Überparteilichkeit" antikommunistische Stimmungen zu schüren, den Linken unter den KKW-Gegnern die Hände zu binden, bzw. sie zu isolieren, wenn sie sich nicht den Mund verbieten lassen (z.B. Verbot des Zeitungsverkaufs auf dem Platz, Hetze gegen fortschrittliche Berichte in der Besetzerzeitung „Was Wir Wollen" etc.);
– die Bewegung zu spalten, wo es nur geht: die Badener gegen die Elsässer, die Leute aus den Dörfern gegen die Platzbesetzer, die Kaiserstühler gegen die Freiburger usw. usf.

Was sich am Mittwoch auf der BI-Sitzung abgespielt hat, hat allerdings alles bisherige noch weit überboten: Die meisten Bürgerinitiativen, vor allem die elsässischen, wurden so kurzfristig informiert, daß sie nicht einmal Gelegenheit hatten, den Vorschlag der Verhandlungskommission vorher zu diskutieren. Kommentar des Diskussionsleiters Siegfritz zu einem Antrag, die Abstimmung deshalb zu verschieben: *„Ihr könnt mich jetzt steinigen, aber ich werde diesen Antrag schlicht ignorieren!"*

Eine alternative Resolution des AK Umweltschutz Freiburg, in der richtigerweise gesagt wurde, daß die Platzräumung die Preisgabe des wichtigsten Druckmittels sei, ohne damit dem Ziel, das KKW zu verhindern, nur einen Schritt näher gekommen zu sein, gelangte erst gar nicht zur Abstimmung.

Selbst da, wo in den Bürgerinitiativen noch vorher darüber gesprochen werden konnte, haben die BI-Führer gezeigt, wie sehr sie sich ihrer Basis „verpflichtet" fühlen: Der Vertreter der BI Riegel z.B. hat für die Räumung gestimmt, obwohl sich in Riegel die BI mehrheitlich dagegen entschieden hatte.

Vorgebrachte Kritik wurde demagogisch vom Tisch gewischt: *„Wer nicht Befriedung will, hat kein Recht hier mitzudiskutieren ...", „wir leben hier gottseidank in einem Rechtsstaat ..."*, so Pfarrer Richter aus Weisweil (Mitglied der Verhandlungskommission).

Oder Apotheker Schött: *„Wir sind ja schließlich vom goodwill der Öffentlichkeit abhängig und können deshalb nicht alles ablehnen"*. Deutlicher war da allerdings Frau Harloff: *„Man kann nicht immer alles demokratisch abhandeln, wie's die Jungen gern hätten ..."*.

Die Katze aus dem Sack ließen die BI-Führer am darauffolgenden Sonntag, anläßlich einer Diskussion auf dem Platz: sie beklagten sich, die Bürgerinitiativen seien „überdemokratisiert" und brachten es sogar noch fertig, die Linken für das Abstimmungsergebnis verantwortlich zu machen: *„Wir mußten der Öffentlichkeit zeigen, daß die Bevölkerung vom Kaiserstuhl nicht hinter der ‚Roten Fahne' steht!"*

Gleichzeitig wurde versucht, Illusionen in bezug auf die Verhandlungen zu wecken. Wegen der bevorstehenden Landtagswahl (in einem halben Jahr) sei die Situation unheimlich günstig, denn keine Regierung könne sich da ein hartes Vorgehen leisten ..., und überhaupt: ***„Was nützt es uns, den Platz zu halten, wenn hinterher die CDU die Wahl gewinnt, und den Platz räumen läßt?"***

Systematisch wurde versucht, die Bedeutung der Platzbesetzung herunterzuspielen. Dabei ist doch offensichtlich, warum die Landesregierung so großen Wert auf die Räumung legt: Wyhl ist schon lange nicht mehr nur ein Standort für ein geplantes KKW, sondern ist zu einem Symbol geworden für den Widerstand gegen Kernkraftwerke mitsamt ihrer Nachfolgeindustrie. Außerdem wurden auf dem Platz Erfahrungen ausgetauscht und es wurde vieles gelernt. Was Energiekonzerne und Landesregierung von außen nicht geschafft haben, nämlich die Bewegung zu zerschlagen, scheint jetzt von innen her zu gelingen: Es wurde nicht nur das wichtigste Druckmittel, nämlich die Besetzung, aus der Hand gegeben, sondern es wurden sogar wesentliche Forderungen fallengelassen: Ursprünglich war es Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, daß die Landesregierung die Strafanzeigen zurücknimmt, und der Platz sollte erst bei Beginn des Hauptsacheverfahren geräumt werden (auch das war schon ein Kompromiß, denn wer sagt, daß das Hauptsacheverfahren zugunsten der KKW-Gegner ausgeht?). Jetzt sind diese Bedingungen nicht mehr Voraussetzung, sondern Gegenstand der Verhandlungen. Verhandlungskommissionsmitglied Göppert (übrigens ehemals HJ-Führer!) meinte sogar: „Wenn die Landesregierung jetzt alle unsere ehemaligen Vorbedingungen erfüllt hätte, dann hätten wir ja nichts mehr zum Verhandeln"!!

Die Empörung über das Verhalten der BI-Führer ist zwar groß, aber „um der Einheit willen" werden selbst die undemokratischsten Beschlüsse durchgeführt. Wenn die jetzige Niederlage nicht auch gleich die endgültige sein soll, müssen diese Führer isoliert werden. ●

KB-Sympathisanten Karlsruhe
mit Unterstützung eines Freiburger Genossen

INHALT